PETER GRAND | MARCEL FINK | GUIDO TIEMANN (HG.)

20 JAHRE ÖSTERREICH IM EUROPEAN SOCIAL SURVEY

GESELLSCHAFTLICHE EINSTELLUNGEN, PRÄFERENZEN UND BEWERTUNGEN

böhlau

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Peter Grand · Marcel Fink · Guido Tiemann (Hg.)

20 Jahre Österreich im European Social Survey

Gesellschaftliche Einstellungen, Präferenzen und Bewertungen

BÖHLAU

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und des Sozialministeriums.

Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Das Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz CC BY International 4.0 (»Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung«) unter dem DOI https://doi.org/10.7767/9783205217183 abzurufen.
Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie https://creativecommons.org/licenses/cc-by/4.0/.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2023 Böhlau, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Korrektorat: Ute Wieland, Markersdorf
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien
Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-21717-6 (Print)
ISBN 978-3-205-21718-3 (OpenAccess)

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Inhalt

Marcel Fink · Peter Grand · Guido Tiemann
Einleitung 7

Matthias Reiter-Pázmándy
Die Teilnahme Österreichs am European Social Survey im Kontext von ESFRI 11

Gesellschaft und Staat/Politik

Marie Lisa Sailer
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Zufriedenheit mit staatlichen Institutionen in Zeiten von Corona 27

Julia Trautendorfer · Lisa Schmidthuber · Dennis Hilgers
Are European Citizens Satisfied with their Government? The Effect of Political Participation and Perceived Transparency 43

Martin Dolezal
Wer protestiert in Österreich? Soziodemografische, ideologische und psychologische Aspekte der Normalisierungsthese 69

Nadine Zwiener-Collins · Zoe Lefkofridi
Unequal Political Participation in Austria: Do Gender Roles Matter? 95

Einstellungen zu Sozial- und Verteilungspolitik

Marcel Fink
Einstellungen zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen in Österreich . . . 129

Marcel Fink · Peter Grand · Guido Tiemann
The Deserving and the Undeserving. Determinants of Welfare Attitudes 159

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Julia Hofmann · Markus Marterbauer · Matthias Schnetzer
Wie gerecht ist die Einkommens- und Vermögensverteilung in Österreich? . . 189

Peter Grand
Assessing Mode Effects in SC Approaches – Comparing F2F and
Push-to-Web 207

Manuel Mayrl
Twenty Years Austria in the European Social Survey – A Bibliometric Analysis . 231

Autorenverzeichnis 251

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Marcel Fink · Peter Grand · Guido Tiemann

Einleitung

„Österreich ist eine Insel der Seligen", „Österreich ist ein konservatives Land", „alle Österreicher gehen Skifahren". So sind wir nicht! Oder doch? Oftmals sind solche oder ähnliche Aussagen über Österreich zu hören oder zu lesen. Freilich handelt es sich dabei um Vorurteile oder allenfalls starke und/oder sehr abstrakte Generalisierungen. Die österreichische Gesellschaft – genauso wie die Gesellschaften anderer Länder – ist keine monolithische Entität, sondern geprägt von Differenzen sozialer, wirtschaftlicher und ideologischer Natur, von unterschiedlichen Meinungen, Einstellungsmustern und Erwartungshaltungen sowie differierenden Wertegefügen. Aber wie können wir wissen, welche Unterschiede in der österreichischen Gesellschaft vorhanden sind und welche möglicherweise wichtiger sind als andere? Wie verändern sich diese Differenzen über die Zeit hinweg? Und nicht zuletzt, wie können diese Unterschiede in den Einstellungen, Werthaltungen und Erwartungen sowie mögliche „österreichische Besonderheiten" mit denen anderer Länder verglichen werden, denn nur dann kann überhaupt erst von „österreichischen Besonderheiten" gesprochen werden?

Dazu braucht es ein Messinstrument. Genauso wie das Gewicht eines Menschen mit einer Waage ermittelt werden kann oder die Größe mit einem Maßband gemessen. Messinstrumente müssen gewisse Anforderungen erfüllen. Vereinfacht gesagt, muss die Maßeinheit immer gleich sein, ein Kilo muss definiert sein, genauso wie ein Meter. Aber auch das Messinstrument selbst muss geeicht sein, z. B. muss eine Waage auf null gestellt sein.

Ein zentraler methodischer Zugang zur Erhebung von Lebensbedingungen, Meinungen, Einstellungen, Erwartungen und Werthaltungen ist die Umfrageforschung. Dabei nimmt die Europäische Sozialstudie (Englisch: European Social Survey; ESS) unter den sozialwissenschaftlichen Umfrageforschungsprojekten eine besondere Stellung ein. Diese beruht unter anderem insbesondere auf dem Umstand, dass der ESS von Beginn an hohe methodische Maßstäbe an sich selbst stellte und nach wie vor stellt. Das Messinstrument im engeren Sinn, das heißt, die im ESS enthaltenen Fragen (Englisch: items), werden zahlreichen Prüfungen – inklusive (kognitiver) Pretests – unterzogen und kontinuierlich evaluiert. Die Auswahl der Fragen erfolgt zugleich entlang theoretisch fundierter Überlegungen. Weiters gibt es Vorgaben für die Vergleichbarkeit der Daten innerhalb eines Landes über die Zeit (Vorrangigkeit der Beibehaltung von Fragenformulierungen) sowie Maßnahmen zur Sicherstellung

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

der Vergleichbarkeit der Daten über Länder hinweg (intensive Anstrengungen, die in die jeweilige Landessprache übersetzten Fragentexte sinngleich zu gestalten). Weitere Maßnahmen zur Qualitätssicherung sind eine strikt zufällige Stichprobenziehung sowie ein genaues Procedere, wie, wie oft und wann zu befragende Menschen kontaktiert werden und ermuntert werden sollen, an der Umfragestudie teilzunehmen. Auch für das Interview selbst gibt es strikte Regeln, wie dieses durchzuführen ist und wie sich Interviewer:innen verhalten sollen. Damit verbunden ist auch eine umfangreiche Hilfestellung zur Vorbereitung der Interviewer:innen auf das Interview. Mit diesem methodischen Reglement sollen sowohl die Verlässlichkeit der Daten als auch deren Vergleichbarkeit gewährleistet werden.

Für diese methodischen Anstrengungen erhielt der ESS im Jahr 2005 den Europäischen Descartes-Preis für wissenschaftliche Forschung, – ein europäischer Wissenschaftspreis, welcher nur an europäische transnationale Forschungsprojekte verliehen wurde (er wurde seit 2007 nicht mehr vergeben). Im Jahr 2013 wurde dem ESS der Status eines ERIC (European Research Infrastructure Consortium) zugesprochen und damit eine eigene europäische Rechtspersönlichkeit. Der Beitrag von Matthias Reiter-Pázmándy in diesem Sammelband geht genauer auf die Einbettung des ESS in die österreichische und europäische Landschaft der Forschungsinfrastrukturen generell, aber auch aus Sicht der Verwaltung, ein. Ein weiterer Aspekt der besonderen Stellung des ESS besteht darin, dass er, gemessen an der Zahl der teilnehmenden Länder (2022 nehmen 30+ Länder am ESS teil), den größten ERIC innerhalb der europäischen Forschungsinfrastrukturen darstellt.

Dieser Sammelband feiert das 20-jährige Jubiläum der Teilnahme Österreichs am ESS, und da Österreich seit Beginn am ESS teilnimmt, zugleich auch das 20-jährige Bestehen der Europäischen Sozialstudie. Die Beiträge dieses Bandes beschäftigen sich entweder ausschließlich mit österreichischen ESS-Daten oder vergleichen diese mit ESS-Daten anderer Länder und alle Beiträge wurden von österreichischen Wissenschafter:innen (mit-)verfasst. So soll ein Einblick in die aktuelle österreichische Forschung auf Basis der ESS-Daten gegeben werden, wobei naturgemäß nur ein kleiner Ausschnitt der Vielzahl von Themen, welche mit ESS-Daten analysiert werden können, gezeigt werden kann.

Ein erster großer Themenkomplex umfasst die Einstellungen zu Politik und staatlichen Institutionen, die Rolle politischer Partizipation der in Österreich lebenden Menschen und die daraus resultierenden Wechselwirkungen. Die Wahrnehmung bestimmter Eigenschaften staatlicher Institutionen und/oder der Performanz politischer Akteur:innen kann Rückwirkungen auf die Zufriedenheit von Bürger:innen und damit auf deren Einstellungen haben. Der erste Beitrag in diesem Themenkomplex von Marie Lisa Sailer befasst sich mit einem Thema, das für viele Menschen in Österreich

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

weitreichende Konsequenzen für ihre Lebensbedingungen hatte – mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, und in weiterer Folge der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung derselben, auf die Einstellungen der Österreicher:innen. In diesem Zusammenhang werden das Ausmaß der Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit, Zufriedenheit, wie die Demokratie funktioniert, der Lebenszufriedenheit sowie der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage im zeitlichen Vergleich nachgezeichnet. Aber auch das interpersonelle Vertrauen hat während der COVID-19-Pandemie gelitten, wie Marie Lisa Sailer in ihrem Beitrag zeigt.

Julia Trautendorfer, Lisa Schmidthuber und Dennis Hilgers fokussieren auf die Zufriedenheit mit der Regierung aus vergleichender Perspektive. Ziel des Beitrages ist es, den Einfluss verschiedener Formen politischer Partizipation und der individuell wahrgenommenen Transparenz politischen Handelns auf die Zufriedenheit mit der Regierung herauszuarbeiten. Auch Martin Dolezal befasst sich mit politischer Partizipation, konzentriert sich jedoch auf sogenannte „unkonventionelle", nicht-institutionelle Formen politischer Teilhabe. Genauer gesagt beschäftigt sich dieser Beitrag mit politischem Protest und der Merkmalsstruktur der daran teilhabenden Individuen und prüft die Erklärungskraft der Normalisierungsthese am Beispiel Österreichs, d. h. ob sich protestierende Menschen wesentlich von der allgemeinen Gesellschaft hinsichtlich soziodemografischer, ideologischer und psychologischer Merkmale unterscheiden. Ein gänzlich anderer Aspekt institutioneller politischer Partizipation ist Thema des Beitrages von Nadine Zwiener-Collins und Zoe Lefkofridi. Dieser analysiert geschlechtsspezifische Unterschiede politischer Partizipation in Österreich. Dabei werden direkte und indirekte Bestimmungsgründe für geschlechtsspezifische Differenzen politischer Partizipation unterschieden, d. h. aufgrund von Geschlechterstereotypen entstehen reale Unterschiede bei politischer Partizipation aufgrund unterschiedlicher Lebensbedingungen, aber auch aufgrund – indirekt – der subjektiv wahrgenommenen eigenen Fähigkeiten, am politischen Geschehen teilnehmen zu können.

Der zweite große Themenkomplex umfasst Beiträge über Einstellungen zu Sozial- und Verteilungspolitik. Öffentliche Meinung gegenüber sozialpolitischer Regierungstätigkeit kann als Gradmesser der Zustimmung zu politischem Handeln und als auch als Signal an politische Akteure für gewünschte Entscheidungsprozesse verstanden werden. Der Beitrag von Marcel Fink untersucht Einstellungen zu möglichen sozialpolitischen Reformen am Beispiel der Reformoption eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Analyse untersucht den Einfluss unterschiedlicher Faktoren auf die Ablehnung oder Zustimmung zu einem solchen bedingungslosen Grundeinkommen, darunter fallen z. B. soziodemografische und sozio-ökonomische Faktoren, aber auch ideologische und normative Prädispositionen sowie wahrgenommene individuelle Risiken. Die Perspektive umdrehend, nämlich wie öffentliche Meinung abhängig von der

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Darstellung sozialer Leistungsempfänger:innen differiert, ist der Fokus des Beitrages von Marcel Fink, Peter Grand und Guido Tiemann. Ausgehend von der Darstellung von vier hypothetischen Arbeitslosengeldempfänger:innen wurden Respondent:innen gefragt, um wie viel das Arbeitslosengeld dieser hypothetischen Personen gekürzt werden sollte, falls diese ein Arbeitsangebot ablehnen. Die Ergebnisse dieser ländervergleichenden Analyse sind gleichsam erhellend und beunruhigend. Der Beitrag von Julia Hofmann, Markus Marterbauer und Matthias Schnetzer widmet sich wiederum einem anderen Thema, nämlich als wie gerecht oder ungerecht die Einkommens- und Vermögensverteilung in Österreich wahrgenommen wird. Österreich weist die Besonderheit auf, dass die Verteilung der Einkommen relativ egalitär ist, jedoch die Vermögenskonzentration relativ hoch. Der Beitrag geht der Frage nach, wie diese Verteilungen wahrgenommen werden und welche Gerechtigkeitsprinzipien, d. h. Bündel normativer Prädispositionen, diesen Einstellungen zugrunde liegen.

Der letzte Themenkomplex widmet sich zwei grundsätzlich verschiedenen Sachgebieten, zum einen den möglichen Unterschieden im Antwortverhalten abhängig von der Erhebungsmethode, also dem Messinstrument. Zum anderen einer bibliometrischen Erfassung der Publikationsintensität, bezogen auf Veröffentlichungen von österreichischen Autor:innen und/oder hinsichtlich Veröffentlichungen auf Basis österreichischer Daten. Der Beitrag von Peter Grand weist darauf hin, dass das Antwortverhalten der Respondent:innen bei Self-Completion-Ansätzen ähnlich jenem bei Interviewer:innen-gestützten Erhebungsmethoden ist. Die bibliometrische Analyse von österreichbezogenen Publikationen auf Basis von ESS-Daten zeigt, wie intensiv ESS-Daten genutzt werden und wie wichtig die Europäische Sozialstudie generell als Datenbasis für sekundäre Forschung in den letzten 20 Jahren geworden ist. Ein weiteres zentrales Ergebnis ist, dass die Disseminationstätigkeit beeinträchtigt wird, wenn ein Land eine Erhebungswelle auslässt, und dass ein nachfolgender Aufholprozess mühsam sein kann.

Die unterschiedlichen disziplinären Hintergründe der Autor:innen dieses Sammelbandes und die vielfältigen Themen verdeutlichen die mannigfache Nutzung der ESS-Daten innerhalb der österreichischen Forschungslandschaft. Nicht nur ist die österreichische Beteiligung an der Forschungsinfrastruktur ESS ERIC in den letzten 20 Jahren generell ein Erfolgsprojekt und die ESS-Daten wurden und werden in Österreich extensiv von der Wissenschafts-Community genutzt. Zugleich hoffen wir, dass dieser Sammelband dazu beiträgt, die Sichtbarkeit des ESS in Österreich weiter zu erhöhen und dazu anzuregen, in noch höherem Ausmaß wissenschaftliche Untersuchungen basierend auf ESS-Daten durchzuführen und politische Entscheidungsträger:innen über Einstellungen, Bewertungen und Präferenzen in der Bevölkerung zu informieren.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Matthias Reiter-Pázmándy

Die Teilnahme Österreichs am European Social Survey im Kontext von ESFRI

Die wissenschaftliche Forschung zu Individuen und Gesellschaft hat durch die Schaffung von Forschungsinfrastrukturen in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) neue Möglichkeiten erhalten. Länderübergreifende sozialwissenschaftliche Surveys stellen immer umfassendere Daten zur wissenschaftlichen Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen zur Verfügung.[1]

Für Europa ein wesentlicher Faktor ist die Nutzbarkeit und Vergleichbarkeit von wissenschaftlichen Daten über Sprachen und Kulturen hinweg. Dies ist insbesondere für jene wissenschaftlichen Disziplinen relevant, deren Daten zwischen Ländern, Regionen und Gesellschaften variieren können. Sozialwissenschaftliche Forschungsinfrastrukturen weisen damit zu den Anfängen der Sozialwissenschaften zurück, zum Vergleich von Gesellschaften im Sinne von Durkheim. Die Umweltwissenschaften und die Lebenswissenschaften benötigen ebenso solche Daten, aber ganz besonders die GSK. Für die GSK ist die Datengenerierung umso wertvoller, je mehr Datenpunkte, möglichst gleichmäßig verteilt über Europa, erhoben werden. D. h. es ist für die wissenschaftliche Community in den einzelnen Mitgliedsstaaten von hohem Interesse, dass auch in anderen Staaten Daten erhoben werden, um mit diesen Vergleiche durchführen zu können. Die Schaffung länderübergreifender Forschungsinfrastrukturen, die koordiniert Daten erheben und archivieren, macht wissenschaftliche Analysen möglich, die ohne diese Anstrengungen nicht denkbar wären.[2]

Auf europäischer Ebene entwickelten sich die Forschungsinfrastrukturen in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften in den letzten Jahren sehr dynamisch. Österreich und das Wissenschaftsministerium haben aktiv an diesem Prozess mitgewirkt. Solide wissenschaftliche Daten sind sowohl die Grundlage für exzellente Forschung und wissenschaftliche Erkenntnis als auch für evidenzbasierte Politik und fundierte gesellschaftliche Debatten.

---

1 Dank geht für Hinweise an Ursula Brustmann, Petra Burgsteiner-Schröder, Rory Fitzgerald, Bettina Glaser, Peter Grand und Julia Prikoszovits.

2 Farago, Peter: Understanding How Research Infrastructures Shape the Social Sciences. Impact, Challenges and Outlook, in: Duşa, Adrian u. a. (Hg.): Facing the Future. European Research Infrastructures for the Humanities and Social Sciences, Berlin 2014, S. 21–33.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

1 Die Teilnahme Österreichs an europäischen ESFRI-Forschungsinfrastrukturen

Die gemeinsame Entwicklung europäischer Forschungsinfrastrukturen durch die EU-Mitgliedsstaaten ist eng mit der Etablierung des Europäischen Forschungsraumes verknüpft und damit mit der Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen und wissensgestützten Wirtschaftsraumes. Die konkrete Idee hat frühere Wurzeln und geht auf den Soziologen Ralf Dahrendorf zurück, der das Konzept in seiner Zeit als EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Bildung vertrat. Die Gründung des European Strategy Forum for Research Infrastructures (ESFRI) gab der Entwicklung einen wesentlichen Schub und steht am Beginn der Strukturen und Prozesse, wie wir sie heute kennen. ESFRI wurde 2002 ins Leben gerufen, mit einem Mandat des Europäischen Rates zur strategiegeleiteten und gemeinsam abgestimmten Weiterentwicklung von Großforschungsanlagen und Forschungsinfrastrukturnetzwerken in Europa. Im Jahr 2006 veröffentlichte ESFRI die erste Roadmap, die das maßgebliche Planungs- und Strategiedokument für europäische Forschungsinfrastrukturen darstellt. Die Roadmap wurde in den Folgejahren regelmäßig aktualisiert, zuletzt 2021.

Wesentliches Element der Roadmap ist die Evaluierung sich neu etablierender Forschungsinfrastrukturen und die Aufnahme neuer Infrastrukturen auf die Roadmap. Durch die Listung auf der Roadmap erhalten Forschungsinfrastrukturen die Möglichkeit, an Ausschreibungen der EU-Forschungsrahmenprogramme teilzunehmen, die sich speziell an ESFRI-Forschungsinfrastrukturen richten. Das System von ESFRI sieht ein Monitoring und eine regelmäßige Evaluierung der Infrastrukturen auf der Roadmap vor.

Aktuell befinden sich 63 europäische Forschungsinfrastrukturen auf der Roadmap, aus allen wissenschaftlichen Disziplinen. 41 davon haben den Status einer Landmark, was bedeutet, dass sie eine gewisse Konsolidierung erreicht haben. Aus den GSK sind aktuell elf Forschungsinfrastrukturen gelistet, fünf davon haben Landmark-Status.

Ein weiteres wesentliches Element zur Gestaltung der Rahmenbedingungen für Forschungsinfrastrukturen auf europäischer Ebene ist die sogenannte ERIC-Verordnung.[3] Mit dieser wurde im Jahr 2009 eine eigene Rechtsform auf europäischer Ebene geschaffen, die auf die Bedürfnisse von Forschungsinfrastrukturen zugeschnitten ist. Ein ERIC (European Research Infrastructure Consortium) ist in allen Mitgliedsstaaten als Rechtspersönlichkeit anerkannt. So muss nicht auf andere, nationale Rechtsformen zu-

3 Verordnung (EG) Nr. 723/2009 des Rates vom 25. Juni 2009 über den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für ein Konsortium für eine europäische Forschungsinfrastruktur (ERIC), https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32009R0723 (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

rückgegriffen werden. Mitgliedsstaaten können sich als ERIC zum Betrieb einer Forschungsinfrastruktur zusammenschließen, eine Governance und Statuten beschließen sowie ein Budget und Mitgliedsbeiträge. Zusätzlich hat der europäische Gesetzgeber für ERICS eine Mehrwertsteuerbefreiung beschlossen.

Österreich hat sich von Anfang intensiv in den Aufbau europäischer Forschungsinfrastrukturen und in den ESFRI-Prozess eingebracht. Das gilt insbesondere für Forschungsinfrastrukturen in den GSK. Österreich ist Gründungsmitglied bei jenen fünf Forschungsinfrastrukturen der GSK, die Landmark-Status genießen: CLARIN und DARIAH aus den Geisteswissenschaften sowie CESSDA, ESS und SHARE aus den Sozialwissenschaften.[4] Alle fünf sind in der Rechtsform eines ERIC etabliert, wobei SHARE die allererste Forschungsinfrastruktur überhaupt in Europa war, die diese Rechtsform nutzte. Österreich hat sich weiters zur Teilnahme an EHRI und GGP bekannt, die seit 2018 bzw. 2021 auf der Roadmap sind, und ist aktuell in den Aufbau dieser beiden ESFRI-Infrastrukturen involviert.[5]

GSK-Forschungsinfrastrukturen befinden sich nicht an einem Ort, wie etwa große Messgeräte, sondern sind distribuiert. Das bedeutet, dass es in jedem teilnehmenden Land eine Gruppe oder ein Team gibt, das die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit des jeweiligen Landes durchführt. Der Lead für die Teilnahme an den sieben ESFRI-Forschungsinfrastrukturen liegt in Österreich an unterschiedlichen wissenschaftlichen Einrichtungen bzw. Konsortien.

Die Teilnahme an CLARIN und DARIAH erfolgt über das österreichische Konsortium CLARIAH-AT, ein Zusammenschluss von sechs Universitäten, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und der Österreichischen Nationalbibliothek. An CESSDA nimmt Österreich über das Austrian Social Science Data Archive (AUSSDA) teil. Die Teilnahme am ESS organisiert das Institut für Höhere Studien (IHS), die Teilnahme an SHARE die Johannes-Kepler-Universität Linz. Die Teilnahme am GGP erfolgt durch ein Konsortium unter der Federführung des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien gemeinsam mit der Universität Salzburg und der ÖAW. Auch zur Teilnahme an EHRI bildet sich ein nationales Konsortium unter der Federführung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI).

Einige Forschungsinfrastrukturen haben sich auch abseits der ESFRI-Roadmap etabliert und europäische oder internationale Relevanz erlangt. Hier sind insbesondere das International Social Survey Programme (ISSP) zu nennen und die European

4 CESSDA – Consortium of European Social Science Data Archives, ESS – European Social Survey, SHARE – Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, CLARIN – Common Language Resources and Technology Infrastructure, DARIAH – Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities.

5 EHRI – European Holocaust Research Infrastructure, GGP – Generations & Gender Programme.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Values Study (EVS). Der ISSP ist eine sozialwissenschaftliche Datenerhebung, die seit den 1980er Jahren Daten zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Themen erhebt. Die Daten des ISSP werden weltweit erhoben und erlauben so noch breiter gefasste Ländervergleiche. Die EVS reicht ebenso in die 1980er Jahre zurück und fokussiert auf das Thema Werte.

Die Unterstützung der Teilnahme Österreichs an länderübergreifenden Forschungsinfrastrukturen ist geleitet von dem Ziel, dem Forschungsstandort und der jeweiligen Forschungscommunity in ganz Österreich bestmöglich zugutezukommen. Die wesentlichen Voraussetzungen und Kriterien für die Unterstützung zur Aufnahme von ESFRI-Anträgen und Beteiligungen durch Österreich, deren Erfüllung diesen Nutzen erwarten lässt, wurden 2021 vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) in einem Kriterienkatalog festgehalten.[6] Die Erfüllung der Kriterien wird durch ein Gremium wesentlicher Stakeholder der österreichischen Forschungslandschaft bewertet. Diese Vorgehensweise macht den Prozess zur Unterstützung von ESFRI-Forschungsinfrastrukturen seitens Österreich systematischer und transparenter. Die vier Kriterien sind: die Darstellung des Mehrwertes für den österreichischen Forschungsraum, die forschungspolitische Einbettung in Österreich, die dezidierte Service-Orientierung der Forschungsinfrastruktur sowie die Vorlage eines schlüssigen Finanz- und Arbeitsplans.

Was bedeuten die Kriterien genau? Die Teilnahme an einer ESFRI-Forschungsinfrastruktur durch Österreich soll grundsätzlich dem gesamten Forschungsraum zugutekommen. Daraus ergibt sich die Anforderung, dass ein nationales Konsortium aus mehreren wissenschaftlichen Einrichtungen gebildet wird, die ihre Expertise einbringen bzw. von der Teilnahme profitieren können. Dabei ist auch die Darstellung von Eigenmitteln entscheidend, die aufgrund des jeweiligen Nutzens für die Forschungseinrichtung aufgebracht werden. Die forschungspolitische Einbettung der Teilnahme an einer europäischen Forschungsinfrastruktur bedeutet, dass die Forschungsinfrastruktur entlang der Profilbildung und Schwerpunktsetzung bzw. der Strategien der jeweiligen Forschungseinrichtungen ausgerichtet ist. Das klare Bekenntnis zur Service-Orientierung der Forschungsinfrastruktur ist wesentlich für den Erfolg und die Nachhaltigkeit und ist auch ein Abgrenzungskriterium zu Forschungsprojekten. Aufgaben in diesem Zusammenhang sind nicht nur Datengenerierung und -erhebung, Datenprozessierung und Datenarchivierung, sondern insbesondere auch die aktive, auf die Zielgruppe bzw. Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtete Bereitstellung von For-

6 BMBWF, 2022, Europäische und internationale Forschungsinfrastrukturen https://www.bmbwf.gv.at/Themen/Forschung/Forschung-in-der-EU/Europ%C3 %A4ische-Forschungsinfrastrukturen.html (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

schungsdaten. Dabei sollten Strategien und Maßnahmen für die Nachnutzung von Daten, Data Re-Use, sukzessive in den Fokus rücken, um die Nutzung der Forschungsinfrastrukturen aktiv zu erhöhen. Um sicherzustellen, dass die Planungen nachhaltig sein können, ist ein Finanz- und Arbeitsplan notwendig, der das erforderliche Budget für die Aktivitäten in Österreich und die Nutzung inklusive Mitgliedsbeitrag berücksichtigt, bzw. ein konkretes Arbeitsprogramm, das die Arbeitsteilung mit den nationalen und europäischen Konsortialpartnern zeigt.

Durch diese systematische Herangehensweise mit Kriterien und einem Bewertungsgremium kann eine nachhaltige Planung gelingen, ein größerer Mehrwert über einzelne Institutionen hinaus geschaffen werden und die substantielle Finanzierung von Forschungsinfrastrukturen durch die öffentliche Hand argumentiert werden.

Die Teilnahme eines Mitgliedsstaates und dessen wissenschaftlicher Community in Forschungsinfrastrukturen bedeutet nicht nur wissenschaftliche Arbeit, sondern auch forschungspolitische Gestaltung der Strukturen und Rahmenbedingungen von Forschungsinfrastrukturen. Der Gestaltung der Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene widmet sich vor allem das ESFRI-Forum, das Entscheidungsgremium von ESFRI, in dem alle EU-Mitgliedsstaaten vertreten sind und das laufend einen gesamthaften Blick auf die Entwicklung und Konsolidierung von Forschungsinfrastrukturen in Europa wirft. Die Arbeit wird unterstützt durch Arbeitsgruppen, die nach Wissenschaftsfeldern bzw. Disziplinen organisiert sind. Für den Bereich der GSK hat diese Aufgabe die ESFRI Strategic Working Group on Social and Cultural Innovation (ESFRI SWG SCI) inne. Sie erarbeitet Berichte über die Forschungsinfrastrukturlandschaft in den GSK in Europa, trägt zur Evaluierung von Roadmap-Anträgen bei und zum Monitoring laufender Infrastrukturen.

2 Ein kurzer geschichtlicher Abriss des ESS in Österreich

Österreich war von Beginn an beim Aufbau des ESS engagiert. Die erste Datenerhebungsrunde des ESS fand 2002 statt. Die Wurzeln des ESS reichen jedoch weiter zurück und zeigen, welche langjährigen Arbeiten hinter dem Aufbau einer Forschungsinfrastruktur stecken. Im European Science Forum (ESF) gründete 1995 das Standing Committee for the Social Sciences einen speziellen Unterausschuss, der einen Bericht über die Möglichkeiten einer paneuropäischen Sozialerhebung verfassen sollte. Dabei wurde auf den unterschiedlichen Erfahrungen vorhergehender Initiativen aufgebaut, die teils bis in die 1960er und 1970er Jahre zurückreichten. Wesentlicher Baustein waren Vorarbeiten des Politikwissenschafters Max Kaase in den 1980er und 1990er Jahren, die zeigten, dass für eine wissenschaftliche rigorose vergleichende Datenerhebung eine

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

wissenschaftlich-methodisch, aber auch organisatorisch starke zentrale Koordinierung notwendig ist, die auch entsprechende finanzielle Mittel hat.[7] Ein ausführlicher Bericht, der als Blaupause für die kommende Forschungsinfrastruktur bezeichnet wurde, lag 1999 vor und schlug den Aufbau des ESS vor.[8] Teil des Komitees, das den Bericht verfasste, war damals der österreichische Sozialwissenschafter Karl H. Müller, der am IHS forschte. Unter der Federführung des britischen Sozialforschers und Statistikers Roger Jowell gemeinsam mit Kaase wurde detailliert ausgeführt, wie der ESS konzipiert werden könnte und welche Kosten zu tragen wären. Rückblickend zeigen sich nicht nur der Weitblick, Einsatz und die wissenschaftliche Stringenz der Gründer, sondern auch deren Mut, groß zu denken. Sie zeigten, dass auch die Sozial- und Geisteswissenschaften große Daten- und Forschungsinfrastrukturen für ihre Arbeit brauchen.

Auf europäischer Ebene erfolgte die Finanzierung durch die Europäische Kommission über das 5. Europäische Forschungsrahmenprogramm, gemeinsam mit dem ESF und den Mitgliedsstaaten. Der Finanzierungsbeitrag Österreichs, insbesondere die Finanzierung der Datenerhebung in Österreich wurde über das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) aufgebracht.[9] In den Folgejahren, von 2003 bis 2012, lag der ESS in der finanziellen Verantwortung des Arbeits- bzw. Sozialministeriums. Ab 2013 finanzierten das Sozialministerium und das Wissenschaftsministerium den ESS gemeinsam, wobei der größere Anteil auf das Wissenschaftsministerium fiel. Österreich war Gründungsmitglied, als ESS 2013 als ERIC etabliert wurde, vertreten durch das damalige Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF).

Das Hauptquartier des ESS wurde in London angesiedelt, zunächst beim außeruniversitären Forschungsinstitut National Centre for Social Research (NatCen), ab 2003 an der City University. Die Teilnahme Österreichs am ESS wurde vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik (WISDOM) organisiert, dessen Geschäftsführer Karl H. Müller in der Zwischenzeit geworden war. Bis zum Jahr 2014 organisierte WISDOM die Teilnahme Österreichs am ESS und damit an den Erhebungswellen 1 bis 5. Die Interviews selbst wurden durch das Meinungsforschungsinstitut „ipr – Umfrageforschung Dr. Richard Költringer" durchgeführt.

---

7 Siehe dazu die Frühgeschichte des ESS in Jowell, Roger u. a.: The European Social Survey as a Measurement Model, in: Jowell, Roger u. a. (Hrsg.): Measuring Attitudes Cross-Nationally. Lessons from the European Social Survey, London u. a. 2007, S. 1 ff.

8 Steering Committee and the Methodology Committee for an ESS: The European Social Survey (ESS) – a research instrument for the social sciences in Europe, 1999, https://www.europeansocialsurvey.org/docs/about/ESS_blueprint.pdf (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

9 European Social Survey: ESS1 – 2002 Documentation Report Edition 6.6, 2002, S. 25, https://ess-search.nsd.no/en/study/e83a01d7-f872-4c9a-b1e3-14961ab3c550 (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Die erste Datenerhebungswelle des ESS fand europaweit 2002/2003 statt, an der auch Österreich beteiligt war. In der Aufbauphase des ESS gelang es in Österreich, die zweijährigen Erhebungen im vorgesehenen Rhythmus durchzuführen. Bis inklusive der dritten Welle erfolgten die Datenerhebungen zeitgerecht im vorgesehenen Zeitfenster, wenn auch immer am Ende des vorgegebenen Zeitraumes. Ab der vierten Welle begann eine schwierige Phase für den ESS in Österreich, denn WISDOM hatte Probleme, die Datenerhebungen zeitgerecht zu organisieren. Die für 2008 geplante vierte Datenerhebungswelle erfolgte erst über den Jahreswechsel 2010/2011. Die Erhebung zur fünften Welle wurde statt 2010 erst 2013 durchgeführt, obwohl die Finanzierung gegeben war. Das hatte nicht nur inhaltlich eine reduzierte internationale Vergleichbarkeit zur Folge, sondern bedeutete auch formal, dass die Daten nicht in den ersten Datenreleases veröffentlicht wurden, sondern ebenfalls erst beträchtlich zeitverzögert. Die Datenerhebung für Welle 6 im Jahr 2012 wurde von WISDOM nicht durchgeführt. Aufgrund von internen Problemen wurde zunächst mehrmals die Beauftragung des Meinungsforschungsinstitutes verschoben. Trotz großer Bemühungen seitens der involvierten Ministerien gelang es WISDOM nicht, den Start der Datenerhebung des ESS 6 durchzuführen. Schlussendlich wurde die Datenerhebung nicht durchgeführt, da sich der Verein WISDOM auflöste.[10]

Das Wissenschaftsministerium musste eine neue Heimat für den ESS suchen. Dafür wurden gemeinsam mit dem kofinanzierenden Sozialministerium Anforderungskriterien an einen neuen nationalen Koordinator festgelegt und Forschungseinrichtungen eingeladen, ihre Konzepte vorzulegen. Den Kern der Anforderungen bildeten die äußerst anspruchsvollen Standardvorgaben des ESS Core Scientific Team (CST)[11], die Grundlage für die hohe Reputation des ESS sind. Aus zwei eingereichten Konzepten wurde jenes des IHS ausgewählt und das Institut mit der Rolle des Nationalen Koordinators für Österreich betraut. Ausschlaggebend für die Wahl des IHS war der Fokus auf Qualitätssicherung und methodischer Weiterentwicklung. Aufbauend auf den Erfahrungen der vorangegangenen Wellen und insbesondere den Problemen mit Contact Rate, Non-Response-Rate und den Umgang mit systematischem Non-Response bei Männern schlug das IHS Analysestrategien vor, die auf einer innovativen wissenschaftlichen Vorgehensweise und neuen, evidenzbasierten Problemlösungen beruhten. Zusätzlich zu den von ESS als Basis erforderten Datenbereinigungsschritten führte das

10 Die Forschungsdaten, die WISDOM als sozialwissenschaftliches Datenarchiv archiviert hatte, wurden später an das neu gegründete Austrian Social Science Data Archive (AUSSDA) übergeben, ebenso wie die Rolle als nationaler Service Provider im Consortium of European Social Science Data Archives (CESSDA).

11 European Social Survey: Survey Specification, 2022, https://www.europeansocialsurvey.org/methodology/ess_methodology/survey_specifications.html (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

IHS weitergehende Analysen durch, um Design-Effekte, Interviewer:innen-Effekte, Non-Response-Bias etc. besser einschätzen zu können. Weiters wurde ein innovativer Erhebungsansatz verfolgt, sowohl zur Erhöhung der Datenqualität als auch als methodischer Beitrag zur Weiterentwicklung der Umfrageforschung generell. Bei diesem Methodentest handelte es sich um die Testung finanzieller Anreize, Incentives, mit denen der Aufwand der Interviewteilnehmerinnen und -teilnehmer abgegolten wird.

Eine neue Phase der Rekonsolidierung des ESS in Österreich begann. Johann Pollak leitete die Arbeit am IHS. Das IHS schrieb die Durchführung der Interviews, d. h. der Feldarbeit aus und führte durch dieses kompetitive Element eine weitere Komponente zur Hebung der Qualität der Datenerhebung ein. Ergebnis der Ausschreibung und auch der folgenden Ausschreibungen war die Durchführung der Interviews durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut IFES.

Ein neues Thema, das sich ab den 2010er Jahren intensivierte, waren Onlineerhebungen. Während vor allem in der Markt-, aber auch in der Meinungsforschung immer häufiger Computer Assisted Web Interviews (CAWI) durchgeführt wurden, blieb zunächst innerhalb des ESS die Auffassung vorherrschend, dass für wissenschaftliche Erhebungen nur Computer Assisted Personal Interviews (CAPI) die nötige Qualität lieferten. Diese Position war neben anderen Aspekten auch eng mit der Frage der Stichprobenziehung verbunden. Nachdem in den Anfangsjahren des ESS in Österreich die Stichprobe aus dem Telefonbuch gezogen wurde, erfolgt die Stichprobenziehung seit der Koordination durch das IHS über das Zentrale Melderegister. Damit wurde eine wesentliche methodische Anforderung des ESS CST, die Stichprobe aus einem Personenregister durchzuführen, umgesetzt.

Der ESS widmete sich der Testung von Onlinedatenerhebungen über die Jahre immer intensiver.[12] Die Aktivitäten mündeten in das Projekt CRONOS (Cross-National Online Survey). Darin wurden neue Möglichkeiten durch Onlineinterviews getestet. Aus europäischer Perspektive wesentlich war die Nutzung von Fragen und Items aus anderen europäischen Forschungsinfrastrukturen wie EVS, GGP, ISSP und EQLS.[13] Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu Mixed-Mode-Erhebungen bzw. Onlinebefragungen, in die das IHS intensiv eingebunden war, waren 2022 die wissenschaftliche Grundlage für die Entscheidung des ESS, die Datenerhebung in Zukunft statt über persönliche Interviews mit einem *Web First Self-Completion*-Design durchzuführen. Das

12 Einen Überblick über die Entwicklungen, Projekte und Fachartikel liefert ein Eintrag auf der Website des ESS: European Social Survey: Modes of Data Collection, 2022, https://www.europeansocialsurvey.org/methodology/methodological_research/modes_of_data_collection/index.html (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

13 EVS – European Values Study, GGP – Generations and Gender Programme, ISSP – International Social Survey Programme, EQLS – European Quality of Life Survey.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

bedeutet, dass ab nun die selbst durchgeführte Onlinebefragung der hauptsächliche Modus der Datenerhebung wird. In manchen Ländern wird das Selbstausfüllen von Papierfragebogen übergangsmäßig möglich sein und bei ausdrücklichem Wunsch der Respondentinnen und Respondenten werden auch weiterhin persönliche Erstkontakte möglich bleiben.

Der Beginn der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 stellte auch den ESS in Österreich vor Herausforderungen. Der ursprüngliche Durchführungszeitraum der Interviews im Herbst 2020 wurde zunächst verschoben. Im Frühjahr 2021 führte das IHS in Österreich eine Corona-bezogene nationale Zwischendatenerhebung durch, bei der fast ausschließlich Fragen und Items des ESS verwendet wurden. Durch diese spezielle Befragung können gewisse Fragen und Items in Österreich in die ESS-Zeitreihe eingefügt werden und die Einstellungen und Verhaltensweisen der österreichischen Bevölkerung während der Coronakrise festhalten.[14] Schlussendlich wurde die Datenerhebung der ESS-Welle 10 im Herbst 2021 durchgeführt, und zwar ausschließlich als Webbefragung. Dass dieser Modus vergleichsweise rasch und einfach umgesetzt werden konnte, war vor allem deshalb möglich, weil das Team des IHS schon auf zwei erfolgreiche *Self-Completion*-Experimente aufbauen konnte. Corona-bedingt wurde so der Wechsel auf webbasierte Selbstausfüller-Fragebogen in Österreich und einigen anderen Ländern rascher vollzogen als vorhergesehen.

Neben dem Aufbau und der Konsolidierung der Infrastruktur und der notwendigen wissenschaftlichen Arbeit am ESS rückte der Fokus auf die Wirkung (*Impact*) des ESS in den vergangenen Jahren stärker in den Mittelpunkt. Die Wirkung des ESS als Forschungsinfrastruktur wurde von zwei Impact-Studien belegt und illustriert. Die Studien zeigen die hohe Nutzung und Wirkung des ESS in Wissenschaft und Gesellschaft. Darauf weisen zunächst vor allem die hohen Nutzungszahlen hin. Die Wirkungsstudie aus dem Jahr 2022 führt über 180.000 registrierte Nutzerinnen und Nutzer an, wovon 130.000 Studierende sind.[15] Von den etwa 50.000 Nutzerinnen und Nutzern, die Forschende sind oder aus anderen Bereichen kommen, hatten rund 7000 Personen innerhalb eines Kalenderjahres Datensätze heruntergeladen. Das sind hohe Zahlen, die nicht nur die hohe Forschungsrelevanz des ESS zeigen, sondern auch das Interesse bei anderen Nutzungsgruppen, wie Verwaltung, Politik oder Zivilgesellschaft, aber auch die Relevanz für die Methodenausbildung und die Lehre an Universitäten.

14 Die Daten stehen unter dem Titel „IHS COVID-19 Survey 2021" bei AUSSDA zur Verfügung: https://doi.org/10.11587/VB8CMB (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

15 Kolarz, Peter u. a.: SUSTAIN-2: Impact study of the European Social Survey, 2022, Technopolis Group, https://www.europeansocialsurvey.org/docs/findings/ESS-Impact-Study-2.pdf (zuletzt abgerufen: 23.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Im Rahmen einer früheren Wirkungsstudie im Jahr 2017 wurden zwei konkrete Fallbeispiele aus Österreich hervorgehoben.[16] Zum einen wurde die Nutzung von ESS-Daten für Forschung und Lehre an der Universität Wien erwähnt. Besonders in der Methodenlehre wurde der ESS als Lehr- und Übungsdatensatz für statistische Analysemethoden und -software genutzt. Der Einsatz des ESS in der Lehre ist ein wichtiges Zukunftsinvestment, da einige Studierende die Daten unmittelbar für Bachelor- und Masterarbeiten nutzten und davon ausgegangen werden kann, dass die Datensätze im Falle längerer akademischer Karrieren eine Datengrundlage bleiben. Eine zweite Fallstudie beschreibt die Wirkung der ESS-Daten im Sinne einer verbesserten strategischen Intelligenz basierend auf Daten für das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK). Insbesondere Daten zu Einstellungen und Haltungen gegenüber dem Wohlfahrtssystem waren dabei von Relevanz und unterstützten die Policy Maker bei ihrer Entscheidungsfindung. Die Daten des ESS werden in Österreich immer wieder in der Öffentlichkeit durch gesellschaftliche Akteure genutzt, nicht nur in wissenschaftlichen Analysen, sondern auch im Rahmen öffentlicher Debatten, in der Arbeit von Think Tanks oder Medien. Auch für den Datenjournalismus stellen Quellen wie der ESS eine Grundlage dar.

3 Forschungspolitische Einordnung und Ausblick

Über die Jahre hat sich der ESS auf europäischer Ebene dynamisch weiterentwickelt und ist zu einer vielbeachteten Forschungsinfrastruktur geworden. Österreich leistete bis jetzt einen wichtigen Beitrag zu diesen Entwicklungen. Doch die Forschungsinfrastruktur-Landschaft auf europäischer wie auf nationaler Ebene entwickelt sich kontinuierlich weiter. Neue europäische Forschungsinfrastrukturen entstehen: Seit dem ESFRI-Update 2021 stehen elf Forschungsinfrastrukturen aus den GSK auf der Roadmap. Mit der Forschungsinfrastrukturinitiative MEDem (Monitoring Electoral Democracy in Europe) zu Daten über Demokratien steht eine neue Infrastruktur für das nächste Roadmap-Update in den Startlöchern. Insgesamt geht es aus forschungspolitischer Sicht darum, die europäischen und nationalen Rahmenbedingungen mit den gegebenen Ressourcen optimal zu gestalten.

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Martin Polaschek nannte 2022 in einer Presseaussendung anlässlich der weiteren Finanzierung des ESS

16 Kolarz, Peter u. a.: Comparative impact study of the European Social Survey (ESS) ERIC, Technopolis Group, 2017, https://www.europeansocialsurvey.org/docs/findings/ESS-Impact-study-Final-report.pdf (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

europäisch vergleichbare Forschungsdatensätze und langfristige Beobachtungszeiträume „eine wichtige Grundlage für die Sozialwissenschaften in Europa".[17] Die Teilnahme an europäischen Forschungsinfrastrukturen sei daher ein wichtiger Baustein in den Bestrebungen des Wissenschaftsministeriums, „die Datengrundlage für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung in Österreich weiter auszubauen und exzellente, auch für gesellschaftliche Herausforderungen relevante Forschung zu ermöglichen". Sozialminister Johannes Rauch bezeichnete den ESS in derselben Aussendung als „unverzichtbare sozial- und gesundheitspolitische Forschungs- und Handlungsgrundlage für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft".

Aus Sicht der Forschungspolitik sind Forschungsinfrastrukturen ein wesentliches Gestaltungsmerkmal einer erfolgreichen Wissenschaftslandschaft eines Landes. Ihre Bedeutung geht über einzelne Standorte oder Universitäten hinaus. Die Bundesregierung nennt in ihrer FTI-Strategie 2030 als erstes Handlungsfeld, um zum internationalen Spitzenfeld aufzuschließen und den FTI-Standort Österreich zu stärken, den Ausbau und die Absicherung des Zuganges zu Forschungs- und Technologieinfrastrukturen.[18] Diese hohe forschungspolitische Priorität von Forschungsinfrastrukturen spiegelt sich auch in den dreijährigen FTI-Pakten der Bundesregierung wider, die der Umsetzung der FTI-Strategie dienen.

Der Zugang zu Daten für die Wissenschaft, aber insbesondere für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, wurde in Österreich durch eine Reihe an Reformen und Initiativen in den letzten Jahren schon deutlich verbessert. Seit 2016 stellt das Austrian Social Science Data Archive (AUSSDA) insbesondere Befragungsdaten, aber auch mehr und mehr Replikationsdatensätze der wissenschaftlichen Community zur Verfügung. Über den europäischen Datenkatalog bei CESSDA, in den AUSSDA einspielt, stehen mehr als 40.000 Datensätze aus einer Vielzahl an europäischen Ländern zur Verfügung. 2022 startete mit dem Austrian Micro Data Center (AMDC) bei Statistik Austria ein virtuelles Zentrum für Forschung mit sensiblen Daten aus Registern der öffentlichen Verwaltung sowie Mikrodaten der amtlichen Statistik. Damit behebt Österreich auch eine seit Jahren von der OECD bemängelte Schwachstelle beim Forschungszugang zu Daten.[19] Erstmals findet sich in Österreich ein langlaufendes Haushaltspanel in Aufbau,

17 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Wissenschaftsministerium finanziert europäische sozialwissenschaftliche Datenerhebungen, OTS0033, 31. Aug. 2022, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220831_OTS0033/wissenschaftsministerium-finanziert-europaeische-sozialwissenschaftliche-datenerhebungen (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

18 Bundesregierung: FTI-Strategie 2030 Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation, 2020, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:1683d201-f973–4405–8b40–39dded2c8be3/FTI_strategie.pdf (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

19 OECD, OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018, OECD Reviews of Innovation Policy, OECD

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

das – angelehnt an das deutsche Sozio-oekonomische Panel (SOEP) – Daten über die österreichische Bevölkerung im Längsschnitt erheben soll. Das Austrian Socio-Economic Panel (ASEP) wird von Statistik Austria in Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Community aufgebaut und von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet.

Die steigenden Datenangebote eröffnen der Forschung neue Möglichkeiten. In einem nächsten Schritt sollte insbesondere der Nachnutzung von Forschungsdaten, die über Forschungsinfrastrukturen generiert werden, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.[20] Schlussendlich ist es das Ziel von datenproduzierenden und datengenerierenden Forschungsinfrastrukturen, Daten für die Nachnutzung, den Data-Re-Use, zur Verfügung zu stellen. Die existierenden Incentivierungsstrukturen im Wissenschaftssystem unterstützten bisher die Sekundärnutzung von Daten allerdings nur selten. Im Rahmen des bei der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung neu eingerichteten Fonds Zukunft Österreich (FZÖ) hat die österreichische Bundesregierung ein Finanzierungsinstrument zur strategischen Schwerpunktsetzung für Zukunftsfelder und -technologien in Grundlagen- und angewandter Forschung geschaffen. Einer dieser Schwerpunkte wurde 2022 zum Thema „Datengetriebene Forschung über die Gesellschaft" gesetzt und umfasst, neben der Nutzung etwa von Registerdaten für die Forschung, auch die Nachnutzung (Data Re-Use) von Forschungsdaten aus unterschiedlichen Quellen und Forschungsdatenrepositorien wie etwa AUSSDA. Dieser Ansatz hat für das BMWBF Priorität, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen und Erfolge mit Open Science in der Pandemie. Die ÖAW wird mit den Mitteln des FZÖ ein Förderungsprogramm zu diesem Schwerpunkt mit dem Titel Data:Research:Austria starten und somit auch erstmals einen systemischen Impuls im Rahmen eines Förderprogrammes für die Nachnutzung von Daten geben.[21] Denn das Potential für die Datennachnutzung ist in den Sozialwissenschaften hoch. In einer Umfrage 2015 gaben 74 % der Forschenden in den Sozialwissenschaften in Österreich an, dass sie Daten nützen, die andere erhoben haben.[22]

Publishing, Paris 2018, S. 107, https://doi.org/10.1787/9789264309470-en (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

20 Reiter-Pázmándy, Mathias,: Data Access for the Social Sciences in Austria. Open Data, Closed Data, Research Infrastructures and Re-Use, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 50/1 (2021), https://doi.org/10.15203/ozp.3737.vol50iss1 (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

21 Siehe dazu auch Empfehlung des Rates für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE) zur Verwendung der Mittel des Fonds Zukunft Österreich für 2022, 5, https://www.rat-fte.at/files/rat-fte-pdf/einzelempfehlungen/R240080.pdf (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

22 Bauer, Bruno u. a.: Forschende und ihre Daten. Ergebnisse einer österreichweiten Befragung – Report 2015. Version 1.2. Zenodo, Wien 2015. https://doi.org/10.5281/zenodo.32043, 112 (zuletzt abgerufen: 14.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Der ESS nimmt auf Ebene der europäischen Forschungsinfrastrukturen eine zentrale Rolle ein und wird immer wieder als Erfolgsbeispiel genannt, auch über Disziplinengrenzen hinweg. Der Politik geht es bei der Schaffung eines besseren Zuganges zu Daten für die Wissenschaft um eine Datengrundlage für exzellente Forschung, mehr Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes und um Datengrundlagen für politische Entscheidungen. Dafür ist der ESS ein gelungenes Beispiel.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

GESELLSCHAFT UND STAAT/POLITIK

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Marie Lisa Sailer

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Zufriedenheit mit staatlichen Institutionen in Zeiten von Corona

1 Einleitung

Die Covid-19-Pandemie hat ab März 2020 das Leben in Österreich sowie weltweit eingeschränkt. Die pandemiebedingte Krise stellt die Gesellschaft vor ökonomische, soziale, politische und gesundheitliche Herausforderungen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bedeuteten enorme Einschnitte in das Leben der österreichischen Bevölkerung. Social Distancing, Homeoffice, Homeschooling, Lockdowns und Quarantänen stellten große Veränderungen und Belastungen für die Mitglieder der Gesellschaft dar. In Friedenszeiten waren Maßnahmen wie diese in Europa kaum vorstellbar. Immer wieder stand in den Jahren 2020, 2021 und 2022 die Frage im Raum, inwiefern diese Maßnahmen mit den Grundrechten vereinbar seien. Besonders an der Impfpflicht entfachte sich eine Diskussion bzgl. der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und des Eingriffes in die Gesundheit und das Privatleben der Österreicher:innen. Inwiefern der Staat in das Leben eingreifen darf, soll, muss, wurde in der Pandemie – mehr oder weniger ergebnislos – neu verhandelt. Zum einen stellten die Pandemie-Maßnahmen einen in der Zweiten Republik noch nicht dagewesenen Einschnitt in das Leben der österreichischen Bevölkerung dar, zum anderen sind diese Maßnahmen auf die Akzeptanz und Kooperation der Österreicher:innen angewiesen. Die Einhaltung von Social sowie Physical Distancing ist kaum zu kontrollieren bzw. zu ahnden. Das Jahr 2022 war und ist vom zunehmenden Abbau dieser Maßnahmen begleitet. In diesem Sinne gibt es seit dem 1. August 2022 in Österreich keine Absonderungspflicht bei einer Infektion mit SARS-CoV-2 mehr.[1] Stattdessen wurde eine Verkehrsbeschränkung eingeführt, die auf die Eigenverantwortlichkeit der Infizierten abzielt. Die in den letzten Jahren beschlossenen Maßnahmen waren von einem Tauziehen um Schutz und Freiheitsrechte der Österreicher:innen begleitet. Wie zufrieden oder unzufrieden die Österreicher:innen mit den Maßnahmen der Bundesregierung und deren Unterstützung verschiedener vulnerabler Personen sind, sowie deren Folgen auf das

1 Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Die aktuellen Maßnahmen zum Coronavirus im Überblick, 2022, https://www.sozialministerium.at/Corona/Coronavirus/Coronavirus--Aktuelle-Maßnahmen.html (zuletzt abgerufen: 22.09.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

eigene Berufsleben und die eigene Gemütslage, wurde im Jahr 2021 in der IHS-Covid-19-Befragung ermittelt.

Der folgende Bericht konzentriert sich zum einen auf die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Umgang der Bundesregierung bzgl. der Covid-Pandemie im Jahr 2021. Zum anderen wird die Entwicklung der Zufriedenheit der österreichischen Bevölkerung mit dem Leben im Allgemeinen, der Demokratie, der derzeitigen Wirtschaftslage und der Arbeit der Bundesregierung vom Jahr 2014 bis ins Jahr 2021 beleuchtet. Die staatlichen Eingriffe in der Pandemie sowie das Regieren über Verordnungen haben das Verhältnis und die Zufriedenheit von Bürger:innen zu politischen Institutionen verändert. In einem weiteren Schritt wird betrachtet, wie sich das zwischenmenschliche Vertrauen der Österreicher:innen in den Jahren 2014 bis 2021 entwickelt hat. Die Angst vor wechselseitiger Ansteckung kann Einfluss auf das Vertrauen zu den Mitmenschen und damit auf die Kooperationsbereitschaft haben.[2]

Zufriedenheit mit den staatlichen Institutionen sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Vertrauen sind wichtige Eckpfeiler bei der Einhaltung und damit Wirksamkeit von Pandemie-Maßnahmen. Um eine zeitliche Entwicklung der Zufriedenheit und des zwischenmenschlichen Vertrauens dazustellen, wurden die Daten der Covid-19-Befragung mit denen der Europäischen Sozialerhebung aus den Jahren 2014, 2016, 2018 ergänzt.

2 Daten

Zur Untersuchung der Wirkung der Corona-Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Vertrauen und die Zufriedenheit mit staatlichen Institutionen werden Daten der Langfristbefragung der Europäischen Sozialerhebung Österreich (ESS – European Social Survey) und der Covid-19-Befragung herangezogen.

Der ESS ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die alle zwei Jahre in über 30 europäischen Ländern durchgeführt wird. Die Erhebungen enthalten eine Vielzahl von Informationen über moralische, religiöse, soziale, ökonomische und politische Einstellungen und Verhaltensmuster der europäischen Bevölkerung sowohl auf individueller als auch Haushaltsebene. Weiters deckt der ESS soziodemografische Charakteristika und Informationen zum Erwerbsstatus ab. Da der ESS eine Wiederholungsbefragung ist, besteht er aus einem Standardmodul, das bei jeder Welle erhoben wird, sowie aus abwechselnden Schwerpunktthemen. In Österreich wird der ESS seit dem

2 Kühne, Simon u. a.: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona. Eine Chance in der Krise?, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, 1091.1091 (2020), 1–16 https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.793201.de/diw_sp1091.pdf (zuletzt abgerufen: 15.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Jahr 2002 erhoben. Im Folgenden werden die Erhebungswellen 7, 8 und 9 aus den Jahren 2014, 2016 und 2018 herangezogen. In diesem Erhebungszeitraum fanden die Interviews des ESS durchgehend persönlich statt.

Die Covid-19-Befragung ist eine Erhebung über soziale, ökonomische und politische Einstellungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 und der damit verbundenen Krise. Die Befragung wurde österreichweit durchgeführt. Der Fragebogen besteht aus drei Teilen: Der erste Teil deckt Fragen zur politischen Orientierung und Zufriedenheit mit den institutionellen Rahmenbedingungen in Österreich ab. Der zweite Teil zielt explizit auf die Einstellungen der Teilnehmer:innen bzgl. der verschiedenen Regierungsmaßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung ab. Zusätzlich wurde der Einfluss der Pandemie auf das Leben der Respondent:innen abgefragt. Der letzte Teil adressiert Individual- und Haushalts-Charakteristiken der Befragten. Der erste und der dritte Teil basieren hauptsächlich auf den Fragen der Kernmodule des European Social Survey. Dies ermöglicht einen Vergleich der Covid-19-Befragung mit Datenreihen des ESS für das Land Österreich. Im Rahmen der Covid-19-Befragung wurden einmalig 1500 Telefoninterviews sowie Online-Befragungen repräsentativ für in Österreich lebende Personen über 16 Jahren durchgeführt. Die Erhebung fand zwischen April 2021 und Mai 2021 statt.

Die Daten des ESS aus den vergangenen Wellen werden auf individueller Ebene mit den Informationen der Covid-19-Befragung kombiniert. Tabelle 1 listet die Anzahl der in der Analyse berücksichtigten Personen nach Erhebungsjahr auf.

Tabelle 1 : Fallzahlen nach Befragungsjahren

Jahr	Anzahl der Befragten
2014	1781
2016	2007
2018	2497
2021	1461

Die vorliegenden Analysen beziehen sich auf Personen im Alter 15+ bzw. 16+ in Österreich, im Falle des European Social Survey auf Personen, welche 15 Jahre und älter sind, oder im Falle der Covid-19-Befragung 16 Jahre oder älter sind und in Privathaushalten leben. Für alle in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse wurden Gewichtungsfaktoren verwendet (post-stratification weight). Diese Gewichtungsfaktoren werden anhand von Informationen bezüglich Altersgruppe, Geschlecht, Bildung und Region der Grundgesamtheit der österreichischen Bevölkerung für die einzelnen Erhebungsjahre ermittelt.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3 Ergebnisse

3.1 Zufriedenheit mit dem Umgang der Regierung mit der Covid-19-Krise im Jahr 2021

Im Februar 2020 wurden die ersten Corona-Fälle in Österreich gemeldet. Im selben Monat wurde die Meldepflicht bei Verdachts-, Erkrankungs- und Todesfall durch Covid-19 eingeführt. Die österreichische Regierung beschloss in den folgenden Monaten immer weitere Maßnahmen mit dem Ziel, die Ausbreitung der Pandemie zu verlangsamen und zu reduzieren. Im Zuge dieser Maßnahmen kam es seit März 2020 bis Juni 2021 zu drei harten österreichweiten Lockdowns (erster Lockdown: 26. März 2020 bis 14. April 2020, zweiter Lockdown: 17. November 2020 bis 16. Dezember 2020 und dritter Lockdown: 26. Dezember 2020 bis 7. Februar 2021) und zu einem Lockdown speziell für die Ostregion, das heißt in Niederösterreich, Wien und im Burgenland (1. April 2021 bis 19. April 2021 im Burgenland und bis 2. Mai 2021 in Wien und Niederösterreich). Maßnahmen wurden eingeführt, gelockert, abgeschafft und wieder eingeführt. Die Covid-19-Befragung fand im April bis Mai 2021 statt und bildet somit lediglich das Stimmungsbild zu diesem Zeitpunkt ab. Dies war noch vor der Einführung und Aufhebung des Covid-19-Impfpflichtgesetzes in der ersten Hälfte des Jahres 2022.[3]

Die Teilnehmer:innen der Covid-19-Befragung wurden nach ihrer Zufriedenheit mit der Bundesregierung im Umgang mit der Coronavirus-Pandemie gefragt. Die Antwortskala zu dieser Frage reicht von 0 „Äußerst unzufrieden" bis zu 10 „Äußerst zufrieden". Die Hälfte der Befragten gibt an, unzufrieden damit zu sein, wie die Regierung in der Covid-19-Krise agiert. 13 % sind mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung weder zufrieden noch unzufrieden und 14 % sind mit einem Wert zwischen 8 und 10 äußerst zufrieden (Abbildung 1).

Bei der Zufriedenheit bzgl. des Krisenmanagements der Bundesregierung kann es zu regionalen Unterschieden aufgrund von unterschiedlichen Fallzahlen, der Unterstützung der Maßnahmen der Bundesregierung durch die jeweilige Landesregierung oder durch weitere Bundesland-spezifische Maßnahmen kommen. Auch der jeweilige Wohnort kann Auswirkungen auf die Wahrnehmung der und Zufriedenheit mit den Covid-19-Maßnahmen der Regierung haben. Beispielsweise sind Sicherheitsmaßnahmen und Abstandsregeln in eng besiedelten Städten schwieriger einzuhalten als in ländlichen Regionen.

3 Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Impfpflichtgesetz, die COVID-19-Impfpflichtverordnung und die Verordnung betreffend die vorübergehende Nichtanwendung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes und der COVID-19-Impfpflichtverordnung aufgehoben werden und das Epidemiegesetz 1950 geändert wird, BGBl. I Nr. 131/2022.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

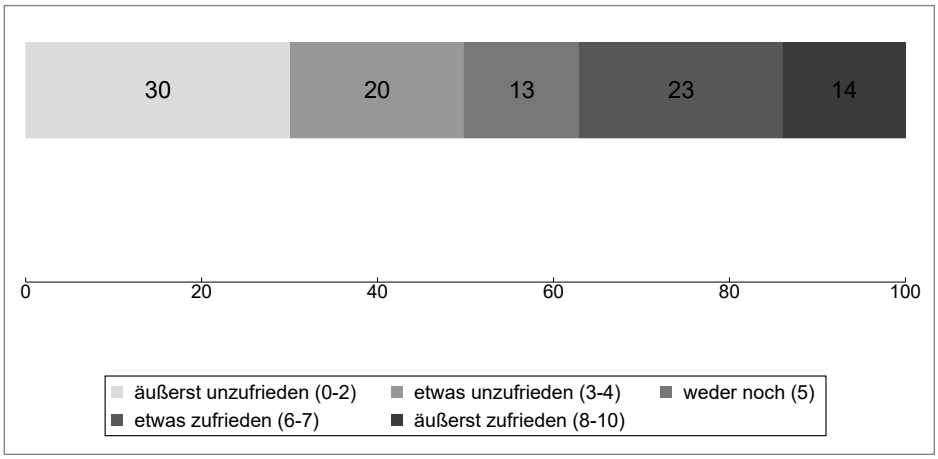


Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Bundesregierung bzgl. des Umgangs mit der Coronavirus-Pandemie – Antwortskala rekodiert

Abbildung 2 zeigt die mittlere Zufriedenheit mit der Bundesregierung im Umgang mit der Pandemie nach Bundesländern sowie nach Wohnort. Im Westen Österreichs ist man im Schnitt unzufriedener mit dem Krisenmanagement der Regierung als im Osten. Während der Mittelwert des Antwortverhaltens der Tiroler:innen bei einem Wert von 3,9 liegt, beträgt er für die Burgenländer:innen 4,8. Dies könnte unter anderem daran liegen, dass die Wirtschaft im Westen Österreichs stärker am Tourismus ausgerichtet ist und damit besonders unter den Einreisebestimmungen für ausländische Tourist:innen leidet. Im Hinblick auf die mittlere Zufriedenheit nach Wohnort zeigt sich überraschenderweise, dass die Dorfbevölkerung mit 4,2 die niedrigsten Zufriedenheitswerte aufweist, dicht gefolgt von den Städter:innen. Die höchste mittlere Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement weist die Landbevölkerung mit 4,7 auf, jedoch bei einem breiten 95 %-Konfidenzintervall reichend von 4,0 bis 5,4.[4]

Es zeigt sich sowohl bei der mittleren Zufriedenheit nach Bundesländern als auch nach Wohnort keine Gruppe mit einem Wert über 5, das heißt mit einem Mittelwert, der auf eine mehrheitliche Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung hindeutet.

Da sich Maßnahmen wie Homeschooling und Homeoffice auf Personen unterschiedlicher Altersgruppen sowie Personen aus Haushalten mit bzw. ohne Kinder unterschiedlich auswirken und sich somit in deren Zufriedenheit niederschlagen können,

4 Es wird hier zwischen Dorf- und Landbevölkerung unterschieden. Zur Dorfbevölkerung gehören Personen, welche in einem Dorf leben. Hingegen besteht die Landbevölkerung aus Personen, die in einem freistehenden Haus am Land ohne direkte Nachbarn oder auf einem Bauernhof wohnen.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

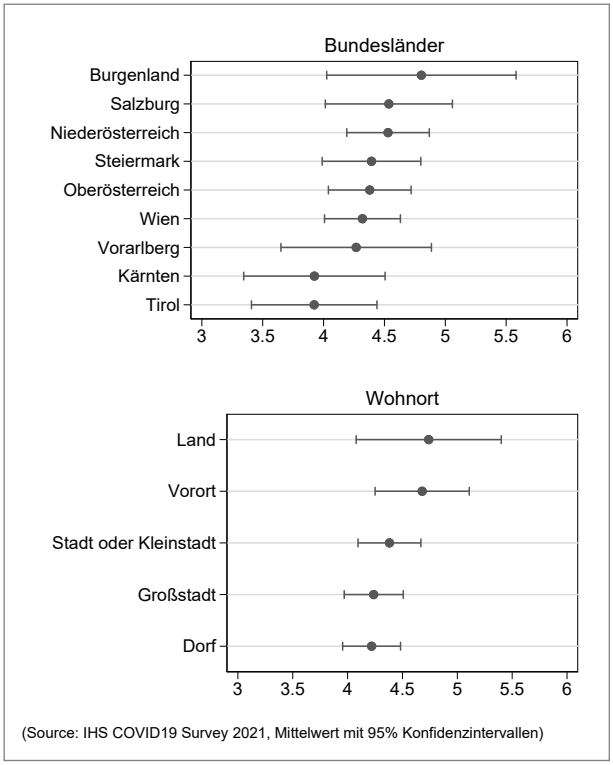


Abbildung 2: Mittlere Zufriedenheit mit der Bundesregierung bzgl. des Umgangs mit der Coronavirus-Pandemie nach Bundesländern und Wohnort

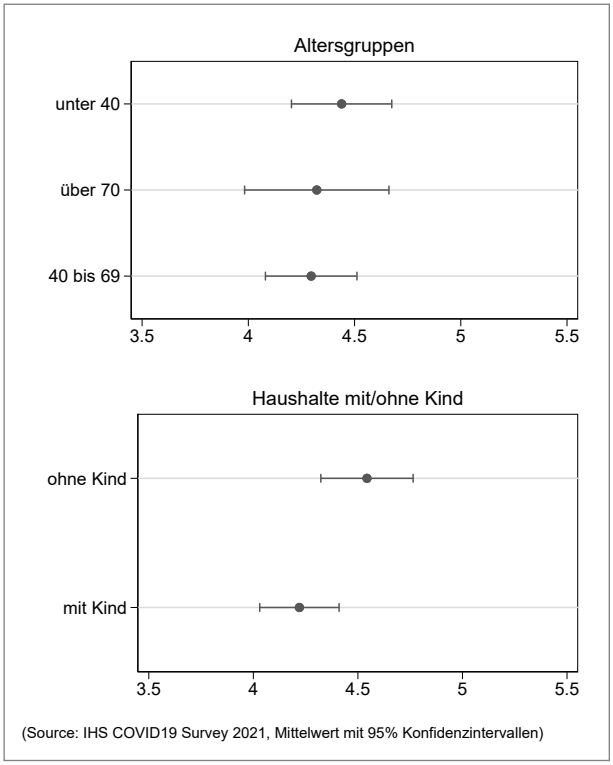
zeigt Abbildung 3 die mittlere Zufriedenheit nach Altersgruppen und Haushalten mit bzw. ohne Kinder. Die mittlere Zufriedenheit nach Altersgruppen unterscheidet sich nur sehr gering. So weisen Person unter 40 eine mittlere Zufriedenheit von 4,4 auf, während Personen zwischen 40 und 69 Jahren eine mittlere Zufriedenheit von 4,3 haben. Personen, die in Haushalten ohne Kinder leben, weisen mit einem Wert von 4,5 im Vergleich zu 4,2 eine geringfügig höhere mittlere Zufriedenheit auf als Haushalte mit Kind(ern). Wie zuvor zeigt sich auch bei der Betrachtung nach Altersgruppen sowie Haushalten mit bzw. ohne Kind keine mittlere Zufriedenheit jenseits eines Wertes von 5. Die hier betrachteten Gruppen sind im Schnitt unzufrieden damit, wie die Bundesregierung mit der Covid-19-Pandemie umgeht.

3.2 Zufriedenheit mit dem Leben, der Demokratie, der Wirtschaft und der Bundesregierung über die Jahre 2014 bis 2021

Die private, soziale sowie wirtschaftliche Situation vieler Österreicher:innen hat sich im Laufe der Covid-19-Pandemie geändert bzw. verschlechtert. Politische Maßnahmen wie Lockdowns, Ausgangsbeschränkungen, Impfpflicht, Homeschooling oder das

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Abbildung 3: Mittlere Zufriedenheit mit der Bundesregierung bzgl. des Umgangs mit der Coronavirus-Pandemie nach Altersgruppen und Haushalten mit Kindern



Tragen eines Mund-Nasenschutzes im öffentlichen Raum wurden von verschiedenen Gruppen als belastend empfunden. Diese partielle Unzufriedenheit gegenüber pandemiebedingten Maßnahmen zeigt sich durch die Demonstrationen gegen diese sowie die damit verbundene Entstehung neuer Bewegungen in Österreich, wie *Corona Widerstand, Eltern Stehen Auf, die Initiative für evidenzbasierte Corona Informationen* und *die Bewegung 2020.*[5] Im September 2021 wurde in den oberösterreichischen Landtag eine Partei gewählt, deren Kernthema die Kritik an den Covid-19-Maßnahmen darstellt: Menschen Freiheit Grundrechte (MFG).[6] Es offenbart sich, dass die Arbeit der Bundesregierung, das Funktionieren der Demokratie, aber auch die daraus resultierende Entwicklung der Wirtschaft seit Beginn der Pandemie zum Teil unter starker Kritik stehen. Aber lässt sich auch in der allgemeinen österreichischen Bevölkerung eine steigende Unzufriedenheit gegenüber diesen Bereichen erkennen?

5 Brunner, Markus u. a.: Corona-Protest-Report. Narrative – Motive – Einstellungen., 2021, https://doi.org/https://doi.org/10.31235/osf.io/25qb3 (zuletzt abgerufen: 23.03.2023).

6 Austrian Presse Agentur (APA): Überraschender Einzug in Oberösterreichs Landtag: Wer ist dMFG? – Oberösterreich – DerStandard.at › Inland, Der STANDARD, https://www.derstandard.at/story/2000129948954/ueberraschender-einzug-in-den-landtag-wer-ist-die-mfg (zuletzt abgerufen: 15.09.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Teilnehmer:innen der Europäischen Sozialerhebung und der Covid-19-Befragung werden nach ihrer Zufriedenheit bzgl. ihres eigenen Lebens im Allgemeinen, der Demokratie in Österreich, der Art und Weise, wie die Bundesregierung ihre Arbeit macht, und der derzeitigen Wirtschaftslage befragt. Die Antwortskala reicht von 0 „Äußerst unzufrieden" bis 10 „Äußerst zufrieden". Abbildung 2 zeigt den Vergleich der mittleren Zufriedenheit (Mittelwerte des Antwortverhaltens) über die Jahre 2014, 2016, 2018 und 2021. Von 2014 bis 2018 stiegen die Lebens- und Demokratiezufriedenheit, die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung sowie die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage stetig an. Die Lebenszufriedenheit der Österreicher:innen fiel 2018 von einem Durchschnittswert von rund 8 auf einen Wert von rund 6,1. Die Durchschnittszufriedenheit mit der Art, wie Demokratie in Österreich funktioniert, fiel im selben Zeitraum von rund 6,4 auf 4,8. Die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage Österreichs reduzierte sich von durchschnittlich 6,9 auf 4,1. 2018 lag die durchschnittliche Zufriedenheit der Österreicher:innen bei rund 5,4 und sank 2021 auf rund 3,8.

Der positive Trend bzgl. Zufriedenheit mit dem eigenen Leben sowie Demokratie, der Regierung und der Wirtschaft endet in pandemischen Zeiten. Dies könnte am Krisenmanagement der Regierung und den pandemiebedingten Maßnahmen und der damit verbundene Erschwerung der beruflichen Situation vieler Österreicher:innen liegen. Ebenfalls denkbar ist, dass die Regierungskrise im Jahr 2019, die unter dem Begriff *Ibiza-Affäre* bekannt ist, zu einer Verschlechterung der durchschnittlichen Zufriedenheit geführt hat. Was genau den Abwärtstrend ausgelöst hat, müsste näher untersucht werden. Es zeigt sich jedoch in jedem der vier Bereiche eine deutliche Verschlechterung der durchschnittlichen Zufriedenheit.

Zufriedenheit mit der Demokratie und der Regierung sind wichtig für die Unterstützung sowie Einhaltung von pandemiebedingten Maßnahmen. Auch in dieser Hinsicht ist die Entwicklung der Zufriedenheit kritisch zu sehen, da sie auf eine geringere Bereitschaft zu einem pandemiebekämpfenden Verhalten hindeuten kann.[7]

Nicht jede Gruppe ist im gleichen Ausmaß von den negativen Folgen der Covid-19-Krise und deren Maßnahmen betroffen. Sind ältere Personen sowie Menschen, die mit Kindern unter 15 Jahren in einem Haushalt leben, vergleichsweise unzufriedener? Im Vergleich zwischen verschiedenen Personengruppen wurden lediglich die Erhebungsjahre 2018 und 2021 herangezogen. Abbildung 5 zeigt, wie die durchschnittliche Lebens- und Demokratiezufriedenheit nach Altersgruppen und Haushalten mit bzw. ohne Kind(ern) ausfällt.

7 Plescia, Carolina/Krejca, Felix/Kalleitner, Fabian: Corona-Dynamiken 13. Die Dynamik der Demokratiezufriedenheit und des Vertrauens in die österreichische Bundesregierung während der COVID-19-Pandemie, 2020, https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/corona-dynamiken13/ (zuletzt abgerufen: 15.09.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

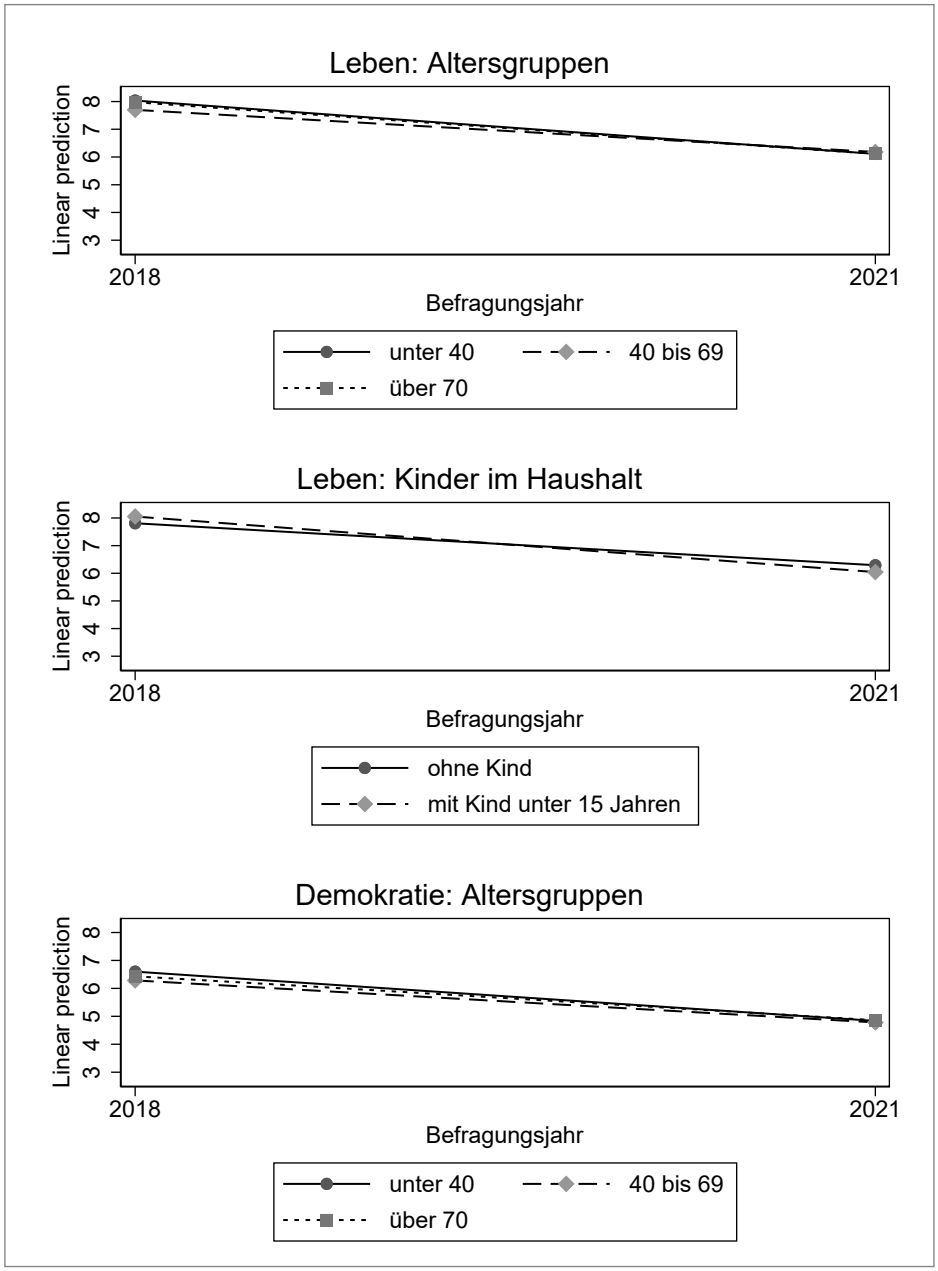


Abbildung 4: Mittlere Zufriedenheit in Österreich im Zeitverlauf

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

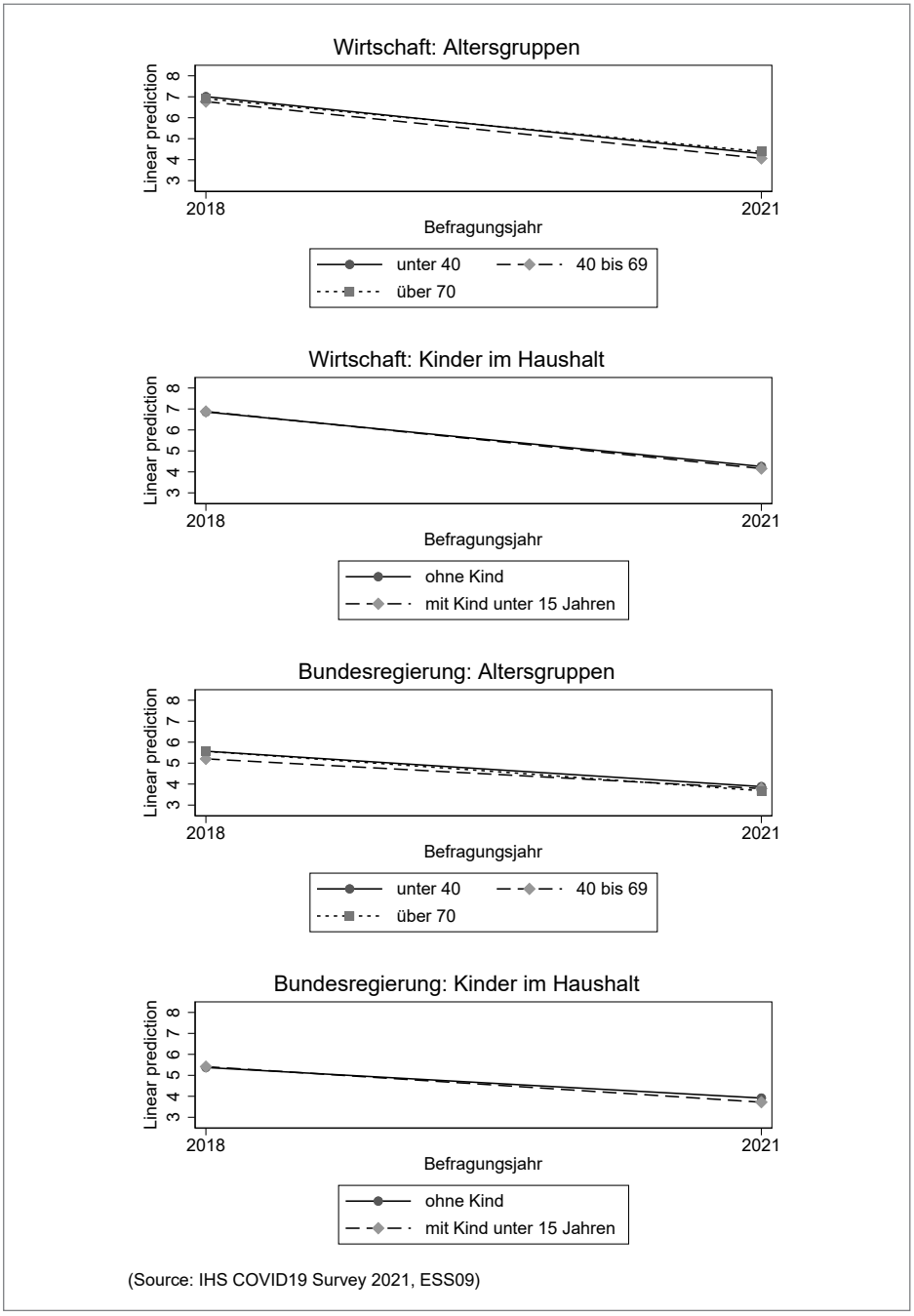


Abbildung 6: Entwicklung der Wirtschafts- und Regierungszufriedenheit nach Altersgruppen und Haushalten mit Kindern 2018 und 2021

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Grundsätzlich präsentiert sich ein Rückgang der durchschnittlichen Lebens- und Demokratiezufriedenheit aller Gruppen. Die Unterschiede im Niveau zwischen den Gruppen sind relativ gering. Im Vergleich zeigt sich, dass im Jahr 2021 die durchschnittliche Zufriedenheit bzgl. des Lebens im Allgemeinen und hinsichtlich der Demokratie für ältere Personen (70 Jahre und älter) nicht höher oder geringer ausfällt als für Personen unter 40 Jahren oder zwischen 40 und 69 Jahren. Im Vergleich von Haushalten mit und ohne Kinder zeigt sich, dass Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, vor der Covid-19-Krise im Jahr 2018 eine höhere durchschnittliche Lebens- und Demokratiezufriedenheit zeigen als Personen aus Haushalten ohne Kinder. 2021 ist die Zufriedenheit beider Gruppen gesunken, jedoch stärker von Personen aus Haushalten mit Kindern. Dies könnte an einer höheren Belastung von Personen mit Kindern durch die Pandemie-Maßnahmen liegen.

Abbildung 6 zeigt die durchschnittliche Zufriedenheit mit Wirtschaft und Bundesregierung verschiedener Altersgruppen und Personen aus Haushalten mit bzw. ohne Kinder. In allen Gruppen ist auch hier die Zufriedenheit bzgl. Wirtschaft und Bundesregierung vom Jahr 2018 auf das Jahr 2021 zurückgegangen. Personen zwischen 40 und 69 sind sowohl 2018 als auch 2021 im Schnitt unzufriedener mit der wirtschaftlichen Lage Österreichs als Personen unter 40 bzw. über 70. Bzgl. der Zufriedenheit mit der Bundesregierung nach Altersgruppen zeigt sich, dass die Zufriedenheit der über 70-Jährigen stärker gesunken ist als die der anderen Altersgruppen. Haushalte mit und ohne Kinder weisen im Jahr 2018 im Schnitt gleiche Zufriedenheitswerte auf. Dies ändert sich 2021. Auch in Bezug auf die Wirtschaft und die Arbeit der Bundesregierung sind Haushalte mit Kindern im Mittel unzufriedener als Personen in Haushalten ohne Kinder.

3.3 Zwischenmenschliches Vertrauen über die Jahre 2014 bis 2021

Das Vertrauen in andere Menschen ist ein zentraler Aspekt gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der wiederum spielt eine zentrale Rolle bei der Pandemiebekämpfung und der Einhaltung pandemiebezogener Maßnahmen. In Krisenzeiten wird jedoch das Vertrauen in die Mitmenschen auf die Probe gestellt, was sich beispielsweise an den Hamsterkäufen zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020 zeigte.[8] Die Bereitschaft für zukünftiges kooperatives Verhalten hängt davon ab, inwiefern die eigenen Mitmenschen als kooperativ eingeschätzt werden.

8 Bodi-Fernandez, Otto/Grausgruber, Alfred/Glatz, Christoph: Soziales Vertrauen und Solidarität in Zeiten der Krise, in: Glatz, Christoph/Aschauer, Wolfgang/Prandner, Dimitri (Hg.): Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie, Wiesbaden 2022, S. 183–206, https://doi.org/10.1007/978-3-658-34491-7 (zuletzt abgerufen: 23.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

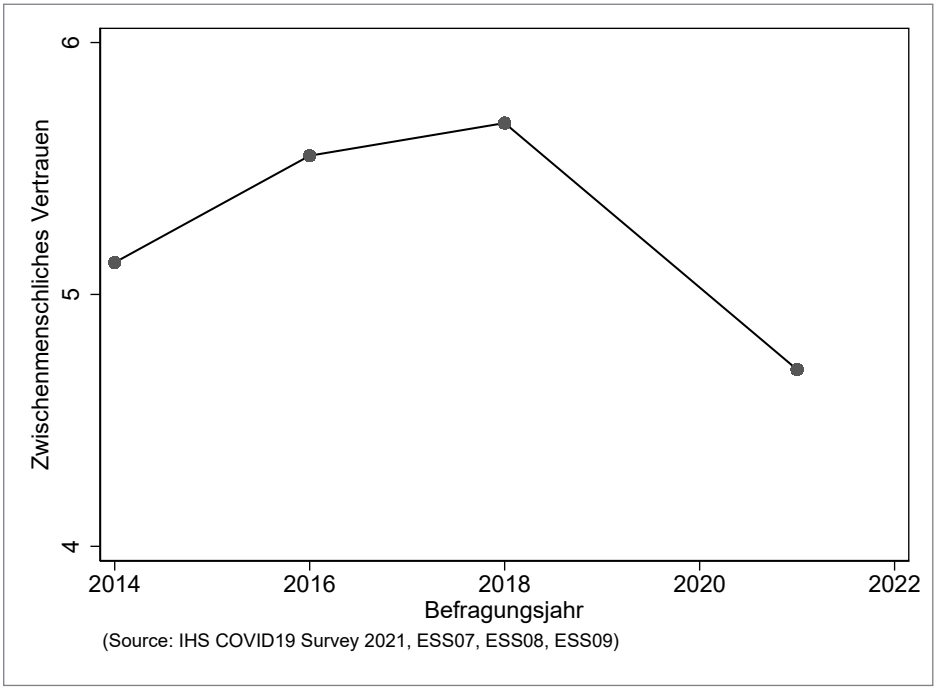


Abbildung 7: Vertrauen in andere Menschen über die Zeit

Im ESS sowie in der Covid-19-Befragung wird interpersonellem Vertrauen mit der Frage nachgegangen, ob man sagen würde, dass die meisten Menschen im Großen und Ganzen hilfsbereit oder meistens nur auf den eigenen Vorteil bedacht seien. Die Antwortskala erstreckt sich von 0 „Die meisten Menschen sind nur auf den eigenen Vorteil bedacht" bis 10 „Die meisten Menschen versuchen hilfsbereit zu sein".

Abbildung 7 zeigt im Zeitverlauf, in welchem Ausmaß die Österreicher:innen im Schnitt ihre Mitmenschen als egoistisch oder hilfsbereit einschätzen. Zwischen 2014 und 2018 ist dieser Wert gestiegen und lag in den Erhebungsjahren 2014, 2016 und 2018 zwischen 5 und 6. 2021 rutscht die Einschätzung bzgl. der Hilfsbereitschaft der Mitmenschen unter 5. Im Pandemie-Jahr 2021 ist demnach das soziale Vertrauen der Österreicher:innen im Durchschnitt zurückgegangen.

Abbildung 8 präsentiert das zwischenmenschliche Vertrauen nach Altersgruppen und Personen aus Haushalten mit bzw. ohne Kinder. 2018 variiert das durchschnittliche Vertrauen der verschiedenen Altersgruppen stärker, nähert sich jedoch im Jahr 2021 einander an. Das Vertrauen der unter 40-Jährigen sinkt zwischen den Erhebungswellen am stärksten. Das durchschnittliche Vertrauen in andere Menschen variiert 2018 gering zwischen Personen aus Haushalten mit oder ohne Kinder und nähert sich im Erhebungsjahr 2021 weiter an.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

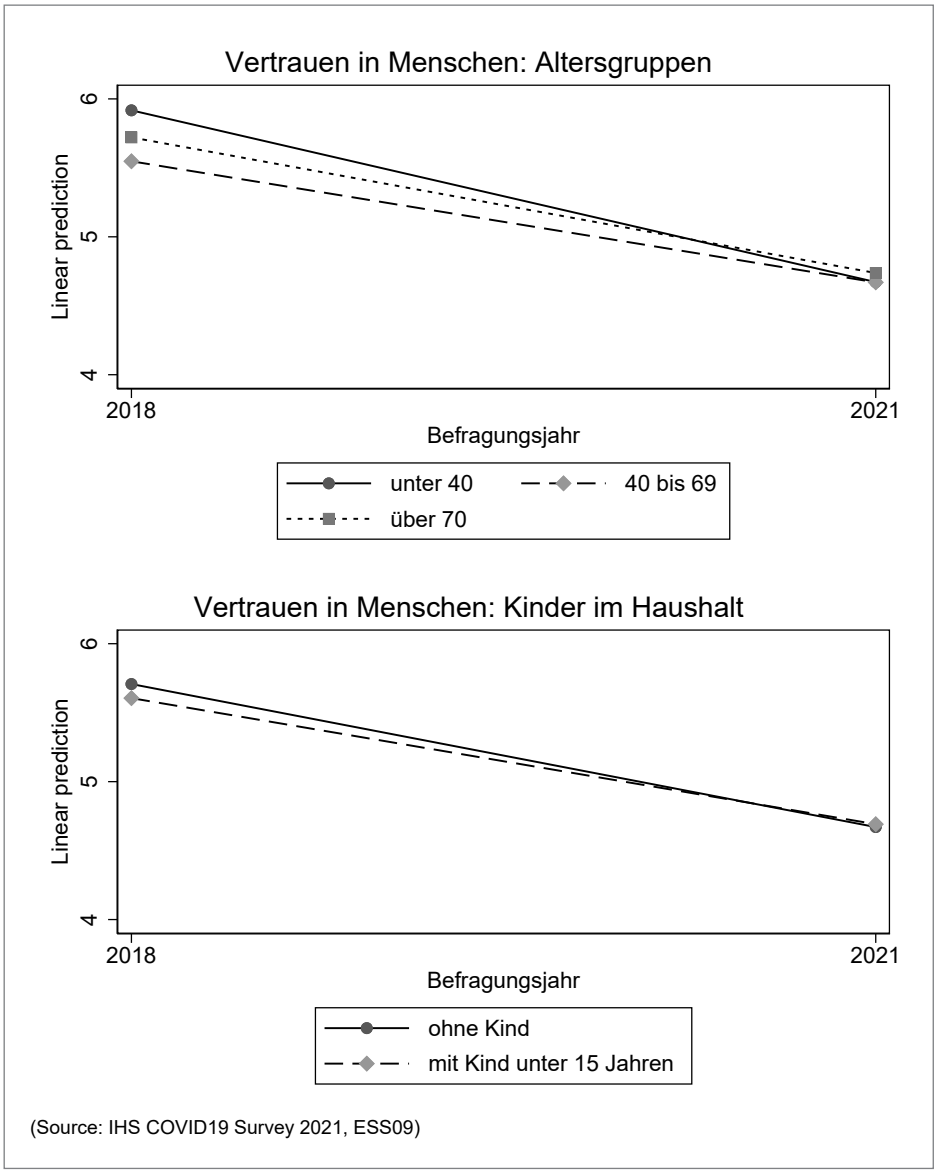


Abbildung 8: Entwicklung des Vertrauens nach Altersgruppen und Haushalten mit Kindern 2018 und 2021

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

4 Fazit

Die Covid-19-Pandemie hat seit Februar 2020 die Gesellschaft in Österreich vor enorme Herausforderungen gestellt und das Leben jedes Einzelnen eingeschränkt. Politische Maßnahmen, die bis dahin in Friedenszeiten undenkbar waren, wurden eingeführt, ausgesetzt und wieder eingeführt. Nicht nur das Ausmaß der Maßnahmen, sondern auch deren Unbeständigkeit verlangten der Bevölkerung viel ab und erschwerten es, zu einer neuen Normalität zu finden. Es fand ein permanentes Tauziehen im Ausverhandeln zwischen Sicherheit und Freiheit der Bürger:innen statt, welches das Potential birgt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie wie Zufriedenheit der Bürger:innen mit der Demokratie, der Regierung, der Wirtschaft und mit dem eigenen Leben zu beeinträchtigen.

Die vorliegenden Ergebnisse zeichnen ein kritisches Bild der Lage in Österreich im Jahr 2021. Insgesamt sind die Österreicher:innen in der Mehrheit nicht zufrieden mit dem Handeln der Bundesregierung während der Corona-Pandemie. Dabei scheinen Personen aus dem Westen (Tirol und Vorarlberg) Österreichs im Mittel unzufriedener zu sein. Die höchsten mittleren Zufriedenheitswerte nach Bundesländern weist das Burgenland auf. Dies ist ebenfalls das Bundesland mit dem höchsten Bevölkerungsanteil mit einem aufrechten Impfschutz (66,4 %).[9] Die Bekämpfung einer Pandemie, die Einschränkung des Ansteckungsgeschehens ist eine kollektive Handlung, in welcher der gesellschaftliche Zusammenhalt, aber auch die Zufriedenheit mit der Regierung und deren Vorgehen eine wichtige Rolle spielen, um auch in Zukunft kooperativ zu handeln und Maßnahmen zu befolgen.

Um die Ergebnisse bzgl. der Zufriedenheit in einen zeitlichen Entwicklungskontext zu setzen, wurde in einem nächsten Schritt beleuchtet, wie sich die Zufriedenheit der Österreicher:innen in Bezug auf das Leben im Allgemeinen, die Demokratie, die Regierung und die Wirtschaftslage in den Jahren 2014 bis 2021 entwickelt hat. Es zeigt sich in allen vier Bereichen eine positive Entwicklung bis in das Erhebungsjahr 2018, wobei auch hier die Zufriedenheit mit der Bundesregierung in jedem Erhebungsjahr die geringsten durchschnittlichen Werte aufweist. In allen vier Bereichen fällt die Zufriedenheit im Jahre 2021. Die mittlere Zufriedenheit mit Demokratie, Wirtschaftslage und Bundesregierung fallen auf der 11-gliedrigen Skala im Mittel unter den Wert 5. Daraus lässt sich schließen, dass die österreichische Bevölkerung mehrheitlich unzufrieden ist mit der Art, wie Demokratie in Österreich funktioniert, unzufrieden ist mit der derzeitigen Wirtschaftslage und unzufrieden ist, wie die Bundesregierung ihre

9 Gesundheitsministerium: Impfdashboard – Corona-Schutzimpfung in Österreich, Corona in Österreich, 2022, https://info.gesundheitsministerium.at/ (zuletzt abgerufen: 18.09.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Arbeit macht. Die Ergebnisse zeigen ebenfalls einen deutlichen Rückgang in der mittleren Lebenszufriedenheit in der Corona-Pandemie von 7,9 auf 6,1. Dies kann mit der Krise im Allgemeinen und den damit einhergehenden Einschnitten in das Sozial-, Privat- und Berufsleben zusammenhängen. Christoph Glatz und Otto Bodi-Fernandez präsentieren einen Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und physischen Sozialkontakten während der Corona-Pandemie.[10]

Die Untersuchung bzgl. sozialen Vertrauens zeigt ein ähnliches Bild: Bis 2018 ist das Vertrauen in die Hilfsbereitschaft anderer Personen gestiegen, doch im Pandemiejahr 2021 liegt das mittlere Vertrauen bei einem Wert unter 5. Im Mittel ist das Vertrauen der Österreicher:innen gesunken. Andere Studien zeigen ebenfalls, dass sich das soziale Vertrauen der Österreicher:innen im Zuge der Corona-Krise verringert hat.[11] Solidarisches, kooperatives Verhalten benötigt Vertrauen in Mitmenschen. Obgleich auch angenommen werden könnte, dass Menschen in Krisenzeiten näher zusammenrücken, lässt sich dies anhand der vorliegenden Ergebnisse nicht unterstützen. Die Daten des Austrian Corona Panel der Universität Wien zeigen dabei bereits eine Entsolidarisierung zwischen dem ersten (März bis Mai 2020) und dem zweiten Lockdown (November 2020 bis Februar 2021).[12]

Die vorliegenden Ergebnisse präsentieren ein negatives Bild. Insgesamt sind die Menschen nach über einem Jahr Covid-19-Pandemie vergleichsweise unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Regierung, der Demokratie, der Art, wie die Regierung im Allgemeinen ihre Arbeit macht, und der wirtschaftlichen Lage. Die Lebenszufriedenheit der Österreicher:innen ist stark gesunken, wie auch das Vertrauen in Mitmenschen. Es ist nicht absehbar, wie lange diese Krise andauert und sie Entbehrungen fordert. Die vorliegenden Ergebnisse werfen kein positives Licht auf das Verständnis vieler Österreicher:innen in Bezug auf zukünftige Schutzmaßnahmen und kooperatives Verhalten.

Literatur

(APA), Austrian Presse Agentur: Überraschender Einzug in Oberösterreichs Landtag: Wer ist die MFG?, in: Oberösterreich – Der Standard.at, Inland, https://www.derstandard.at/story/

10 Glatz, Christoph/Bodi-Fernandez, Otto: Soziale Kontakte und Wohlbefinden zu Beginn der Corona-Krise 2020, in: Glatz/Aschauer/Prandner: Die österreichische Gesellschaft, S. 183–206.

11 Bodi-Fernandez/Grausgruber/Glatz 2022.

12 Kittel, Bernhard: Corona-Dynamiken 11 – Die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Vom ersten in den zweiten Lockdown, 2020, https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/corona-dynamiken11/ (zuletzt abgerufen: 18.09.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

2000129948954/ueberraschender-einzug-in-den-landtag-wer-ist-die-mfg (zuletzt abgerufen: 15.09.2022).

Bodi-Fernandez, Otto/Grausgruber, Alfred/Glatz, Christoph: Soziales Vertrauen und Solidarität in Zeiten der Krise, in: Glatz, Christoph/Aschauer, Wolfgang/Prandner, Dimitri (Hg.): Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie, Wiesbaden 2022, S. 183–206, https://doi.org/10.1007/978-3-658-34491-7 (zuletzt abgerufen: 23.03.2023).

Brunner, Markus u. a.: Corona-Protest-Report. Narrative – Motive – Einstellungen, 2021 https://doi.org/10.31235/osf.io/25qb3 (zuletzt abgerufen: 23.03.2023).

Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Impfpflichtgesetz, die COVID-19-Impfpflichtverordnung und die Verordnung betreffend die vorübergehende Nichtanwendung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes und der COVID-19-Impfpflichtverordnung aufgehoben werden und das Epidemiegesetz 1950 geändert wird, BGBl. I Nr. 131/2022.

Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG), BGBl. I Nr. 4/2022.

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Die aktuellen Maßnahmen zum Coronavirus im Überblick, 2022 https://www.sozialministerium.at/Corona/Coronavirus/Coronavirus--Aktuelle-Maßnahmen.html (zuletzt abgerufen: 22.09.2022).

Gesundheitsministerium: Impfdashboard – Corona-Schutzimpfung in Österreich, Corona in Österreich, 2022, https://info.gesundheitsministerium.at/ (zuletzt abgerufen: 18.09.2022).

Glatz, Christoph/Bodi-Fernandez, Otto: Soziale Kontakte und Wohlbefinden zu Beginn der Corona-Krise 2020, in: Glatz, Christoph/Aschauer, Wolfgang/Prandner, Dimitri (Hg.): Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie, Wiesbaden 2022.

Kittel, Bernhard: Corona-Dynamiken 11 – Die Entsolidarisierung der Gesellschaft: Vom ersten in den zweiten Lockdown, 2020, https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/corona-dynamiken11/ (zuletzt abgerufen: 18.09.2022).

Kühne, Simon u. a.: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Eine Chance in der Krise?, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research – Deutsches Institut Für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, 1091.1091 (2020), 1–16 https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.793201.de/diw_sp1091.pdf (zuletzt abgerufen: 23.03.2023).

Plescia, Carolina/Krejca, Felix/Kalleitner, Fabian: Corona-Dynamiken 13. Die Dynamik der Demokratiezufriedenheit und des Vertrauens in die österreichische Bundesregierung während der COVID-19-Pandemie, 2020, https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/corona-dynamiken13/ (zuletzt abgerufen: 15.09.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Julia Trautendorfer · Lisa Schmidthuber · Dennis Hilgers

Are European Citizens Satisfied with their Government?

The Effect of Political Participation and Perceived Transparency

1 Introduction

Over time, government performance evaluations have attracted a great deal of scholarly attention, developing into a major research area in public administration research[1]. There is a growing trend of moving away from analyzing mere macroeconomic performance indicators towards approaching the issue at a rather perceptional level. This is based on the assumption that citizens' perception of the political-administrative system's functioning is important for monitoring government performance[2]. Although a government might perform well in economic, political or administrative terms, this does not imply that citizens are truly satisfied and view the situation that way[3]. According to Van de Walle[4], "what matters is not the quality as such, but the way in which this quality is perceived", meaning that public perceptions and satisfaction with administration and government are decisive for guiding officials and successful policy-making.

Consequently, much research has placed focus on determinants of satisfaction with government. For one, transparent provision of government information and

1 Yang, Kaifeng/Holzer, Marc: The Performance-Trust Link. Implications for Performance Measurement, in: Public Administration Review 66/1 (2006), pp. 114–126; Lee, Soo-Young/Whitford, Andrew B.: Government Effectiveness in Comparative Perspective, in: Journal of Comparative Policy Analysis 11/2 (2009), pp. 249–281.

2 Cusack, Thomas R.: The Shaping of Popular Satisfaction with Government and Regime Performance in Germany, in: British Journal of Political Science 29/4 (1999), pp. 641–672, here p. 645; Morgeson, Forrest V./Petrescu, Claudia: Do They All Perform Alike? An Examination of Perceived Performance, Citizen Satisfaction and Trust with US Federal Agencies, in: International Review of Administrative Sciences 77/3 (2011), pp. 451–479, here p. 453 f.; Van de Walle, Steven/Bouckaert, Geert: Perceptions of Productivity and Performance in Europe and the United States, in: International Journal of Public Administration 30/11 (2007), pp. 1123–1140, here p. 1124 f.; Van Ryzin, Gregg G.: Pieces of a Puzzle. Linking Government Performance, Citizen Satisfaction, and Trust, in: Public Performance and Management Review 30/4 (2007), pp. 521–535, here p. 521 f.

3 Van de Walle/Bouckaert 2007, p. 1135 f.

4 Van de Walle, Steven: Perceptions of Administrative Performance: The Key to Trust in Government? Doctoral Thesis, KU Leuven, Leuven 2004, p. 31.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

decision-making processes seems to affect attitudes toward government[5]. Open and transparent government information should uncover corruption and increase citizens' understanding of government performance by enabling the public to gain insight into the work of government. Second, scholars agree on the important role of being able to actively participate in policy-making and politics[6]. Various possibilities of political participation such as getting engaged in action groups, signing petitions or even taking part in strikes or demonstrations allow citizens to share their opinion and hold government accountable[7]. Through active participation citizens can exercise the right of raising their voice and are bestowed with the feeling of having a say in decision-making[8]. High participation among the population can promote social change as it draws policy-makers' attention to topics of public concerns and, by the same token, can push political action plans. Therefore, a perceived lack of transparency and political participation may have a negative impact on satisfaction with government[9].

In line with principal-agency theory[10], information asymmetry between the principal, i.e. the citizens, and the agent, i.e. the government, may be the underlying reason why citizens feel the need to intervene in policy-making through active political participation and may be the basis for dissatisfaction[11]. While a country's government

5 See e.g. James, Oliver: Performance Measures and Democracy. Information Effects on Citizens in Field and Laboratory Experiments, in: Journal of Public Administration Research and Theory 21/3 (2011), pp. 399–418; Piotrowski, Suzanne J./Van Ryzin, Gregg G.: Citizen Attitudes toward Transparency in Local Government, in: The American Review of Public Administration 37/3 (2007), pp. 306–323; Porumbescu, Gregory A.: Does Transparency Improve Citizens' Perceptions of Government Performance? Evidence from Seoul, South Korea, in: Administration & Society 49/3 (2017), pp. 443–468.

6 See e.g. Harrebye, Silas/Ejrnæs, Anders: European Patterns of Participation. How Dissatisfaction Motivates Extra-Parliamentary Activities Given the Right Institutional Conditions, in: Comparative European Politics 13/2 (2015), pp. 151–174; Hooghe, Marc/Marien, Sofie: A Comparative Analysis of the Relation Between Political Trust and Forms of Political Participation in Europe, in: European Societies 15/1 (2013), pp. 131–152; Stockemer, Daniel: What Drives Unconventional Political Participation? A Two Level Study, in: The Social Science Journal 51/2 (2014), pp. 201–211; Verba, Sidney/Nie, Norman H.: Political Participation in America. Political Democracy and Social Equality, Chicago 1972.

7 Kriesi, Hanspeter: Political Mobilisation, Political Participation and the Power of the Vote, in: West European Politics 31/1–2 (2008), pp. 147–168, here p. 149 f.

8 See e.g. Conge, Patrick J.: The Concept of Political Participation. Toward a Definition, in: Comparative Politics 20/2 (1988), pp. 241–249.

9 As assumed by Stockemer 2008, p. 204.

10 See e.g. Eisenhardt, Kathleen M.: Agency Theory: An Assessment and Review, in: Academy of Management Review 14/1 (1989), pp. 57–74; Jensen, Michael C./Meckling, William H.: Theory of the Firm. Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure, in: Journal of Financial Economics 3/4 (1976), pp. 305–60; Ross, Stephen A.: The Economic Theory of Agency: The Principal's Problem, in: The American Economic Review 63/2 (1973), pp. 134–39.

11 Bauhr, Monika/Grimes, Marcia Grimes: Indignation or Resignation: The Implications of Transparency for Societal Accountability. In: Governance 27/2 (2014), pp. 291–320, here p. 293 f.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

openness has a positive impact on public trust[12], we know little about the implications of mere perceptions of openness and transparency. Consequently, this study asks whether perceptions of transparency and engaging in different political participation affect citizens' satisfaction with government.

This chapter aims to make a step in filling this research gap by examining this nexus from an internationally comparative perspective. Drawing on the main ideas of principal-agency theory, we focus on the interplay between transparency, political participation and citizen satisfaction with government using data from the European Social Survey (ESS). The survey data allow us to examine and compare citizens' attitudes in 29 European countries. By using satisfaction with government as dependent variable and indicator of government performance, we analyze government quality as perceived by citizens[13]. This permits to draw conclusions about European governments' political situation and citizen satisfaction in the different countries.

By investigating the determinants of satisfaction with government, we contribute to public administration research in general and to our understanding of government performance more specifically[14]. In more detail, we highlight the effects of political participation, on the one hand, and transparency, on the other hand, on citizen satisfaction with government. The study results should outline the need for more transparent, inclusive policy-making and draw attention to the importance of transparent government information for citizens[15].

The remainder of this chapter is divided into four main parts. First, we introduce citizen satisfaction as indicator of government performance. Second, by building on principal-agency theory and existing literature in the field, three hypotheses are developed. Third, we describe the sample we are using for our analysis, our variables, and data analysis. Fourth, descriptive and multivariate findings are presented. The concluding part is dedicated to the discussion of findings and sheds light on potential further research and limitations of the study.

---

12 Schmidthuber, Lisa/Ingrams, Alex/Hilgers, Dennis: Government Openness and Public Trust. The Mediating Role of Democratic Capacity, in: Public Administration Review 81 (2021), pp. 91–109, here p. 100.

13 Bouckaert, Geert/Van de Walle, Steven/Kampen, Jarl K.: Potential for Comparative Public Opinion Research in Public Administration, in: International Review of Administrative Sciences 71/2 (2005), pp. 229–240, here 236 f.; Bouckaert, Geert/Van de Walle, Steven: Comparing Measures of Citizen Trust and User Satisfaction as Indicators of 'Good Governance': Difficulties in Linking Trust and Satisfaction Indicators, in: International Review of Administrative Sciences 69/3 (2003), pp. 329–343, here p. 331 f.; Van de Walle/Bouckaert 2007, p. 1132; Van de Walle 2004, p. 129 f.

14 See e.g. Van de Walle/Bouckaert 2007; Van de Walle 2004, 2018; Van Ryzin 2007.

15 As suggested in Relly, Jeannine E./Sabharwal, Meghna: Perceptions of Transparency of Government Policy Making. A Cross-National Study, in: Government Information Quarterly 26/1 (2009), pp. 148–157, here p. 155 f.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

2 Literature and Hypotheses Development

2.1 Citizen Satisfaction with Government

Lee and Whitford[16] extensively discussed the conceptualization of government performance and centered its meaning on three key issues: levels/units of analysis, perceptual measurements and measurement criteria. Accordingly, levels of analysis refer to the locus and focus of interest – in the case of the public sector to "multiple or networked organizations, and the entire government"[17]. Perceptual measurements distinguish between whether objective, impartial records or subjective perceptions are considered as the measurement basis, and different criteria aim to find an appropriate model of how performance can be gauged. In a comprehensive literature review, Lee and Whitford[18] found a great variety of definitions of government effectiveness used in previous research, but "no common performance measure standard" could be observed. In addition to so-called objective data meaning economic or policy process-related indicators to monitor governments' performance, citizens' perceptions have been introduced as basis for evaluating performance.[19] Accordingly, the approach of exploring citizen satisfaction with government as a performance indicator has been examined in political and economic sciences[20] as well as in public administration research[21].

16 Lee/Whitford 2009.

17 Lee/Whitford 2009, p. 252.

18 Lee/Whitford 2009, p. 255.

19 See e.g., Bouckaert/Van de Walle 2003; Morgeson, Forrest V.: Citizen Satisfaction. Improving Government Performance, Efficiency, and Citizen Trust, New York, NY 2014; Van de Walle, Steven: Explaining Citizen Satisfaction and Dissatisfaction with Public Services, in: Ongaro, Edoardo/Van Thiel, Sandra (eds.), The Palgrave Handbook of Public Administration and Management in Europe, London, UK 2018.

20 See e.g., Cusack, Thomas R.: Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments, in: European Journal of Political Research 35 (1999), pp. 1–34; Wang, Zhengxu: Citizens' Satisfaction with Government Performance in Six Asian-Pacific Giants, in: Japanese Journal of Political Sciences 11/1 (2010), pp. 51–75; Weber, Patrick/Steinmetz, Holger/Kabst, Rüdiger: Trust in Politicians and Satisfaction with Government – A Reciprocal Causation Approach for European Countries, in: Journal of Civil Society 13/4 (2017), pp. 392–405.

21 See e.g., James, Oliver/Van Ryzin, Gregg G.: Incredibly Good Performance. An Experimental Study of Source and Level Effects on the Credibility of Government, in: American Review of Public Administration 47/1 (2017), pp. 23–35; Van de Walle/Bouckaert 2007, pp. 1124 ff.; Van de Walle 2018; Van Ryzin, Gregg G.: Testing the Expectancy Disconfirmation Model of Citizen Satisfaction with Local Government, in: Journal of Public Administration Research and Theory 16/4 (2006), pp. 599–611; Vigoda-Gadot, Eran: Citizens' Perceptions of Politics and Ethics in Public Administration. A Five-Year National Study of their Relationship to Satisfaction with Services, Trust in Governance, and Voice Orientations, in: Journal of Public Administration Research and Theory 17/2 (2007), pp. 285–305.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Van Ryzin[22] backed the idea of putting the citizen at the center of analysis by claiming the necessity of developing "truly citizen-driven performance measures that both help public managers manage and truly satisfy the needs of the people they serve". In this context, citizen satisfaction as indicator of performance is valuable because policy makers are provided "with aggregate judgements indicating that something may be wrong"[23]. Weber and colleagues[24] agree by describing satisfaction with government as "the degree to which citizens believe the government has fulfilled their expectations and wishes". In public administration research, high citizen satisfaction is often conceptualized as outcome of fulfilled expectations in terms of service provision.[25] If performance of government policy-making falls short of citizens' expectations, disconfirmation with quality occurs. As a result, satisfaction levels decline.[26]

Moreover, scholars have discovered close relations between citizen satisfaction and public trust. It is often argued that the two go hand in hand and are highly interdependent, as trust is a result of good performance and high satisfaction.[27] Investigating this performance-trust link, Yang and Holzer[28] further outlined satisfaction as a valid measurement for monitoring government and argued for a more active consideration of this indicator in analyses of government performance. Following from this, to compare and monitor different European countries' government performance we use satisfaction with government as dependent research variable in order to approach a citizen-centered performance evaluation.

2.2 Political Participation

Political participation refers to involving citizens in the public realm and the political community. Based on principles of deliberative democracy, public institutions and governments should include citizens in major policy-related activities to improve performance and efficiency of public service provision[29]. Empirical findings indicate that higher participation is associated with higher levels of effectiveness regarding the out-

22 Van Ryzin 2007, p. 532.
23 Van de Walle 2018, p. 6.
24 Weber/Steinmetz/Kabst 2017, p. 394.
25 Bouckaert/Van de Walle 2003, p. 334 f.; Van Ryzin 2006, p. 600.
26 Van Ryzin 2006, p. 609 f.
27 E.g. Morgeson/Petrescu 2011, p. 454; Van Ryzin 2007, p. 532 f.
28 Yang/Holzer 2006, p. 123.
29 Nabatchi, Tina: Addressing the Citizenship and Democratic Deficits. The Potential of Deliberative Democracy for Public Administration, in: The American Review of Public Administration 40/4 (2010), pp. 376–399, here p. 384 ff.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

comes of public programs[30]. An institutional environment providing more possibilities for participation and including citizens' interests is even related to more efficient work of public officials and a decline in corruption[31]. It is assumed that citizen participation in government policy-making strengthens not only feelings of trust[32] and notions of government legitimacy and accountability[33], but also contributes to a deeper understanding of the duties of public administration and to higher perceptions of democracy[34].

Yet, participation can come in many different forms. Verba and Nie[35] were among the first to define participation as a primarily political, electoral-oriented activity consisting of "those activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take". While this definition predominantly refers to voting or engagement in political parties, participation also encompasses other forms and intensities of collective or individual action of expressing one's opinion about authorities and state structures.[36] Any dimension of community engagement or civic activism that is designed to either directly or indirectly influence government and policy-making processes can be ascribed to political participation.[37] Literature makes a distinction between so-called institutionalized, process-related (e.g. working in a political party, wearing campaign badges, organizing political events) and non-institutionalized, goal-oriented (e.g. striking, demonstrating, signing petitions) political participation[38].

---

30 Neshkova, Milena I./Guo, Hai D.: Public Participation and Organizational Performance: Evidence from State Agencies, in: Journal of Public Administration Research and Theory 22/2 (2012), pp. 267–288, here p. 285.

31 Nekola, Martin: Political Participation and Governance Effectiveness: Does Participation Matter? In: Rosenbaum, Alan/Nemec, Juraj (eds.): Democratic Governance in the Central and Eastern European Countries, Bratislava 2006, pp. 399 ff.

32 Nabatchi, Tina/Amsler, Lisa B.: Direct Public Engagement in Local Government, in: The American Review of Public Administration 44/4_suppl (2014), pp. 63S–88S., here p. 78S.

33 Harrebye/Ejrnæs 2015, 152; Fung, Archon: Putting the Public back into Governance: The Challenges of Citizen Participation and its Future, in: Public Administration Review 75/4 (2015), pp. 513–522, here p. 515 f.; Michels, Ank/De Graaf, Laurens: Examining Citizen Participation. Local Participatory Policy Making and Democracy, in: Local Government Studies 36/4 (2010), pp. 477–491, here p. 489.

34 See e.g. Nabatchi 2010; Putnam, Robert: Making Democracy Work. Princeton, US 1993.

35 Verba/Nie 1972, p. 2.

36 Conge 1988, p. 243; Kaase, Max: Democracy and Political Action, in: International Political Science Review 31/5 (2010), pp. 539–551, here p. 539.

37 See e.g. Ekman, Joakim/Amnå, Erik: Political Participation and Civic Engagement. Towards a New Typology, in: Human Affairs 22/3 (2012), pp. 283–300; Nabatchi/Amsler 2014; Nabatchi, Tina/Leighninger, Matt: Public Participation for 21st Century Democracy. Hoboken, New Jersey 2015.

38 Synonymously the terms '(un)conventional' or '(non-)electoral' participation are used in the literature. See e.g. Barnes, Samuel H./Kaase, Max: Political Action. Mass Participation in Five Western Democ-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Research draws a slightly ambiguous picture on the implications of these two distinctive forms of participation on satisfaction with government.[39] People who actively engage in non-institutionalized political participation seem to have rather negative attitudes toward government: These forms of participation are not only associated with declining trust in the political-administrative system,[40] but also with rising perceptions of bad governance and corruption.[41] Therefore, although the possibility of taking part in strikes and demonstrations does foster democracy and legitimacy, leading to long-term stability of political systems, it can as well be disruptive and heighten political conflict in a way that creates more hostility toward government.[42]

In contrast, institutionalized political participation encompasses politicized or even partisan processes. Participation in this kind of activism anticipates a certain basic approval with fundamental procedures of the political-administrative system and government activities.[43] Citizens declare at least a minimum support for the prevailing form of governance and the willingness to contribute to its further development.[44] Being involved in such institutionalized activism shapes citizens' perceptions and thus can relate to their satisfaction with government.[45] Drawing from this, the form and intensity of political participation matters when it comes to evaluating public satisfaction with government. We hypothesize that, whereas higher non-institutionalized political participation is related to low levels of satisfaction with government, the opposite is true for higher institutionalized political participation:

Hypothesis 1a: Non-institutionalized political participation is negatively associated with satisfaction with government.

Hypothesis 1b: Institutionalized political participation is positively associated with satisfaction with government.

---

racies, Beverly Hills 1979; Hooghe/Marien 2013; Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Political Participation in European Countries. The Effect of Authoritarian Rule, Corruption, Lack of Good Governance and Economic Downturn, in: Comparative European Politics 12 (2014), pp. 209–232; Kriesi 2008; Oser, Jennifer: Assessing How Participators Combine Acts in their "Political Tool Kits". A Person-Centered Measurement Approach for Analyzing Citizen Participation, in: Social Indicators Research 133 (2017), pp. 235–258; Stockemer 2014.

39 See e.g. Hooghe/Marien 2013; Stockemer 2014; Harrebye/Ejrnæs 2015.

40 Hooghe/Marien 2013, p. 145.

41 Hooghe/Quintelier 2014, p. 225.

42 Hooghe/Marien 2013, p. 131 f.; Roberts, Nancy: Public Deliberation in an Age of Direct Citizen Participation, in: The American Review of Public Administration 34/4 (2004), pp. 315–353, here p. 315 f.

43 Almond, Gabriel/Verba, Sidney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963, p. 27.

44 Michels/De Graaf 2010, p. 488 f.

45 Yang/Holzer 2006, p. 120 f.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

2.3 Perceived Transparency

In line with principal-agency theory[46], the government acts as an agent for the citizens, i.e. the principals, and performs public services and duties on their behalf. This leads to a one-sided distribution of information between the agent and the principal. Open access to government information and high transparency in decision-making procedures have the potential to reduce this information asymmetry. This is related to the debate on the provision of open government information and how this information is received and processed by the end-users, i.e. the citizens or stakeholders.[47] Enhanced transparency of decision-making processes and free access to government information are essential in order to enable correct and unbiased opinion formation among the population[48] and to legitimize government actions. Comprehensive data and information disclosure allow citizens to get informed about internal processes so that they can hold their governments accountable for their actions.[49] This should improve performance and satisfaction as it signals that "the public sector has no secrets to hide"[50]. By the same token, an open government increases citizens' trust and even has the power to enable higher democratic capacity meaning that citizens feel like their voice counts in government decision-making.[51] This feeling of empowerment "to achieve changes in behavior of government officials to create more efficient, effective and legitimate government"[52] is described as the ultimate aim of transparency. Drawing from this, we assume that the way in which citizens perceive transparency has an effect on how satisfied they are with government activities.

Hypothesis 2: Perceived transparency is positively associated with satisfaction with government.

46 See e.g. Eisenhardt 1989; Jensen/Meckling 1976; Ross 1973.

47 See e.g. Bauhr/Grimes 2014; Hong, Sounman: Government Press Releases and Citizen Perceptions of Government Performance: Evidence from Google Trends Data, in: Public Performance and Management Review 39/4 (2016), pp. 885–904; James/Van Ryzin 2017; James 2011; Meijer, Albert J.: Introduction to the Special Issue on Government Transparency, in: International Review of Administrative Sciences 78/1 (2012), pp. 3–9; Piotrowski/Van Ryzin 2007; Relly/Sabharwal 2009.

48 James 2011, p. 399 f.

49 Meijer 2012, p. 7; Piotrowski/Van Ryzin 2007, p. 307.

50 Porumbescu 2017, p. 448.

51 Schmidthuber/Ingrams/Hilgers 2021, p. 100.

52 Meijer 2012, p. 9.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3 Data and Method

3.1 The European Social Survey

For the empirical analysis, the ESS Round 9[53] data release from February 2021 (edition 3.1) is used. The ESS is an extensive study monitoring individual attitudes and beliefs from European citizens toward manifold aspects of society, culture, politics, economy, technology, religion, education and morals and ethics[54]. From 2002 onwards, every two years, a new wave of data has been collected. The round 9 data stems from almost 50,000 in-person or telephone interviews implemented in 29 European countries. Territories from all over Europe, with different cultures, traditions and beliefs, are covered, thereby enabling a comparison of public opinion across all levels of (Western) society. For this study, data from the ESS is particularly valuable, as we aim to investigate countries which are comparable in terms of governance structure, decision-making processes and recognition of basic human rights such as freedom of press, assembly and speech.[55] The ESS comprises answers from random probability representative samples of the adult population (aged over 15). The data collection was implemented by means of Computer Assisted Personal Interviewing (CAPI), where a face-to-face interview supported by a questionnaire on an electronic device at the respondent's place of residence took place.

After removing missing values, we work with sample sizes ranging from 700 to 2,800 respondents per country in this study (N = 49,519). Table 1 provides an overview of the sample distribution in percentages across countries. Apart from Table 1, for all further descriptive statistics and analyses, the data have been weighted to account for differences in population size and demography (as outlined in the ESS Round 9 data documentation report 2021[56]).

53 ESS Round 9 (2018): European Social Survey Round 9 Data. Data file edition 3.1. Sikt – Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS9–2018.

54 ESS Round 9 (2018).

55 See e.g. Carbone, Giovanni/Memoli, Vincenzo: Does Democracy Foster State Consolidation? Democratic Rule, Political Order, and Administrative Capacity, in: Governance. An International Journal of Policy, Administration, and Institutions 28/1 (2013), pp. 5–24; Møller, Jørgen/Skaaning, Svend-Erik: Beyond the Radial Delusion. Conceptualizing and Measuring Democracy and Non-Democracy, in: International Political Science Review 31/3 (2010), pp. 261–283.

56 ESS Round 9 (2021): European Social Survey: ESS-9 2018 Documentation Report. Edition 3.1. Bergen, European Social Survey Data Archive, Sikt – Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, Norway for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS9–2018.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Table 1: Sample distribution across countries

Austria	5.05 %	Italy	5.54 %
Belgium	3.57 %	Latvia	1.85 %
Bulgaria	4.44 %	Lithuania	3.71 %
Croatia	3.66 %	Montenegro	2.42 %
Cyprus	1.58 %	Netherlands	3.38 %
Czech Republic	4.84 %	Norway	2.84 %
Germany	4.76 %	Poland	3.03 %
Denmark	3.17 %	Portugal	2.13 %
Estonia	3.84 %	Serbia	4.13 %
Finland	3.54 %	Slovakia	2.19 %
France	4.06 %	Slovenia	2.66 %
Great Britain	4.45 %	Spain	3.37 %
Hungary	3.35 %	Sweden	3.11 %
Iceland	1.74 %	Switzerland	3.11 %
Ireland	4.48 %		

Notes: N = 49,519; 29 countries. Unweighted data from ESS 9.

3.2 Measures

Satisfaction with government. The dependent variable, satisfaction with the country's government, is measured by the single survey item "thinking about the [country] government, how satisfied are you with the way it is doing its job?". Respondents had to classify their satisfaction levels on a 11-point Likert scale ranging from 0 ("extremely dissatisfied") to 10 ("extremely satisfied").

Political participation. We distinguish between two forms of political participation: *non-institutionalized political participation* (signed a petition, attended demonstrations, posted or shared anything about politics online, boycotted certain products) and *institutionalized political participation* (worn or displayed a campaign badge/sticker, worked for a political party or action group, worked in another organization or association, contacted a politician, government or local government official). Study participants had to classify each action according to whether they had already done it or not. We aggregate the four items for each variable and compute two new scales (ranging from 0 to 4, where 0 = no participation and 4 = high participation) measuring respondents' extent of engagement in non-institutionalized political participation (Cronbach $\alpha = 0.59$) and institutionalized political participation (Cronbach $\alpha = 0.6$). A

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

confirmatory factor analysis also confirms this aggregation (Comparative Fit Index = 0.95; Tucker-Lewis Index = 0.93).

Perceived transparency. As a means of testing perceived government transparency, respondents were asked how transparent they believed their government to be. The resulting variable measures the level of *perceived transparency* on a 5-point Likert scale. A higher value indicates higher perceived transparency.

3.3 Control Variables

We controlled for sociodemographic characteristics such as *gender* (female = 0 or male = 1), *age* (metric scale), *education* (according to the International Standard Classification of Education [ISCED], recoded on a metric scale ranging from 1 to 7, where 1 is the lowest possible level of education and 7 the highest), *household income* (on a 4-point Likert scale, measures how the respondent feels about the household income, where 1 = "living comfortably on present income" and 4 = "finding it very difficult on present income") and *type of work* (working in the public = 0 and the private sector = 1). Furthermore, we controlled for *satisfaction with life* (11-point Likert scale) to account for citizens' general happiness, as this may impact the way in which they view their government. In line with research on transparency[57] and political participation[58], some additional control variables such as *political interest* (1 = not at all interested, 4 = very interested), *political party closeness* (0 = don't feel closer to a particular party than other parties, 1 = feel closer to a particular party than other parties) and *news consumption* (time in minutes) have been included.

3.4 Data Analysis

Since our data show an explicit hierarchical structure, multilevel modeling is applied for regression analysis. All variables refer to individual responses in a questionnaire and thus measure individual data at the citizen level, which represents level 1 of the regression estimate. Subsequently, at level 2, the country of residence is included in the model. The necessity of considering a potential effect of different home countries is evident, as the level-1 data can clearly be classified as a subset of level-2 data, which might impose substantial alterations in the target variable. At this point, it is important to note that we do not aim at measuring any specific level-2 (country-level) variables, as for this research, we are not interested in the implications of macro factors. How-

57 Piotrowski/Van Ryzin 2007, p. 310; Porumbescu 2017, p. 454 f.

58 Hooghe/Marien 2013, p. 140 f.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ever, to effectively analyze individual impression of government performance, different living circumstances, natural environments and cultural aspects stemming from the respondents' country of origin inevitably need to be considered.

First, correlations among the predictors and frequency distributions of the variables across the sample are provided. In a next step, we calculate the one-way ANOVA model (intercept only) to test whether variation in satisfaction with government (the level-1 dependent variable) exists between countries (the level-2 units) relative to the variation within countries.[59] Subsequently, we continued with the estimation of multilevel random intercept regression functions with fixed level-1 predictors. Model I to III test whether forms of political participation and perceived transparency relate to satisfaction with government.

4 Results

4.1 Descriptive Statistics

As shown in the correlation matrix (Table 2), while non-institutionalized and institutionalized political participation negatively correlate with satisfaction with government, the opposite holds for perceived transparency. Thus, we observe a first trend in favor of the anticipated relation between satisfaction and non-institutionalized political participation (H1a) and transparency (H2), respectively. In contrast, the negative correlation coefficient of institutionalized political participation points toward a negative relation between this predictor and satisfaction with government. This does not support the previously established hypothesis (H1b). Furthermore, correlations between transparency and political participation shed light on a negative relation between transparency and non-institutionalized participation and a positive relation between transparency and institutionalized participation. A test for multicollinearity delivers variance inflation factors with values ranking between 1.00 and 1.34 for all variables, meaning that no severe multicollinearity exists.

Figure 1 shows the mean distribution of the dependent variable across all examined countries. Switzerland, the Netherlands and Norway are among the countries with the highest approval ratings in terms of satisfaction with government, whereas very low rates can be observed in Spain, Bulgaria and Croatia. Taking the entire sample into account, the grand mean of all respondents shows a value of 4.23.

59 See e.g. Eid, Michael/Gollwitzer, Mario/Schmitt, Manfred: Statistik und Forschungsmethoden: mit Online-Materialien, Weinheim 2015; Heck, Ronald H./Thomas, Scott L./Tabata Lynn N.: Multilevel and Longitudinal Modeling with IBM SPSS, New York 2013.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Table 2: Correlation matrix

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
Mean	4.23	.76	.41	2.28	2.58	.49	94.61	7.17	48.42	3.75	1.90	.49	.80
SD	2.45	.04	.78	.90	.91	.50	168.38	2.11	19.02	1.88	.80	.50	.40
Min	0	0	0	1	1	0	0	0	15	1	1	0	0
Max	10	4	4	5	4	1	1,440	10	90	7	4	1	1
(1) Satisfaction with Government	1												
(2) Non-Institutionalized Political Participation	-.128**	1											
(3) Institutionalized Political Participation	-.015**	.441**	1										
(4) Perceived Transparency	.456**	-.009	.055**	1									
(5) Political Interest	.000	.000	-.001	.010	1								
(6) Political Party Closeness	.088**	.200**	.190**	.103**	-.017**	1							
(7) News Consumption	-.001	-.006	.012*	-.027**	-.000	.065**	1						
(8) Satisfaction with Life	.246**	.043**	.094**	.183**	-.006	.076**	-.028**	1					
(9) Age	-.046**	-.126**	.004	-.063**	-.015**	.148**	.085**	-.072**	1				
(10) Education	.003	.275**	.185**	.104**	.013**	.098**	-.011*	.127**	-.148**	1			
(11) Household Income	-.139**	-.141**	-.131**	-.164**	.009	-.119**	.038**	-.400**	.048**	-.280**	1		
(12) Gender	-.006	.004	.041**	.050**	-.006	.056**	.025**	.005	-.045**	.000	-.037**	1	
(13) Type of Work	-.004	-.104**	-.109**	-.043**	.004	-.052**	-.010*	-.058**	-.080**	-.224**	.094**	.155**	1

Notes: Weighted data from ESS 9. Pearson correlation with pairwise-deletion; **p <.01; *p <.05.

Furthermore, detailed examinations of mean values reveal that citizens from Scandinavian countries are most active in terms of political participation. In Figure 2, both forms of political participation are compared with each other and across countries. While in Sweden, Iceland and Norway people show great tendency to take part in non-institutionalized activism such as strikes or demonstrations, the opposite is true for the Hungarian or the Bulgarian population. An almost identical pattern is observed for institutionalized participation. Again, the Scandinavian countries lead the way

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

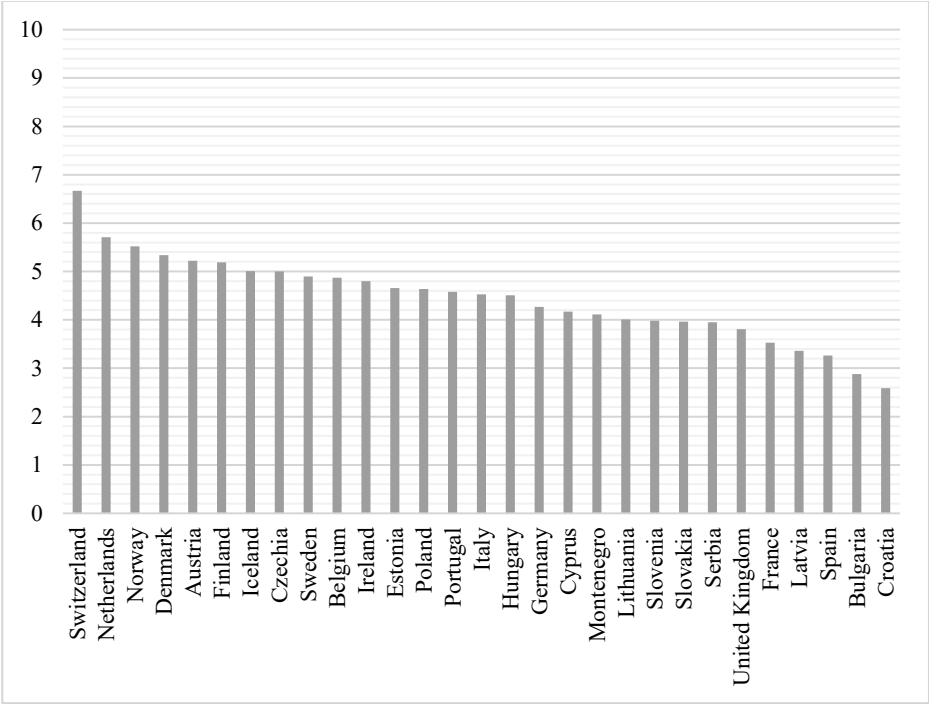


Figure 1: Satisfaction with government across countries
Notes: Weighted data from ESS 9. Mean values. 0 = "not at all satisfied"; 10 = "totally satisfied".

(Iceland, Norway, Finland), but also in the Netherlands and Germany people show somewhat higher engagement in institutionalized political participation. In contrast, again in Bulgaria and Hungary, but also in Lithuania and Slovakia people tend to not engage in such kind of activism.

On average, European citizens assess government transparency with 2.28 out of 5 points. Figure 3 provides a more detailed overview of the mean values of perceived transparency across countries. Swiss, Swedish and Norwegian governments were assessed as most transparent, whereas lowest perceived transparency is observed in Bulgaria, Croatia and Spain. Apart from the Scandinavian countries, we find quite high overall perceived transparency in the Netherlands and Austria.

4.2 Regression Findings

To test our hypotheses, we conducted several hierarchical linear modeling (HLM) regression estimates. From the null model, we obtain substantial between-country var-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

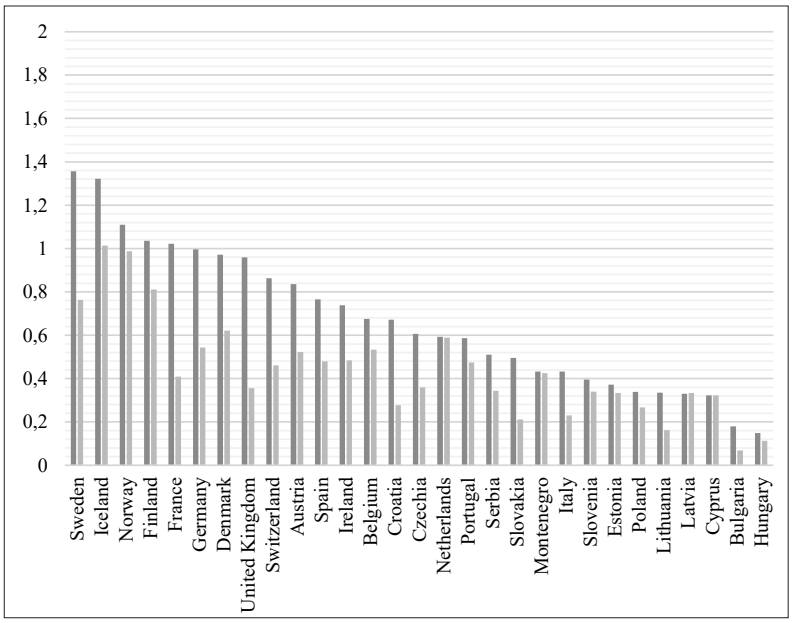


Figure 2: Political participation across countries
Notes: Weighted data from ESS 9. Mean values. 0 = did not engage in any form of political participation; 4 = participated in all forms.

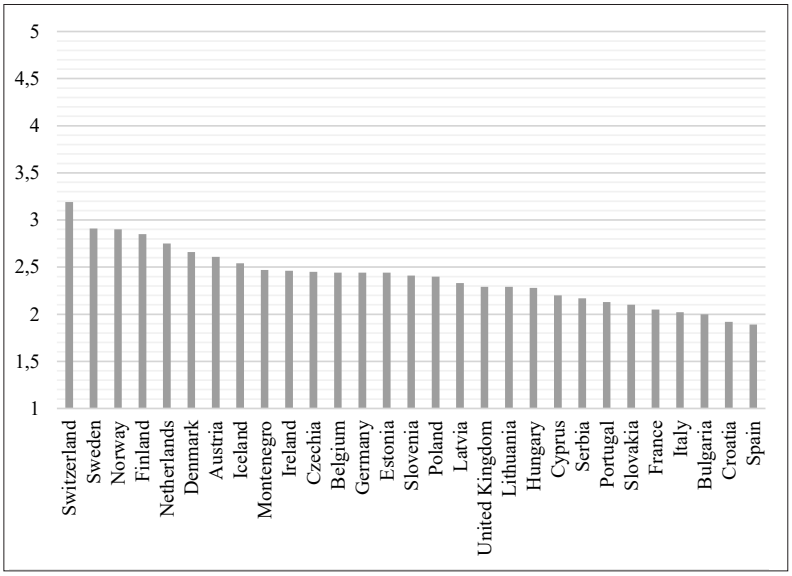


Figure 3: Perceived transparency across countries
Notes: Weighted data from ESS 9. Mean valueS. 1 = "decisions in [country] are not at all transparent"; 5 = "decisions in [country] are a great deal transparent".

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

iation concerning satisfaction with government ($\gamma oo = 4.23$; $p < 0.00$), which justifies further multilevel regression analysis. According to the intraclass correlation coefficient ($\rho = 0.14$), 14 percent of the deviation in variance can be explained by the group structure (i.e., at the level-2/country level) and 86 percent by intragroup (level-1/individual citizen) differences. Based on this, we continued with running the final fixed-effect random-intercept hierarchical models. Table 3 shows all multivariate regression results.

Table 3: Regression model – satisfaction with government

	Model I		Model II		Model III	
Predictors	B	SE	B	SE	B	SE
Intercept	3.599	.198	1.080	.156	1.349	.158
Independent variables						
(2) Non-Institutionalized Political Participation	-.353**	.014			-.265**	.013
(3) Institutionalized Political Participation	.005	.018			-.014	.017
(4) Perceived Transparency			1.083**	.014	1.053**	.014
Control variables						
(5) Political Interest	-.006	.014	-.013	.013	-.010	.013
(6) Political Party Closeness	.502**	.027	.223**	.025	.325**	.025
(7) News Consumption	.000	.000	-.000	.000	-.000	.000
(8) Satisfaction with Life	.226**	.007	.178**	.006	.175**	.006
(9) Age	-.008**	.001	-.004**	.001	-.006**	.001
(10) Education	-.016*	.008	-.073**	.007	-.041	.007
(11) Household Income	-.193**	.019	-.119**	.018	-.123**	.018
(12) Gender (ref. female)	-.125**	.026	-.196**	.024	-.205**	.024
(13) Type of Work (ref. public sector)	.056	.033	.129**	.031	.091**	.031
Random Effects:						
σ^2		4.974		4.257		4.183
τ_{00} country		.638		.308		.319
ICC (ρ)		.114		.067		.071
Groups		29		29		29
N		33,527		33,527		33,527
Pseudo R-squared[60]		.091		.222		.236

**p <.01, *p <.05.

Notes: Weighted data from ESS 9.

60 According to Eid/Gollwitzer/Schmitt 2015, p. 753.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Model I and Model II test for isolated main effects of the independent variables, the full model is provided in Model III. The intraclass correlation coefficient of Model III indicates that 7.1 percent ($\rho = 0.071$) of the variance stems from inter-country differences. Regression coefficients of both forms of political participation point to a negative relation between the independent and the outcome variable. Statistical significance, however, delivers a mixed picture: while the coefficient for non-institutionalized political participation indicates a statistically significant, negative effect on satisfaction, no substantial association is found for institutionalized political participation (p-value above the 5 %-significance threshold). This means that respondents who are more involved in non-institutionalized political participation appear to evaluate government performance in a more negative way, supporting Hypothesis 1a. In contrast, we cannot support Hypothesis 1b, as institutionalized political participation is not significantly related to satisfaction. The regression results thus show that certain types of political participation indeed relate with satisfaction with government in a negative way, while other forms have no substantial effect. Moreover, Hypothesis 2 states that perceived transparency directly affects satisfaction with government in a positive way. From Model III, we observe evidence for higher perceived transparency being associated with higher satisfaction with government meaning that Hypothesis 2 can be supported.

Regarding the control variables of model III, we observe that especially socio-demographic factors seem to explain citizens' satisfaction with government. Younger and female citizens tend to be more satisfied with government. The same applies to citizens who do not feel very close to a specific political party. Furthermore, while people who are more satisfied with their lives tend to be satisfied with government also, the opposite can be said about people who feel like they are not doing well on their present income. The regression results also deliver some evidence for respondents' type of work playing a role in evaluations of government: people who are employed in the private sector or run their own company seem to be more satisfied with government compared to people who actually work in the public sector.

5 Discussion and Conclusion

This study aims to test the effect of political participation and citizens' perceptions of transparency on citizen satisfaction with government using ESS data from 29 European countries. By drawing on principal-agency theory, we argue that both perceived transparency as well as forms of political participation are associated with varying satisfaction levels.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Political participation in all its forms can be understood as mode of using the democratic right to publicly express one's opinion. Based on existing literature on participation[61], we claimed that the form and intensity of political participation relates to satisfaction with government in a way of non-institutionalized political participation being negatively associated to satisfaction, whereas the opposite is true for institutionalized political participation. The study results confirm that higher non-institutionalized political participation, such as signing petitions or taking part in strikes, boycotts or demonstrations, is related to low satisfaction levels.

In contrast, participation in the form of institutionalized political participation does not have a considerable effect on satisfaction with government. In this context, institutionalized political participation refers to certain civic and administrative activities carried out by citizens in the frame of process-related, perhaps partisan engagement. This can comprise, for instance, the acts of organizing action groups, wearing campaign stickers or being in contact with government officials.[62] All such actions refer to possibilities of influencing the policy cycle and engaging with the state in a rather moderate, cooperative way. However, an individual's engagement in such forms of political participation does not directly relate to satisfaction with government.

A possible explanation may be that, compared to institutionalized participation, non-institutionalized political participation consists of quite intense activities and requires a high degree of personal commitment and concern. This could deter some citizens from engaging in such rather elite-challenging activities.[63] Drawing from this, predominantly citizens with a considerable interest at stake, who may be disappointed or frustrated with certain government policies, participate in demonstrations or sign petitions.[64] If such non-institutionalized political participation then remains unheard by officials and no policy changes are likely to follow, the negative relation might even be amplified. Publicly expressing one's opinion through legitimate but toilsome democratic practices and not being granted any attention most likely results in lower satisfaction with government.[65] Taken together, our results suggest that citizens who engage in non-institutionalized political participation have low levels of satisfaction with government.

Our findings also reveal that perceived transparency has the potential to directly affect citizens' satisfaction with government. We have to keep in mind that this predictor does not comprise any information about the actual transparency and openness

61 See e.g. Barnes/Kaase 1979; Hooghe/Marien 2013; Stockemer 2014; Harrebye/Ejrnæs 2015.

62 Hooghe/Marien 2013, p. 133 ff.

63 Bauhr/Grimes 2014, p. 296.

64 Harrebye/Ejrnæs 2015, p. 155.

65 Harrebye/Ejrnæs 2015, p. 170.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

of government, but only measures the degree to which citizens perceive it to be so. Substantiated by principal-agency theory and in line with prior research arguing that releasing government information impacts public opinion,[66] we can affirm that notions of high government transparency stimulate citizen satisfaction.

5.1 Implications for Theory and Practice

The comprehensive sample of the ESS allows examining European citizens' perceptions and political behavior at an international comparative scale. By highlighting the effects of perceived transparency and citizens' political participation on satisfaction with government, we contribute to public administration literature in general, and to research on transparency, open government and political participation, more specifically. While prior studies showed that a country's government openness contributes to trust-formation and shapes citizen empowerment,[67] we outline the importance of the mere perception thereof. How citizens feel about openness and what this feeling could trigger off should not be neglected. Our study demonstrates that the mere perception of high transparency has the power to increase citizen satisfaction. Furthermore, as we investigate varying levels of satisfaction with government as outcome of transparency and participation, we also extend research on government performance based on principal-agency theory.

Political participation has the potential to strengthen democratic principles and bestow the public with a feeling of having a say.[68] Yet, a striking finding of this study is that institutionalized political participation does not directly relate to satisfaction with government. Even though such process-related, community-oriented or partisan activism implies a certain political affinity and administrative interest,[69] it does apparently not relate to the degree of satisfaction. To this end, we point toward additional factors, which need to be considered when exploring the relationship between political participation and satisfaction with government. In contrast, resorting to high-commitment, elite-challenging democratic tools such as strikes, boycotts or demonstrations decreases levels of public satisfaction. To lever out this effect, officials are advised to find suitable means through which participation in political decision-making is amplified from the very beginning so that, in the long term, high levels of dissatisfaction among concerned citizens may be prevented.[70]

66 Hong 2016, p. 898.
67 Schmidthuber/Ingrams/Hilgers 2021.
68 See e.g. Nabatchi 2010; Michels/De Graaf 2010.
69 See e.g. Almond/Verba 1963.
70 Nabatchi 2010, p. 384 ff.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

A promising option is the enhancement of transparency and government openness. We outlined that perceptions of transparency and mobilization have the power to shape citizen satisfaction. This underscores the necessity of facilitated access to reliable, trustworthy government information to prevent or attenuate public dissatisfaction.[71] Although the comprehension and handling of information lies to a certain extent within the responsibility of the individual person, governments can do their part to minimize secrecy and contribute to citizens' correct understanding of information. Through facilitated access to open government data and clear, transparent provision of information, government officials can increase citizens' knowledge, encourage citizen-state interaction, ensure smoother participation and capture citizens' attention to reduce skepticism or distrust to ultimately achieve higher satisfaction.

5.2 Further Research

Drawing from this study on determinants of citizen satisfaction, citizens value an environment of low information asymmetry and political stability without the need to intervene. Given the effects of perceived transparency and political participation on citizen satisfaction with government, further research is advised to explore the relationship between transparency and participation in more detail. Not feeling well-informed about political-administrative processes and believing that government is not open and insincere about the manner in which these processes are handled may increase the public's urge for political participation. Especially in the context of non-institutionalized political participation, low levels of perceived transparency may be a crucial trigger for publicly intervening through demonstrations, strikes or petitions. Thus, extending this study's research model by exploring potential mediation effects of non-institutionalized political participation would be an interesting avenue for further research. Government secrecy, impressions of a lack of integrity or feelings of not being treated honestly by officials can trigger the need for participation among the citizens and relate to dissatisfaction. A perceived information asymmetry thus might have a mobilizing effect on citizens stimulating them to use their right of having a say and eventually to raise policy maker's attention to a certain issue.

In contrast, higher institutionalized political participation may not be directly caused by transparency, but may rather go hand in hand with rising levels of transparency.[72] If transparency is perceived as high, much engagement in institutionalized political participation can strengthen and evoke a positive effect on satisfaction. A possible ex-

71 James/Van Ryzin 2017, p. 25.

72 Bauhr/Grimes 2014, p. 309 f.; Piotrowski/Van Ryzin 2007, p. 319.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

planation for this hypothesis may be that with high transparency better comprehension of government activities comes along. This could enable citizens' sense of being able to contribute to policy-making and hence promote their willingness of engaging in such forms of participation.[73] As a result of these conceptions, satisfaction levels may rise. Harrebye and Ejrnæs[74] emphasize that "structural conditions of the institutional political system seem to act as a mutually reinforcing system of cause and effects" which would propose a possible interaction between transparency and institutionalized participation. Empirically investigating this relation could make a valuable contribution to research about the influence of perceived transparency on citizens' willingness to participate in decision-making processes. Moreover, a longitudinal examination comparing developments over time as well as analyses at the local level would be an interesting subject which can be tackled by further investigating ESS data.

5.3 Limitations

Despite its notable strengths, we would like to point to some study limitations. We are aware that establishing a reputation of high integrity and transparency by providing accessible information for citizens to process and to form an opinion can be challenging.[75] In the end, individuals decide where to get information from, which sources to consider trustworthy, relevant and worth consulting and, finally, how to deal with government information.[76] Taken together, our study does not reveal how perceptions of transparency are explicitly constructed. People may arbitrarily stumble over pieces of information and news, which may or may not be true, and which could affect their satisfaction with government by influencing their impression of transparency and setting off their motivation or need for political participation. By the same token, not only open and transparent information disclosure, but also trustworthy ways and channels of providing government information are needed as countermeasures to reduce the spread of incorrect or misleading claims and, as a result, guarantee effective administrative governance. Overall, our findings do not permit to draw any general conclusions about the impact of openness or transparency of government itself, but about the high importance of the perception thereof.

73 Michels/De Graaf 2010, p. 489.
74 Harrebye/Ejrnæs 2015, p. 168.
75 Piotrowski/Van Ryzin 2007, p. 309.
76 James 2011, p. 403.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

References

Almond, Gabriel/Verba, Sidney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

Barnes, Samuel H./Kaase, Max: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979.

Bauhr, Monika/Grimes, Marcia Grimes: Indignation or Resignation: The Implications of Transparency for Societal Accountability. In: Governance 27/2 (2014), pp. 291–320.

Bouckaert, Geert/Van de Walle, Steven: Comparing Measures of Citizen Trust and User Satisfaction as Indicators of 'Good Governance': Difficulties in Linking Trust and Satisfaction Indicators, in: International Review of Administrative Sciences 69/3 (2003), pp. 329–343.

Bouckaert, Geert/Van de Walle, Steven/Kampen, Jarl K.: Potential for Comparative Public Opinion Research in Public Administration, in: International Review of Administrative Sciences 71/2 (2005), pp. 229–240.

Carbone, Giovanni/Memoli, Vincenzo: Does Democracy Foster State Consolidation? Democratic Rule, Political Order, and Administrative Capacity, *in*: Governance. An International Journal of Policy, Administration, and Institutions 28/1 (2013), pp. 5–24.

Conge, Patrick J.: The Concept of Political Participation. Toward a Definition, in: Comparative Politics 20/2 (1988), pp. 241–249.

Cusack, Thomas R.: Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments, in: European Journal of Political Research 35 (1999), pp. 1–34.

Cusack, Thomas R.: The Shaping of Popular Satisfaction with Government and Regime Performance in Germany, in: British Journal of Political Science 29/4 (1999), pp. 641–672.

Eid, Michael/Gollwitzer, Mario/Schmitt, Manfred: Statistik und Forschungsmethoden: mit Online-Materialien, Weinheim 2015.

Eisenhardt, Kathleen M.: Agency Theory: An Assessment and Review, in: Academy of Management Review 14/1 (1989), pp. 57–74.

Ekman, Joakim/Amnå, Erik: Political Participation and Civic Engagement. Towards a New Typology, in: Human Affairs 22/3 (2012), pp. 283–300.

ESS Round 9 (2018): European Social Survey Round 9 Data. Data file edition 3.1. Sikt – Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS9–2018.

ESS Round 9 (2021): European Social Survey: ESS-9 2018 Documentation Report. Edition 3.1. Bergen, European Social Survey Data Archive, Sikt – Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, Norway for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS9–2018.

Fung, Archon: Putting the Public back into Governance: The Challenges of Citizen Participation and its Future, in: Public Administration Review 75/4 (2015), pp. 513–522.

Harrebye, Silas/Ejrnæs, Anders: European Patterns of Participation. How Dissatisfaction Motivates Extra-Parliamentary Activities Given the Right Institutional Conditions, in: Comparative European Politics 13/2 (2015), pp. 151–174.

Heck, Ronald H./Thomas, Scott L./Tabata Lynn N.: Multilevel and Longitudinal Modeling with IBM SPSS, New York 2013.

Hong, Sounman: Government Press Releases and Citizen Perceptions of Government Perfor-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

mance: Evidence from Google Trends Data, in: Public Performance and Management Review 39/4 (2016), pp. 885–904.

Hooghe, Marc/Marien, Sofie: A Comparative Analysis of the Relation Between Political Trust and Forms of Political Participation in Europe, in: European Societies 15/1 (2013), pp. 131–152.

Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Political Participation in European Countries. The Effect of Authoritarian Rule, Corruption, Lack of Good Governance and Economic Downturn, in: Comparative European Politics 12 (2014), pp. 209–232.

James, Oliver: Performance Measures and Democracy. Information Effects on Citizens in Field and Laboratory Experiments, in: Journal of Public Administration Research and Theory 21/3 (2011), pp. 399–418.

James, Oliver/Van Ryzin, Gregg G.: Incredibly Good Performance. An Experimental Study of Source and Level Effects on the Credibility of Government, in: American Review of Public Administration 47/1 (2017), pp. 23–35.

Jensen, Michael C./Meckling, William H.: Theory of the Firm. Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure, in: Journal of Financial Economics 3/4 (1976), pp. 305–60.

Kaase, Max: Democracy and Political Action, in: International Political Science Review 31/5 (2010), pp. 539–551.

Kriesi, Hanspeter: Political Mobilisation, Political Participation and the Power of the Vote, in: West European Politics 31/1–2 (2008), pp. 147–168.

Lee, Soo-Young/Whitford, Andrew B.: Government Effectiveness in Comparative Perspective, in: Journal of Comparative Policy Analysis 11/2 (2009), pp. 249–281.

Meijer, Albert J.: Introduction to the Special Issue on Government Transparency, in: International Review of Administrative Sciences 78/1 (2012), pp. 3–9.

Michels, Ank/De Graaf, Laurens: Examining Citizen Participation. Local Participatory Policy Making and Democracy, in: Local Government Studies 36/4 (2010), pp. 477–491.

Møller, Jørgen/Skaaning, Svend-Erik: Beyond the Radial Delusion. Conceptualizing and Measuring Democracy and Non-Democracy, in: International Political Science Review 31/3 (2010), pp. 261–283.

Morgeson, Forrest V.: Citizen Satisfaction. Improving Government Performance, Efficiency, and Citizen Trust, New York, NY 2014.

Morgeson, Forrest V./Petrescu, Claudia: Do They All Perform Alike? An Examination of Perceived Performance, Citizen Satisfaction and Trust with US Federal Agencies, in: International Review of Administrative Sciences 77/3 (2011), pp. 451–479.

Nabatchi, Tina: Addressing the Citizenship and Democratic Deficits. The Potential of Deliberative Democracy for Public Administration, in: The American Review of Public Administration 40/4 (2010), pp. 376–399.

Nabatchi, Tina/Amsler, Lisa B.: Direct Public Engagement in Local Government, in: The American Review of Public Administration 44/4_suppl (2014), pp. 63S-88S.

Nabatchi, Tina/Leighninger, Matt: Public Participation for 21st Century Democracy. Hoboken, New Jersey 2015.

Nekola, Martin: Political Participation and Governance Effectiveness: Does Participation Matter? In: Rosenbaum, Alan/Nemec, Juraj (eds.): Democratic Governance in the Central and Eastern European Countries, Bratislava 2006.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Neshkova, Milena I./Guo, Hai D.: Public Participation and Organizational Performance: Evidence from State Agencies, in: Journal of Public Administration Research and Theory 22/2 (2012), pp. 267–288.

Oser, Jennifer: Assessing How Participators Combine Acts in their "Political Tool Kits". A Person-Centered Measurement Approach for Analyzing Citizen Participation, in: Social Indicators Research 133 (2017), pp. 235–258.

Piotrowski, Suzanne J./Van Ryzin, Gregg G.: Citizen Attitudes toward Transparency in Local Government, in: The American Review of Public Administration 37/3 (2007), pp. 306–323.

Porumbescu, Gregory A.: Does Transparency Improve Citizens' Perceptions of Government Performance? Evidence from Seoul, South Korea, in: Administration & Society 49/3 (2017), pp. 443–468.

Putnam, Robert: Making Democracy Work. Princeton, US 1993.

Relly, Jeannine E./Sabharwal, Meghna: Perceptions of Transparency of Government Policy Making. A Cross-National Study, in: Government Information Quarterly 26/1 (2009), pp. 148–157.

Roberts, Nancy: Public Deliberation in an Age of Direct Citizen Participation, in: The American Review of Public Administration 34/4 (2004), p. 315–353.

Ross, Stephen A.: The Economic Theory of Agency: The Principal's Problem, in: The American Economic Review 63/2 (1973), pp. 134–39.

Schmidthuber, Lisa/Ingrams, Alex/Hilgers, Dennis: Government Openness and Public Trust. The Mediating Role of Democratic Capacity, in: Public Administration Review 81 (2021), pp. 91–109.

Stockemer, Daniel: What Drives Unconventional Political Participation? A Two Level Study, in: The Social Science Journal 51/2 (2014), pp. 201–211.

Van de Walle, Steven/Bouckaert, Geert: Perceptions of Productivity and Performance in Europe and the United States, in: International Journal of Public Administration 30/11 (2007), pp. 1123–1140.

Van de Walle, Steven: Perceptions of Administrative Performance: The Key to Trust in Government? Doctoral Thesis, KU Leuven, Leuven 2004.

Van de Walle, Steven: Explaining Citizen Satisfaction and Dissatisfaction with Public Services, in: Ongaro, Edoardo/Van Thiel, Sandra (eds.), The Palgrave Handbook of Public Administration and Management in Europe, London, UK 2018.

Van Ryzin, Gregg G.: Testing the Expectancy Disconfirmation Model of Citizen Satisfaction with Local Government, in: Journal of Public Administration Research and Theory 16/4 (2006), pp. 599–611.

Van Ryzin, Gregg G.: Pieces of a Puzzle. Linking Government Performance, Citizen Satisfaction, and Trust, in: Public Performance and Management Review 30/4 (2007), pp. 521–535.

Verba, Sidney/Nie, Norman H.: Political Participation in America. Political Democracy and Social Equality, Chicago 1972.

Vigoda-Gadot, Eran: Citizens' Perceptions of Politics and Ethics in Public Administration. A Five-Year National Study of their Relationship to Satisfaction with Services, Trust in Governance, and Voice Orientations, in: Journal of Public Administration Research and Theory 17/2 (2007), pp. 285–305.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Wang, Zhengxu: Citizens' Satisfaction with Government Performance in Six Asian-Pacific Giants, in: Japanese Journal of Political Sciences 11/1 (2010), pp. 51–75.

Weber, Patrick/Steinmetz, Holger/Kabst, Rüdiger: Trust in Politicians and Satisfaction with Government – A Reciprocal Causation Approach for European Countries, in: Journal of Civil Society 13/4 (2017), pp. 392–405.

Yang, Kaifeng/Holzer, Marc: The Performance-Trust Link. Implications for Performance Measurement, in: Public Administration Review 66/1 (2006), pp. 114–126.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Martin Dolezal

Wer protestiert in Österreich?

Soziodemografische, ideologische und psychologische Aspekte der Normalisierungsthese

1 Einleitung

Seit der Jahrtausendwende wird die Forschung zu politischem Protest, das heißt zu „unkonventionellen", nicht-institutionalisierten Formen der politischen Partizipation, von der Normalisierungsthese beeinflusst. Politischer Protest, argumentieren die Vertreter:innen dieser These, ist ein normaler Bestandteil der Politik geworden, hat seinen unkonventionellen Charakter endgültig eingebüßt und weist auch nicht auf fundamentale Krisen oder Spannungen in der Gesellschaft hin. Mehr noch: Die Allgegenwart von unterschiedlichen, mit politischem Protest verbundenen Aktionsformen und die immer wichtiger werdende Rolle sozialer Bewegungen als typische Trägerinnen von Protesten habe westliche Demokratien in „Bewegungsgesellschaften"[1] transformiert.

In Ergänzung zur generellen Normalisierung von Protest und auch als logische Konsequenz dieser Entwicklung betonen viele Studien zudem eine Normalisierung der Teilnehmer:innen an Protesten. Im Gegensatz zu früheren Epochen würden sich Protestierende nicht mehr fundamental von der übrigen Bevölkerung unterscheiden.[2] Diese Einschätzung blieb jedoch nicht unwidersprochen. Viele Autor:innen weisen auf immer noch bedeutende Unterschiede zwischen in der Protestarena aktiven und nicht aktiven Personen beziehungsweise Gruppen hin. Betont werden unter anderem die stärkere Beteiligung von Personen mit höherer Bildung[3] und vor allem die Dominanz

1 Vgl. Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century, Lanham 1998.

2 Vgl. Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants, or Everyone? In: Comparative Politics 37/2 (2005), S. 189–205; van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan: Who is that (Wo)Man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester, in: European Journal of Political Research 39/4 (2001), S. 461–486.

3 Vgl. Gallego, Aina: Unequal Participation in Europe, in: International Journal of Sociology 37/4 (2007), S. 10–26; Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation. A Multi-level Analysis of 25 countries, in: Political Studies 58/2 (2010), S. 187–213.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

der politischen Linken,[4] zumindest bei Protesten in Westeuropa.[5] Auch psychologische Aspekte, wie eine größere Unzufriedenheit mit den persönlichen und politischen Verhältnissen oder ein geringeres Vertrauen in die Politik, werden immer noch als typische Merkmale von Protestierenden identifiziert.[6] Das tatsächliche Ausmaß der Normalisierung kann daher in Bezug auf drei Aspekte erfasst werden: einen soziodemografischen, einen ideologischen und einen psychologischen.

Das vorliegende Kapitel untersucht die Erklärungskraft der Normalisierungsthese in den drei erwähnten Dimensionen am Beispiel Österreichs. Ergebnisse der Forschung zeigen, dass Österreich bei der generellen Bedeutung von politischem Protest sowie in Bezug auf verschiedene Merkmale der in der Protestarena handelnden Akteur:innen oder artikulierten Themen einem typischen europäischen Land entspricht.[7] Traditionelle Sichtweisen, die eine in Österreich außergewöhnlich niedrige Beteiligungsrate außerhalb institutioneller Partizipationskanäle betonen,[8] sind veraltet. Es wird daher erwartet, dass die Normalisierungsthese auch für Österreich zutrifft.

Während sich die auf Umfragen gestützte Forschung zu Protestverhalten häufig auf die Beteiligung an Demonstrationen fokussiert oder Protestverhalten im Allgemeinen erfasst und dafür, sofern vorhanden, unterschiedliche Aktionsformen in einem Index zusammenfasst, vergleicht die vorliegende Studie drei Protestformen: Petitionen (Unterschriftensammlungen), Demonstrationen (Märsche bzw. Kundgebungen) und Boykotte (als klassische Form des politischen Konsums). Ein Vergleich von drei mit politischem Protest verbundenen Partizipationsformen ermöglicht einen näheren Blick auf die Normalisierungsthese, da ihre Validität zwischen moderaten Formen wie Petitionen und weniger moderaten Formen wie Demonstrationen variieren kann. Politischer Konsum ist wiederum eine besonders individualisierte Form von Partizipation, die auch der „Lifestyle Politics" zugeordnet wird.[9] Es stellt sich daher die Frage, ob und

4 Vgl. Torcal, Mariano/Rodon, Toni/José Hierro, Maria: Word on the Street. The Persistence of Leftist-dominated Protest in Europe, in: West European Politics 39/2 (2016), S. 326–350.

5 Vgl. Kostelka, Filip/Rovny, Jan: It's Not the Left. Ideology and Protest Participation in Old and New Democracies, in: Comparative Political Studies 52/11 (2019), S. 1677–1712.

6 Vgl. van Aelst/Walgrave 2001.

7 Vgl. Dolezal, Martin: From Party State to Movement Society? Conventional and Unconventional Democratic Practices in Austria, 1974–2018, in: Bischof, Günter/Wineroither, David M. (Hg.): Democracy in Austria, Innsbruck 2019, 137–155.

8 Vgl. Plasser, Fritz/Seeber, Gilg: Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich, in: Helms, Ludger/Wineroither, David (Hg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich. 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden 2017, S. 337–364.

9 Vgl. de Moor, Joost: Lifestyle Politics and the Concept of Political Participation, in: Acta Politica 52/2 (2017), S. 179–197; Lorenzini, Jasmine/Forno, Francesca: Political Consumerism and Lifestyle Activism,

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

wie stark sich das Ausmaß der Gültigkeit der Normalisierungsthese zwischen den drei Protestformen unterscheidet.

Im folgenden Abschnitt wird der theoretische Hintergrund der Forschungsfrage dargestellt und die mögliche Normalisierung der Teilnehmer:innen bei Protesten in drei Dimensionen (soziodemografisch, ideologisch und psychologisch) diskutiert. Daran schließt eine Charakterisierung der drei für die Studie ausgewählten Protestformen (Petition, Demonstration, Boykott) an. In weiterer Folge werden die verwendeten Daten des European Social Survey (ESS) vorgestellt, ehe die Ergebnisse der Analysen präsentiert werden. Die Resultate zeigen, dass die soziodemografische Normalisierung vor allem von der Dominanz bildungsstärkerer Gruppen und die ideologische Normalisierung von Personen mit einer linken ideologischen Position geschwächt wird. Letzteres betrifft aber nur Demonstrationen, wogegen der Links-Rechts-Gegensatz bei den beiden anderen Protestformen keine wesentliche Rolle spielt. Die psychologische Dimension der Normalisierung wird von den Daten stark unterstützt. Allein die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung spielt als motivierender Faktor für die Beteiligung an Protesten eine Rolle, nicht aber Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben oder dem Funktionieren der Demokratie. Ein Vergleich der drei Protestformen zeigt die generell geringsten Normalisierungstendenzen bei den Teilnehmer:innen an Demonstrationen.

2 Politischer Protest: vom unkonventionellen Verhalten zur Normalisierungsthese

Während frühe Studien zu politischem Protest auf dessen irrationalen und demokratiegefährdenden Charakter verwiesen,[10] wird die Beteiligung an Protestereignissen spätestens seit der bahnbrechenden *Political Action*-Studie[11] als zusätzliche Form von politischer Partizipation interpretiert. Seit der Jahrtausendwende werden dabei zwei miteinander verbundene Entwicklungen beobachtet: eine generelle Ausbreitung von Protesten[12] sowie eine Normalisierung der Protestierenden,[13] das heißt eine Anglei-

in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 417–434.

10 Vgl. Buechler, Steven M.: The Strange Career of Strain and Breakdown Theories of Collective Action, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Oxford 2004, S. 47–66.

11 Vgl. Barnes, Samuel H./Kaase, Max: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979.

12 Vgl. Rucht, Dieter: The Spread of Protest Politics, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): The Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford 2007, S. 708–723.

13 Vgl. van Aelst/Walgrave 2001.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

chung der in der Protestarena aktiven Menschen an die Gesamtbevölkerung. Insgesamt, so eine sehr weitreichende Einschätzung von Meyer und Tarrow,[14] würden sich westliche Gesellschaften aufgrund der Alltäglichkeit von unterschiedlichen Formen von Protesten sogar in „Bewegungsgesellschaften" entwickeln. Ähnliche Überlegungen wurden als Reaktion auf die Entwicklung in (West)Deutschland schon in den frühen 1990er Jahren formuliert.[15] Politischer Protest, folgt man dieser Interpretation, hat in etablierten Demokratien an Legitimität in der Bevölkerung gewonnen,[16] und auch der Staat hat seine typische Reaktionsweise von Repression auf Kooperation umgestellt, wie der veränderte Umgang der Polizei mit Protestierenden belegt.[17] Empirische Studien zu einzelnen Ländern zeigen, dass es etwa in Deutschland[18], Schweden[19], Belgien[20] oder Italien[21] tatsächlich zu relevanten Veränderungen bei den Teilnehmer:innen an Protesten gekommen ist, wenngleich eine komplette Normalisierung nirgendwo erfolgt ist. Eine geringere Tendenz zur Normalisierung wurde hingegen in den USA festgestellt.[22]

Die Literatur zur Normalisierungsthese bezieht sich auf unterschiedliche Faktorengruppen, die die Beteiligung an Protesten erklären können. Obwohl eine strikte Trennung dieser individuellen Charakteristika von Protestierenden nicht möglich ist, kann dennoch zwischen einer soziodemografischen, einer ideologischen und einer psycho-

14 Meyer/Tarrow 1998.

15 Vgl. Fuchs, Dieter: The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB, FS III 90–203), Berlin 1990; Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt 44/3 (1993), S. 305–326.

16 Vgl. kritisch dazu Crozat, Matthew: Are the Times A-Changin'? Assessing the Acceptance of Protest in Western Democracies, in: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century. Lanham 1998, 59–81.

17 Vgl. della Porta, Donatella/Fillieule, Olivier/Reiter, Herbert: Policing Protest in France and Italy: From Intimidation to Cooperation? In: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century, Lanham 1998, S. 111–130.

18 Lahusen, Christian/Bleckmann, Lisa: Beyond the Ballot Box. Changing Patterns of Political Protest Participation in Germany (1974–2008), in: German Politics 24/3 (2015), S. 402–426.

19 Wennerhag, Magnus, Patterns of Protest Participation are Changing, in: Sociologisk Forskning 54/4 (2002), S. 347–351.

20 Vgl. Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Does Protest Signify Dissatisfaction? Demonstrators in a Postindustrial Democracy, in: Torcal, Mariano/Ramon, José (Hg.): Political Dissatisfaction in Contemporary Democracies, London 2006, S. 279–309.

21 Vgl. Quaranta, Mario: The ‚Normalisation' of the Protester. Changes in Political Action in Italy (1981–2009), in: South European Society and Politics 19/1 (2014), S. 25–50.

22 Vgl. Caren, Neal/Ghoshal, Raj Andrew/Ribas, Vanesa: A Social Movement Generation. Cohort and Period Trends in Protest Attendance and Petition Signing, in: American Sociological Review 76/1 (2011), S. 125–151.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

logischen Dimension der Normalisierung unterschieden werden. Diese drei Aspekte werden auch in Studien genannt, die sich generell – und mit einem Fokus auf die Mikroebene – mit der Beteiligung an Protesten befassen, ohne explizit auf eine mögliche Normalisierung der Teilnehmer:innen einzugehen. So nennen etwa Dalton et al.[23] die der soziodemografischen Dimension zuordenbaren Ressourcen Bildung und Einkommen sowie den Bereich der Werte, zu dem auch Ideologie gezählt werden kann. Zusätzlich beziehen sie sich auf die als *Grievance Theory* bezeichnete klassische Erklärung von Protestverhalten als Antwort auf soziale Probleme und als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben oder den politischen Verhältnissen. Letzteres wird in der vorliegenden Untersuchung als psychologischer Aspekt der Normalisierungsthese bezeichnet.

Der Blick auf die soziodemografischen Merkmale von Protestierenden schließt an Fragen der Gleichheit bei der politischen Partizipation an.[24] Die in vielen Ländern beobachtete Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung als Folge eines stärkeren Engagements von sozioökonomisch bessergestellten und formal höher gebildeten Gruppen[25] könnte, so die Annahme, durch andere Formen der Ungleichheit bei nicht-institutionalisierten Partizipationsformen ausgeglichen werden. Tatsächlich wurde dies für die Faktoren Geschlecht und Alter bereits gezeigt, wobei vor allem bei jüngeren Personen auf einen Ausgleich der niedrigeren Partizipationsrate bei institutionalisierten Formen verwiesen wird.[26] Die Normalisierungsthese würde im Gegensatz dazu keine wesentlichen Unterschiede bei klassischen soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Bildung erwarten. Die soziale Repräsentativität von Protestierenden – und damit auch die Repräsentativität ihrer Forderungen – kann jedoch auch über andere Aspekte erfasst werden, etwa den Wohnort und den damit verbundenen Stadt-Land-Gegensatz sowie den Migrationshintergrund von Personen. Bei institutionalisierten Formen der Partizipation ist die letztgenannte Personengruppe auch in Österreich unterrepräsentiert,[27] weshalb die Frage nach der Gleichheit von Partizipation bei Protesten um diesen Aspekt erweitert wird. Trifft die erste Dimension der Norma-

23 Dalton, Russell/van Sickle, Alix/Weldon, Steven: The Individual-Institutional Nexus of Protest Behaviour, in: British Journal of Political Science 40/1 (2010), S. 51–73.

24 Vgl. Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E./Verba, Sidney: Unequal and Unrepresented. Political Inequality and the People's Voice in the New Gilded Age, Princeton 2018.

25 Lijphart, Arend: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: American Political Science Review 91/1 (1997), S. 1–14.

26 Vgl. Marien/Hooghe/Quintelier 2010; Melo, Daniela F./Stockemer, Daniel: Age and Political Participation in Germany, France and the UK: A Comparative Analysis, in: Comparative European Politics 12/1 (2014), S. 33–53.

27 Vgl. Filzmaier, Peter/Patscheider, Markus/Perlot, Flooh: MigrantInnen als Wählergruppe, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 44/2 (2015), S. 29–43, S. 37.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

lisierungsthese zu, sollten die vorhandenen Daten insgesamt keine relevanten soziodemografischen Differenzen zwischen in der Protestarena aktiven und nicht-aktiven Personen zeigen (Hypothese 1).

Der zweite Aspekt der Normalisierungsthese bezieht sich auf das ideologische Profil von Protestierenden und deren Werteorientierungen. In einer „Bewegungsgesellschaft"[28] werden unterschiedliche Anliegen auf der „Straße" artikuliert, sodass sich das ideologische Profil von bei Protesten aktiven und nicht-aktiven Personen weniger klar unterscheidet als in früheren Epochen. Dies kann auch eine direkte Folge von Gegenmobilisierungen sein, wenn zum Beispiel die vormals linke Dominanz bei Protesten zum Themenbereich Migration von einer rechten Gegenmobilisierung gebrochen wird.[29] Im Gegensatz dazu betonen etwa Torcal et al.[30] sowie Hutter und Kriesi[31] eine immer noch vorhandene Dominanz linker Protestierender, sei es aufgrund unterschiedlicher politischer Werte wie dem Wunsch nach sozialer und politischer Veränderung[32] oder der zumindest in Nordwesteuropa bestehenden historischen Verbindung mit mobilisierenden linken Akteurinnen wie Arbeiter:innenparteien oder Gewerkschaften.[33] Neben dem Fokus auf die politische Linke, die traditionell über ökonomische Forderungen definiert wurde, spielt auch kultureller Liberalismus eine zentrale Rolle bei der Erklärung von Protestverhalten.[34] Den damit verbundenen Gegensatz zwischen libertären und autoritären Werten bestimmen nicht ökonomische Streitfragen, sondern Aspekte der Lebensführung und der Akzeptanz von Diversität; dazu kommt noch der – von libertärer Seite – geäußerte Wunsch nach mehr direkter Beteiligung bei politischen Prozessen. Eine ähnliche Interpretation liegt Ingleharts Konzept des Postmaterialismus[35] zugrunde, doch wird dieses in der aktuellen (politikwissenschaftlichen) Forschung deutlich weniger oft berücksichtigt als noch in den 1980er und 1990er Jahren. Bei

28 Vgl. Meyer/Tarrow 1998.

29 Vgl. Dolezal, Martin: Die österreichische Protestarena im neuen Jahrtausend: Mobilisierungsstärke, Aktionsformen und Themen, 1998–2016, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 50/2 (2021), S. 1–13.

30 Torcal/Rodon/José Hierro 2016.

31 Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter: Movements of the Left, Movements of the Right Reconsidered, in: van Stekelenburg, Jacquelien/Roggeband, Conny/Klandermans, Bert (Hg.): The Future of Social Movement Research. Dynamics, Mechanisms, and Processes, Minneapolis (2013), S. 281–298.

32 Vgl. Grasso, Maria T./Giugni, Marco: Political Values and Extra-Institutional Political Participation. The Impact of Economic Redistributive and Social Libertarian Preferences on Protest Behaviour, in: International Political Science Review 40/4 (2019), S. 470–485

33 Vgl. Borbáth, Endre/Gessler, Theresa: Different Worlds of Contention? Protest in Northwestern, Southern and Eastern Europe, in: European Journal of Political Research 59/4 (2020), S. 910–935.

34 Vgl. Grasso/Giugni 2019; Kostelka/Rovny 2019.

35 Inglehart, Ronald, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

einem Test der zweiten Normalisierungsdimension sollten somit keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der ideologischen Orientierung von Protestierenden und Nicht-Protestierenden auftreten. Dies bezieht sich sowohl auf die traditionelle Links-Rechts-Orientierung als auch auf den Gegensatz zwischen libertären und autoritären Werten (Hypothese 2).

Eine dritte mögliche Dimension der Normalisierungsthese bezieht sich auf die Frage, inwieweit die Beteiligung an politischen Protesten als Ausdruck einer generellen Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, aber auch den politischen Verhältnissen zu deuten ist. Die Objekte der politischen Unzufriedenheit sind vielfältig, sie können sich auf den allgemeinen Zustand der Demokratie im eigenen Land beziehen oder auf aktuell regierende Parteien/Personen und deren Entscheidungen. Diese „psychologische" Komponente wurde vor allem in der älteren Literatur betont, in der eine direkte Verbindung zwischen Frustration und der Beteiligung an (gewalttätigen) Protesten betont wurde.[36] Aber auch in der aktuellen Forschung werden *Grievances* immer noch als „at the heart of every protest"[37] gesehen. Die Vertreter:innen der Normalisierungsthese betonen im Gegensatz dazu die strategischen – sowie die hier nicht behandelten kontextuellen – Determinanten von Protestverhalten und weisen Aspekte wie Frustration und Unzufriedenheit als erklärende Faktoren weitgehend zurück.[38] Bereits die klassische *Political Action* Studie zeigte nur äußerst schwache Zusammenhänge zwischen dem Ausmaß der persönlichen Unzufriedenheit und der Stärke des Protestpotentials der Mitte der 1970er Jahre befragten Personen auf.[39] Sogar der Eindruck einer mangelnden Responsivität der Regierenden erwies sich damals nicht als bestimmender Faktor.[40] Auch in der Nachfolgestudie – die jedoch nur drei der ursprünglich fünf untersuchten Länder umfasste – wurde der Zusammenhang zwischen Frustration und Protestorientierung zurückgewiesen.[41] Trifft die Normalisierungsthese zu, sollte sich das Ausmaß an Unzufriedenheit zwischen den beiden verglichenen Personengruppen,

36 Vgl. Gurr, Ted Robert: Why Men Rebel, Princeton 1970.

37 van Stekelenburg/Klandermans 2013, S. 889.

38 Vgl. Norris, Pippa/Inglehart, Ronald: Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism, Cambridge 2019.

39 Vgl. Barnes, Samuel H./Farah, Barbara G./Heunks, Felix: Personal Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979, S. 381–407, 404.

40 Vgl. Farah, Barbara G./Barnes, Samuel H./Heunks, Felix: Political Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): Political Action. Mass Participation in five Western Democracies, Beverly Hills 1979, S. 409–447.

41 Vgl. Thomassen, Jacques J. A.: Economic Crisis, Dissatisfaction, and Protest, in: Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W. (Hg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1989, S. 103–134, hier S. 120.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

den Protestierenden und den Nicht-Protestierenden, auch in der Gegenwart nicht unterscheiden (Hypothese 3).

3 Drei Formen von Protestverhalten: Petition, Demonstration und Boykott

Die bisherigen Überlegungen bezogen sich generell auf die Teilnahme an politischen Protesten. Ein näherer Blick auf die Vielfalt der in der Protestarena sichtbaren Aktionsformen zeigt jedoch große Unterschiede etwa in Bezug auf die „Härte" der Protestform, die von „weichen" Repertoires wie Unterschriftensammlungen (Petitionen) und Mahnwachen bis zu Straßenblockaden und Hausbesetzungen reichen kann. Manche Protestformen sind auch mit einem persönlichen Risiko verbunden, sei es aufgrund möglicher staatlicher Repressionen oder der Bedrohung durch politische Gegner:innen.[42] Dazu kommt noch die schwierige Frage nach der Legalität von Protesten, die in der sozialwissenschaftlichen Forschung meist nicht berücksichtigt wird, da die Legalität einer Aktionsform – auch innerhalb eines Landes – vom spezifischen Kontext abhängen kann: So sind etwa Demonstrationen in der Nähe des tagenden Nationalrats verboten, ebenso verbale Proteste beziehungsweise das Streuen von Flugblättern innerhalb des Sitzungssaals. Genuin illegale und gewalttätige Aktionsformen werden in der zeitgenössischen Partizipationsforschung, auch aufgrund der damit verbundenen Probleme bei der Sammlung von Daten mit der Befragungsmethode, nur selten erfasst. Darüber hinaus bestehen auch konzeptionell begründete Abgrenzungen, da die Forschung etwa die Rationalität von politischem Protest betont, wogegen etwa Randale in erster Linie von Spontanität, Emotionalität und Destruktivität charakterisiert sind.[43] Eine andere Möglichkeit der Differenzierung erfolgt über den individuellen vs. kollektiven Charakter der Protestform. Und schließlich kann zwischen Off- und Onlineprotesten unterschieden werden, wobei Letztere in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen haben.[44] Die nachfolgenden Analysen behandeln drei Formen von Protesten: Petitionen, Demonstrationen und Boykotte. Somit werden moderate und weniger moderate sowie individuelle und kollektive Aktionsformen erfasst.

---

42 Vgl. McAdam, Doug: Recruitment to High-Risk Activism. The Case of Freedom Summer, in: American Journal of Sociology 92/1 (1986), S. 64–90.

43 Waddington, David: Riots, in: della Porta, Donatella/Diani, Mario (Hg.): The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford 2015, S. 423–438, hier S. 423)

44 Vgl. Oser, Jennifer/Hooghe, Marc/Marien, Sofie: Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and their Stratification, in: Political Research Quarterly 66/1 (2013), S. 91–101.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Die Unterstützung einer Petition beziehungsweise Unterschriftensammlung ist eine besonders „weiche" Form von politischem Protest. Während sie in den meisten Studien zu Protestverhalten aufgenommen wird, gibt es auch Stimmen, die diese Form als zu konventionell einstufen.[45] In der Praxis der Forschung bestehen zudem mehrere, meist nicht genannte definitorische Probleme, da etwa zwischen informellen Unterschriftensammlungen und institutionalisierten Verfahren der Bürger:innenbeteiligung bei Parlamenten[46] unterschieden werden kann. Die in der Umfrageforschung gebrauchte Fragestellung leistet diese Differenzierung nicht. Dazu kommt in Österreich das spezifische Problem der Volksbegehren: Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Befragte auch diese staatlich organisierte und daher institutionalisierte Form der Partizipation aufgrund ihres spezifischen Charakters einer Unterschriftensammlung zuordnen. Während klassische Petitionen mit ausgedruckten Listen auf Papier erfolgen, haben elektronische Formen in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Über Webseiten wie change.org organisierte Online-Unterschriftensammlungen haben die Organisation dieser Protestform stark erleichtert, führen aber andererseits – so die Kritik – zu einem besonders kurzfristigen und auch anonymen Aktivismus („slacktivism"), weniger zu einem längerfristigen und tiefgehenden politischen Engagement, das auch von sozialer Interaktion getragen wird.[47]

In starkem Kontrast dazu steht die Beteiligung bei Demonstrationen, die zumindest in westlichen Gesellschaften als „prototypische Protestaktivität" gilt.[48] Hierbei handelt es sich um eine genuin kollektive Protestform, die gleichzeitig ein öffentlich sichtbares Eintreten für ein Anliegen erfordert. Je nach politischem Kontext ist ein Aufeinandertreffen mit der Polizei, aber auch mit Gegendemonstrant:innen möglich. Bei der traditionellen Umfrageforschung wie dem ESS steht die Forschung vor dem Problem, dass sie – wie auch bei den beiden anderen hier untersuchten Protestformen – nur die Aktionsform, aber nicht den spezifischen Kontext erfassen kann. Seit der Jahrtausendwende wird daher zunehmend versucht, mithilfe von *Protest Surveys*[49], das heißt mit systematischen Befragungen von Protestteilnehmer:innen vor Ort, mehr über die

45 Vgl. Giugni, Marco/Grasso, Maria: Protest Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 396–416, hier S. 398.

46 Vgl. Rosenberger, Sieglinde/Stadlmair, Jeremias: Petitionen und Parlamentarische Bürgerinitiativen – Zivilgesellschaft im Parlament? In: Drimmel, Nikolaus/Stelzer-Orthofer, Christina (Hg.): TransForm. Journal für zivilgesellschaftliche Innovation. Heft 1: Demokratie, Berlin 2016, 68–88.

47 Vgl. Earl, Jennifer/Kenski, Kate: Online Political Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 435–450.

48 Vgl. van Stekelenburg, Jacquelien/Klandermans, Bert/Walgrave, Stefaan: Individual Participation in Street Demonstrations, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter/McCammon, Holly J. (Hg.): The Wiley Blackwell Companion to Social Movements. Second Edition, Oxford 2019, S. 369–391, hier S. 371.

49 Vgl. van Aelst/Walgrave 2001.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Protestierenden zu erfahren. Solche Befragungen zeigen große Unterschiede zwischen einzelnen Demonstrationen,[50] die mit der klassischen Umfrageforschung nicht erfasst werden können.

Wiederum stark individualistisch geprägt ist die dritte Aktionsform, der politische Konsum, das heiß politisch motiviertes Kaufverhalten.[51] Politischer Konsum ist kein neues Phänomen, hat aber, auch als Folge eines generellen Trends zu einer Individualisierung von politischer Partizipation,[52] in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Inwieweit dieses „individualisierte kollektive Verhalten"[53] als Form von Protest einzuordnen oder von diesem zu trennen ist, bleibt umstritten. Generell stellt sich auch die Frage nach dem politischen Charakter dieser alltäglichen Handlung, da „aus dem ‚normalen', d. h. nichtpolitisch motivierten Konsumenten insofern ein politischer Konsument [wird], wenn die betreffende Person ebendiese Motivation gegenüber anderen Konsumenten und/oder Produzenten bekundet".[54] Dieser notwendige kommunikative Schritt ist über die klassische Umfrageforschung nur schwer zu erfassen und wird in den allermeisten Fällen in der Praxis auch nicht erfolgen. Politischer Konsum ist somit eine äußerst niederschwellige Aktionsform. Trotz dieser Probleme hat sich in der Literatur die Einordnung als – wenngleich spezifische – Protestform weitgehend durchgesetzt.[55] Dabei wird auch zwischen der klassischen, negativen Form von politischem Konsum (Boykott) und einer positiven Form, *Buykott* oder auch „ethischer Konsum", unterschieden.

Aufgrund der unterschiedlichen Charakteristika der drei Protestformen sollten die drei Dimensionen der Normalisierungsthese unterschiedlich stark zutreffen. Generell ist zu erwarten, dass vor allem die ideologischen und psychologischen Aspekte der These eher zu moderaten als zu harten Protestformen passen, das heißt stärker bei den Teilnehmer:innen an Petitionen und Boykotten sichtbar werden als bei Teilnehmer:innen an Demonstrationen. Letztere sollten das klarste Profil aufweisen und sich immer noch von der restlichen Bevölkerung unterscheiden, nicht zuletzt in ideologischer Hinsicht (Hypothese 4).

---

50 Vgl. Norris/Walgrave/van Aelst 2005.

51 Vgl. Lorenzini/Forno 2022.

52 Vgl. Giugni/Grasso 2022, S. 409.

53 Vgl. Micheletti, Michele: Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and Collective Action, New York 2003.

54 van Deth, Jan/Zorell, Carolin: Politischer Protest und Konsum, in: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar W./Maier, Jürgen (Hg.): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Baden-Baden 2020, S. 393–412, hier S. 396.

55 Vgl. Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc/Micheletti, Michele: Politics in the Supermarket. Political Consumerism as a Form of Political Participation, in: International Political Science Review 26/3 (2005), S. 245–269.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

4 Daten

Der European Social Survey (ESS) eignet sich sehr gut für eine Untersuchung der möglichen Normalisierung von Teilnehmer:innen an Protesten. Er enthält (nahezu) alle für die Operationalisierung der besprochenen Erklärungsfaktoren relevanten Variablen und kann auch zwischen den zuletzt diskutierten drei Protestformen differenzieren. Ferner ermöglicht der ESS Vergleiche sowohl zwischen Ländern als auch über Zeit. Der Fokus des vorliegenden Beitrags richtet sich allein auf Österreich, doch wird neben einer detaillierten Analyse der aktuellen Situation, die auf den Ergebnissen der neunten Welle des ESS beruht (Feldzeit in Österreich: 2018/2019), auch ein Blick auf die Entwicklung seit der Jahrtausendwende geworfen, wofür die Ergebnisse der Wellen 1 (2003) bis 9 herangezogen werden.

Für die abhängigen Variablen werden die in Abschnitt 3 diskutierten Formen von Protestverhalten genutzt, die auch in allen ESS-Wellen abgefragt wurden. Nach einem einleitenden Statement – *Es gibt verschiedene Wege, die Lage in Österreich zu verbessern oder zu versuchen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Haben Sie während der letzten 12 Monate eine der folgenden Handlungen gesetzt?* – wird gefragt, ob sich der beziehungsweise die Befragte an einer Unterschriftensammlung beteiligt (ESS Variable: *sgnptit*), an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen (*pbldmn*) oder bestimmte Produkte boykottiert hat (*bctprd*). Da, abgesehen von der ersten Welle (*bghtprd*), kein Item für die positive Form des politischen Konsums (*Buykott*) vorhanden ist, kann nur der klassische Boykott erfasst werden. Zusätzlich wird auch die Information verwendet, ob die Befragten an der jüngsten Nationalratswahl teilgenommen haben (*vote*). Da die Wahlbeteiligung bei den drei Protestformen als unabhängige Variable einbezogen wird, werden Personen ohne Wahlrecht (d. h. v. a. ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft) in den nachfolgenden Analysen nicht berücksichtigt. Auf Basis der Antworten bei der Variable *vote* fallen in der neunten Welle 5,8 Prozent der Befragten unter diese Gruppe.

Die unabhängigen, erklärenden Variablen beziehen sich auf die in Abschnitt 3 diskutierten drei Dimensionen der Normalisierungsthese: Soziodemografie, Ideologie und Psychologie.

Drei zentrale soziodemografische Merkmale der Befragten sind ihr Alter (*agea*), ihr Geschlecht (*gndr*) und ihre Bildung (*eisced*). Das Alter der Befragten wurde in mehrere Kategorien rekodiert (15–29, 30–39, 40–49, 50–59, 60–69, 70+), um nicht-lineare Zusammenhänge leichter erfassen zu können. Eine Konzentration der ersten Altersgruppe auf Teenager war aufgrund der geringen Fallzahl (N=68) nicht möglich. Die gewählte Einteilung folgt allein pragmatischen Überlegungen, da in der Literatur kein gemeinsames Verständnis von Altersgruppen beziehungsweise einer exakten Grenz-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ziehung zwischen politischen Generationen besteht.[56] Die Bildungsvariable bezieht sich auf den formal höchsten erreichten Abschluss und klassifiziert die Befragten in vier Gruppen: primär (Pflichtschulabschluss), sekundär I (z. B. Lehre), sekundär II (z. B. AHS-Matura) und tertiär (universitärer Abschluss). Details zu den Zuordnungen der Bildungsabschlüsse enthalten die Angaben bei Tabelle 1.

Probleme treten bei der Einschätzung des sozioökonomischen Status (SES) der Befragten auf – abgesehen vom damit verbundenen formalen Bildungsniveau. Die für die Bestimmung des SES ebenso relevanten Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen (*hinctnta*) weisen einen hohen Anteil fehlender Antworten auf (17,7 %), doch liegt Österreich mit diesem Wert nur im Mittelfeld der 29 in der neunten ESS-Welle erfassten Länder (Ländermittel: 18,7 %). Europaweit schwanken die Anteile fehlender Antworten bei dieser Variable zwischen 2,5 (Estland) und nicht weniger als 44,4 Prozent (Italien). Ein Vergleich der Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen mit einer Frage nach der persönlichen Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten (*hincfel*) deutet darauf hin, dass es in Österreich eher einkommensstärkere Befragte waren, die bei der Einkommensfrage keine gültige Antwort gaben. Als weiteres soziodemografisches Merkmal wird angesichts der gewachsenen ethnischen Diversität der österreichischen Gesellschaft der vom Geburtsland der Eltern (*facntr*, *mocntr*) abhängige Migrationshintergrund der Befragten erfasst. Laut Statistik Austria, die hier einer Empfehlung der UNO folgt (vgl. UNECE 2015, 136), liegt ein Migrationshintergrund dann vor, wenn beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Schließlich wird noch der Wohnort der Befragten in die Analyse einbezogen (*domicil*), wobei zwischen Dorf, Kleinstadt und Großstadt unterschieden wird (siehe Tabelle 1).

Für den Bereich der ideologischen Normalisierung wird die Links-Rechts-Position der Befragten (*lrscale*) verwendet. Diese Selbsteinschätzung auf einer von 0–10 reichenden Skala wurde in Anlehnung an ähnliche Publikationen[57] in fünf Kategorien rekodiert, um, ähnlich wie bei den Altersgruppen, einen möglichen nicht-linearen Zusammenhang besser erfassen zu können. Die mittlere Kategorie der Originalskala (5) wurde nicht verändert, da sich dort 40,2 Prozent der Befragten verorten (vgl. Tabelle 1). Zusätzlich wurde, analog zur Vorgehensweise von Norris und Inglehart[58], mit zehn der im ESS enthaltenen Items des von Schwartz[59] für die Messung menschlicher Werte entwickelten *Portrait Values Questionnaire* eine Libertär-Autoritär-Skala gebildet. Im Ge-

56 Vgl. Grasso, Maria T.: Age, Period and Cohort Analysis in a Comparative Context. Political Generations and Political Participation Repertoires in Western Europe, in: Electoral Studies 33/1 (2014), S. 63–76, hier S. 66; Melo/Stockemer 2014, S. 43–44.

57 Vgl. Borbáth/Gessler 2020; Torcal/Rodon/José Hierro 2016.

58 Norris/Inglehart 2019.

59 Schwartz, Shalom H.: Value Orientations. Measurement, Antecedents and Consequences Across Nations,

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

gensatz zur Operationalisierung bei Norris und Inglehart wurden die Summenscores der fünf von ihnen als libertär bezeichneten Items (*impdiff*, *ipadvnt*, *ipcrtiv*, *impfree*, *ipudrst*) von den Summenscores der fünf autoritären Items (*impsafe*, *ipfrule*, *ipbhprp*, *ipstrgv*, *imptrad*) subtrahiert, um eine eindimensionale und in einem weiteren Schritt auf den Wertebereich von 0–10 transformierte Skala zu erhalten. Eine Korrelation der beiden Skalen, das heißt der ursprünglichen Links-Rechts-Skala mit der neu gebildeten Libertär-Autoritär-Skala, zeigt den erwarteten positiven Zusammenhang, doch fällt dessen Stärke mit 0,2 (Pearson) nur gering aus. Dies ermöglicht eine gleichzeitige Einbeziehung in das Regressionsmodell.

Der dritte, der psychologische Aspekt der Normalisierungsthese bezieht sich auf die klassische Interpretation der Teilnahme an Protestereignissen als Ausdruck von Unzufriedenheit. Auf rekodierten, konkret umgedrehten Skalen von 0–10 wird das Ausmaß der Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Österreich (*stfdem),* mit der Bundesregierung (*stfgov*) und mit dem eigenen Leben (*stflife*) erfasst.

Neben dem Grad des politischen Interesses (*polintr*), der im ESS mit einer vierstufigen Skala abgefragt wird, wird zuletzt noch die Beziehung der Befragten zu zwei potentiell mobilisierenden Akteurinnen als Kontrollvariable in das Modell aufgenommen. Anstelle der Mitgliedschaft in Parteien, die im ESS seit der sechsten Welle leider nicht mehr erhoben wird, wird ein Maß für die Parteiidentifikation verwendet (*clsprty*). Ferner wird die (aktuelle) Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft inkludiert (*mbtru*). Bei den drei Protestformen wird schließlich noch die Beteiligung bei der Nationalratswahl (*vote*) in die logistischen Regressionen aufgenommen. Dies soll zeigen, wie stark die Protestierenden auch in institutionalisierte Formen der Partizipation eingebunden sind.

5 Analyse

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in drei Schritten: Zunächst wird das Ausmaß der Beteiligung an den drei Protestformen seit der Jahrtausendwende gezeigt, danach der Einfluss der Faktoren Bildungsgrad (soziodemografische Normalisierung), Links-Rechts-Position (ideologische Normalisierung) und Unzufriedenheit (psychologische Normalisierung) im Zeitverlauf. Nach diesen uni- und bivariaten Darstellungen folgt abschließend eine multivariate logistische Regression, die den aktuellen Einfluss der Faktoren auf das Protestverhalten zeigt.

---

in: Jowell, Roger/Roberts, Caroline/Fitzgerald, Rory/Eva, Gillian (Hg.): Measuring Attitudes Cross-Nationally. Lessons from the European Social Survey, Los Angeles 2007, S. 169–203.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

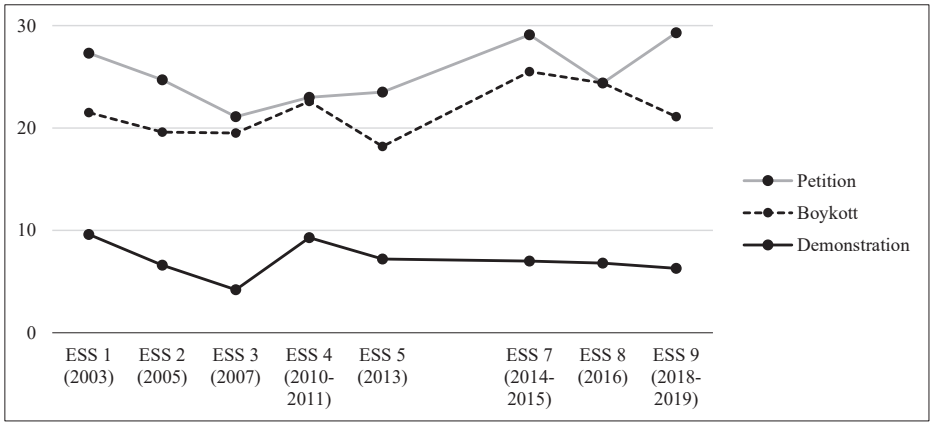


Abbildung 1: Drei Protestformen: Ausmaß der Beteiligung seit der Jahrtausendwende (Prozentwerte)
Anmerkungen: ESS, Wellen 1–9 (ohne Welle 6, an der Österreich nicht teilnahm). Die Daten sind gewichtet (dweight). Variablen: Petition (sgnptit), Demonstration (pbldmn), Boykott (bctprd). Die Daten zeigen den Prozentanteil der Befragten, die angaben, in den vergangenen zwölf Monaten aktiv gewesen zu sein. Die in Klammer angeführten Jahre beziehen sich auf die Feldzeit der Befragung.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Beteiligung an Protesten seit der Jahrtausendwende auf Basis aller acht ESS-Wellen, für die Daten zu Österreich vorliegen. Das jährliche Ausmaß der Partizipation bei den drei Protestformen ergibt ein leichtes Auf und Ab, insgesamt zeigt sich jedoch eine recht stabile Entwicklung und auch die Reihenfolge der drei Aktionsformen bleibt über den Zeitraum von knapp 20 Jahren stabil: Bis zu 30 Prozent der Österreicher:innen geben an, in den zurückliegenden zwölf Monaten eine Petition unterzeichnet zu haben, rund 20 Prozent haben ein Produkt boykottiert, zwischen fünf und zehn Prozent an einer Demonstration teilgenommen. Die Beteiligung an politischen Protesten ist somit immer noch die Ausnahme, nicht die Regel. Bei Nationalratswahlen nehmen im Gegensatz dazu – auch auf Basis der hier vorhandenen offiziellen Werte – große Mehrheiten der Österreicher:innen teil: Zuletzt, 2019, waren es 75,6 Prozent.[60]

Größere Veränderungen in Richtung einer „Bewegungsgesellschaft" zeigen hingegen Analysen über längere Zeiträume, die bis in die 1970er Jahre zurückgehen, aber auf einem anderen Frageformat beruhen und daher nicht mit den ESS-Daten kombiniert werden können: Von 1974 bis 2018 wuchs der Anteil der Personen, die *jemals* – nicht nur in den vergangenen zwölf Monaten – eine Petition unterzeichnet haben von 38,7

60 Bundeswahlbehörde: Nationalratswahl vom 29. September 2019. Verlautbarung der Bundeswahlbehörde (2019). Online: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/files/Verlautbarung_endgueltiges_Ergebnis.pdf (zuletzt abgerufen: 28.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

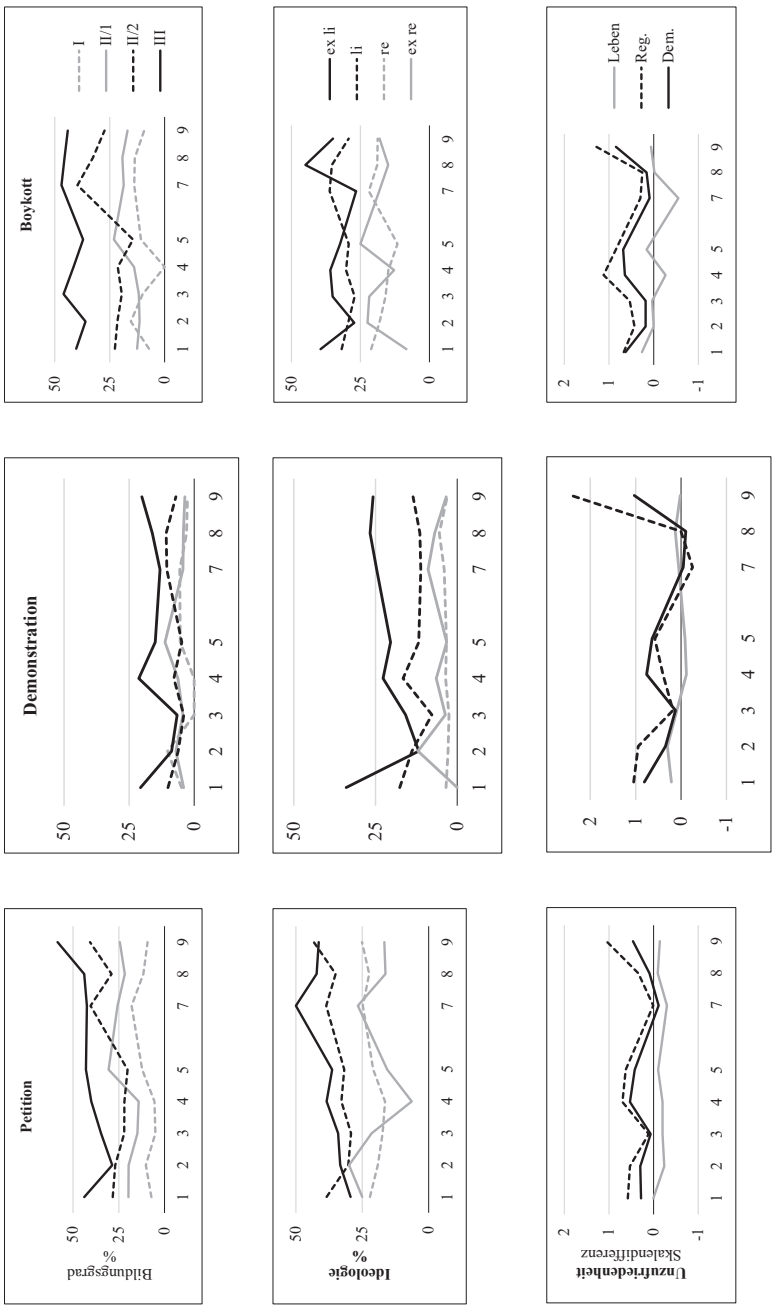


Abbildung 2: Drei Protestformen: Ausmaß der Beteiligung nach Bildungsgrad, Ideologie und Unzufriedenheit (ESS-Wellen 1–9).
Anmerkungen: ESS, Wellen 1–9 (ohne Welle 6, an der Österreich nicht teilnahm). Die Daten sind gewichtet (dweight). Die vertikalen Skalen zeigen die prozentuelle Beteiligung der Bildungs- bzw. ideologischen Gruppen sowie die Differenz beim Ausmaß der Unzufriedenheit, wobei positive Werte eine größere Unzufriedenheit der Teilnehmer:innen belegen. Abkürzungen: ex li (extrem links), li (links), re (rechts), ex re (extrem rechts), Reg. (Regierung), Dem. (Demokratie).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

auf 57 Prozent. Bei den Demonstrationen stiegen die Werte von 7,1 auf 19,3 Prozent, bei Boykotten sogar von 2,8 auf 15,7 Prozent.[61] Wie groß sind die in Abbildung 1 gezeigten Partizipationsraten seit der Jahrtausendwende im europäischen Vergleich? Die traditionelle Sichtweise betont die Existenz von sehr niedrigen „unkonventionellen" Partizipationsraten in Österreich.[62] Die ESS-Daten bestätigen dies nicht: Vergleicht man jene 26 europäischen Länder, die an zumindest fünf der neun ESS-Wellen beteiligt waren, nimmt Österreich in diesem um Ausreißer bei einzelnen Wellen bereinigten Vergleich einen Platz im oberen Mittelfeld ein. Bei Unterschriftensammlungen den elften Platz, bei Demonstrationen und Boykotten den neunten.

Hinter der in Abbildung 1 sichtbaren relativ großen Stabilität bei der generellen Protestpartizipation seit der Jahrtausendwende könnten sich relevante Verschiebungen zwischen aktiven und nicht-aktiven Personengruppen verbergen. Abbildung 2 zeigt das Ausmaß der Partizipation bei den einzelnen Protestformen im Zusammenhang mit den drei Aspekten der Normalisierung: Für den soziodemografischen Aspekt werden vier Bildungsgruppen gezeigt, für den ideologischen Aspekt vier Gruppen auf Basis ihrer Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala. Hierbei wurden Personen, die sich in der Mitte der Skala verorten, aus Gründen der besseren Lesbarkeit weggelassen. Generell sind die Partizipationsraten dieser Gruppe recht nahe bei jener der Befragten mit einer gemäßigten rechten Ideologie. Schließlich sind auch Werte für das Ausmaß der persönlichen sowie der politischen Unzufriedenheit angeführt – den Indikatoren der psychologischen Normalisierung: Hierfür wird die Skalendifferenz beim Ausmaß der Unzufriedenheit zwischen Protestierenden und Nicht-Protestierenden gezeigt. Ein positiver Wert bedeutet, dass die Protestierenden im Mittel mehr Unzufriedenheit auf der von 0–10 reichendenden Skala ausgedrückt haben.

Die drei in der oberen Zeile angeordneten Liniendiagramme offenbaren einen immer noch bestehenden starken Einfluss des Bildungsgrades. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zeigt sich ein klares Bild: Je höher die formale Bildung der Befragten ist, desto stärker nutzen sie die drei Aktionsformen für ihre Anliegen. Vor allem bei den Befragten, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen (Kategorie: I), ist der Anteil der in der Protestarena aktiven Personen nur sehr gering. Auch bei den in der mittleren Zeile gezeigten Abbildungen gibt es ein recht deutliches und über den Zeitverlauf von knapp 20 Jahren stabiles Bild: In den allermeisten Fällen sind es Personen mit einer extrem linken politischen Orientierung, die verstärkt an Protesten teilnehmen, und im Normalfall steht die Gruppe der Personen mit einer moderaten linken Orientierung an zweiter Stelle. Eine ideologische Normalisierung belegen diese

61 Vgl. Dolezal 2019.

62 Vgl. z. B. Plasser/Seeber 2017.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Daten daher nicht. Minimale Unterschiede zeigen sich im Gegensatz dazu beim Ausmaß der Unzufriedenheit, den drei in der unteren Zeile angeordneten Abbildungen: Der persönliche Aspekt, das heißt das Ausmaß an Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, spielt keine relevante Rolle. Die Unterschiede zwischen Protestierenden und Nicht-Protestierenden sind äußerst klein. Aber auch bei den politischen Aspekten der Unzufriedenheit zeigen sich bei den meisten Befragungswellen keine relevanten Unterschiede. Allein zuletzt (Welle 9) waren die Teilnehmer:innen an Demonstrationen deutlich, um knapp 2,5 Skalenpunkte auf der von 0–10 reichenden Skala unzufriedener mit der Bundesregierung als die übrigen Befragten.

Zeigen sich die in Abbildung 2 sichtbaren Tendenzen auch im multivariaten Modell, das für andere Einflussfaktoren kontrolliert? Tabelle 1 präsentiert den Einfluss individueller Merkmale auf die Beteiligung bei den drei Protestformen; zusätzlich ist die Teilnahme bei Wahlen als Vergleichspunkt (und als unabhängige Variable bei den drei Protestformen) angeführt. Generell gibt es eine starke Überlappung der Partizipationsformen, weshalb eine Konzentration auf Personen, die nur zur Wahl gehen oder etwa nur Petitionen unterzeichnen, nicht zielführend ist. Etwas mehr als die Hälfte der Wähler:innen (56,7 %) gibt an, nur gewählt zu haben. Bei den Protestteilnehmer:innen ist der Anteil der Nichtwähler:innen mit fünf Prozent (Petition), sechs Prozent (Demonstration) und 8,2 Prozent (Boykott) sehr klein.

Tabelle 1: Soziodemografische Merkmale und Einstellungen von Wähler:innen und Protestierenden in Österreich, 2018/2019 (logistische Regressionen)

	Wahl			Petition			Demonstration			Boykott		
	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.
Altersgruppen												
bis 29 Jahre	-0,42	0,34		-0,07	0,22		0,89	0,37	*	0,48	0,23	*
30–39 Jahre	-0,27	0,36		0,01	0,21		0,67	0,38		0,27	0,23	
40–49 Jahre	0,04	0,33		0,39	0,19	*	0,28	0,37		0,05	0,21	
50–59 Jahre (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	
60–69 Jahre	0,32	0,40		-0,08	0,20		0,42	0,37		0,13	0,22	
70+ Jahre	0,10	0,42		-0,25	0,21		-0,48	0,43		-0,24	0,23	
Frauen [0/1]	0,18	0,22		0,35	0,13	**	0,17	0,24		0,79	0,14	***
Bildungsstufen												
primär (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Wahl			Petition			Demonstration			Boykott		
	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.
sekundär I	0,47	0,29		0,75	0,24	**	0,31	0,50		0,48	0,25	
sekundär II	0,34	0,35		1,22	0,26	***	0,75	0,53		0,79	0,28	**
tertiär	0,85	0,46		1,50	0,28	***	1,14	0,53	*	1,04	0,30	***
Haushaltsnettoeinkommen [Dezile]	0,12	0,04	**	0,07	0,03	*	-0,05	0,05		0,05	0,03	
Migrationshintergrund [0/1]	-2,10	0,29	***	-0,67	0,25	**	0,30	0,40		-0,26	0,25	
Wohnort												
Dorf (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	
Kleinstadt	-0,43	0,27		0,06	0,15		-0,30	0,34		0,04	0,17	
Großstadt	-0,59	0,27	*	0,31	0,15	*	0,54	0,27	*	0,27	0,16	
Links-Rechts-Position [0–10]												
extrem links [0–1]	0,47	0,45		0,45	0,28		1,77	0,42	***	0,40	0,29	
links [2–4]	0,76	0,29	*	0,27	0,16		1,21	0,34	***	-0,12	0,17	
Mitte [5] (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	
rechts [6–8]	-0,13	0,27		-0,13	0,16		0,41	0,42		-0,06	0,18	
extrem rechts [9–10]	-2,07	0,52	***	-0,02	0,42		0,93	0,80		0,26	0,42	
Libertär-Autoritär [0–10]	0,24	0,09	*	-0,20	0,05	***	-0,26	0,09	**	-0,20	0,06	***
Unzufriedenheit: Zustand der Demokratie [0–10]	-0,07	0,06		0,00	0,03		-0,05	0,05		0,06	0,04	
Unzufriedenheit: Bundesregierung [0–10]	-0,02	0,06		0,09	0,03	**	0,16	0,05	**	0,05	0,03	
Unzufriedenheit: eigenes Leben [0–10]	-0,12	0,05	*	-0,05	0,04		-0,02	0,06		0,03	0,04	
Politisches Interesse												
überhaupt nicht (Referenzkategorie)	—	—		—	—		—	—		—	—	
kaum	1,52	0,26	***	0,78	0,31	*	0,42	0,71		0,55	0,32	
ziemlich	2,93	0,34	***	1,13	0,31	***	1,04	0,70		1,02	0,33	**
sehr	3,08	0,49	***	1,43	0,33	***	1,78	0,71	*	1,73	0,35	***
Nähe zu bestimmter Partei [0/1]	1,50	0,24	***	0,11	0,13		0,82	0,28	**	0,13	0,15	
Gewerkschaftsmitglied [0/1]	0,11	0,26		0,12	0,14		0,49	0,24	*	-0,11	0,15	

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Wahl			Petition			Demonstration			Boykott		
	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.	b	SE	sig.
Teilnahme Nationalratswahl [0/1]	—	—		0,62	0,27	*	-0,21	0,50		0,13	0,27	
Pseudo R^2 (Nagelkerke)	0,46			0,26			0,38			0,21		
% vorhergesagt	91,5			72,5			93,8			79,0		
(N)	(1674)			(1669)			(1669)			(1664)		

Anmerkungen: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001. ESS, Welle 9. Die Daten sind gewichtet (dweight). Nicht erfasst sind Personen, die angaben, bei der letzten Nationalratswahl nicht wahlberechtigt gewesen zu sein. Variablen und Angaben zu Rekodierungen (weitere Erklärungen im Haupttext, Abschnitt 4): Wahl (vote), Petition (sgnptit), Demonstration (pbldmn), Boykott (bctprd), Altersgruppen (agea), Frauen (gndr), Bildung (eisced; primär: Kategorien 1 und 2; sekundär I: 3; sekundär II: 4 und 5; tertiär: 6 und 7), Haushaltsnettoeinkommen (hinctnta), Migrationshintergrund (facntr, mocntr), Wohnort (domicil; Dorf: 4, 5; Kleinstadt: 3; Großstadt: 1, 2), Links-Rechts-Position (lrscale; Skala und Rekodierung siehe Tabelle), Libertär-Autoritär (impdiff, ipadvnt, ipcrtiv, impfree, ipudrst, impsafe, ipfrule, ipbhprp, ipstrgv, imptrad; Skalenbildung siehe Haupttext), Unzufriedenheit mit Demokratie in Österreich (stfdem; Skala von 0–10 mit Richtungswechsel), Unzufriedenheit mit Bundesregierung (stfgov; Skala von 0–10 mit Richtungswechsel), Unzufriedenheit mit eigenem Leben (stflife; Skala von 0–10 mit Richtungswechsel), politisches Interesse (polintr), Nähe zu bestimmter Partei (clsprty), Gewerkschaftsmitglied (mbtru).

Die multivariate Analyse der Einflussfaktoren beginnt mit einer Überraschung: Bei der Wahlbeteiligung, die als Referenz für die Analyse der Protestpartizipation dient, zeigen die Daten der neunten ESS-Welle keinen signifikanten Einfluss der Faktoren Alter, Geschlecht und Bildung. Das in vielen Ländern beobachtete Phänomen der ungleichen Beteiligung bei der zentralen institutionalisierten Partizipationsform ist in Österreich somit nicht erkennbar, zumindest erreicht es keine signifikanten Werte.

Anders verhält es sich bei den drei Protestformen, da – abgesehen von den Petitionen – jüngere Personen tatsächlich stärker involviert sind.[63] Auffällig ist auch der Vergleich von Männern und Frauen, da Letztere sich deutlich stärker bei Petitionen und vor allem Boykotten beteiligen. Eine Umrechnung der dargestellten Koeffizienten in die Wahrscheinlichkeit, die Aktivität auszuüben, zeigt bei Frauen eine doppelt so große Chance für politischen Konsum als für Männer.[64] Ein deutliches Bild ergibt sich auch beim Faktor Bildung: Während höhere Bildungsgruppen sich nur tendenziell, das heißt unterhalb der statistischen Signifikanzschwelle, verstärkt an Wahlen beteiligen, ist ihre Partizipationsrate – vor allem bei den Personen mit universitärer Bildung – bei allen drei Protestformen stark ausgeprägt. Dies entspricht der Einschätzung, dass ungleiche Formen der Beteiligung vor allem bei „elite-challenging acts", die mehr

63 Vgl. Melo/Stockemer 2014.

64 Vgl. van Deth/Zorell 2020, S. 401.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

politisches Wissen benötigen, schlagend werden.[65] Auch Marien et al.[66] stufen gerade Bildung als zentrale Determinante für die Ungleichheit bei der Protestpartizipation ein. Weniger eindeutig sind die Ergebnisse in Bezug auf den sozioökonomischen Hintergrund: Positive Einflüsse des Haushaltsnettoeinkommens zeigen sich bei der Wahlbeteiligung sowie bei Petitionen, nicht aber bei Demonstrationen und Boykotten.

Auffällig ist ferner der Einfluss des Migrationshintergrundes: Personen aus dieser Gruppe beteiligen sich deutlich geringer bei Wahlen sowie etwas geringer bei Petitionen. Bei den beiden anderen Protestformen gibt es keinen signifikanten Unterschied. Wenngleich die Unterschiede relativ gering sind, zeigen sich auch Differenzen in Bezug auf den Stadt-Land-Gegensatz: Während sich Einwohner:innen von Großstädten weniger stark bei Wahlen beteiligen, sind sie signifikant stärker als die ländliche Bevölkerung bei Petitionen und Demonstrationen engagiert.

Diese zum Teil widersprüchlichen Ergebnisse machen es nicht leicht, das Ausmaß der soziodemografischen Normalisierung einzuordnen. Die Daten zeigen – verglichen mit älteren Forschungsergebnissen – sowohl große Veränderungen als auch Stabilität: Während etwa die früher niedrigeren Partizipationsraten von Frauen verschwunden sind oder sich gar in ihr Gegenteil verkehrt haben, ist der Faktor Bildung immer noch entscheidend.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich auch bei der ideologischen Dimension der Normalisierung. Libertäre vs. autoritäre Werthaltungen beeinflussen die Teilnahme an allen gezeigten Partizipationsformen, wobei sich bei Wahlen Personen mit (tendenziell) autoritären Werten eher beteiligen, bei den drei Protestformen eher Personen mit (tendenziell) libertären Werten. Aufgrund der generellen Debatte in der Literatur liegt der Fokus der Analyse jedoch auf den Links-Rechts-Einstellungen der Befragten: Hierbei fällt auf, dass sich Personen mit extrem rechten Einstellungen bei Wahlen deutlich weniger beteiligen – und das trotz der hier untersuchten Beteiligung bei der Nationalratswahl 2017, als sich die FPÖ auf dem Gipfel einer jahrelangen Wachstumsperiode befand und somit ein attraktives Angebot darstellte. Die erwartete stärkere Protestbeteiligung von Personen mit linker Ideologie zeigt sich allein bei den Demonstrationen – aber dort besonders stark. Bei Petitionen und Boykotten ist es im Gegensatz dazu tatsächlich zu einer ideologischen Normalisierung gekommen, zumindest in Bezug auf den Links-Rechts-Konflikt. Verglichen mit der Referenzkategorie, der ideologischen Mitte, gibt es keine signifikanten Abweichungen.

Bei der dritten Dimension der Normalisierung, den psychologischen Faktoren, sind die Ergebnisse leichter zu interpretieren. Während Wähler:innen tendenziell zufrie-

65 Vgl. Dalton, Russell J.: The Participation Gap: Social Status and Political Equality, Oxford 2017.
66 Marien/Hooghe/Quintelier 2010.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

dener mit ihrem Leben sind als Nicht-Wähler:innen, spielt dieser Faktor bei den drei Protestformen keine Rolle. Der in der früheren Literatur diskutierte Einfluss von persönlicher Unzufriedenheit beziehungsweise Frustration ist nicht sichtbar. Allein die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung motiviert zur Beteiligung an Petitionen und Demonstrationen, nicht jedoch an Boykotten. Letztere wenden sich auch kaum gegen die Bundesregierung, sondern gegen Firmen und ausländische Regierungen. Keine Bedeutung für die Beteiligung an Protesten hat schließlich das Ausmaß der Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Österreich. Dies bestätigt die generelle Interpretation, wonach Protestpartizipation keineswegs als Ausdruck von Systemkritik interpretiert werden kann.

Bei den Kontrollvariablen zeigt sich, dass politisches Interesse die Basis für alle Formen von politischer Partizipation ist, während die Verbindung zu Parteien – operationalisiert über das Konzept der Parteiidentifikation – nur bei Wahlen und Demonstrationen eine Rolle spielt. Der kollektive Charakter der Beteiligung an Demonstrationen zeigt sich auch daran, dass neben der Verbindung zu Parteien auch die Mitgliedschaft bei Gewerkschaften mobilisierend wirkt. Bei den beiden individualistischen Protestformen Petition und Boykott spielen organisatorische Verbindungen hingegen keine Rolle.

6 Zusammenfassung

Politischer Protest ist im 21. Jahrhundert auch in Österreich zu einem alltäglichen Bestandteil des politischen Geschehens geworden. In Anlehnung an die Literatur zur Normalisierungsthese[67] ging der vorliegende Beitrag der Frage nach, inwieweit es auch in Österreich zu einer Normalisierung der Teilnehmer:innen an Protesten gekommen ist. Dabei wurden drei Dimensionen einer (möglichen) Normalisierung unterschieden: eine soziodemografische, eine ideologische und eine psychologische. Zusätzlich wurde untersucht, inwieweit ein unterschiedliches Ausmaß an Normalisierung bei den drei zentralen Protestformen Petition, Demonstration und Boykott beobachtbar ist.

Bei der soziodemografischen Dimension zeigt sich die Normalisierung vor allem bei den nicht mehr vorhandenen Unterschieden zwischen den Geschlechtern: Frauen sind in der Protestarena nicht mehr weniger aktiv als Männer; bei Petitionen und Boykotten sind sie sogar signifikant aktiver. Während der Faktor Bildung bei der Teilnahme an Wahlen in Österreich keine entscheidende Rolle spielt, sind höher gebildete Personen bei Protesten immer noch deutlich stärker engagiert. Diese ungleiche Repräsentation

67 Vgl. Norris/Walgrave/van Aelst 2005; van Aelst/Walgrave 2001.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ist problematisch, wenn auf diesem Weg in erster Linie eigene, gruppenspezifische Anliegen artikuliert werden.[68] Viele Proteste orientieren sich jedoch an kollektiven Interessen oder artikulieren bewusst die Anliegen Dritter. Auffällig ist schließlich die geringere Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund sowohl bei Wahlen, die als Referenzpunkt in die Analyse aufgenommen wurden, als auch bei Petitionen. Letzteres ist auch der Fall, wenn die Analyse nicht auf die wahlberechtigten Respondent:innen beschränkt wird. In der soziodemografischen Dimension zeigen sich somit sowohl Belege einer Normalisierung als auch Belege für weiterhin bestehende Differenzen und damit für politische Ungleichheit.

Auch in Bezug auf die ideologische Dimension der Normalisierung ist der empirische Befund nicht einheitlich: Der klassische Links-Rechts-Gegensatz spielt nur noch bei Demonstrationen eine zentrale Rolle. Allein bei dieser Protestform besteht immer noch eine klare Dominanz von Personen mit einer linken Orientierung. Anders verhält es sich beim Gegensatz zwischen libertären und autoritären Werteorientierungen: Bei allen drei Protestformen besteht eine signifikant stärkere Beteiligung von Personen mit libertären Orientierungen.

Einheitlicher sind die Befunde bei der psychologischen Komponente, da vor allem die Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben keineswegs einen relevanten Faktor für die Beteiligung an Protestereignissen darstellt. Auch Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie spielt keine Rolle, allein die Unzufriedenheit mit aktuell handelnden Personen, konkret der Bundesregierung, ist ein motivierender Faktor bei Petitionen und Demonstrationen.

Ein Vergleich der drei Protestformen zeigt, dass sich die Teilnehmer:innen an Demonstrationen am stärksten von der restlichen Bevölkerung unterscheiden – nicht nur im Hinblick auf das Ausmaß der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. In soziodemografischer Hinsicht sind jüngere Gruppen stärker vertreten und es besteht vor allem immer noch eine klare Dominanz von Personen mit einer linken ideologischen Orientierung.

Die vorliegende Studie erbrachte somit einige Hinweise für eine Normalisierung der Protestteilnehmer:innen in Österreich, jedoch – ähnlich wie vergleichbare Studien zu anderen westlichen Demokratien – keinesfalls einen Beleg für eine komplette Normalisierung. In Anlehnung an Giugni und Grasso[69] könnte statt einer „Normalisierung" deshalb auch von einer „Pluralisierung" gesprochen werden, da sich das soziodemografische und ideologische Spektrum der in der Protestarena aktiven Personen zwar erweitert hat, aber dennoch manche Gruppen überrepräsentiert sind. Kann sich

68 Vgl. Dalton 2017.

69 Vgl. Giugni/Grasso 2022, S. 408–409; Giugni/Grasso 2019, S. 197.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

dies in naher Zukunft ändern? Die für die Analysen verwendeten Daten der neunten ESS-Welle wurden größtenteils 2018 erhoben und erfassen daher nicht die gerade in Österreich besonders starke Welle von Protesten gegen staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie. Viele dieser Demonstrationen wurden von rechten Gruppen organisiert und mobilisierten Personen, die aufgrund ihrer ideologischen Orientierung und – wahrscheinlich – auch soziodemografischen Merkmale bislang nicht in der Protestarena aktiv waren. Nachfolgende Wellen des ESS werden zeigen, ob und inwieweit diese Protestwelle die Tendenz zu einer Normalisierung der Protestteilnehmer:innen weiter verstärkt hat.

Literatur

Barnes, Samuel H./Farah, Barbara G./Heunks, Felix: Personal Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979, S. 381–407.

Barnes, Samuel H./Kaase, Max: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979.

Borbáth, Endre/Gessler, Theresa: Different Worlds of Contention? Protest in Northwestern, Southern and Eastern Europe, in: European Journal of Political Research 59/4 (2020), S. 910–935.

Buechler, Steven M.: The Strange Career of Strain and Breakdown Theories of Collective Action, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Oxford 2004, S. 47–66.

Bundeswahlbehörde (2019): Nationalratswahl vom 29. September 2019. Verlautbarung der Bundeswahlbehörde. Online: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/files/Verlautbarung_endgueltiges_Ergebnis.pdf.

Caren, Neal/Ghoshal, Raj Andrew/Ribas, Vanesa: A Social Movement Generation. Cohort and Period Trends in Protest Attendance and Petition Signing, in: American Sociological Review 76/1 (2011), S. 125–151.

Crozat, Matthew: Are the Times A-Changin'? Assessing the Acceptance of Protest in Western Democracies, in: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century. Lanham 1998, 59–81.

Dalton, Russell J.: The Participation Gap: Social Status and Political Equality, Oxford 2017.

Dalton, Russell/van Sickle, Alix/Weldon, Steven: The Individual-Institutional Nexus of Protest Behaviour, in: British Journal of Political Science 40/1 (2010), S. 51–73.

de Moor, Joost: Lifestyle Politics and the Concept of Political Participation, in: Acta Politica 52/2 (2017), S. 179–197.

della Porta, Donatella/Fillieule, Olivier/Reiter, Herbert: Policing Protest in France and Italy: From Intimidation to Cooperation? In: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century, Lanham 1998, S. 111–130.

Dolezal, Martin: From Party State to Movement Society? Conventional and Unconventional De-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

mocratic Practices in Austria, 1974–2018, in: Bischof, Günter/Wineroither, David M. (Hg.): Democracy in Austria, Innsbruck 2019, 137–155.

Dolezal, Martin: Die österreichische Protestarena im neuen Jahrtausend: Mobilisierungsstärke, Aktionsformen und Themen, 1998–2016, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 50/2 (2021), S. 1–13.

Earl, Jennifer/Kenski, Kate: Online Political Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 435–450.

Farah, Barbara G./Barnes, Samuel H./Heunks, Felix: Political Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): Political Action. Mass Participation in five Western Democracies, Beverly Hills 1979, S. 409–447.

Filzmaier, Peter/Patscheider, Markus/Perlot, Flooh: MigrantInnen als Wählergruppe, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 44/2 (2015), S. 29–43.

Fuchs, Dieter: The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB, FS III 90–203), Berlin 1990.

Gallego, Aina: Unequal Participation in Europe, in: International Journal of Sociology 37/4 (2007), pp. 10–26.

Giugni, Marco/Grasso, Maria: Protest Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 396–416.

Giugni, Marco/Grasso, Maria T.: Street Citizens. Protest Politics and Social Movement Activism in the Age of Globalization, Cambridge 2019.

Grasso, Maria T.: Age, Period and Cohort Analysis in a Comparative Context. Political Generations and Political Participation Repertoires in Western Europe, in: Electoral Studies 33/1 (2014), S. 63–76.

Grasso, Maria T./Giugni, Marco: Political Values and Extra-Institutional Political Participation. The Impact of Economic Redistributive and Social Libertarian Preferences on Protest Behaviour, in: International Political Science Review 40/4 (2019), S. 470–485.

Gurr, Ted Robert: Why Men Rebel, Princeton 1970.

Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter: Movements of the Left, Movements of the Right Reconsidered, in: van Stekelenburg, Jacquelien/Roggeband, Conny/Klandermans, Bert (Hg.): The Future of Social Movement Research. Dynamics, Mechanisms, and Processes, Minneapolis (2013), S. 281–298.

Inglehart, Ronald, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.

Kostelka, Filip/Rovny, Jan: It's Not the Left. Ideology and Protest Participation in Old and New Democracies, in: Comparative Political Studies 52/11 (2019), pp. 1677–1712.

Lahusen, Christian/Bleckmann, Lisa: Beyond the Ballot Box. Changing Patterns of Political Protest Participation in Germany (1974–2008), in: German Politics 24/3 (2015), S. 402–426.

Lijphart, Arend: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: American Political Science Review 91/1 (1997), S. 1–14.

Lorenzini, Jasmine/Forno, Francesca: Political Consumerism and Lifestyle Activism, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.): The Oxford Handbook of Political Participation, Oxford 2022, S. 417–434.

Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Inequalities in Non-institutionalised Forms

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

of Political Participation. A Multi-level Analysis of 25 countries, in: Political Studies 58/2 (2010), pp. 187–213.

McAdam, Doug: Recruitment to High-Risk Activism. The Case of Freedom Summer, in: American Journal of Sociology 92/1 (1986), S. 64–90.

Melo, Daniela F./Stockemer, Daniel: Age and Political Participation in Germany, France and the UK: A Comparative Analysis, in: Comparative European Politics 12/1 (2014), S. 33–53.

Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century, Lanham 1998.

Micheletti, Michele: Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and Collective Action, New York 2003.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt 44/3 (1993), S. 305–326.

Norris, Pippa/Inglehart, Ronald: Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism, Cambridge 2019.

Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants, or Everyone? In: Comparative Politics 37/2 (2005), S. 189–205.

Norris, Pippa/Walgrave, Stefaan/van Aelst, Peter: Does Protest Signify Dissatisfaction? Demonstrators in a Postindustrial Democracy, in: Torcal, Mariano/Ramon, José (Hg.): Political Dissatisfaction in Contemporary Democracies, London 2006, S. 279–309.

Oser, Jennifer/Hooghe, Marc/Marien, Sofie: Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and their Stratification, in: Political Research Quarterly 66/1 (2013), S. 91–101.

Plasser, Fritz/Seeber, Gilg: Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich, in: Helms, Ludger/Wineroither, David (Hg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich. 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden 2017, S. 337–364.

Quaranta, Mario: The ‚Normalisation' of the Protester. Changes in Political Action in Italy (1981–2009), in: South European Society and Politics 19/1 (2014), S. 25–50.

Rosenberger, Sieglinde/Stadlmair, Jeremias: Petitionen und Parlamentarische Bürgerinitiativen – Zivilgesellschaft im Parlament? In: Drimmel, Nikolaus/Stelzer-Orthofer, Christina (Hg.): TransForm. Journal für zivilgesellschaftliche Innovation. Heft 1: Demokratie, Berlin 2016, 68–88.

Rucht, Dieter: The Spread of Protest Politics, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): The Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford 2007, S. 708–723.

Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E./Verba, Sidney: Unequal and Unrepresented. Political Inequality and the People's Voice in the New Gilded Age, Princeton 2018.

Schwartz, Shalom H.: Value Orientations. Measurement, Antecedents and Consequences Across Nations, in: Jowell, Roger/Roberts, Caroline/Fitzgerald, Rory/Eva, Gillian (Hg.): Measuring Attitudes Cross-Nationally. Lessons from the European Social Survey, Los Angeles 2007, S. 169–203.

Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc/Micheletti, Michele: Politics in the Supermarket. Political Consumerism as a Form of Political Participation, in: International Political Science Review 26/3 (2005), S. 245–269.

Thomassen, Jacques J. A.: Economic Crisis, Dissatisfaction, and Protest, in: Jennings, M. Kent/

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

van Deth, Jan W. (Hg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1989, S. 103–134.

Torcal, Mariano/Rodon, Toni/José Hierro, Maria: Word on the Street. The Persistence of Leftist-dominated Protest in Europe, in: West European Politics 39/2 (2016), S. 326–350.

UNECE (2015): Conference of European Statisticians. Recommendations for the 2020 Censuses of Population and Housing. New York: United Nations.

van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan: Who is that (Wo)Man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester, in: European Journal of Political Research 39/4 (2001), S. 461–486.

van Deth, Jan/Zorell, Carolin: Politischer Protest und Konsum, in: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar W./Maier, Jürgen (Hg.): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Baden-Baden 2020, S. 393–412.

van Stekelenburg, Jacquelien/Klandermans, Bert: The Social Psychology of Protest, in: Current Sociology Review 61/5–6 (2013), S. 886–905.

van Stekelenburg, Jacquelien/Klandermans, Bert/Walgrave, Stefaan: Individual Participation in Street Demonstrations, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter/McCammon, Holly J. (Hg.): The Wiley Blackwell Companion to Social Movements. Second Edition, Oxford 2019, S. 369–391.

Waddington, David: Riots, in: della Porta, Donatella/Diani, Mario (Hg.): The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford 2015, S. 423–438.

Wennerhag, Magnus, Patterns of Protest Participation are Changing, in: Sociologisk Forskning 54/4 (2002), S. 347–351.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Nadine Zwiener-Collins · Zoe Lefkofridi

Unequal Political Participation in Austria: Do Gender Roles Matter?

1 Political participation and the role of gender roles

Gender equality is not just one of the goals of the United Nations 2030 Agenda but the basic requirement for the implementation of this agenda. Austria's membership of the European Union (EU) also obliges it to ensure equality between women and men. Despite continuous advances in gender equality over the last decades, Austria, like other European societies, is still characterised by inequality between men and women. In the most recent iteration (2021) of the Gender Equality Index produced by the European Institute for Gender Equality (EIGE), Austria ranks 11th amongst the 27 EU countries in terms of overall gender equality, achieving a score of 68 out of 100.[1] Inequalities between men and women are pronounced in multiple areas, including employment, knowledge, and time use – the biggest gap, however, is found in the domain of 'power'. This is important, because political equality is a fundamental prerequisite for gender equality in all other spheres of life.

In Austria, political power is still mainly in the hand of men: Although women have almost achieved parity with men in the federal parliament (women made up 39.3 % of the MPs in the XXVII legislative period)[2], large gaps are present in regional parliaments (35.4 % women), in municipal councils (24.6 % women) and amongst Austrian majors (9.5 % women)[3]. At the same time, women's access to political power is not just affected by their underrepresentation in formal political institutions; women are also less likely than men to take part in the political decision-making process. Women are less politically active overall, but especially so in non-electoral, institutional modes of participation. These modes are forms of engagement that are fully institutionalised but not exclusively linked to elections, for example, engagement in parties or political organisations. In order to tackle

1 EIGE (2021): Gender Equality Index 2021: Health. Luxembourg: Publications Office of the European Union. URL: https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2021-health#downloads-wrapper (last accessed: March 2022).

2 Parlament Österreich (2022): Sag mir, wo die Frauen sind. Frauen im Nationalrat. URL: https://www.parlament.gv.at/PERK/FRAU/WODIEFRAU/index.shtml (last accessed: March 2022).

3 EIGE (2022): Gender Statistics Database: Women and men in decision-making. Politics. URL: https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/browse/wmidm/wmidm_pol/wmidm_pol_parl (last accessed: March 2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

gender inequality in the political sphere and to successfully remove structural barriers to women's political involvement, we need to understand the roots of women's exclusion. The vast body of literature on the so-called *gender gap in political participation* has identified barriers within the political system itself, for example, organisation and structures within parties and institutions, the presence of quotas or presence of female political role models.[4] In addition to factors located within political systems, wider patterns of gender inequalities within society – like those captured in the Gender Equality Index – also play a role. Gendered patterns in education, employment, resources, and networks contribute to the differences in political participation between men and women.

We argue that many of these gender differences are linked to or originate from the different roles traditionally ascribed to men and women by society, so-called gender roles. Gender roles are grounded on sociocultural expectations, which apply to individuals on the basis of their assignment to a sex category (male or female); these roles concern the behaviors men and women exhibit in the private and public spheres.[5]

In this chapter, we explore empirically if and how these *gender roles* influence political participation, zooming in on two of the many ways in which these roles manifest in the case of Austria: *First*, as different attitudes towards and beliefs about women and politics. We expect women's own beliefs about their role in the public sphere to shape political interest, the strongest predictors of political involvement,[6] and also to influence their political behaviour directly. Women who perceive the public sphere as a male domain are likely to also perceive political activity, at the heart of the public sphere, as a less socially desirable activity for women and might hence participate less. *Second*, gender roles are at the core of gendered work patterns. Still today, men are more likely than women to be gainfully employed, while unpaid care and housework are disproportionally shouldered by women.[7] We suggest that the forms of work predominantly

4 Beauregard, Katrine: Gender, Political Participation and Electoral Systems: A Cross-National Analysis, in: European Journal of Political Research 53/3 (2014), pp. 617–634; Beauregard, Katrine: Quotas and Gender Gaps in Political Participation Among Established Industrial European Democracies. Distinguishing Within- and Across-Country Effects. In: Political Research Quarterly 70/3 (2017), pp. 657–672; Campbell, David E./Wolbrecht, CChristina: See Jane Run: Women Politicians as Role Models for Adolescents, in: Journal of Politics 68/2 (2006), pp. 233–247; Kittilson, Miki C./Schwindt-Bayer, Leslie A.: The Gendered Effects of Electoral Institutions. Political Engagement and Participation, Oxford 2012.

5 Tong, RRosemarie: Gender Roles, in: Chadwick, R (ed.) Encyclopedia of Applied Ethics (2nd Edition), Amsterdam 2012, pp. 399–406.

6 Karp, Jeffrey A./Banducci, SSusan A.: Political Efficacy and Participation in Twenty-Seven Democracies. How Electoral Systems Shape Political Behaviour, in: British Journal of Political Science 38/2 (2008), pp. 311–334; Coffé, Hilde/Bolzendahl, Catherine: Same Game, Different Rules? Gender Differences in Political Participation, in: Sex Roles 62/5 (2010), pp. 318–333.

7 Sayer, Liana C.: Gender, Time and Iequality. Trends in Women's and Men's Paid Work, Unpaid Work and Free Time, in: Social Forces 84/1 (2005), pp. 285–303.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

performed by men are conducive to political activity, while unpaid work – especially if performed as women's "second shift"[8] – might affect participation negatively.

We analyse the effects of gendered political beliefs and attitudes and gendered work patterns on women's and men's political participation in Austria using data from various rounds of the European Social Survey (ESS)[9], covering the years between 2002 and 2018. In the next section, we reflect on the importance of gender equality for democracy and the consequences of unequal political participation before looking at the gendered patterns of political activity in Austria empirically. We present the so-called gender gap in political participation for different forms of participation, and the changes over time. The second section focuses on gender roles in Austria. It explains why we expect gender role attitudes and the gendered division of labour to shape women's (and men's) political activity and examines the attitudes empirically, for men and women and over time. In the third section, we analyse the effects of gender roles on political participation before presenting our concluding thoughts in the last section.

2 Gendered patterns of political participation in Austria

In this section, we begin by approaching the question of gender-equal participation from the perspective of democratic theory and briefly explain why it is important to look at gendered patterns of political participation in Austria. Then we examine different types of political participation, followed by a discussion about why the gender gap in formal political participation persists: we argue that gender roles, which stem from the (historical) exclusion of women from the public sphere and their confinement in the private sphere, still matter for gender differences in political activity.

2.1 Gender equality and democracy

Political participation stands at the core of democracy, the form of government born in Athens during the sixth century BC. In contrast to all other regimes (e. g., monarchy, oligarchy), democracy promises equal political power to *all* members of the demos (citizens): be they rich or poor, highly educated or illiterate, all citizens were granted equal rights and access to decision-making about community affairs. In this radically inclusive system of political organisation all citizens' voices had equal likelihood to be

8 Hochschild, Arlie: The Second Shift. Working Parents and the Revolution at Home, New York 1989.

9 European Social Survey (2002–2019): Cumulative File, ESS 1–9. Data file edition 1.0. NSD – Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS-CUMULATIVE.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

heard and to affect the fate of the community; though political equality was enjoyed among citizens, not all members of the community classified as "citizens". In this first iteration of democracy, gender was a key factor determining who was entitled to citizenship (who counted as part of the *demos*). For many more centuries, political inclusion/exclusion would be decided at birth, and depend upon biological reasoning.[10]

Admittedly, the democratic mode of government has changed a lot since the time of Pericles and Aspasia: in contemporary systems – like the Austrian Republic – lottery is not used anymore, and the citizenry no longer participates directly in political decisions; decision-making power is delegated to selected representatives through elections (political representation). The prerequisite for candidacy and ultimately for political representation is political engagement – especially involvement in political parties or other political organisations. A major advancement of modern democracy is that women gained political rights in the twentieth century; Austrian women have had the right to vote since 1918 and went to the polls for the first time in 1919.

Gender-equal participation and representation are vital for the Austrian Republic since they affect the legitimacy of democracy itself: gender differences in forms of political activity are important because they concern the quality of democracy itself. On the one hand, the "equal opportunity" of each citizen to take part in the political process is a core principle of democratic systems;[11] if half of the citizenry encounters systematic barriers to their involvement, this principle is violated. If democracy is the political system that promises equality and inclusion of all citizens in the political process, it follows that systems of unequal citizens' involvement in /exclusion from the decision-making process are not *democratic*. Indeed, citizens only understand democratic systems as legitimate if they themselves are not excluded from this process or if their interests are fundamentally represented in the political negotiation and decision-making process.[12] Though tolerance of gender inequality is closely related to notions of legitimacy,[13] there are gender differences in perceptions of and reactions to gender inequality[14].

---

10 See Waylen, G./Celis, K./Kantola, J./Weldon, L. (eds.): The Oxford handbook of gender and politics, Oxford 2013.

11 Cf. Dahl, Robert: Democracy and its Critics, New Heaven/London 1991, 109.

12 Lawless, Jennifer L.: Female Candidates and Legislators, in: Annual Review of Political Science 18 (2015), pp. 349–366; Clayton, AAmanda/O'Brien, Diana Z./Piscopo, Jennifer M.: All Male Panels? Representation and Democratic Legitimacy, in: American Journal of Political Science 63/1 (2019), pp. 113–129; see also: Sahin, Osman/Akboga, Sema: Gender Impartiality of Public Institutions, Religiosity, and Satisfaction with Democracy: Findings from Turkey, in: Democratisation 29/2 (2022), pp. 276–295.

13 Sen, Amartya: Gender Inequality and Theories of Justice, in: Glover, Jonathan/Nussbaum, Martha C: Women, Culture, and Development. A Study of Human Capabilities, Oxford 1995, pp. 259–273, here p. 260.

14 Spoor, Jennifer R./Schmitt, Michael T.: "Things Are Getting Better" Isn't Always Better. Considering

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

On the other hand, since only the demands of active participants are likely to be heard,[15] women's participation is crucial for their impact on decisions that concern them. Gender differences in political activity are likely to translate into differences in political influence: when women are underrepresented in the political decision-making process, issues relevant to them are less likely to make it onto the political agenda and their interests are less likely to be considered.[16] For this reason, it is important to examine whether there are gender gaps in political participation and what explains them, i.e., which factors inhibit women from participating in politics equally to men.

2.2 Political participation of Austrian men and women

Despite the importance of gender equality for the quality of democracy, women remain underrepresented in the political sphere, to different degrees, across all EU countries.[17] In Austria, the underrepresentation of women is evident at all political levels, but especially so at the regional and local levels: Just over a third of the members of regional parliaments (35.4 %) and less than a quarter of the members of municipal councils (24.6 %) are women. Most blatant is the gender inequality on the mayoral level, as less than one in ten (9.5 %) mayoral positions are filled by a woman.[18]

Linked to women's underrepresentation in these political positions are gendered patterns in political *activity*, which are less visible but no less important. The observation that women tend to be less politically active than men – the so-called *gender gap in political participation* – used to be a well-established empirical fact: In 1977, Milbrath and Goel called it one of the "most thoroughly substantiated"[19] findings in the social sciences. However, this statement is no longer universally true, as more recent research has shown how gender differences depend on the context and vary across different

Women's Progress Affects Perceptions of and Reactions to Contemporary Gender Inequality, in: Basic and Applied Social Psychology 33/1 (2011), pp. 24–36.

15 Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney: The Public Consequences of Private Inequality. Family Life and Citizen Participation, in: American Political Science Review Nr. 91/2 (1997), pp. 373–389; Verba, Sidney, Burns, Nancy, Schlozman, Kay Lehman: Knowing and Caring about Politics. Gender and Political Engagement, in: Journal of Politics 59/4 (1997), pp. 1051–1072.

16 Mansbridge, J. (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "yes", in: Journal of Politics 61/3 (1999), pp. 628–657. When describing "women's issues" or "women's interests" we do not mean to imply that women form one homogenous group and share the same concerns and interests, but that certain issues (e.g., around part-time work, childcare or reproductive rights) are more relevant to women as a group in contrast to men.

17 Cf., EIGE 2021.

18 EIGE 2022.

19 Milbrath, Lester W./Goel, Madan L: Political Participation. How and Why do People get Involved in Politics? (2nd edition), Chicago 1977, p. 119.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

forms of political activity.[20] For example, women's turnout in national elections is now equal to or surpasses that of men in many countries.[21] While this is not (yet) the case in Austria, a look at European Social Survey (ESS) data on the self-reported turnout[22] of men and women shows that gender differences have, at least, largely disappeared. In the five national elections covered by the survey, a statistically significant difference in self-reported turnout of men and women was only found for the 2013 election, when 80.3 % of men and 74.6 % of women reported to have cast a vote (see Figure 1). In the remaining recent elections, women and men have been equally likely to go to the polls.

Voting is, however, a unique form of political activity: It is created for the citizens, therefore requiring little own initiative, it can only be performed once every four or five years, and it concerns the selection of political personnel as much as it is about parties' political agendas. This means the absence of gender differences in electoral turnout can tell us only little about differences in other forms of political activity. In recent years, the political behaviour literature has increasingly focussed on activities performed outside formal institutions, such as demonstrations, petitions and boycotts. These 'informal' forms of participation are becoming more and more popular – especially with younger citizens – which is thought to be due to their alignment with post-materialist values, such as self-expression, autonomy, and individualism.[23] A growing body of empirical studies also suggests that they might help overcome traditional gender differences in political activity. Indeed, empirical evidence from advanced Western democracies shows women to be as engaged as men, while, for some activities – e.g., political consumerism – women's engagement surpasses that of men.[24]

Evidence from the Austrian case points in a similar direction. Figure 2 depicts the share of women and men reporting to have participated in at least one informal political activity (demonstration, petition, boycott) in the last 12 months over the duration of 16 years covered by ESS data. While men still outperformed women by a small margin in 2002 and 2004, the gap had reversed in 2008, and in subsequent years,

20 Coffé/Bolzendahl 2010.

21 Norris, Pippa: 'Women's Power at the Ballot Box', in: Lopez Pintor, Rafael/Gratschew, Maria (eds.), Voter Turnout from 1945 to 2000. A Global Report on Political Participation, Stockholm 2002, pp. 95–104.

22 Self-reported voting might be affected by social desirability bias; however, no reliable exit poll data taking the gender of the voter into account, exists for Austria.

23 Norris, Pippa: Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge 2002; Inglehart, Ronald/Catterberg, Gabriela: Cultural Change and the Rise of Participatory Publics, in: International Journal of Comparative Sociology 44/1 (2003), pp. 300–316.

24 E.g., Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc: Shifting Inequalities. Patterns of Exclusion and Inclusion in Emerging Forms of Political Participation, in: European Societies 13/1 (2011), pp. 119–142; Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Inequalities in Non-Institutionalised Forms of Political Participation. A Multi-Level Analysis of 25 Countries, in: Political Studies 58/1 (2010), pp. 187–213.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

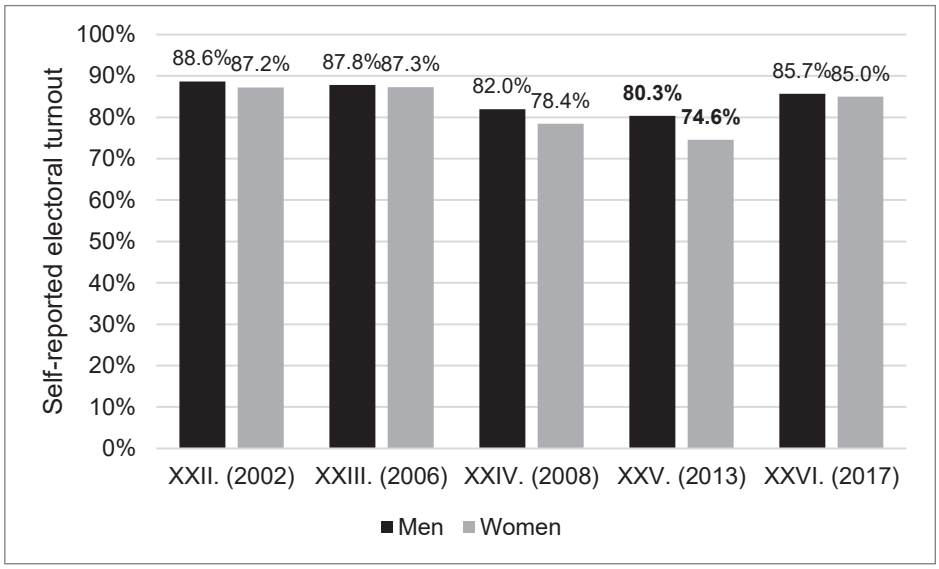


Figure 1: Self-reported turnout in national elections by gender

Notes: Statistically significant differences (at $p<0.05$) between men and women are highlighted in bold. Source: European Social Survey 2002–2019.

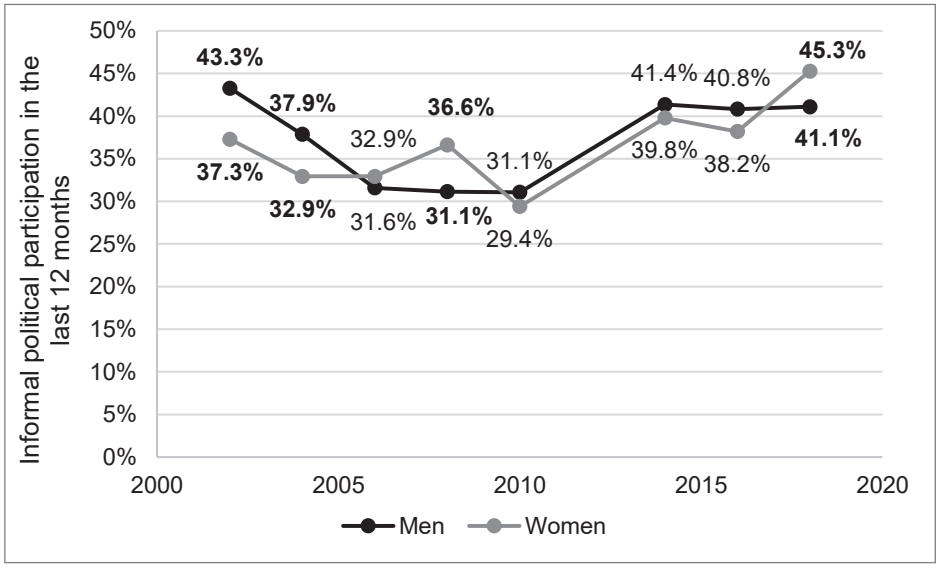


Figure 2: Informal political participation of men and women in Austria

Notes: Statistically significant differences between men and women (at $p<0.05$) are highlighted in bold[25].

25 European Social Survey 2002–2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

differences were either non-significant (2010; 2014; 2016), or women were found to be more active than men (2018). In other words, in these 'newer' forms of political participation, the gender gap has already entirely disappeared.

However, a different picture emerges when turning to institutionalised or 'formal' forms of political participation, such as involvement in political parties, engagement in other political organisations, or contacting a politician. Across the EU, women remain consistently less engaged in activities located in formal political institutions.[26] Despite the disappearance of differences in other forms of engagement, this persisting gap has adverse consequences. Not only does some research suggest that these formal forms of participation are more successful in influencing political decision-making than informal activities,[27] but they are also more directly linked to women's political representation, as positions of political power typically require membership of a party or political organisation. A gender gap in formal political participation thus contributes to differences in political influence and the political underrepresentation of women.

At the same time, such a gap is very much present in Austria. Figure 3 shows the percentage of men and women who report having performed at least one act of formal political participation (activity in a party, activity in an organisation, contacting a politician) in the last 12 months –from 2002 to 2018. We can see overall high levels of engagement but also a statistically significant gender gap of around ten percentage points in every round of the European Social Survey. In addition, the trajectory gives little reason for optimism that the gap will close soon. Although the gap has narrowed slightly over the 16 years shown – from 14.1 percentage points in 2002 to 9.2 percentage points in 2018 – it will take another 30 years to close if it continues to decrease at the same rate. Thus, while (systematic) differences in turnout and informal participation have largely disappeared in Austria, gendered patterns in formal political participation remain. In the remainder of this chapter, we will explore why this might be the case.

26 Zwiener-Collins, Nadine (2019): Women's Work and Political Participation. The Links Between Employment, Labour Markets, and Women's Institutional Political Participation in Europe. PhD dissertation. URL: https://ethos.bl.uk/OrderDetails.do?uin=uk.bl.ethos.768165 (last accessed: April 2022).

27 Hooghe, Marc/Marien, Sofie: How to Reach Members of Parliament? Citizens and Members of Parliament on the Effectiveness of Political Participation Repertoires, in: Parliamentary Affairs 67/3 (2014), pp. 536–560.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

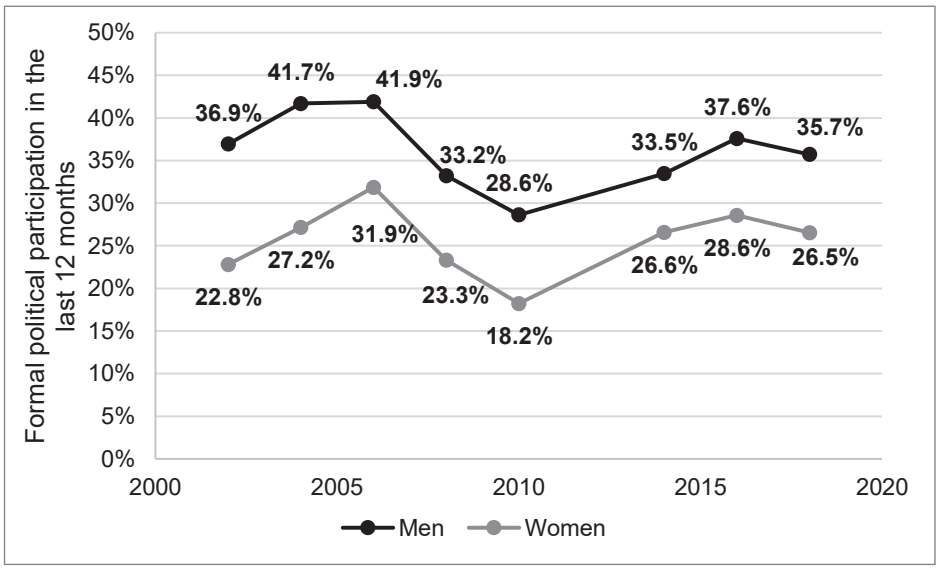


Figure 3: Formal political participation of men and women in Austria.
Notes: Statistically significant differences between men and women (at $p<0.05$) are highlighted in bold.[28]

3 Gender roles as an explanation for gendered participation patterns

The question of why the gender gap in formal political participation persists has been the focus of a large body of literature – and has inspired a variety of explanations. The empirical literature has provided support for various contributing factors often summarised under the terms '*life situations*', '*socialisation*' and '*structural exclusion*'.[29] We build on the existing evidence but take a conceptual step back by focusing on gender roles.

3.1 Gender role attitudes and political interest and efficacy

The term '*gender roles*' describes the different expectations placed on men and women about appropriate characteristics, interests, and behaviours, based on their gender. Gender roles are not only descriptive but also prescriptive—in other words, they reflect the different roles women and men take in society, but they also reinforce how they *should* behave and how they *should* be. At the core of these expectations about

28 European Social Survey 2002–2019.

29 Welch, Susan: Women as Political Animals? A Test of Some Explanations for Male-Female Political Participation Differences, in: American Journal of Political Science (1977), pp. 711–730.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

gendered behaviour lies the assumption that certain areas of life are more suited to one gender; these areas generally align with the line of division between the public sphere (male) and the private sphere (female). For example, gender roles are at the core of the gendered division of labour – as women's "natural place" was for a long time seen as at home and in the family, women are still disproportionally responsible for care and housework, while men's place in the public sphere encourages their attachment to the labour market.[30] They also shape citizens' lives in other ways, for example, by shaping choices of occupations, where women are overrepresented in jobs and industries that can be understood as an extension of their traditional role at home (for example, hospitality or care work)[31]; or by influencing the selection of hobbies and interests.[32]

In the same way, gender roles matter for political behaviour: Politics, at the heart of the public sphere, is traditionally perceived as a male domain. This perception might then influence women's and men's political behaviour, as, for example, the literature on gendered political socialisation within and outside the family has suggested.[33] These studies have argued that children learn their political behaviour through the observation of the political behaviour of their parents; or through perceptions of the 'genderedness' of the political sphere. Depending on their gender, they are socialised to be more or less politically active. We focus on the mediator between the observed parental behaviour or perceived gender composition of the political sphere and gendered political behaviour: internalised beliefs about women's roles, i.e., the respondent's own gender role attitudes.

Individual gender role attitudes are complex and multidimensional, as they encompass beliefs about different areas of life – the family, the job, social circles, leisure time – and cover beliefs about behaviours, interests, and characteristics. However, we expect one aspect of the complex set of gender role attitudes to be most relevant for political participation: the attitude towards women's place in the political sphere specifically or the public sphere more generally. While the European Social Survey does not include a measure of attitudes towards women in politics specifically, it includes two questions

30 Hook, Jennifer L.: Gender Inequality in the Welfare State: Sex Segregation in Housework, 1965–2003, in: American Journal of Sociology 115/5 (2010), pp. 1480–1523; Sayer 2005.

31 Cejka, Mary Ann/Eagly, Alice H.: Gender-Stereotypic Images of Occupations Correspond to the Sex Segregation of Employment, in: Personality and Social Psychology Bulletin 25 (1999), pp. 413–423.

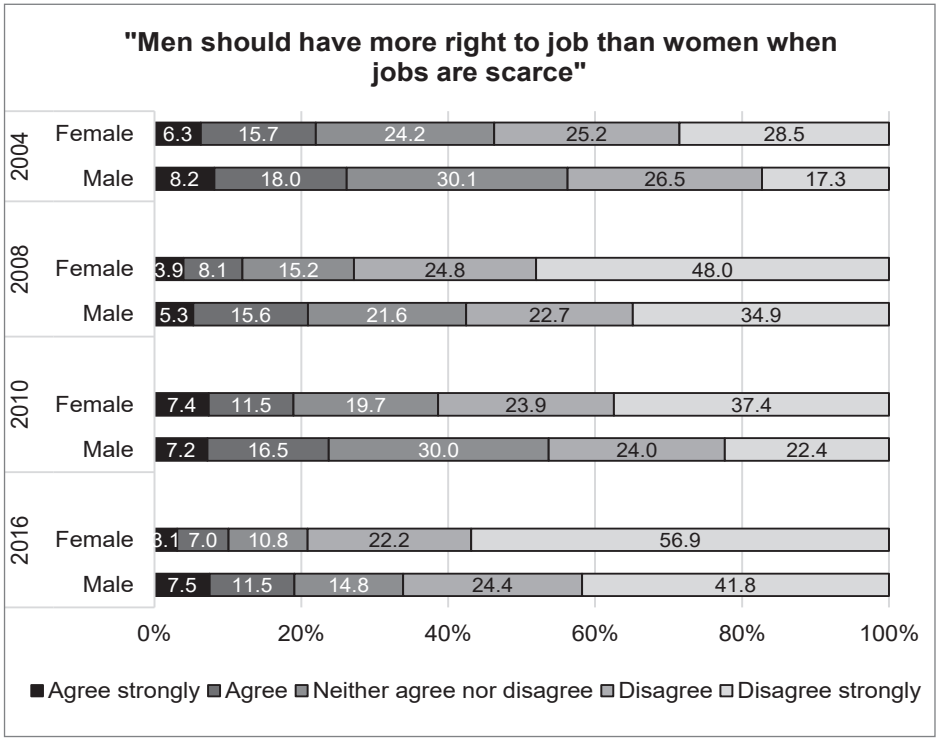
32 Delamere, Fern M./Shaw, Susan M.: "They See It as a Guy's Game": The Politics of Gender in Digital Game, in: Leisure/Loisir 32/2 (2008), pp. 279–302; Chalabaev, A. et al.: The Influence of Sex Stereotypes and Gender Roles on Participation and Performance in Sport and Exercis. Review and Future Directions, in: Psychology of Sport and Exercise 14/2 (2013), pp. 136–144.

33 E.g., Jennings, M. Kent: Gender Roles and Inequalities in Political Participation: Results from an Eight-Nation Study, in: Western Political Quarterly 36/3 (1983), pp. 364–385; Bos, Angela L. et al.////: This One's for the Boys: How Gendered Political Socialization Limits Girls' Political Ambition and Interest, in: American Political Science Review 116/2 (2022), pp. 484–501.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

about women's right to access the public sphere, allowing us to tap into this aspect of gender role attitudes. Here, we focus on only one of the two items, as it is available for more ESS rounds. The item measures agreement (on a 5-point-Likert-Scale) to the statement "*Men should have more right to a job than women when jobs are scarce*". As the item has only been included in ESS rounds 2, 4, 5, and 8, we can only compare four points in time. Figure 5 presents the (weighted) responses to the item across the relevant ESS rounds and gender. The differences in responses by men and women in each of the rounds are pronounced. Austrian women are consistently more likely to disagree or disagree strongly with the statement than men: In 2004, just over half (53.7 %) of the women disagreed (strongly) with the statement, compared to 43.8 % of the men. In the most recent observation of 2016, 79.1 % of women expressed their (strong) disagreement that men have more right to a job than women, compared to 66.2 % of men.

Figure 4: Gender role attitudes of men and women in 2004, 2008, 2010 and 2016



Notes: Gender differences in distributions are statistically significant in each wave ($p<0.05$), weighted data.[34]

34 European Social Survey 2002–2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

As gender role attitudes, in line with other social values, have become overall more progressive, we expect to find a similar change over time. Indeed, over the 12-year-period the data spans, we can see that gender role attitudes – of both men and women – have become more progressive; however, this change has not been strictly linear. For example, the 2010 round of the ESS has documented a decrease in disagreement compared to the previous round, however, followed by a subsequent increase in 2016. It is also worth keeping in mind that the findings are not all positive: While a clear majority of respondents rejected the statement in 2016, there is still a sizeable minority that did not: Around 1 in 10 women (10.1 %) and almost 1 in 5 (19 %) men agree that men have more of a right to a job than women.

We expect that it is those women who might also perceive politics as a 'men's domain' to believe political participation is less appropriate or socially desirable for themselves. As formal forms of political participation are located much more clearly in the political sphere and within formal political institutions – thus, might be perceived as more 'political' and more strongly male-coded than perhaps boycotts or petitions – this should be especially true for these activities. Consequently, we expect women holding traditional gender role attitudes to be less active in formal political participation. At the same time, we do not expect to find a similarly strong effect on men, as men's inclusion in the public sphere is not being challenged by more progressive gender roles. In short, traditional gender role attitudes should be associated with lower levels of formal political participation for women while having little effect on men.

In addition to this direct effect, gender roles might also work indirectly by decreasing women's political interest and political efficacy. Political interest has consistently been one of the strongest predictors of political participation,[35] while women report, on average, lower interest levels than men.[36] For the same reasons outlined above – i.e., feelings about whether politics is an appropriate area of interest – we expect women holding more traditional gender role attitudes to be less politically interested, which should then also be associated with lower levels of political participation. Indeed, research on the persisting gender gaps in political interest across different European countries has found that countries that challenge traditional gender norms and inequalities tend to have smaller gender gaps in political interest.[37]

35 E.g., Verba et al. 1997.

36 Coffé, Hilde: Women Stay Local, Men Go National and Global? Gender Differences in Political Interest, in: Sex Roles Nr. 69/5 (2013), pp. 323–338; Fraile, M./Gomez, R. (2017): Bridging the Enduring Gender Gap in Political iInterest in Europe. The Relevance of Promoting Gender Equality, in: European Journal of Political Research 56/3 (2017), pp. 601–618.

37 Fraile/Gomez 2017.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Political interest is part of the core questionnaire in the European Social Survey, meaning that data is available for all eight waves. The question "How interested would you say you are in politics?" has originally four answer categories (very, quite; hardly; and not at all interested), which we recoded, so that a higher number denotes a higher level of political interest. Figure 5 shows the share of male and female respondents who have stated to be "very" or "quite" interested in politics over the different ESS rounds. The gender gap in political interest observed across various other contexts is statistically and substantially significant in Austria: The share of politically interested men is between 16.7 percentage points (in 2016) and 22.5 percentage points (in 2004) higher than the share of politically interested women. Women are not only significantly less interested in politics, but a larger proportion of women reports to be not or hardly interested in politics than to be quite or very interested – only in 2002 did a slight majority (50.8 %) of women report to be politically interested, in the remaining rounds, the share remains below the 50 %-mark.

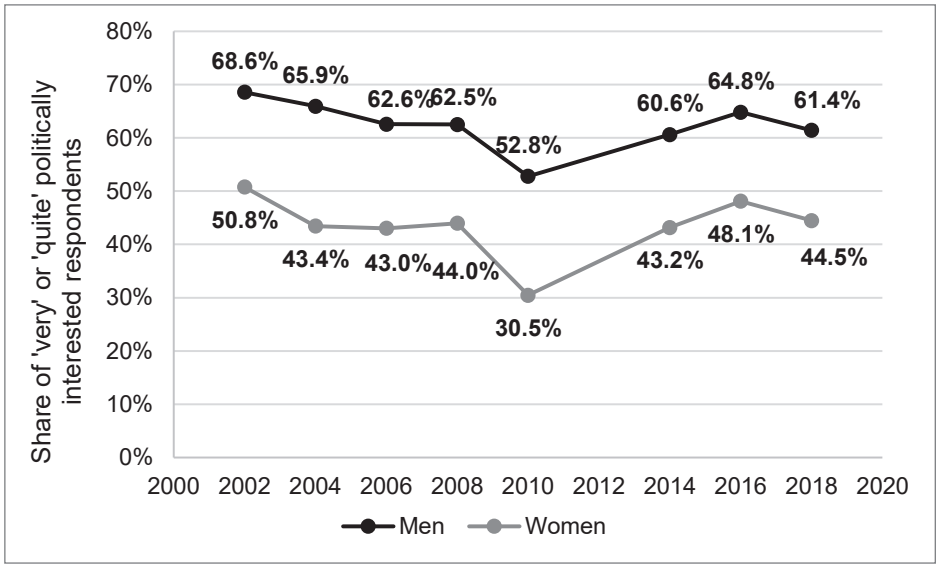


Figure 5: Share of respondents who report being "quite" or "very" interested in politics from 2002 to 2018 by gender, weighted data

Notes: Statistically significant differences between men and women (at $p<0.05$) are highlighted in bold.[38]

38 European Social Survey 2002–2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Political efficacy, that is, the belief in the own ability to take part in the political process, is another important predictor of political participation and might be similarly associated with gender role attitudes. As the European Social Survey has adjusted its measure of political efficacy multiple times, a comparison over time is difficult. However, the comparison of the mean composite measure of efficacy[39] included in the first four ESS rounds (2002–2008) that is presented in Figure 6 paints a clear picture: Women report significantly lower levels of political efficacy of almost half a point (on a 5-point scale) at each time point.

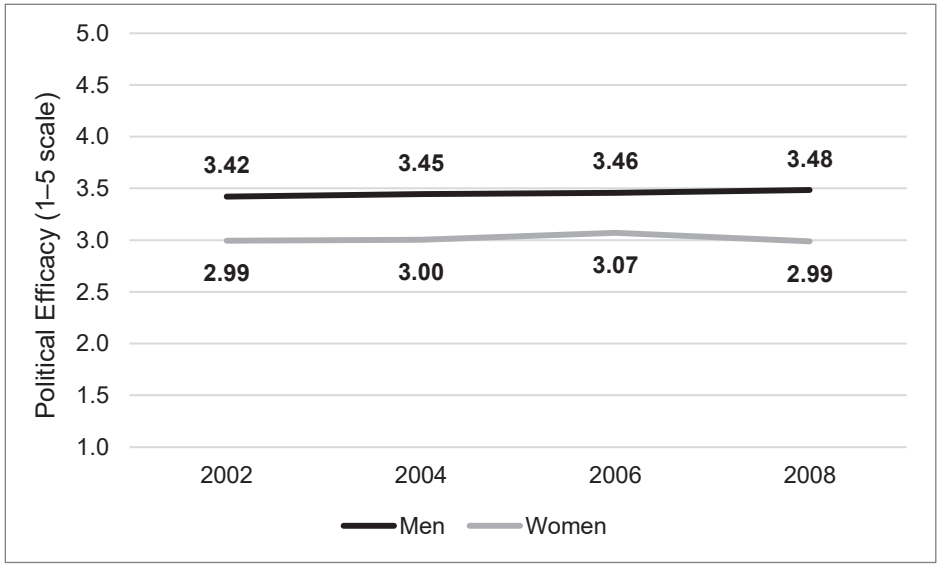


Figure 6: Mean levels of political efficacy of men and women on a 5-point scale, weighted data
Notes: Statistically significant differences between men and women (at $p<0.05$) are highlighted in bold.[40]

In line with previous research, our expectation is then that women who are not interested in politics or who do not feel efficacious are also less active. However, importantly, we also expect that these lower political interest and efficacy levels are associated with more traditional gender role attitudes. Or, to put it differently, we expect women with traditional gender role attitudes to have lower levels of political interest and efficacy on average, which then, in turn, affects how politically active they are.

39 The composite measure is the mean of two items
40 European Social Survey 2002–2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3.2 Gendered Division of Labour

Individual gender role attitudes are not the only mechanism through which gender roles can shape political participation. Gender roles also manifest in the *gendered division of labour*, i.e., men being more often gainfully employed and women being disproportionally responsible for unpaid work in the private sphere (e.g., care work, housework, emotional labour).[41] Paid employment is a core predictor of political participation[42]: Employment provides participatory resources, such as money or civic skills, fosters political discussion, and provides the opportunity to practice involvement in the context of unions or employee councils[43]. Conversely, when women remain less attached to the labour market, they have less participatory resources, networks and practice and, therefore, are likely to participate less.

While in many EU countries, women's labour force participation rates have slowly changed to become more similar to those of men, in Austria, gender differences in labour market participation remain pronounced – this is particularly true when taking differences between full-time and part-time work into account. Figure 5 shows the share of working-age (18–60 years) men and women who are either part-time employed (0–34 hours/week) or full-time employed (35+ hours/week) according to ESS data. Expectedly, we find that the largest proportion of men (between 62.9 % and 74.1 %) report full-time employment in every survey round, with an additional 5 to 10 per cent of men working part-time[44]. For women, the pattern looks very different, as in most years, just over a third of women are in full-time employment. However, a sizeable share of women is part-time employed, ranging from 25 % in 2004 to 35 % in 2006. A longitudinal perspective shows a decline in gender differences in *overall* employment rates – from a 13.3 percentage points difference between men and women in 2002 to only a 1.9 percentage points difference in 2018 – however, women remain much more likely to work only part-time hours.

41 Sayer 2005; Kühhirt, M.: Childbirth and the Long-Term Division of Labour within Couples. How do Substitution, Bargaining Power, and Norms Affect Parents' Time Allocation in West Germany? In: European Sociological Review 28/5 (2012), pp. 565–582.

42 Coffé/Bolzendahl 2010.

43 Burns et al. 2001; Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge 1995.

44 Although the percentage of men working part-time might seem surprisingly high, this can likely be attributed to the fact that this figure includes all employment, even if it is not the respondent's main activity. In other words, it includes those who work part-time while pursuing an education or looking after children etc.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

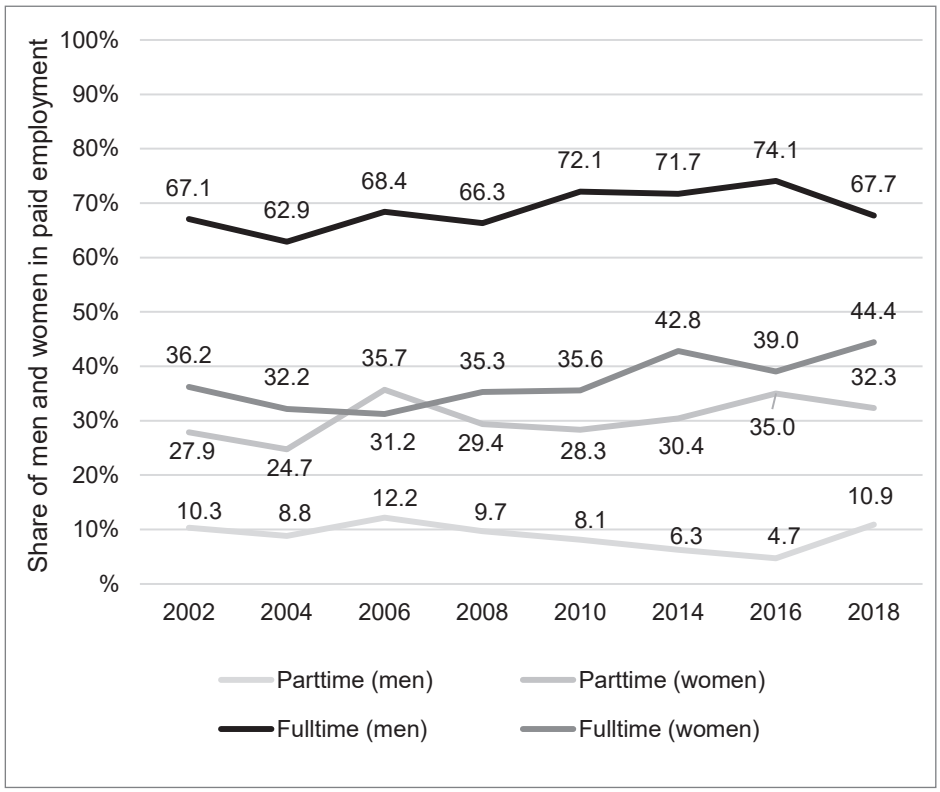


Figure 7: Full-time and part-time employment rates of working age (18–60), men and women, Weighted Data Source: European Social Survey 2002–2019.

Both employment status (being employed or not) and working hours (full-time vs. part-time work) are expected to matter for political participation: Employment gives access to the public sphere and can help dispel the idea of the public sphere as a men's domain.[45] Being employed can also change the structure and type of social networks, as they change from being purely private to including professional connections. For example, previous research on women's discussion networks has highlighted the importance of them including (other) employed women.[46] At the same time, all employment fosters certain organisational and communication skills (although, arguably, depending on the type of job) and provides at least some monetary resources. In a nutshell, any

45 Cf. Atkeson, Lonna Rae: Not all Cues are Created Equal. The Conditional Impact of Female Candidates on Political Engagement, in: Journal of Politics 65/4 (2003), pp. 1040–1061.

46 Banaszak, Lee Ann/Leighley, Jan E.: How Employment Affects Women's Gender Attitudes. The Workplace as a Locus of Contextual Effects, in: Political Geography Quarterly 10/2 (1991), pp. 174–185.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

employment, irrespectively of whether it is full-time or part-time, should be conducive to political participation.

However, certain differences between full-time and part-time work are likely to be relevant for their effect on political activity. Applying the logic of the *resource model of political participation*, part-time work has the advantage of leaving the respondent with more free time, which can then be used for political activity; thus, it should, in theory, be advantageous compared to full-time employment. However, the premise that fewer hours in paid employment equate to more free time is questionable – in particular for women. Women who work part-time often do so to have time for other, unpaid types of work, such as housework and childcare; or, to put it differently, women who spend fewer hours in paid work tend to do so to spend more time in unpaid work. Indeed, we will see below that part-time employed women do substantively more housework than those in full-time jobs. Therefore, decreases in employment hours do not directly translate into more free time available.

At the same time, part-time work is less effective in providing the positive effects of employment. It provides fewer monetary resources than full-time work, but it might also provide fewer participatory skills: Some part-time work is marginal or casual employment. Therefore, it is unlikely to provide the same organisational and communication skills that full-time positions can create. Moreover, even when part-time work is not marginal, it impedes career progression, and part-time workers are less likely to be in supervisory or managerial positions.[47] Finally, part-time work can also unintentionally support the idea that women's employment, and by extension their role in the public sphere, is secondary to men's. Therefore, our expectation is that part-time work has, on average, a smaller positive effect on women's political participation than full-time work.

Paid employment is, however, only one side of the coin of the gendered division of labour, while unpaid care and housework – which is still disproportionally performed by women – is the other side. However, the participatory effects of these types of work are less well researched. Studies examining the effect of parenthood more generally have provided a mixed bag of evidence, suggesting that the impact of parenthood depends on the age and number of children and contextual factors, such as work-family policies.[48] It remains unclear, however, if these effects are caused by the additional care

47 O'Reilly, Jaqueline/Fagan, Colette: Part-Time Prospects. An International Comparison of Part-Time Work in Europe, North America and the Pacific Rim, London 1998; Boling, Patricia: The Politics of Work-Family Policies. Comparing Japan, France, Germany and the United States, Cambridge 2015.

48 Bhatti, Yosef et al.: Can You Deliver a Baby and Vote? The Effect of the First Stages of Parenthood on Voter Turnout, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties 29/1 (2019), pp. 61–81; Voorpostel,

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

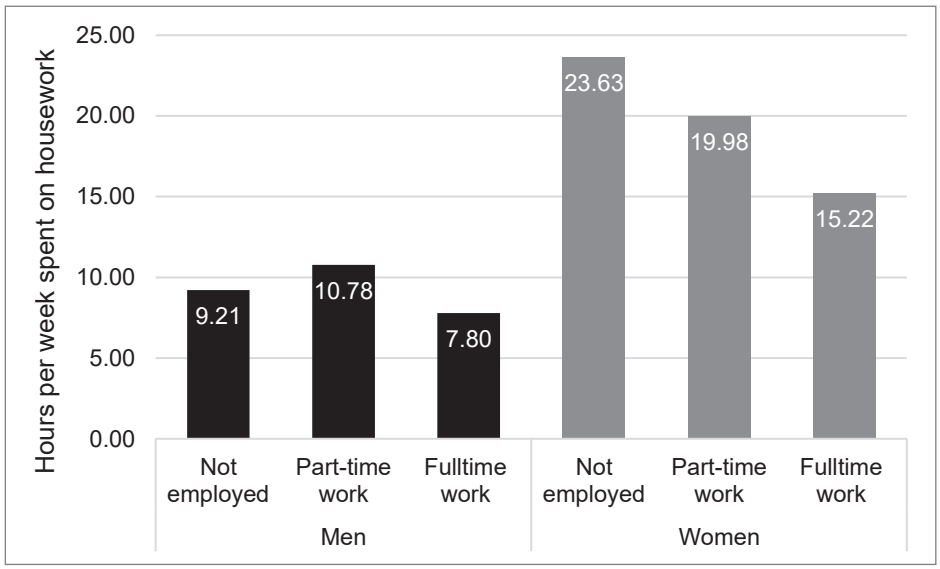


Figure 8: Average hours spent on housework by gender and employment status, weighted data
Source: European Social Survey 2010.

and housework associated with parenthood or by other factors, such as changes in networks or attitudes.

Partly responsible for the lack of research on the effects of unpaid work might be the lack of data, including the European Social Survey. While for instance, items on paid employment are included in the core part of the questionnaire and, therefore, in each ESS round, questions about unpaid work and childcare are not routinely included. The only data available so far is from the rotating module on '*Work, family and well-being*' in Round 5 (2010) of the ESS, in which one question measures explicitly the amount of time per week spent on housework. Unfortunately, the question was only asked to those currently living with a partner, which makes it, for instance, impossible to compare singles and those in partnerships and families. Furthermore, as only a single rotating module has included the question, exploring changes over time is also not possible. Nevertheless, Figure 7, which shows the average hours of housework by gender and employment status, gives an informative overview of gender differences in unpaid work.

Marieke/Coffé, Hilde: Transitions in Partnership and Parental Status, Gender, and Political and Civic Participation. I, in: European Sociological Review 28/1 (2012), pp. 28–42; Zwiener-Collins 2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

In line with the broader literature on the gendered division of labour, the results confirm that gender trumps time or money when it comes to housework.[49] In other words, the gender of the respondent seems to make a larger difference to the time spent on housework than working hours. Across all three employment categories (not employed, part-time employed, full-time employed), women spend, on average, more time on housework than men: For example, full-time employed women report 15.2 hours of housework per week, compared to 7.8 hours for fulltime-employed men. Men and women in part-time positions tend to do more housework, but the increase is larger for women than for men: Part-time employed women spend 20 hours doing housework – 4.8 hours more than full-time employed women – while men's housework is increased by 3 to 10.8 hours. This observation also supports the argument that part-time employment might not lead to significantly more free time than full-time employment.

Although the effects of unpaid work for political participation are less well theorised, we can extent arguments about paid employment to formulate our expectations. Unpaid work, just as paid work, affects resources, such as free time and energy, while shaping social networks and producing skills. Networks and skills produced at home are different from those produced in the workplace; we argue that they are more likely to be of private nature and therefore less conducive to political activity. Moreover, care and housework that is performed *in addition* to paid employment (the so-called 'second shift'[50]) might leave those performing it simply without the time or energy to be politically active. We, thus, expect to find a negative association between house and care work and political participation.

4 The Effects of Gender Roles On Gendered Political Participation In Austria

The previous section has presented the two manifestations of gender roles – individual gender role attitudes and the gendered division of labour – in the Austrian context; this section will examine their effects on the political participation of men and women empirically, using data from the European Social Survey.

49 Bittman, Michael et al.: When Does Gender Trump Money? Bargaining and Time in Household Work, in: American Journal of Sociology 109/1 (2003), pp. 186–214; Grunow, Daniela/Schulz, Florian/Blossfeld, Hans-Peter: What Determines Change in the Division of Housework over the Course of Marriage? In: International Sociology 27/3 (2012), pp. 289–307.

50 Hochschild 1989.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

4.1 Gender Role Attitudes, Political Interest, and Efficacy

In order to analyse the effect of individual gender role attitudes on political participation, we have estimated a set of logistic regression models, shown in Table 1 below. The outcome variable is a binary measure of whether (1) or not (0) the respondent has taken part in any mode of formal political participation (engagement in a party, engagement in a political organisation, contacting a politician) in the last twelve months. Apart from standard control variables, such as age, education, or marital status, the models also include our main variables of interest: *Gender role attitude* is a composite measure from two items tapping into women's place in the public and private sphere. As both items are highly correlated ($r = 0.46$, $p<0.001$), we have combined them into a single measure taking their arithmetic mean, leaving us with a scale ranging from 1 to 5, where higher values denote more progressive gender role attitudes. *Political interest* is a categorical variable with four categories (not at all, hardly, quite, and very interested). Finally, *political efficacy* is another composite measure that has been created by taking the mean of two highly correlated ($r = 0.47$, $p<0.001$) items. It ranges from 1 to 5, and higher values stand for higher levels of political efficacy. As our variables of interest are only jointly included in two of the rounds of the ESS (Round 2 and Round 4), we have pooled the data from these two rounds and included a fixed effect to account for differences between the two time periods.

The first model, which includes 'gender' as the only covariate, shows us that women are indeed statistically significantly less likely to be politically active than men, or to be more precise: their odds are 34 % lower than the odds of men. The control variables in Model 2 essentially show the expected effects: Age (included as linear and squared effect) is not associated with participation in our analyses. Years spend in full-time education, in contrast, do matter for participation since each additional year of education increases the odds of being politically active by seven per cent. In line with existing literature, we find that social activity (being socially active at least once a week) and being married (compared to being single, divorced or widowed) also have positive effects. And finally, those who located themselves more to the right of the political spectrum are also found to be more active in formal forms of participation.

The first primary explanatory variable, gender role attitudes, is added to the analysis in Model 3. We should recall here that a factor can explain gender differences in political participation when there are either differences in endowment (i.e., men and women have different levels of the factor, but it operates the same) or differences in effects (i.e., the factor operates differently on men and women), or both. For gender role attitudes, we have theorised that there is not only a difference in attitudes between men and women, as women are on average more progressive, but also that they shape men's

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

and women's participation differently: We have argued that women having more traditional gender role attitudes are less likely to be politically active than more progressive women, as they perceive political activity as less appropriate or desirable for women; for men, in contrast gender role attitudes should have no effect. The results shown in Model 3 confirm our expectations. While gender role attitudes are not associated with political participation for men, we find a strong and statistically significant effect (at $p<0.01$) for women.[51] Each one-point increase on the gender role attitude scale, that is a move towards more progressive attitudes, increases the odds for political participation by 23.3 per cent. In other words, we have strong empirical evidence that gender role attitudes directly shape their political participation.

Table 1: Logistic regression of formal political participation on gender role attitudes

	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
Woman	0.657***	0.680***	0.411***	0.496*
	(0.048)	(0.051)	(0.110)	(0.135)
Age		1.021	1.022	1.014
		(0.012)	(0.012)	(0.013)
Age sq.		1.000	1.000	1.000
		(0.000)	(0.000)	(0.000)
Years in education		1.074***	1.066***	1.037**
		(0.013)	(0.013)	(0.013)
Socially active (*Ref: not active*)		2.092***	2.086***	2.020***
		(0.176)	(0.176)	(0.174)
Married (*Ref.: not married*)		1.578***	1.612***	1.587***
		(0.135)	(0.138)	(0.139)
Left-right placement (*more right*)		1.042*	1.054**	1.061**
		(0.020)	(0.020)	(0.021)
Gender role attitude (*more progressive*)				
Man* gender role attitude			1.075	1.042
			(0.057)	(0.056)
Woman*gender role attitude			1.233***	1.185**
			(0.072)	(0.071)
Political interest (*Ref.: Not at all interested*)				
Hardly interested				1.530*

51 We have also estimated a model with a main effect of gender role attitudes and its interaction with gender (not shown) to assess whether effects on men and women differ statistically significantly: they do at a level of $p<0.05$.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
				(0.254)
Quite interested				2.158***
				(0.361)
Very interested				3.860***
				(0.718)
Political efficacy (*more efficacious*)				1.105*
				(0.053)
ESS round fixed effects	YES	YES	YES	YES
Constant	0.605***	0.058***	0.047***	0.032***
	(0.037)	(0.018)	(0.016)	(0.012)
Pseudo R^2	0.010	0.047	0.050	0.076
Observations	3625	3625	3625	3625

Notes: Exponentiated coefficients; Standard errors in parentheses; * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001[52].

In addition to the direct effects of gender role attitudes, we have also hypothesised that they operate indirectly by shaping women's political interest and efficacy. Earlier, we have established that Austrian men and women are not equally politically interested and efficacious – instead, women score on average considerably lower on both measures. In addition, and in line with the literature, we find both variables positively associated with political participation, as shown in Model 4. For example, those who report being very politically interested are almost four times more likely to be politically active than those who are not at all interested in politics. Given the marked differences in levels of interest and efficacy between men and women, political interest and efficacy can help explain the gender gap in political participation. Perhaps more interesting, however, is the question if political interest and efficacy are themselves influenced by gender role attitudes. When women perceive the public sphere as a male domain, they might feel that politics is not an appropriate interest for themselves; at the same time, perceiving themselves not as members of the public sphere might also decrease their feelings of the capability to be politically involved.

We assess whether this is indeed the case through a set of linear regression models.[53] The results (shown in Table 2) confirm our expectation only partially. Gender role attitudes are not associated with the political interest of either men or women. In contrast,

52 Source: European Social Survey 2002–2019.

53 As political interest is a categorical variable with four categories, we have tested the robustness of the result with a logistic regression model, for which we have transformed political interest into a binary variable by collapsing the top two and the bottom two categories respectively. The magnitude, direction and significance of all covariates is unchanged.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

there is a positive (and significant) association between gender role attitudes and political efficacy. However, this is true for both men and women. Although the effect is estimated to be marginally larger for women, a model estimating the main effect of gender role attitudes and its interaction with gender (not shown) confirms that the difference between the two effect sizes is not statistically significant. In other words, gender role attitudes shape political efficacy, but they do so for women and men.

Table 2. Linear regression models for political efficacy and political interest

	Model 1 – Political efficacy	Model 2 – Political interest
Men* gender role attitude	0.076***	0.006
	(3.58)	(0.39)
Women* gender role attitude	0.091***	0.015
	(4.17)	(0.95)
Individual-level controls	YES	YES
ESS round fixed effects	YES	YES
Constant	1.631***	0.461***
	(12.18)	(4.42)
Pseudo R^2		
Observations	3681	5398

Notes: Ordinary-Least-Squares regression models, controlling for age, gender, education, marital status, social activity, left-right placement of the respondent and ESS round. * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$.[54]

4.2 Gendered Division of Labour

In addition to the effects of gender role attitudes, we also aim to establish the effects of different types of work. Earlier in this chapter, we have presented the gendered division of labour in Austria, looking at the differences in employment and housework. Table 3 below shows the effects of both types of work on political participation. The outcome variable is the same binary measure of formal political participation described above, but these models include a different set of explanatory variables and, therefore, can be estimated on a pooled dataset from all ESS rounds (Models 1–3). The main explanatory variables measure *employment status* in three categories: not employed, part-time employment (0–34 hours), and full-time employment (35+ hours); and *care work*. However, as discussed previously, the ESS does not routinely include measures for the extent or intensity of care work performed (or for any other type of unpaid work). As

54 Source: European Social Survey 2002–2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

a consequence, we have to include an – arguably rather crude – proxy for care work: the number of children in the household. We assume that care work performed is lowest when there are no children in the family, while each additional child increases the amount of care required.[55] We restrict the dataset to people who are both of working and child-bearing age (20–50 years) in order not to pick up age effects – or the effects of being in education or retired – for those who are employed or childless.

The effect of paid employment is shown in Model 2. We have suggested that paid employment affects political participation positively, as it provides participatory resources, such as money and civic skills, shapes the networks of workers and, more generally, provides access to the public sphere. We also formulated an expectation that full-time work more successfully provides these advantages of employment and might, therefore, have a stronger positive effect on political participation than part-time work. The analyses shown in Table 2 support our argument only partially. While we find strong and positive effects of both part-time and full-time employment, these are similar in strength: both employment types increase the odds of political participation by roughly 25 per cent. Overall, this suggests that employment status matters for political activity rather than employment type. For the gender gap, this is good news, as there are still marked gender differences in employment types, while the gap in employment rates has almost disappeared.

In Model 3, we have added the proxy measure for care work to the model. Our expectation was that care work requires time and energy, while providing fewer participatory skills, no monetary resources and only private networks, and therefore affects political participation negatively. However, Model 3 provides no support for our hypothesis. Instead, we find that the number of children in the household is positively associated with the political participation of men, while we find no statistically significant effect for women.[56] Although the finding is not in line with our argument, it does confirm previous studies on the effects of parenthood that suggest that parenthood does not affect men as negatively.[57] If the theorised increased care work simply cancels out a similar mobilising effect of parenthood on women is, of course, impossible to say with the data available.

---

55 See Baxter, Janeen/Hewitt, Belinda/Haynes, Michele: Life Course Transitions and Housework. Marriage, Parenthood, and Time on Housework, in: Journal of Marriage and Family 70/2 (2008), pp. 259–272.

56 A separate model with main and interaction effects (not shown) has confirmed that the difference between the coefficients for men and women is statistically significant at $p<0.1$

57 Bhatti et al. 2019; Quaranta, Mario: Leaving Home, Finding a Partner and Having Kkids: Gender Ddifferences in Political Participation Across the Life Course in Italy, in: Acta Politica 51/3 (2016), pp. 372–397.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

For a better insight into the effects of unpaid work, we have run an additional model (Model 4) that is based on data from Round 5 (2010) of the ESS, in which a more detailed measure for housework (excluding child care) is available: the self-reported time spent on housework that was presented in an earlier section. Unfortunately, this question was only presented to respondents living with a partner, so we lose all single respondents and end up with a relatively small sample size (n = 676). Also included in the model is a measure for actual working time (contracted hours and overtime) in order to account for time spent in both types of work. Again, this measure finds no substantial effect of housework for men or women, supporting the conclusion that housework is not essential for political participation. However, at the same time, we find a small positive effect of working hours on women (not men[58]), suggesting that working longer hours increases political participation. This, from a resource perspective counter-intuitive, finding might support the argument about different employment types made earlier: Longer working hours are associated with higher-level positions, they foster career progression and, consequently, the benefits of work that are thought to foster political participation. Overall, the findings about the political consequences of the gendered division of labour remain mixed: they support the idea that gender gaps in employment rates can contribute to gender differences in political participation, but provide no evidence that differences in housework and care work exaggerate these differences further.

Table 3. Logistic regression of political participation on gendered work patterns

	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
Woman	0.992	1.017	1.064	0.802
	(0.061)	(0.067)	(0.080)	(0.410)
Paid employment (*Ref: Not employed*)				
Part-time work		1.255*	1.263*	
		(0.125)	(0.125)	
Full-time work		1.267**	1.273**	
		(0.112)	(0.115)	
Care work				
Man* Children in HH			1.147*	
			(0.062)	
Woman* Children in HH			1.046	
			(0.053)	

58 Although the difference between both coefficients is not statistically significant (model not shown).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
Man* Housework				1.010
				(0.019)
Woman* Housework				0.998
				(0.015)
Man* Working hours				1.009
				(0.007)
Woman* Working hours				1.016*
				(0.008)
Individual level controls	YES	YES	YES	YES
ESS rounds fixed effects	YES	YES	YES	NO
Constant	0.009***	0.009***	0.013***	0.003***
	(0.009)	(0.009)	(0.012)	(0.004)
Pseudo *R*2	0.086	0.087	0.088	0.136
Observations	5946	5946	5946	676

Notes: Exponentiated coefficients; Standard errors in parentheses. All models control for age, gender, education, marital status, social activity, left-right placement of the respondent and ESS round. * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

5 Discussion and conclusion

Representative democracies are capable of voicing but also of silencing—or at least heavily filtering or even distorting—some voices. History has witnessed the gradual development of civil and political rights and the expansion of these to previously precluded groups. Nevertheless, formerly excluded groups (e.g., non-white/non-male/disabled) remain severely underrepresented in cabinets and parliaments to this day. This has consequences on the (self-) perception of individuals belonging to one or more marginalised social categories (e.g., gender, race, ethnicity and religion, disability) as political subjects. As Marian Wright Edelman, Founder and President of the Children's Defense Fund puts it in the documentary film *Miss*Representation: "You can't be what you can't see."[59] The fewer members of historically excluded groups we see in positions of political power (parliamentary deputies, ministers, heads of state), the less likely we are to associate them with these roles. In this study, we focus on women, a group that has been historically excluded from the political process although it amounts to half of the global population. The fewer women in politics we see (the fewer our observations),

59 Siebel Newsom, Jennifer (2011): MissRepresentation. The Representation Project. URL: https://therepproject.org/films/miss-representation/(last accessed: May 2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

the less we know about their fitness for and competence in this role. In turn, a lower association with a specific role (fitness for politics) also affects evaluations of performance in this role (competence for politics). Do these "roles" we associate men and women with play a role in political engagement?

Using data from the ESS we conducted a thorough examination of gender roles and political participation in Austria. Our empirical analysis sought to test the argument that gender roles matter for political participation in two ways: *directly*, by discouraging women with traditional gender role attitudes from being politically active because they perceive political activity as less appropriate or desirable for women; and *indirectly*, through their manifestation in the gendered division of labor (full-time vs. part-time work; care). Our study provides strong empirical evidence that gender role attitudes *directly* shape political participation. Our findings about the political consequences of the gendered division of labour remain mixed: they support the idea that gender gaps in employment rates can contribute to gender differences in political participation, but provide no evidence that differences in house work and care work exaggerate these differences further. To be sure, our analysis did not take into account potential variation among women, e.g., by taking an intersectional approach: are women with specific characteristics (e.g., ethnicity, religion, sexual orientation) more/less likely to engage? Future analyses of political engagement should thus take intersectional inequalities among participants in the public sphere into account.

Despite this limitation our results suggest that if attitudes to gender roles would change, women's political participation would be enhanced; this is an important message for political science – the discipline devoted to the study of power – but it is also relevant for other disciplines as well, such as psychology, sociology, and communication. Future research could, for example, examine at how media representations of women affect (self-) perceptions of women in politics, and their political engagement: media depictions of women (in general) and commentaries of women in politics (in particular) are also likely to shape our perceptions of women's fitness and competence for politics: a stark media focus is on the bodies of (women in general and) women in politics. Compared to men, women in politics are more often commented on how they look (weight, hair, outfit) rather than on what they say or do. In other words, women and men occupying identical structural positions are treated differently – the quality of information we receive on men and women in politics differs: for women we get less information about their vision, ideas, arguments, policy proposals and more information about their bodies. This differential treatment of female and male politicians may be a discouraging factor, i.e., alienating women from politics. Given the backlash against gender equality, which manifests itself in different ways (including harassment

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

and hate speech in social media seeking to silence women), it is important to understand the context of women's engagement.

References

Atkeson, Lonna Rae: Not all Cues are Created Equal. The Conditional Impact of Female Candidates on Political Engagement, in: Journal of Politics 65/4 (2003), pp. 1040–1061.

Banaszak, Lee Ann/Leighley, Jan E.: How Employment Affects Women's Gender Attitudes. The Workplace as a Locus of Contextual Effects, in: Political Geography Quarterly 10/2 (1991), pp. 174–185.

Baxter, Janeen/Hewitt, Belinda/Haynes, M.: Life Course Transitions and Housework. Marriage, Parenthood, and Time on Housework, in: Journal of Marriage and Family 70/2 (2008), pp. 259–272.

Beauregard, Katrine: Quotas and Gender Gaps in Political Participation Among Established Industrial European Democracies. Distinguishing Within- and Across-Country Effects. In: Political Research Quarterly 70/3 (2017), pp. 657–672.

Beauregard, Katrine: Gender, Political Participation and Electoral Systems: A Cross-National Analysis, in: European Journal of Political Research 53/3 (2014), pp. 617–634.

Bhatti, Yosef/Hansen, Kaspar H./Naurin, Elin: Can You Deliver a Baby and Vote? The Effect of the First Stages of Parenthood on Voter Turnout, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties 29/1 (2019), pp. 61–81.

Bittman, Michael/England, Paula/Sayer, Liana/Folbre, Nancy/Matheson, George: When Does Gender Trump Money? Bargaining and Time in Household Work, in: American Journal of Sociology 109/1 (2003), pp. 186–214.

Boling, Patricia: The Politics of Work-Family Policies. Comparing Japan, France, Germany and the United States, Cambridge 2015.

Bos, Angela L./Greenlee, Jill S./Holman, Mirya R./Oxley, Zoe M./Lay, J. Celeste: This One's for the Boys: How Gendered Political Socialization Limits Girls' Political Ambition and Interest, in: American Political Science Review 116/2 (2022), pp. 484–501.

Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney: The Private Roots of Public Action. Gender, Equality, and Political Participation, Cambridge, MasS. 2001.

Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney: The Public Consequences of Private Inequality. Family Life and Citizen Participation, in: American Political Science Review Nr. 91/2 (1997), pp. 373–389.

Campbell, David E./Wolbrecht, Christina: See Jane Run: Women Politicians as Role Models for Adolescents, in: Journal of Politics 68/2 (2006), pp. 233–247.

Cejka, Mary Ann/Eagly, Alice H.: Gender-Stereotypic Images of Occupations Correspond to the Sex Segregation of Employment, in: Personality and Social Psychology Bulletin 25 (1999), pp. 413–423.

Chalabaev, Aïna./Sarrazin, Philippe/Fontayne, Paul/Boiché, Julie/Clément-Guillotin, Corentin: The Influence of Sex Stereotypes and Gender Roles on Participation and Performance in Sport

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

and Exercis. Review and Future Directions, in: Psychology of Sport and Exercise 14/2 (2013), pp. 136–144.
Clayton, Amanda/O'Brien, Diana Z./Piscopo, Jennifer M.: All Male Panels? Representation and Democratic Legitimacy, in: American Journal of Political Science 63/1 (2019), pp. 113–129.
Coffé, Hilde: Women Stay Local, Men Go National and Global? Gender Differences in Political Interest, in: Sex Roles Nr. 69/5 (2013), pp. 323–338.
Coffé, Hilde/Bolzendahl, Catherine: Same Game, Different Rules? Gender Differences in Political Participation, in: Sex Roles 62/5 (2010), pp. 318–333.
Dahl, Robert: Democracy and its Critics, New Heaven/London 1991.
Delamere, Fern M./Shaw, Susan M.: "They See It as a Guy's Game": The Politics of Gender in Digital Game, in: Leisure/Loisir 32/2 (2008), pp. 279–302.
EIGE (2021): Gender Equality Index 2021: Health. Luxembourg: Publications Office of the European Union. URL: https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2021-health#downloads-wrapper (last accessed: March 2022).
EIGE (2022): Gender Statistics Database: Women and men in decision-making. Politics. URL: https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/browse/wmidm/wmidm_pol/wmidm_pol_parl (last accessed: March 2022).
European Social Survey (2002–2019): Cumulative File, ESS 1–9. Data file edition 1.0. NSD – Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. doi:10.21338/NSD-ESS-CUMULATIVE.
Fraile, Marta/Gomez, Raul (2017): Bridging the Enduring Gender Gap in Political iInterest in Europe. The Relevance of Promoting Gender Equality, in: European Journal of Political Research 56/3 (2017), pp. 601–618.
Grunow, Daniela/Schulz, Florian/Blossfeld, Hans-Peter: What Determines Change in the Division of Housework over the Course of Marriage? In: International Sociology 27/3 (2012), pp. 289–307.
Hochschild, Arlie: The Second Shift. Working Parents and the Revolution at Home, New York 1989.
Hooghe, Marc/Marien, Sofie: How to Reach Members of Parliament? Citizens and Members of Parliament on the Effectiveness of Political Participation Repertoires, in: Parliamentary Affairs 67/3 (2014), pp. 536–560.
Hook, Jennifer L.: Gender Inequality in the Welfare State: Sex Segregation in Housework, 1965–2003, in: American Journal of Sociology 115/5 (2010), pp. 1480–1523.
Inglehart, Ronald/Catterberg, Gabriela: Cultural Change and the Rise of Participatory Publics, in: International Journal of Comparative Sociology 44/1 (2003), pp. 300–316.
Jennings, M. Kent: Gender Roles and Inequalities in Political Participation: Results from an Eight-Nation Study, in: Western Political Quarterly 36/3 (1983), pp. 364–385.
Karp, Jeffrey A./Banducci, Susan A.: Political Efficacy and Participation in Twenty-Seven Democracies. How Electoral Systems Shape Political Behaviour, in: British Journal of Political Science 38/2 (2008), pp. 311–334.
Kittilson, Miki Caul/Schwindt-Bayer, Leslie A.: The Gendered Effects of Electoral Institutions. Political Engagement and Participation, Oxford 2012.
Kühhirt, Michael: Childbirth and the Long-Term Division of Labour within Couples. How do

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Substitution, Bargaining Power, and Norms Affect Parents' Time Allocation in West Germany? In: European Sociological Review 28/5 (2012), pp. 565–582.

Lawless, Jennifer L.: Female Candidates and Legislators, in: Annual Review of Political Science 18 (2015), pp. 349–366.

Mansbridge, Jane (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "yes", in: Journal of Politics 61/3 (1999), pp. 628–657.

Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen: Inequalities in Non-Institutionalised Forms of Political Participation. A Multi-Level Analysis of 25 Countries, in: Political Studies 58/1 (2010), pp. 187–213.

Milbrath, Lester W./Goel, Madan Lal: Political Participation. How and Why do People get Involved in Politics? (2nd edition), Chicago 1977.

Norris, Pippa: 'Women's Power at the Ballot Box', in: Lopez Pintor, Rafael/Gratschew, Maria (eds.), Voter Turnout from 1945 to 2000. A Global Report on Political Participation, Stockholm 2002, pp. 95–104.

Norris, Pippa: Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge 2002.

Parlament Österreich (2022): Sag mir, wo die Frauen sind. Frauen im Nationalrat. URL: https://www.parlament.gv.at/PERK/FRAU/WODIEFRAU/index.shtml (last accessed: March 2022).

O'Reilly, Jaqueline/Fagan, Colette: Part-Time Prospects. An International Comparison of Part-Time Work in Europe, North America and the Pacific Rim, London 1998.

Quaranta, Mario: Leaving Home, Finding a Partner and Having Kkids: Gender Ddifferences in Political Participation Across the Life Course in Italy, in: Acta Politica 51/3 (2016), pp. 372–397.

Sahin, Osman/Akboga, Sema: Gender Impartiality of Public Institutions, Religiosity, and Satisfaction with Democracy: Findings from Turkey, in: Democratisation 29/2 (2022), pp. 276–295.

Sayer, Liana C.: Gender, Time and Iequality. Trends in Women's and Men's Paid Work, Unpaid Work and Free Time, in: Social Forces 84/1 (2005), pp. 285–303.

Sen, Amartya: Gender Inequality and Theories of Justice, in: Glover, Jonathan/ Nussbaum Martha C.: Women, Culture, and Development. A Study of Human Capabilities, Oxford 1995, pp. 259–273.

Siebel Newsom, Jennifer (2011): MissRepresentation. The Representation Project. URL: https://therepproject.org/films/miss-representation/(last accessed: May 2022).

Spoor, Jennifer R./Schmitt, Michael T.: "Things Are Getting Better" Isn't Always Better. Considering Women's Progress Affects Perceptions of and Reactions to Contemporary Gender Inequality, in: Basic and Applied Social Psychology 33/1 (2011), pp. 24–36.

Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc: Shifting Inequalities. Patterns of Exclusion and Inclusion in Emerging Forms of Political Participation, in: European Societies 13/1 (2011), pp. 119–142.

Tong, Rosemary: Gender Roles, in: Chadwick, Ruth (ed.) Encyclopedia of Applied Ethics (2nd Edition), Amsterdam 2012, pp. 399–406.

Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E.: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge 1995.

Verba, Sidney/Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman: Knowing and Caring about Politics. Gender and Political Engagement, in: Journal of Politics 59/4 (1997), pp. 1051–1072.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Voorpostel, Marieke/Coffé, Hilde: Transitions in Partnership and Parental Status, Gender, and Political and Civic Participation. I, in: European Sociological Review 28/1 (2012), pp. 28–42.

Welch, Susan: Women as Political Animals? A Test of Some Explanations for Male-Female Political Participation Differences, in: American Journal of Political Science (1977), pp. 711–730.

Waylen, Georgina/Celis, Karen/Kantola, Johanna/Weldon, Laurel (eds.): The Oxford handbook of gender and politics, Oxford 2013.

Zwiener-Collins, Nadine (2019): Women's Work and Political Participation. The Links Between Employment, Labour Markets, and Women's Institutional Political Participation in Europe. PhD dissertation. URL: https://ethos.bl.uk/OrderDetails.do?uin=uk.bl.ethos.768165 (last accessed: April 2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

EINSTELLUNGEN ZU SOZIAL- UND VERTEILUNGSPOLITIK

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Marcel Fink

Einstellungen zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen in Österreich

1 Einleitung

Schriftlich dokumentierte Überlegungen zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) reichen historisch bis ins ausgehende 18. Jahrhundert zurück und wurden seither wiederholt von unterschiedlicher Seite aufgegriffen.[1] Seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts hat die Idee international in zunehmendem Ausmaß die Aufmerksamkeit von Wissenschafter:innen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und politischen Stakeholder:innen erfahren.[2] Dies trifft auch für Österreich zu, wo das BGE vor allem von der Katholischen Sozialakademie[3], dem Liberalen Forum[4], dem Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt/BIEN Austria[5], vom Verein Generation Grundeinkommen[6] sowie vom Verein BGE – Bedingungsloses-Grund-Einkommen[7] forciert wurde.[8] Mit Ausnahme des Liberalen Forums griffen politische Parteien

1 Blaschke, Ronald: Denk' mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee, in: Blasche, Ronald/Otto, Adeline/Scheepers, Norbert (Hg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin 2010, 9–292; Widerquist, Karl u. a. (Hg.): Basic Income: An Anthology of Contemporary Research, Werst Sussex 2013.

2 Widerquist, Karl: Three Waves of Basic Income Support, in: Torry, Malcolm (Hg.): The Palgrave International Handbook of Basic Income, Cham 2019, S. 31–46; Caputo, Richard K./Liu, Larry (Hg.): Political Activism and Basic Income Guarantee. International Experiences and Perspectives Past, Present, and Near Future, Cham 2020.

3 Wohlgenannt, Lieselotte/Büchele, Herwig: Den öko-sozialen Umbau beginnen: Grundeinkommen, Wien 1990.

4 Liberales Bundesforum: Umdenken! Liberale Steuerreform. Neue Solidarität. Beschluss betreffend Grundsicherung, ökologische Steuerreform, allgemeine Steuerreform. 12. Bundesforum, 11.–12.10.1997, Ms; vgl. auch Hollós, Béla: „Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen in Österreich realisierbar?", Diplomarbeit, Wien 2012, S. 85 ff.

5 Vgl. http://www.grundeinkommen.at (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

6 Vgl. https://fuereinander.jetzt/ (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

7 Vgl. http://bge.co.at/ (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

8 Vgl. zus. Tálos, Emmerich: Grundsicherung: Eine alte und aktuelle Debatte, in: Tálos, Emmerich (Hg.): Bedarfsorientierte Grundsicherung, Wien 2003, S. 157–172; Liu, Larry: Universal Basic Income Activism in Switzerland and Austria, in: Caputo, Richard K./Liu, Larry (Hg.): Political Activism and Basic Income Guarantee. International Experiences and Perspectives Past, Present, and Near Future, Cham 2020, S. 229–252; Stolitzka, Johannes/Feierabend, Dieter: Bedingungsloses Grundeinkommen. Stand-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

in Österreich das BGE nicht aktiv auf. Gleiches gilt für traditionelle Interessensvertretungsorganisationen wie den ÖGB und die Kammern.

Dieser Beitrag untersucht den Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung zum BGE der in Österreich lebenden Bevölkerung sowie mögliche Motive für die jeweilige Position. Als Datenbasis wird die 8. Welle des European Social Survey (ESS) von 2016 herangezogen. In dieser Erhebung wurde einerseits nicht unmittelbar nach den Motiven für oder gegen eine Zustimmung zum BGE gefragt. Andererseits lassen soziodemografische Kennzeichen der Respondent:innen, Informationen zu ihrer politisch-ideologischen Verortung, zu ihrer Bewertung (der Folgen) des existierenden Sozialsystems sowie zu ihren breiteren sozialpolitischen Präferenzen eine erste Annäherung an diese Frage zu. Die beiden zuletzt genannten Fragenkomplexe wurden im ESS-8 im Rahmen des rotierenden Moduls, in diesem Fall zu „Welfare Attitudes", für alle teilnehmenden Länder erhoben, was auf Basis vorliegender Untersuchungen auch eine Verortung im internationalen Vergleich erlaubt.[9]

2 Einstellungen zu einem BGE: mögliche Determinanten

Der folgende Abschnitt präsentiert Überlegungen zu möglichen Determinanten der Unterstützung bzw. Ablehnung der Einführung eines BGE. Zentral sind dabei I. die Ausgestaltung des vorgeschlagenen BGE-Modells, II. mit soziodemografischen Kennzeichen assoziierte individuelle Interessen und grundlegende politische und normative Orientierungen, sowie III. Kontextfaktoren wie die Ausgestaltung und Entwicklung existierender Sozialleistungen und die jeweilige sozio-ökonomische Situation. Schließlich ist IV. interessant, welche Beziehungen sich zwischen einer Unterstützung bzw. Ablehnung des BGE und der Bewertung der Wirkung existierender sozialpolitischer Maßnahmen sowie von anderen sozialpolitischen Steuerungspräferenzen zeigen.

---

ortbestimmung zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen, Policy Brief, Wien 2020, Internet: https://lab.neos.eu/_Resources/Persistent/od2423codff94c980bab2768776cocd647de16b6/NEOS-LAB-PB-BGE-online.pdf (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

9 Vgl. insb. Choi, Gwangeun: Basic Human Values and Attitudes Towards a Universal Basic Income in Europe, in: Basic Income Studies 16/2 (2021), S. 101–123; Lee, Soomi: Politics of Universal and Unconditional Cash Transfer. Examining Attitudes Toward Universal Basic Income, in: Basic Income Studies 16/2 (2021), S. 191–208; Parolin, Zachary/Siöland, Linus: Support for a Universal Basic Income: A Demand-Capacity Paradox?, in: Journal of European Social Policy 30/1 (2020), S. 5–19; Roosma, Femke/Van Oorschot, Wim: Public Opinion on Basic Income. Mapping European Support for a Radical Alternative for Welfare Provision, in: Journal of European Social Policy 30/2 (2020), S. 190–205; Vlandas, Tim: The Political Economy of Individual-Level Support for the Basic Income in Europe, in: Journal of European Social Policy 31/1 (2021), S. 62–77.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

2.1 Ausgestaltungsprinzipien von BGE-Modellen

Die Frage nach der Unterstützung bzw. Ablehnung eines BGE wurde im ESS-8 im österreichischen Fragebogen mit folgendem Wortlaut operationalisiert:

„In einigen Ländern wird momentan über die Einführung eines Grundeinkommens diskutiert. Ich werde Sie gleich fragen, ob Sie gegen oder für ein solches Grundeinkommen sind. Zuerst aber ein paar Einzelheiten dazu. (…) Ein solches Grundeinkommen umfasst alle folgenden Punkte:

- Der Staat zahlt jedem ein monatliches Einkommen, das die grundlegenden Lebenshaltungskosten deckt.
- Dadurch werden viele andere Sozialleistungen ersetzt.
- Das Ziel ist es, allen einen minimalen Lebensstandard zu garantieren.
- Alle erhalten den gleichen Betrag, egal ob man arbeitet oder nicht.
- Man kann zudem das Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder anderen Quellen behalten.
- Das Grundeinkommen wird aus Steuern finanziert.

Alles in allem, wären Sie gegen oder für ein solches Grundeinkommen in Österreich?“

Grundsätzlich können BGE-Modelle sehr unterschiedlich konzeptionalisiert werden.[10] Im Rahmen des ESS-8 wurde die Zustimmung bzw. Ablehnung zu einem BGE-Modell abgefragt, das in einigen Punkten klar spezifiziert ist. Zugleich sind jedoch bestimmte Kennzeichen nur sehr allgemein ausgeführt. Dabei ist zu erwarten, dass die individuelle Zustimmung bzw. Ablehnung eines BGE nicht nur auf der grundsätzlichen Einstellung zu einer solchen Maßnahme fußt, sondern auch mit der konkreten Systemausgestaltung zusammenhängt.[11]

---

10 Vgl. grundlegend De Wispelaere, Jurgen/Stirton, Lindsay: The Many Faces of Universal Basic Income, in: The Political Quarterly 75/3 (2004), S. 266–274; betreffend in Österreich diskutierte Modelle z. B. Stolitzka/Feierabend 2020.

11 Vgl. zu Ergebnissen aus der experimentellen Forschung Rincón, Leire: A Robin Hood for All. A Conjoint Experiment on Support for Basic Income, in: Journal of European Public Policy 29 (2021), S. 1–29; Rincón, Leire/Vlandas, Tim/Hiilamo, Heikki: What's Not to Like? Benefit Design, Funding Structure and Support for Universal Basic Income, in: Journal of European Social Policy 32/4 (2022), S. 467–483; Stadelmann-Steffen, Isabelle/Dermont, Clau: Citizens' Opinions About Basic Income Proposals Compared. A Conjoint Analysis of Finland and Switzerland, in: Journal of Social Policy 49/2 (2020), S. 383–403; Bay, Ann-Helén/Pedersen, Axel West: The Limits of Social Solidarity. Basic Income, Immigration and the Legitimacy of the Universal Welfare State, in: Acta Sociologica 49/4 (2006), S. 419–436; Muñoz, Jordi/Pardos-Prado, Sergi: Immigration and Support for Social Policy. An Experimental Comparison of Universal and Means-Tested Programs, in: Political Science Research and Methods 7/4 (2019), S. 717–735.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Das vorgeschlagene Modell ist dahingehend universell, dass es keine Differenzierung nach unterschiedlichen sozialen Risiken oder soziodemografischen Kennzeichen vorsieht.[12] Dass in diesem Modell des BGE „jedem" von Seiten des Staates ein monatliches Einkommen bezahlt wird, bedeutet zugleich, dass intendiert ist, dass das BGE unabhängig von Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsdauer und Aufenthaltstitel bezogen werden kann und potentiell auch Asylwerber:innen und subsidiär Schutzberechtigte umfasst. Dabei wird nach einschlägigen Forschungsergebnissen in der Bevölkerung vielfach der (rasche) Zugang zu einem BGE für Immigrant:innen kritisch gesehen, was substantiell zu einer Ablehnung so gestalteter Modelle beitragen kann.[13]

Das vorgeschlagene BGE ist darüber hinaus in dem Sinn bedingungslos, dass es nicht an bestimmte andere Konditionalitäten gebunden ist. Es setzt keine (wie auch immer im Detail definierte) Bereitschaft zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit oder zur Ausübung einer Erwerbsarbeit (im Sinne eines *in-work benefit*) voraus. Es ist auch nicht an vorangegangene Sozialversicherung oder soziale Bedürftigkeit gekoppelt. Weiters wird es nicht mit anderen Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder anderen Quellen (wie Vermögen etc.) gegengerechnet – diese können behalten werden. Neben anderem macht insbesondere diese umfassende Bedingungslosigkeit das vorgeschlagene BGE zu einem „radikalen"[14] Politikvorschlag, der im Gegensatz zu den zentralen Gestaltungsprinzipien vieler tradierter sozialstaatlicher Systeme steht.[15] Es steht in direktem Widerspruch zu zentralen Gestaltungsprinzipien aller drei Wohlfahrtsstaatstypen, wie sie von Esping-Anderson[16] identifiziert wurden. Das BGE kennt keine Bedarfsprüfung und Verpflichtung zur Bereitschaft zu Erwerbsarbeit, wie sie für den liberalen Typus prägend ist. Auch das dominante Versicherungs- und Äquivalenzprinzip des konservativen Typus wird über Bord geworfen. Im sozialdemokratischen Typus finden sich zwar auf vergleichsweise breiter Basis universelle und generöse Leistungssysteme. Für erwerbsfähige Personen bestehen aber auch hier traditionell starke Verpflichtungen zur Bereitschaft zu Erwerbsarbeit, verbunden mit breit ausgebauter arbeitsmarktpolitischer Aktivierung.[17]

12 Vgl. De Wispelaere/Stirton 2004.

13 Vgl. Bay/Pedersen 2006; Muñoz/Pardos-Prado 2019.

14 Roosma/Van Oorschot 2020; Van Parijs, Philippe/Vanderborght, Yannick: Basic Income. A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy, Cambridge MA & London 2017.

15 Vgl. Chrisp, Joe/Laenen, Tijs/Van Oorschot, Wim: The Social Legitimacy of Basic Income. A Multidimensional and Cross-National Perspective. An Introduction to the Special Issue, in: Journal of International and Comparative Social Policy 36/3 (2020), S. 217–222.

16 Esping-Andersen, Gøsta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

17 Ergebnisse einer rezenten experimentellen Untersuchung in Finnland zeigen, dass dort das Ausmaß der Zustimmung zu Mindestsicherungsleistungen substantiell zunimmt, wenn das Modell primär auf nicht

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Während die zuvor angesprochenen Eckpunkte des im ESS-8 abgefragten Modells weitgehend klar sind, bleiben andere Punkte unterdefiniert. Das gilt erstens für das Leistungsniveau. Was genauer mit den „grundlegenden Lebenshaltungskosten", die abgedeckt werden sollen, bzw. mit der „Garantie eines minimalen Lebensstandards" gemeint ist, kann unterschiedlich interpretiert werden. Dabei wird die individuelle Präferenz für ein höheres oder niedrigeres BGE unterschiedlich ausfallen, je nachdem welche Ziele damit in Verbindung gebracht werden. Wird das BGE als Instrument zur stärkeren sozialstaatlichen Absicherung bei veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen präferiert („progressive" Variante), trägt ein höheres Niveau erwartbar zu stärkerer Zustimmung bei.[18] Wird das BGE jedoch im Sinne eines Instruments der Kosteneinsparung und des sozialstaatlichen Rückbaus unterstützt („liberale" Variante), wird die Zustimmung bei einem niedrigeren Leistungsniveau höher ausfallen (vgl. ibid.). Dabei ist die Beschreibung des ESS-8 Modells auch hinsichtlich der Frage, welche anderen Sozialleistungen durch das BGE ersetzt werden sollen, relativ unbestimmt. Laut Beschreibung im ESS-8 sollen durch das BGE „viele andere Sozialleistungen ersetzt" werden. Welche dies konkret sind, bleibt unklar. Dabei ist davon auszugehen, dass die Zustimmung zu einem BGE zentral auch von diesem Punkt abhängt. Je nachdem, welche Ziele mit einem BGE in Verbindung gebracht werden („progressive" oder „liberale"), und abhängig von der eigenen Lebenssituation (vgl. folgender Abschnitt), wird die Zustimmung je nach dem Grad und der Ausgestaltung der „Substitution" anderer Sozialleistungen unterschiedlich ausfallen.

Ein dritter blinder Fleck des im ESS-8 abgefragten BGE ist dessen Finanzierung. Dabei ist erwartbar, dass die Zustimmung je nach Form der Finanzierung (und des damit einhergehenden erwartbaren Beitrages der Respondent:innen) unterschiedlich ausfallen dürfte. Befragungsergebnisse aus der Schweiz und aus Finnland zeigen dazu, dass die Finanzierung eines BGE durch „andere Einsparungen" der Regierung gegenüber einer Erhöhung direkter oder indirekter Steuern präferiert wird, wobei die Befragten zugleich überwiegend dafür eintreten, dass die Einführung eines BGE nicht mit Kürzungen bei zentralen anderen sozialstaatlichen Leistungssystemen einhergehen soll.[19]

Die skizzierte Unbestimmtheit einiger zentraler Eckpunkte des im ESS-8 vorgestellten BGE-Modells impliziert auf Seiten der Respondent:innen insgesamt einen substantiellen Interpretationsspielraum zur konkreten Ausgestaltung der vorgeschlagenen Maßnahme, was Hypothesen zur wahrscheinlichen Antwortrichtung sowie auch die Interpretation der Ergebnisse verkompliziert. Ja nachdem, wie das Niveau der Leistung

Arbeitsfähige abzielt bzw. bei Arbeitslosen mit der Konditionalität zur Arbeitssuche verknüpft wird (Rincón et al. 2022).

18 Vgl. Stadelmann-Steffen/Dermont 2020.

19 Vgl. Stadelmann-Steffen/Dermont 2020.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ausfällt, welche anderen Sozialleistungen dadurch „ersetzt" werden und wie die Finanzierung erfolgt, entspricht die Reform erwartbar stärker oder schwächer individuellen materiellen Interessen sowie ideologischen und normativen Prädispositionen. Darauf wird im folgenden Abschnitt näher eingegangen.

2.2 Individuelle Eigeninteressen und politische/ideologische Positionierung

In der Literatur wurden unterschiedliche Faktoren diskutiert, die individuelle und gruppenspezifische Meinungen zum Wohlfahrtsstaat und zu spezifischen sozialpolitischen Maßnahmen beeinflussen können. Zu den klassischen individuellen Erklärungen zählen dabei einerseits materielle Eigeninteressen und davon abgeleitet sozio-ökonomische Charakteristiken des Individuums, und andererseits ideologische/normative Prädispositionen.

Betreffend materielle Eigeninteressen wird angenommen, dass insbesondere jene Personen sozialstaatliche Leistungen unterstützen, die aktuell von diesen profitieren bzw. profitieren würden.[20] Demnach sind Empfänger:innen von Sozialleistungen und diejenigen, bei denen ein vergleichsweise höheres Risiko besteht, dass sie potentiell von Sozialleistungen abhängig werden könnten, bzw. für die erwartbar ist, dass bestehende Transfers für sie schwer zugänglich sind oder niedrig ausfallen, eher geneigt, generöse sozialpolitische Transfers bzw. deren weiteren Ausbau zu unterstützen. Übersetzt in soziodemografische Kennzeichen wären demnach z. B. niedrige Einkommen, eine aktuelle Abhängigkeit von Sozialtransfers, ein niedriges Haushaltseinkommen, eine wahrgenommene hohe Arbeitsplatzunsicherheit bzw. perzipierte schlechte Beschäftigungschancen (und deshalb auch ein vergleichsweise geringer formaler Bildungsgrad) Prädiktoren für eine stärkere Unterstützung generöser sozialstaatlicher Transfersysteme.[21] In Anlehnung an diese generalisierenden Überlegungen und Befunde zu Einstel-

20 Vgl. z. B. Svallfors, Stefan: Welfare States and Welfare Attitudes, in: Svallfors, Stefan (Hg.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford/CA 2012, S. 1–24; Van Oorschot, Wim/Meuleman, Bart: Welfare Performance and Welfare Support, in: Svallfors, Stefan (Hg.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford 2012, S. 25–57; Blekesaune, Morten/Quadagno, Jill: Public Attitudes toward Welfare State Policies. A Comparative Analysis of 24 Nations, in: European Sociological Review 19/5 (2003), S. 415–427.

21 Vgl. Svallfors, Stefan: Class, Attitudes and the Welfare State. Sweden in Comparative Perspective, in: Social Policy & Administration 38/2 (2004), S. 119–138; Svallfors 2012; Rehm, Philipp: Risks and Redistribution. An Individual-Level Analysis, in: Comparative Political Studies 42/7 (2009), S. 855–881; Rehm, Philipp/Hacker, Jacob S./Schlesinger, Mark: Insecure Alliances. Risk, Inequality, and Support for the Welfare State, in: American Political Science Review 106/2 (2012), S. 386–406; Fernández-Albertos, José/Manzano, Dulce (2016): Dualism and Support for the Welfare State, in: Comparative European Politics 14/3 (2016), S. 349–375; Häusermann, Silja/Kurer, Thomas/Schwander, Hanna (2016): Sharing the Risk? Households, Labor Market Vulnerability, and Social Policy Preferences in Western Europe, in: Journal

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

lungen zu Sozialtransfers könnte angenommen werden, dass insbesondere Personen, die hohen sozialen Risiken ausgesetzt sind, ein BGE unterstützen.[22] Diese Annahme scheint insbesondere betreffend den Punkt naheliegend, dass beim im ESS-8 vorgeschlagenen BGE-Modell keine Konditionalitäten zu erfüllen sind.

Verkompliziert wird die Sachlage aber dadurch, dass wie bereits angesprochen das Leistungsniveau des vorgeschlagenen BGE nicht genau definiert ist. Wenn für das BGE eine höhere Leistung erwartet wird als aus zugänglichen bestehenden Systemen, kann eine eher hohe Zustimmung bei Personen erwartet werden, die vergleichsweise starken sozialen Risiken ausgesetzt sind. Wenn aber auf individueller Ebene die Vermutung vorherrscht, dass das Leistungsniveau niedriger ausfällt als aus bestehenden Leistungssystemen, wäre – insbesondere auch bei stark durch soziale Risiken betroffenen Personen – eine stärkere Ablehnung zu erwarten. Umgekehrt wäre es in einer solchen Situation nachvollziehbar, dass Individuen mit höheren Einkommen und geringen Arbeitsmarktrisiken für ein BGE (mit niedrigem Leistungsniveau) optieren, weil sie sich davon niedrigere Finanzierungsbeiträge als für die Systeme erhoffen, die im Zuge der Einführung eines BGE abgeschafft würden.[23]

Auch das Alter und das Geschlecht können theoretisch in unterschiedlicher Weise mit einer stärkeren oder schwächeren Unterstützung des BGE assoziiert sein. Sowohl jüngere als auch ältere Personen, also Personen an den Rändern der Erwerbsbiografie, sind vielfach mit überdurchschnittlichen Arbeitsmarktrisiken konfrontiert. Wenn die Einführung eines BGE individuell als expansive sozialpolitische Maßnahme aufgefasst wird, wäre zu erwarten, dass die Zustimmung bei diesen Gruppen vergleichsweise hoch ausfällt und vice versa. Bei älteren Personen könnte eine stärkere Ablehnung des BGE darin begründet sein, dass sie zum Teil befürchten müssen, dass höhere aktuelle oder erwartete Pensionsleistungen durch ein niedrigeres BGE „ersetzt" werden. Weiters kann vermutet werden, dass Frauen, die empirisch einen Großteil der familiären Sorge- und Reproduktionsarbeit übernehmen, überdurchschnittlich von einem (generösen) BGE profitieren würden, und diesem deshalb verstärkt zustimmen. Aber auch hier besteht wieder die Unsicherheit, wie das vorgeschlagene BGE wahrgenommen wird: als expansive Sozialpolitik oder, vor dem Hintergrund der Beschränkung des Leistungsniveaus auf die „Sicherung eines minimalen Lebensstandards" und der gleichzeitigen Abschaffung „vieler anderer Sozialleistungen" (wie in Österreich poten-

---

of Politics 78/4 (2016), S. 1045–1060; Roosma, Femke/Van Oorschot/Gelissen, John: The Preferred Role and Perceived Performance of the Welfare State. European Welfare Attitudes from a Multidimensional Perspective, in: Social Science Research 44 (2014), S. 200–210.

22 Vlandas 2021; Choi 2021; Roosma/Van Oorschot 2020, S. 193.

23 Vgl. Vlandas 2021; Stadelmann-Steffen/Dermont 2020.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

tiell z. B. Kinderbetreuungsgeld, Familienbonus und Familienbeihilfe) als sozialstaatlicher Rückbau.

Ein zweiter in der Literatur zu Einstellungen zu Sozialpolitik breit adressierter potentieller Erklärungsansatz sind politische und ideologische Positionierungen. Mit Letzterem ist im Kern die Unterscheidung gemeint, ob Personen eher eine egalitäre oder eher eine meritokratisch-individualistische Ideologie (auch bezeichnet als ökonomischer Individualismus) unterstützen.[24] Aus der Perspektive des ökonomischen Individualismus werden wahrnehmbare Ungleichheiten als Produkt von individueller „Fähigkeit" bzw. „Unfähigkeit" und/oder von „Fleiß" bzw. „Faulheit" aufgefasst und daher als „fair" empfunden. Damit geht, so die Überlegung, eine vergleichsweise geringe Unterstützung für breiter ausgebaute sozialstaatliche Maßnahmen einher, weil diese das „meritokratische Prinzip" unterminieren könnten. Aus Sicht des Egalitarismus werden Ursachen von sozialer Ungleichheit und sozialer Exklusion hingegen stärker als strukturell verursacht angesehen und zugleich kritisch bewertet. Sozialstaatliche Politik wird unter diesen Vorzeichen, so die Überlegung, stärker befürwortet, weil damit strukturell verursachten Problemen wenigstens ansatzweise entgegengewirkt werden kann bzw. diese entschärft werden können. Vor diesem Hintergrund kann einerseits erwartet werden, dass im Fall von auf individueller Ebene stärker ausgeprägtem ökonomischem Individualismus ein BGE stärker abgelehnt, und dass es im Fall von stärker ausgeprägtem Egalitarismus eher befürwortet wird.[25] Aber auch hier sind die möglichen Zusammenhänge nicht so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.[26] So ist zu erwarten, dass die Nicht-Konditionalität des im ESS-8 abgefragten BGE aus einer meritokratisch-individualistischen Perspektive grundsätzlich kritisch gesehen wird. Aber auch Milton Friedmans[27] Modelle einer negativen Einkommensteuer kennen keine Konditionalität im Sinne einer Verpflichtung zur Bereitschaft der Aufnahme einer Erwerbsarbeit. Zentraler ist hier, dass im Zuge dieser Maßnahme praktisch alle anderen monetären sozialstaatlichen Transfers wegfallen. Darüber hinaus kann argumentiert werden, dass das im ESS-8 vorgeschlagene BGE-Modell dem Leistungsprinzip nicht grundsätzlich widerspricht, weil das Niveau des BGE nicht um

24 Feldman, Stanley: Structure and Consistency in Public Opinion: the Role of Core Beliefs and Values, in: American Journal of Political Science 32/2 (1988), S. 416–440; Hasenfeld, Yeheskel/Rafferty, Jane A.: The Determinants of Public Attitudes toward the Welfare State, in: Social Forces 67/4 (1989), S. 1027–1048; Bobo, Lawrence: Social Responsibility, Individualism, and Redistributive Policies, in: Sociological Forum 6/1 (1991), S. 71–92; Blekesaune/Quadagno 2003; Gërxhani, Klarita/Koster, Ferry: 'I Am Not Alone'. Understanding Public Support for the Welfare State, in: International Sociology 27/6 (2012), S. 768–787.

25 Choi 2021.

26 Roosma/Van Orschot 2020.

27 Friedman, Milton: Capitalism and Freedom, Chicago 1962.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

allfällige andere zusätzliche Einkommen (aus Erwerbstätigkeit, Vermögen etc. gekürzt wird). Umgekehrt könnte das vorgeschlagene BGE aus einer egalitaristischen Perspektive dahingehend kritisch gesehen werden, dass das Leistungsniveau erwartbar relativ niedrig ausfällt (bzw. nicht genauer definiert ist) und zugleich „viele andere Sozialleistungen" nicht fortgeführt werden sollen. Auch dass „jeder" Mensch, inklusive sehr wohlhabender Personen, eine solche Leistung bekommen soll, könnte aus egalitaristischer Perspektive abgelehnt werden. Und tatsächlich zeigen Ergebnisse von Mikrosimulationen für den Fall des Vereinigten Königreiches, dass die Einführung eines BGE im Vergleich zum Status quo die Armutsgefährdung und Einkommensungleichheiten (gemessen mit dem GINI-Koeffizienten) erhöhen würde, wenn das Leistungsniveau eher niedrig angesetzt würde und bisherige Transfersysteme auf breiter Basis abgeschafft würden.[28]

Die individuelle ideologische Position wird oft auch anhand der Selbst-Links-Rechts-Platzierung bzw. der liberal-konservativen Skala gemessen. Demnach präferieren jene auf der linken oder liberalen Seite des politischen Spektrums eher eine regulierte Form des Kapitalismus mit Wohlfahrtsstaatsinterventionen, und die rechte oder konservative Seite betont die Eigenständigkeit der Individuen, den freien Markt und die individuelle Verantwortung für das eigene Wohlergehen. Begreift man das BGE als sozialpolitisch expansive Maßnahme, so würde man bei einer eher linken oder liberalen politischen Selbstzuordnung eine stärkere Unterstützung erwarten.[29] Auf der anderen Seite wäre es aber auch möglich, dass Personen, die sich eher der rechten oder konservativen Seite zuordnen, ein BGE stärker unterstützen. Dies wäre erwartbar dann der Fall, wenn es vor dem Hintergrund eines niedrigen Leistungsniveaus und der Abschaffung anderer zentraler Sozialtransfers trotz seiner „Bedingungslosigkeit" als Maßnahme zur Reduktion sozialstaatlicher Eingriffstiefe begriffen würde.[30]

2.3 Kontextfaktoren

Die auf Daten des ESS-8 basierende international vergleichende Forschung zur Unterstützung des BGE in der Bevölkerung untersucht die Rolle einer Reihe von Kon-

28 Martinelli, Luke: The Fiscal and Distributional Implications of Alternative Universal Basic Income Schemes in the UK. IPR Report, May 2017, Bath 2017; Ders.: A Basic Income Trilemma: Affordability, Adequacy, and the Advantages of Radically Simplified Welfare, in: Journal of Social Policy 49/3 (2019), S. 461–482

29 In parteipolitischer Hinsicht war und ist die Unterstützung der „klassischen" Linksparteien (d.h. vor allem der Sozialdemokratie) für ein BGE international wie auch in Österreich, wenn überhaupt gegeben, begrenzt (vgl. De Wispelaere 2016; Tálos 2003. Vgl. auch Roosma/Van Oorschot 2020, S. 199; Parolin/Siöland 2020, S. 8; Stadelmann-Steffen/Dermont 2020).

30 Vgl. Stadelmann-Steffen/Dermont 2020.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

textfaktoren. Dabei zeigt sich, dass das BIP pro Kopf, die jeweilige Arbeitslosenquote oder soziale Ungleichheit (gemessen als GINI-Koeffizient) keinen signifikanten Einfluss auf das Niveau der Zustimmung zum BGE haben. Zugleich finden Roosma/Van Oorschot[31] einen positiven Einfluss des Niveaus materieller Deprivation, und einen negativen Einfluss des Ausgabenniveaus für öffentliche Sozialleistungen in % des BIP. Choi[32] findet keinen signifikanten Zusammenhang für Sozialausgaben in % des BIP. Allerdings gehen hier höhere Sozialausgaben gemessen pro Kopf in EUR PPS mit einer niedrigeren Zustimmung zum BGE einher. Nach den Ergebnissen von Vlandas[33] ist erstens eine höhere Lohnersatzrate der Arbeitslosenversicherung im internationalen Vergleich mit einer niedrigeren Zustimmung zum BGE assoziiert. Zweitens gehen stärkere Konditionalitäten und Sanktionierungsinstrumente bestehender Arbeitslosenversicherungssystem mit einer höheren Zustimmung zum BGE einher. Insgesamt zeigt sich demnach eine Tendenz dazu, dass die Zustimmung zum BGE im internationalen Vergleich im Fall vergleichsweise schwächer ausgebauter und weniger generöser Sozialtransfersysteme stärker ausfällt und vice versa. Dieser Punkt wird in diesem Beitrag später in adaptierter Form – betreffend die individuelle Bewertung der Leistungsfähigkeit des Sozialsystems – wieder aufgegriffen.

Zu den Kontextfaktoren ist daneben auch die Frage zu zählen, in welcher Form Maßnahmen und mögliche Reformen im Bereich der Mindestsicherung aktuell auf der politischen Agenda stehen und welche inhaltlichen Ausformungen des politischen „framing" der ggst. Thematik gegebenenfalls dominant sind.[34] Im Fall Österreichs hatte sich dabei der Fokus der öffentlichen Debatte in der Mitte der 2010er Jahre (also zum Befragungszeitraum des ESS-8) von einer armutspolitischen Orientierung in Richtung einer dominanten Thematisierung von unterstelltem „Sozialmissbrauch" und vor allem von „Mindestsicherung als Migrationsmagnet" gedreht.[35] Dies kann auf individueller Ebene einer aus den genannten Gründen erfolgenden Ablehnung eines BGE zusätzlichen Auftrieb gegeben haben.[36]

31 Roosma/Van Oorschot 2020.

32 Choi 2021.

33 Vlandas 2021.

34 Stadelmann-Steffen/Dermont 2020.

35 Fink, Marcel/Leibetseder, Bettina: The Influence of Party Strategies and Policy Entrepreneurs on the Momentum and the Outcome of the Failed National Reform of the Austrian Minimum Income Scheme, draft journal paper, forthcoming (2023).

36 Vgl. zu BGE und Wohlfahrtschauvinismus Parolin/Siöland 2020.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

2.4 Beziehungen zwischen BGE-Unterstützung und Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat: Bewertung der Wirkung existierender Sozialpolitik und sozialpolitische Steuerungspräferenzen

Die Implementierung des im ESS-8 abgefragten BGE würde mit einem weitgehenden Umbau des etablierten sozialstaatlichen Sicherungssystems einhergehen. Um die Motivation der Zustimmung zu bzw. Ablehnung einer solchen Maßnahme besser zu verstehen, ist es sinnvoll, neben den „klassischen" Erklärungsfaktoren für sozialpolitische Präferenzen (also individuellen Eigeninteressen und ideologischen/normativen Prädispositionen) auch die individuelle Bewertung bestehender Sozialleistungen und ihrer Folgen sowie Präferenzen betreffend andere Fragen sozialpolitischer Steuerung mit in den Blick zu nehmen.[37] Das Ziel ist dabei nicht, die Zustimmung zum oder Ablehnung des BGE durch diese Bewertungen und Einstellungen zu Sozialpolitik und zum Wohlfahrtsstaat (*welfare attitudes*) im Sinn von Kausalitäten zu erklären, sondern allfällige Assoziationen und Wechselbeziehungen sichtbar zu machen, um so die wahrscheinlichen Motive der Respondent:innen für ihr Antwortverhalten besser zu verstehen. Der ESS-8 liefert dabei Daten zu einer Reihe unterschiedlicher Items.

In der Kombination der *Bewertung* (existierender) sozialstaatlicher Maßnahmen und ihrer Folgen auf der einen Seite sowie sozialpolitischer *Präferenzen* auf der anderen Seite können unterschiedliche Konstellationen existieren. Roosma et al.[38] unterscheiden dabei einerseits selbstverstärkende Feedbackeffekte und andererseits differenzierte Positionierungen. Im Rahmen selbstverstärkender Feedbackeffekte würde eine positive Bewertung der Folgen sozialstaatlicher Leistungen mit einer Präferenz für eine breiter ausgebaute Sozialpolitik einhergehen (positiver Feedbackeffekt), und eine negative Bewertung mit einer Präferenz für schwächer ausgebaute Sozialpolitik (negativer Feedbackeffekt). Zugleich ist aber, je nach konkret abgefragtem Item, auch die Konstellation denkbar, dass eine kritische Bewertung der Effekte existierender Sozialleistungen mit einer Präferenz für (noch) breiter ausgebaute oder generösere Leistungen assoziiert ist, oder – umgekehrt – eine positive Bewertung der Effekte existierender Leistungen mit einer Präferenz für einen (partiellen) sozialpolitischen Rückbau bzw. zumindest mit einer geringeren Präferenz für einen weiteren Ausbau (vgl. ibid.). Verkompliziert wird die Bandbreite unterschiedlicher Konstellationen im Zusammenhang mit dem im ESS-8 abgefragten BGE dadurch, dass – wie oben bereits skizziert – vor der Hand nicht völlig klar ist, ob dieses BGE in der Interpretation der Respondent:innen vor allem eine sozialpolitisch expansive Maßnahme darstellt (uni-

37 Vgl. Roosma/Van Oorschot 2020; Choi 2021.

38 Roosma/Van Oorschot/Gelissen 2014.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

verselle Leistung ohne Konditionalitäten), oder ob es (ggf. für bestimmte Gruppen) mit einem substantiellen sozialpolitischen Rückbau in Verbindung gebracht wird (vergleichsweise niedriges Leistungsniveau; Abschaffung der meisten anderen monetären Sicherungssysteme).

Wenn das BGE als expansive Maßnahme interpretiert wird, könnte im Sinne eines positiven Feedbackeffekts argumentiert werden, dass Personen, die grundsätzlich Sozialleistungen armutsmindernde Wirkungen sowie den Effekt von mehr Gleichheit in der Gesellschaft zuschreiben, auch gegenüber dem BGE positiver eingestellt sind.[39] Es könnte aber z. B. auch zutreffen, dass Personen, die bestehende Leistungen betreffend Armutswirkung und gesellschaftliche Ungleichheit kritischer beurteilen, einer Alternative in Form eines BGE offener gegenüberstehen, vorausgesetzt, dass sie das BGE als sozialpolitisch expansive Maßnahme interpretieren. Eine positive Einstellung zur Einführung des BGE wäre in diesem Sinn auch naheliegend, wenn die aktuellen Einkommensbedingungen von Sozialleistungsempfängern wie Arbeitslosen oder Pensionist:innen als (eher) ungünstig bewertet werden. Umgekehrt kann vermutet werden, dass ein BGE, verstanden als expansive sozialpolitische Maßnahme, eher abgelehnt wird, wenn mit Sozialleistungen generell so genannte negative „moralische" Folgen assoziiert werden. Dazu zählt die Meinung, dass staatliche Sozialtransfers „die Menschen faul machen", dass „Arbeitslose nicht wirklich nach einer Arbeitsstelle suchen", oder dass Sozialleistungen „die Bereitschaft der Menschen verringern, sich umeinander zu kümmern". In ähnlicher Weise könnte erwartet werden, dass Personen, die Sozialleistungen generell mit „zu vielen Steuern und Abgaben für Unternehmen" oder einer „zu hohen Belastung der Wirtschaft" assoziieren, gegenüber der Einführung eines BGE eher kritisch eingestellt sind (wiederum vorausgesetzt, dass das BGE als eine expansive sozialpolitische Maßnahme interpretiert wird).

Neben den bisher genannten Fragen zu Folgen von Sozialleistungen enthält der ESS-8 auch Items zu deren Implementierung. Dabei liegt es nahe, dass Personen, die einen weit verbreiteten *non-take-up* von Sozialtransfers wahrnehmen[40], stärker für das BGE plädieren, weil ein solches Modell durch seine Universalität diesem Problem entgegenwirken könnte.[41] Weiters würde das BGE per Definition „Sozialmissbrauch" über weite Strecken praktisch unmöglich machen, weil alle Personen Anspruch hätten und andere Sozialtransfers weitestgehend abgeschafft würden. Demnach wäre zu

39 Vgl. für dieses Argument Roosma/Van Oorschot 2020, S. 196.

40 Operationalisiert im ESS-8 als Grad der Zustimmung zu der Aussage, dass „viele Leute mit geringem Einkommen […] weniger Sozialleistungen [erhalten], als ihnen gesetzlich zusteht".

41 Francese, Maura/Prady, Delphine: Universal Basic Income. Debate and Impact Assessment, IMF Working Paper 2018, Internet: https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2018/12/10/Universal-Basic-Income-Debate-and-Impact-Assessment-46441 (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

erwarten, dass auch Respondent:innen, die aktuell in höherem Ausmaß Sozialmissbrauch als Problem verorten,[42] in stärkerem Ausmaß der Einführung des BGE zustimmen.[43]

Neben der Frage der Assoziation von Einstellungen zum BGE mit Bewertungen von existierender Sozialpolitik und ihrer perzipierten Effekte ist die Assoziation mit anderen sozialpolitischen Präferenzen von Interesse. Wenn das BGE als sozialpolitisch expansive Maßnahme wahrgenommen wird, liegt es nahe, dass Respondent:innen, die für eine Reduktion von Einkommensungleichheiten durch die Regierung sind, auch für die Einführung des BGE eintreten. Allerdings führt ein BGE, abhängig von dessen Niveau und vom Grad der Abschaffung anderer Sozialleistungen, nicht in jedem Fall zu geringeren Einkommensungleichheiten.[44] Auch betreffend den Zusammenhang zwischen dem Antwortverhalten zur Zustimmung zu einer Regierungsverantwortung für den Lebensstandard von Arbeitslosen, von Pensionist:innen und für Kinderbetreuung einerseits und zur Einführung des BGE andererseits kann angenommen werden, dass es hier unter der Voraussetzung einen positiven Zusammenhang gibt, dass das BGE als sozialpolitisch expansive Maßnahme interpretiert wird (und vice versa).

Andere Fragen zu sozialpolitischen Präferenzen im ESS-8 beschäftigen sich mit konkreteren Gestaltungsoptionen. Eine Zustimmung zum BGE bei einer gleichzeitigen Präferenz für mehr aktive Arbeitsmarktpolitik (verbunden mit geringeren monetären Leistungen) lässt in erster Linie unter der Voraussetzung vermuten, dass das BGE als vergleichsweise niedrige Leistung interpretiert wird, deren Einführung bei gleichzeitiger Abschaffung anderer (kostenintensiver) Sozialleistungen zusätzliche Mittel für Aus- und Weiterbildung verfügbar macht. Weiters wurde erhoben, ob die Befragten dafür sind, dass Sozialtransfers und soziale Dienste weitestgehend einkommensabhängig bedarfsgeprüft sein sollten. Das BGE widerspricht dieser Vorstellung, weil es sich dabei um eine universelle und nicht bedarfsgeprüfte Leistung handelt. Deshalb ist hier keine positive Übereinstimmung im Antwortverhalten zu erwarten. Drittens wurde im ESS-8 auch erhoben, wie leicht oder schwierig nach Ansicht der Befragten der Zugang für Sozialleistungen für neu nach Österreich eingewanderte Personen gestaltet werden soll. Hier ist wahrscheinlich, dass Respondent:innen, die dafür eintreten, dass der Zugang für neu zugezogene Personen schwierig gestaltet werden sollte, zugleich das BGE eher ablehnen, weil dieses für alle legal im Land lebenden Personen ohne weitere Auflagen zugänglich wäre.

---

42 Operationalisiert im ESS-8 als Grad der Zustimmung zur folgenden Aussage: „Es gelingt vielen Leuten, Sozialleistungen zu erhalten, die keinen Anspruch darauf haben".

43 Roosma/Van Oorschot 2020, S. 196.

44 Martinelli 2017.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3 Daten und Methode

3.1 Daten

Die Zustimmung zum BGE wurde im ESS-8 entlang einer vierstufigen Skala abgefragt, reichend von 1 (= sehr dagegen) bis 4 (= sehr dafür). Für die explorative multivariate Analyse im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden die Antworten in eine Dummyvariable umkodiert, mit dem Wert 1 bei (starker) Unterstützung, und 0 bei (starker) Ablehnung.

Betreffend soziodemografische Eigenschaften der Respondent:innen werden die folgenden Indikatoren verwendet. Für das Alter werden vier Altersgruppen gebildet, mit der jüngsten Gruppe (15–29 Jahre) als Referenzkategorie. Beim Geschlecht bilden Männer die Referenzkategorie. Hinsichtlich formaler Bildung wurden vier Kategorien des höchsten Bildungsabschlusses gebildet, mit maximal Pflichtschulabschluss als Referenz. Bei der Hauptaktivität der Respondent:innen werden fünf Stati unterschieden: bezahlte Arbeit (als Referenz), Arbeitslosigkeit, Pension, Arbeitsunfähigkeit, und ökonomische Inaktivität/andere Stati. Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit mit einer Dauer von mehr als 3 Monaten bzw. von mehr als 12 Monaten werden jeweils als Dummyvariable analysiert. Zur Einkommenshöhe des Haushaltes wird erstens das subjektive Auskommen mit dem Haushaltseinkommen berücksichtigt, reichend von 1 (= nur sehr schwer zurechtkommen) bis 4 (= bequem leben). Zweitens werden zum aktuellen Haushaltseinkommen vier Einkommensgruppen gebildet, mit den ersten beiden Dezilen als „niedriges Einkommen", den Dezilen 3 bis 5 als „niedriges mittleres Einkommen", den Dezilen 6 bis 8 als „hohes mittleres Einkommen", und den Dezilen 9 und 10 als „hohes Einkommen". Die Existenz von Kindern im Haushalt wird mittels einer Dummyvariable in die Analyse aufgenommen.

Zur Erfassung der politischen und ideologischen Positionierung werden drei Variablen herangezogen. Erstens die politische Selbstverortung auf einer Links-Rechts-Skala, reichend von 0 (links) bis 10 (rechts). Zweitens erfasst die Variable „Meritokratie" die Ablehnung/Zustimmung zu der Aussage, dass „große Unterschiede im Einkommen der Menschen […] gerechtfertigt [sind], um die Unterschiede in der Begabung und im Arbeitseinsatz ordentlich zu belohnen". Drittens misst „Egalitarismus" die Ablehnung/Zustimmung zu dem Statement, dass „in einer gerechten Gesellschaft […] die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen klein sein [sollten]". Die Skala reicht hier jeweils von 1 („lehne stark ab") bis 5 („stimme stark zu").

Insgesamt 11 Variablen werden hinsichtlich der Bewertung (existierender) sozialstaatlicher Maßnahmen und ihrer Folgen berücksichtigt. Der Grad der Zustimmung zu der Aussage, dass Sozialleistungen „weit verbreitete Armut verhindern" bzw. „zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft führen", wird wiederum auf einer fünfteiligen Skala

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

gemessen (von 1 = "lehne stark ab" bis 5 = „stimme stark zu"). Der perzipierte Lebensstandard von Arbeitslosen bzw. Pensionist:innen reicht von 0 = „äußerst schlecht" bis 10 = „äußerst gut". Die Zustimmung zu „negativen moralischen Konsequenzen" („Sozialleistungen machen die Menschen faul" bzw. „(…) verringern die Bereitschaft der Menschen, sich umeinander zu kümmern") reicht wiederum jeweils von 1 = "lehne stark ab" bis 5 = „stimme stark zu". Die gleiche Skala wird betreffend perzipierte negative wirtschaftliche Konsequenzen (Sozialleistungen „bürden Unternehmen zu viele Steuern und Abgaben auf" bzw. „stellen eine zu große Belastung für die Wirtschaft dar") verwendet. Die gleiche Skala kommt auch betreffend die Zustimmung zu der Aussage, dass „Arbeitslose häufig nicht wirklich nach einer Arbeitsstelle suchen" sowie für den perzipierten *non-take-up* („viele Leute mit geringem Einkommen erhalten weniger Sozialleistungen, als ihnen gesetzlich zusteht") und Sozialmissbrauch („es gelingt vielen Leuten, die keinen Anspruch darauf haben, Sozialleistungen zu erhalten") zur Anwendung.

Zu sozialpolitischen Präferenzen werden insgesamt sieben Items erfasst. Dazu gehören erstens Fragen nach dem präferierten Grad der Regierungsverantwortung, nämlich einen „angemessenen Lebensstandard für Pensionist:innen" bzw. „für Arbeitslose" sicher zu stellen, sowie „ausreichend Kinderbetreuungsdienste für berufstätige Eltern". Die Antwortskala reicht hier von 0 = „sollte gar nicht in der Verantwortung der Regierung liegen" bis 10 = „sollte ganz in der Verantwortung der Regierung liegen". Drei Items beschäftigen sich mit konkreteren Steuerungsoptionen. Erstens wird danach gefragt, ob man es unterstützt, dass der Staat mehr Geld für die Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen ausgibt, dafür aber weniger Arbeitslosenunterstützung zahlt. Die Antwortskala reicht von 1 = „sehr dagegen" bis 4 = „sehr dafür". Die gleiche Skala wird zweitens für die Frage danach verwendet, ob man dagegen oder dafür ist, dass „nur noch Menschen mit den niedrigsten Einkommen staatliche Sozialleistungen und soziale Dienste erhalten würden, während Menschen mit mittleren oder höheren Einkommen für sich selbst sorgen müssen?" Drittens gibt es zu den Voraussetzungen, unter welchen neu zugewanderte Personen Zugang zu den üblichen Sozialleistungen erhalten sollen, fünf Antwortmöglichkeiten, wobei eine höhere Ausprägung striktere präferierte Voraussetzungen bedeutet.[45] Dieses Item dient zur Messung des individuellen „Wohlfahrtschauvinismus".[46]

---

45 Im Detail sind die Antwortmöglichkeiten: 1 = „Sofort bei Ankunft", 2= „Nach einem Jahr Aufenthalt in Österreich, egal ob sie gearbeitet haben oder nicht", 3 = „Nur nachdem sie mindestens ein Jahr gearbeitet und Steuern gezahlt haben", 4 = „Sobald sie österreichische Staatsbürger geworden sind", 5 = „Sie sollten nie die gleichen Ansprüche bekommen".

46 Vgl. Reeskens, Tim/Van Oorschot, Wim: Disentangling the 'New Liberal Dilemma'. On the Relation

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3.2 Methode

In einem ersten Schritt werden deskriptive Daten zur Ablehnung bzw. Zustimmung zum abgefragten BGE gegliedert nach soziodemografischen Kennzeichen präsentiert. Danach folgen mehrere logistische Regressionsmodelle, wobei die abhängige Variable, also die Ablehnung/Zustimmung zum BGE, in eine binäre Variable umkodiert wird (0 = „sehr dagegen" oder „dagegen"; 1 = „dafür" oder „sehr dafür"). Modell 1 umfasst als unabhängige Variablen soziodemografischen Kennzeichen, Modell 2 zusätzlich Informationen zur politisch-ideologischen Verortung. In Modell 3 werden weiters Items zur Bewertung (der Folgen) von existierenden sozialpolitischen Maßnahmen hinzugefügt, in Modell 4 breitere sozialpolitische Präferenzen. Modell 5 umfasst schließlich zusätzlich die Variable „Wohlfahrtschauvinismus".

4 Ergebnisse

4.1 Deskriptive Ergebnisse

In Österreich sprechen sich 46 % der Respondent:innen für das vorgeschlagene BGE-Modell aus, wobei 36 % dafür sind und 10 % sehr dafür (vgl. Tabelle 1). Insgesamt 54 % sprechen sich gegen das BGE aus. Dabei sind 37 % dagegen und 17 % sehr dagegen. Mit diesem Grad der Zustimmung liegt Österreich im internationalen Vergleich im unteren Teil der Verteilung, wobei nur in Schweden, in der Schweiz und in Norwegen ein substantiell geringerer Anteil der Befragten für das vorgeschlagene BGE ist (jeweils unter 40 %).[47] Am höchsten ist der Grad der Zustimmung in Lettland, Russland und Ungarn, mit einem Zustimmungsgrad von jeweils über oder knapp 70 %. Insgesamt deuten die Ergebnisse im internationalen Vergleich in die Richtung, dass die Zustimmung in Osteuropa höher ausfällt als in Nord- und Westeuropa, wobei es dabei auch Ausnahmen gibt (wie z. B. einen relativ hohen Grad der Zustimmung in Finnland und Belgien und eine vergleichsweise geringe Zustimmung in Estland).[48]

Nach soziodemografischen Merkmalen zeigen sich in Österreich häufig, wenn überhaupt, nur geringe Differenzierungen (vgl. Tabelle 1). So gibt es praktisch keine Unterschiede im anteilmäßigen Antwortverhalten von Männern und Frauen. Die Gesamtzustimmungsrate von Jüngeren im Alter unter 30 ist im Vergleich zu den mittleren Alterskohorten nur leicht erhöht, und bei Älteren im Alter von 65 und mehr Jahren nur

between General Welfare Redistribution Preferences and Welfare Chauvinism, in: International Journal of Comparative Sociology 53/2 (2012), S. 120–139.

47 Vgl. Roosma/Van Oorschot 2020; Parolin/Siöland 2020.

48 Vgl. ibid.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

leicht niedriger. Betreffend den Bildungsabschluss sind sowohl Personen mit niedriger formaler Bildung (maximal Pflichtschule) wie auch jene mit hoher formaler Bildung (tertiärer Abschluss) etwas häufiger für die Einführung des BGE als jene mit einem dazwischen liegenden Abschluss. Im Vergleich zu den Hauptaktivitäten „bezahlte Arbeit" und „Pension" fällt der Grad der Zustimmung insbesondere bei Arbeitslosigkeit und auch bei der Sammelkategorie „ökonomische Inaktivität und andere Stati" höher aus. Stärker für die Einführung des BGE sind auch Personen, die in der Vergangenheit mehr als 3 bzw. 12 Monate arbeitslos waren. Nach Einkommensgruppen (Referenz ist das Haushaltseinkommen) variiert der Grad der Ablehnung bzw. Zustimmung nicht sehr stark, wobei in der untersten Einkommensgruppe ein etwas höherer Teil für das BGE ist (hier ist zugleich aber auch jene Gruppe am größten, die das BGE stark ablehnt). Betreffend das subjektiv wahrgenommene Auskommen mit dem Haushaltseinkommen sind Personen, die nur schwer oder sehr schwer mit dem Haushaltseinkommen auskommen, der Tendenz nach stärker für das BGE als jene, die mit dem Haushaltseinkommen zurechtkommen oder bequem davon leben können. Ob sich mindestens ein Kind im Haushalt befindet oder nicht, ist nicht mit einer höheren Zustimmung oder Ablehnung des BGE assoziiert.

Tabelle 1 : Ablehnung und Zustimmung zum BGE nach soziodemografischen Merkmalen, in %

	Sehr dagegen	Dagegen	Dafür	Sehr dafür	Gesamt	Dafür oder sehr dafür
	Geschlecht					
Mann	17 %	37 %	35 %	11 %	100 %	46 %
Frau	16 %	38 %	36 %	10 %	100 %	46 %
	Altersgruppen					
15–29	18 %	30 %	42 %	10 %	100 %	52 %
30–44	14 %	40 %	33 %	12 %	100 %	45 %
45–64	16 %	39 %	34 %	11 %	100 %	46 %
65+	21 %	39 %	36 %	5 %	100 %	41 %
	Bildungsabschluss					
Pflichtschule	19 %	30 %	40 %	11 %	100 %	51 %
Lehre/mittlerer Abschluss	17 %	40 %	33 %	9 %	100 %	42 %
höherer Schulabschluss	15 %	40 %	36 %	8 %	100 %	44 %
tertiärer Abschluss	14 %	30 %	42 %	15 %	100 %	57 %
	Hauptaktivität					
bezahlte Arbeit	17 %	39 %	34 %	10 %	100 %	44 %

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Sehr dagegen	Dagegen	Dafür	Sehr dafür	Gesamt	Dafür oder sehr dafür
Arbeitslos	8 %	18 %	44 %	30 %	100 %	74 %
Pension	19 %	40 %	36 %	6 %	100 %	42 %
Arbeitsunfähig	30 %	30 %	20 %	19 %	100 %	40 %
ökonomisch inaktiv und andere Stati	12 %	31 %	45 %	12 %	100 %	58 %
	Erfahrung Arbeitslosigkeit 3 M+					
Nein	17 %	40 %	35 %	9 %	100 %	43 %
Ja	16 %	30 %	40 %	15 %	100 %	55 %
	Erfahrung Langzeitarbeitslosigkeit 12 M+					
Nein	17 %	38 %	36 %	9 %	100 %	45 %
Ja	10 %	30 %	39 %	21 %	100 %	60 %
	Haushaltseinkommen					
niedriges HE	20 %	31 %	37 %	13 %	100 %	50 %
niedriges mittleres HE	19 %	38 %	37 %	7 %	100 %	44 %
höheres mittleres HE	16 %	41 %	34 %	9 %	100 %	44 %
hohes HE	15 %	43 %	33 %	9 %	100 %	42 %
	Subjektives Auskommen mit Haushaltseinkommen					
nur sehr schwer zurechtkommen	14 %	25 %	32 %	29 %	100 %	61 %
nur schwer zurechtkommen	15 %	30 %	39 %	16 %	100 %	55 %
zurechtkommen	14 %	40 %	37 %	9 %	100 %	46 %
bequem leben	22 %	36 %	34 %	8 %	100 %	42 %
	Kind in Haushalt					
Nein	17 %	35 %	37 %	11 %	100 %	48 %
Ja	16 %	42 %	34 %	9 %	100 %	43 %
	Gesamt					
Gesamt	**17 %**	**37 %**	**36 %**	**10 %**	**100 %**	**46 %**

Anmerkungen: ESS-8 (2016); Gewichtung mittels Designgewicht

4.2 Modellergebnisse

Die oben dargestellten deskriptiven Statistiken geben keinen Aufschluss darüber, ob und welchen Einfluss die unterschiedlichen soziodemografischen Kennzeichen in ihrer wechselseitigen Kombination auf die Zustimmung bzw. Ablehnung zum BGE haben. Dies wird im Folgenden im Rahmen multivariater logistischer Regressionsmodelle untersucht (vgl. Tabelle 2).

Modell 1 enthält die bereits im letzten Abschnitt im Rahmen deskriptiver Ergebnisse adressierten soziodemografischen Kennzeichen der Respondent:innen. Dabei

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

zeigen sich nur wenige statistisch signifikante Zusammenhänge. Arbeitslosigkeit[49] und in geringerem Ausmaß „ökonomische Inaktivität“[50] sind im Vergleich zu Erwerbsarbeit mit einer höheren Zustimmung zum BGE assoziiert. Weiters sind Personen mit einer vorausgegangenen Arbeitslosigkeit von 3 oder mehr Monaten im stärkeren Ausmaß für das BGE als Personen ohne eine solche Erfahrung. Diese signifikanten Effekte bleiben auch unter Berücksichtigung der politisch-ideologischen Positionierung (Modell 2) und der Bewertung (existierender) Sozialleistungen und ihrer Folgen (Modell 3) erhalten. Aktuelle oder frühere längerfristige Arbeitslosigkeit und ökonomische Inaktivität sind augenscheinlich in Österreich wichtige Prädiktoren für eine Zustimmung zum BGE. Dies deutet in die Richtung, dass sich diese Gruppen in erhöhtem Ausmaß durch das BGE eine Verbesserung ihrer individuellen Situation erhoffen. Dies ist aber nicht mit einem allgemeinen Einkommenseffekt (im Sinn von Haushaltseinkommen) gleichzusetzen. Weder die Höhe des Haushaltseinkommens noch das subjektiv perzipierte Auskommen mit dem Haushaltseinkommen sind in Österreich, bei einer gleichzeitigen Berücksichtigung anderer soziodemografischer Eigenschaften, statistisch signifikant mit einer Zustimmung zum BGE assoziiert. Die Situation in Österreich folgt damit nicht dem internationalen Trend, dass Personen mit niedrigeren Haushaltseinkommen und stärker wahrgenommenen Problemen des Auskommens mit dem Einkommen in signifikant höherem Ausmaß für die Einführung des BGE sind.[51]

Entgegen den Ergebnissen von Untersuchungen, die alle im ESS vertretenen Länder in den Blick nehmen (vgl. ibid.), fällt die Unterstützung des BGE in Österreich auch nicht bei jüngeren Personen signifikant höher aus als bei älteren. In Übereinstimmung mit internationalen Untersuchungen[52] ist jedoch auch in Österreich die Existenz von mindestens einem Kind im Haushalt mit einer vergleichsweise geringeren Zustimmung zum BGE assoziiert. Dies ist vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass das BGE wiederholt als Maßnahme diskutiert wird, die dabei helfen könnte, die Kombination von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit zu unterstützen bzw. gesellschaftlich notwendige Familienarbeit zu honorieren.[53]

---

49 Dies deckt sich mit Ergebnissen von Analysen, die alle im ESS vertreten Länder untersuchen (vgl. Roosma/Van Oorschot 2020; Choi 2021; Vlandas 2021; Parolin/Siöland 2020).

50 Dies umfasst als Hauptaktivität in Ausbildung, Zivil- oder Militärdienst, Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen, andere Stati (die nicht durch eine andere Kategorie erfasst sind).

51 Roosma/Van Oorschot 2020; Choi 2020; Vlandas 2021.

52 Roosma/Van Oorschot 2020.

53 Vgl. z. B. Opielka, Michael: Grundeinkommen als umfassende Sozialreform. Zur Systematik und Finanzierbarkeit am Beispiel des Vorschlags Solidarisches Bürgergeld, in: Straubhaar, Thomas (Hg.): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, Hamburg 2008, S. 129–175, hier S. 165 ff.; Van Parijs/Vanderborght 2017, S. 185 ff.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Tabelle 2: Multivariates logistisches Regressionsmodell zur Zustimmung um BGE für Österreich

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4		Modell 5	
	Koeff.	Std.F.	Koeff.	Std.F.	Koeff.	Std.F.			Koeff.	Std.F.
Soziodem. Eigenschaften										
Altersgruppe (Ref. 15–29 Jahre)										
30–44 Jahre	-0.221	(0.208)	-0.227	(0.218)	-0.184	(0.256)	-0.0921	(0.273)	-0.0819	(0.276)
45–64 Jahre	-0.155	(0.191)	-0.156	(0.198)	-0.0170	(0.237)	-0.0640	(0.248)	-0.0723	(0.250)
65+ Jahre	-0.476	(0.271)	-0.482	(0.283)	-0.119	(0.319)	0.0126	(0.352)	0.0201	(0.361)
Geschlecht: Frau	-0.0821	(0.125)	-0.0528	(0.133)	0.0496	(0.151)	0.0858	(0.163)	0.128	(0.168)
Bildungsabschluss (Ref. Pflichtschule)										
Lehre/mittlerer Abschluss	-0.294	(0.192)	-0.350	(0.209)	-0.462	(0.244)	-0.375	(0.275)	-0.365	(0.283)
Höherer Schulabschluss	-0.243	(0.226)	-0.299	(0.242)	-0.410	(0.284)	-0.382	(0.315)	-0.403	(0.324)
Tertiärer Abschluss	0.317	(0.242)	0.209	(0.259)	0.0440	(0.301)	0.176	(0.335)	0.205	(0.343)
Hauptaktivität (Referenz bezahlte Arbeit)										
Arbeitslos	**1.100****	(0.371)	**1.131****	(0.394)	**1.055***	(0.454)	0.744	(0.485)	0.707	(0.481)
Pension	-0.0278	(0.218)	-0.0562	(0.230)	-0.404	(0.249)	-0.388	(0.277)	-0.373	(0.282)
Arbeitsunfähig	-0.172	(0.601)	-0.101	(0.573)	-0.192	(0.649)	-0.248	(1.028)	-0.426	(1.008)
Ökonomisch inaktiv/andere Stati	**0.765*****	(0.229)	**0.711****	(0.242)	**0.587***	(0.279)	**0.717***	(0.302)	**0.675***	(0.309)
Erfahrung Arbeitslosigkeit 3+ Monate	**0.482****	(0.165)	**0.417***	(0.175)	**0.496***	(0.198)	**0.714****	(0.221)	**0.742*****	(0.225)
Erfahrung Arbeitslosigkeit 12+ Monate	-0.200	(0.277)	-0.308	(0.294)	-0.232	(0.354)	-0.163	(0.369)	-0.171	(0.375)
Subjektives Auskommen mit Einkommen	-0.0522	(0.0960)	-0.0352	(0.102)	0.0907	(0.116)	0.135	(0.123)	0.123	(0.125)
Haushaltseinkommen (Referenz: Niedriges HE)										
Niedriges mittleres HE	0.0116	(0.175)	0.0340	(0.188)	0.135	(0.218)	0.0494	(0.241)	0.00194	(0.240)
Höheres mittleres HE	0.115	(0.196)	0.108	(0.204)	0.230	(0.235)	0.163	(0.254)	0.163	(0.254)
Hohes HE	-0.0397	(0.300)	-0.0232	(0.312)	-0.316	(0.382)	-0.417	(0.384)	-0.575	(0.392)
Kind(er) in Haushalt	**-0.298***	(0.151)	-0.255	(0.159)	-0.246	(0.184)	-0.346	(0.195)	**-0.406***	(0.196)

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4		Modell 5	
	Koeff.	Std.F.	Koeff.	Std.F.	Koeff.	Std.F.			Koeff.	Std.F.
Politische und ideologische Positionierung										
Selbstverortung politische Links-Rechts-Position			**-0.0866***	(0.0349)	**-0.0822***	(0.0398)	-0.0597	(0.0416)	-0.0421	(0.0423)
Meritokratie			0.0850	(0.0613)	**0.222****	(0.0753)	**0.174***	(0.0818)	0.132	(0.0832)
Egalitarismus			**0.350*****	(0.0796)	**0.239****	(0.0909)	0.161	(0.104)	0.104	(0.103)
Bewertung (existierender) Sozialleistungen und ihrer Folgen										
SL verhindern weit verbreitete Armut					-0.0621	(0.103)	-0.0140	(0.111)	-0.0396	(0.111)
SL führen zu mehr Gleichheit i. d. Gesellschaft					0.174	(0.0958)	0.162	(0.105)	0.194	(0.103)
Einsch. Lebensstandard Arbeitslose					**-0.0852***	(0.0401)	-0.0832	(0.0449)	-0.0679	(0.0463)
Einsch. Lebensstandard Pensionist:innen					-0.0578	(0.0427)	-0.0403	(0.0473)	-0.0272	(0.0491)
SL machen Menschen faul					-0.138	(0.0935)	-0.174	(0.101)	-0.200*	(0.102)
SL machen Menschen weniger hilfsbereit					0.0291	(0.0903)	-0.0585	(0.0987)	-0.0762	(0.102)
SL verursachen zu hohe Steuern/ Abgaben für Unternehmen					**-0.200***	(0.0878)	-0.141	(0.0958)	-0.108	(0.0940)
SL verursachen zu große Belastung der Wirtschaft					0.111	(0.0840)	0.0728	(0.0922)	0.0829	(0.0934)
Arbeitslose suchen häufig nicht wirklich nach Arbeitsstelle					-0.0437	(0.0818)	-0.100	(0.0905)	-0.0527	(0.0948)
SL: Weit verbreiteter *non-take-up*					**0.278*****	(0.0727)	**0.290*****	(0.0779)	**0.294*****	(0.0794)
SL: Weit verbreiteter Sozialmissbrauch					**-0.200***	(0.0833)	**-0.208***	(0.0909)	-0.164	(0.0950)
Präferenzen zu Sozialpolitik										
Regierung sollte Einkommensunterschiede verringern							**0.308****	(0.0986)	**0.277****	(0.0997)

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4		Modell 5	
	Koeff.	Std.F.	Koeff.	Std.F.	Koeff.	Std.F.			Koeff.	Std.F.
Regierungsverantwortung Lebensstandard Arbeitslose							-0.0454	(0.0408)	-0.0453	(0.0417)
Regierungsverantwortung Lebensstandard Pensionist:innen							-0.0773	(0.0501)	-0.0746	(0.0512)
Regierungsverantwortung Kinderbetreuung							0.0602	(0.0442)	0.0702	(0.0457)
Mehr Aus- und Weiterbildung für Arbeitslose, dafür niedrigere Arbeitslosenunterstützung							**0.340****	(0.110)	**0.329****	(0.112)
Sozialleistungen nur für Menschen mit niedrigsten Einkommen							**0.394*****	(0.106)	**0.441*****	(0.104)
Wohlfahrtschauvinismus									**-0.266****	(0.0882)
Konstante	0.0994	(0.379)	-1.087	(0.619)	-0.555	(0.916)	-2.782**	(1.030)	-2.151*	(1.033)
Pseudo R2	0.0447		0.0622		0.1114		0.1598		0.1711	
N	1499		1378		1153		1072		1053	

Anmerkungen: ESS-8 (2016); Gewichtung mittels Designgewicht; Standardfehler in Klammern; * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

In Modell 2 werden Items zur politischen und ideologischen Position mit in die Analyse aufgenommen, in Modell 3 Bewertung existierender Sozialleistungen und zu ihren perzipierten Folgen. In Übereinstimmung mit Ergebnissen von Untersuchungen, die alle Länder im ESS berücksichtigen,[54] ist eine (eher) rechte politische Selbstpositionierung mit einer schwächeren Unterstützung des BGE assoziiert, und eine (eher) linke Selbstpositionierung mit einer stärkeren. In beiden Modellen zeigt sich zugleich ein positiver Effekt einer egalitären Einstellung, das heißt einer vergleichsweise hohen Zustimmung zu dem Statement, dass „in einer gerechten Gesellschaft die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen klein sein sollten". Dies ist wiederum im Einklang mit internationalen Untersuchungen.[55]

Interessanterweise und im Unterschied zu den vorher genannten internationalen Untersuchungen hat der Effekt von Meritokratie, also die Zustimmung zu dem State-

54 Vgl. Roosma/Van Oorschot 2020; Choi 2021; Vlandas 2021; Lee 2021.

55 Roosma/Van Oorschot 2020; Choi 2021; Lee 2021.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ment, dass „Unterschiede im Einkommen […] gerechtfertigt sind, um Unterschiede in der Begabung und im Arbeitseinsatz ordentlich zu belohnen", in Österreich ein positives Vorzeichen, wobei der Zusammenhang erst dann signifikant wird, wenn zugleich Bewertungen existierender Sozialpolitik berücksichtigt werden (Modell 3). Der positive Zusammenhang könnte so interpretiert werden, dass das BGE in Österreich von Teilen der Respondent:innen quasi als ein Instrument angesehen wird, das für einen gewissen Ausgleich in den Startbedingungen führt, aber nicht grundsätzlich das (ebenfalls präferierte) Leistungsprinzip aushebelt.

Die meisten anderen Items zur Bewertung existierender Sozialpolitik und ihrer Folgen zeigen keinen signifikanten oder einen nur geringen Effekt (Letzteres betreffend die Bewertung der Lebensverhältnisse von Arbeitslosen). Dies ist weitgehend im Einklang zu den Ergebnissen von Roosma/Van Oorschot[56], die sich auf alle am ESS teilnehmenden Länder beziehen. Vergleichsweise starke und signifikante Zusammenhänge zeigen sich nur betreffend die Perzeption von weit verbreitetem *non-take-up* von Sozialleistungen einerseits und die hinsichtlich der Wahrnehmung von weit verbreitetem Sozialmissbrauch andererseits. Ersteres geht mit einer höheren Zustimmung zum BGE einher, wobei hier vermutet werden kann, dass das BGE als Instrument zur Lösung dieses perzipierten Problems wahrgenommen wird. Stärker perzipierter Sozialmissbrauch ist hingegen mit einer geringeren Zustimmung zum BGE assoziiert. Dabei legen die Ergebnisse von Modell 5 (vgl. unten) nahe, dass sich hinter diesem Ergebnis zu einem guten Teil wohlfahrtschauvinistische Einstellungen verbergen. Wenn Letztere berücksichtigt werden, ist der Effekt von perzipiertem Sozialmissbrauch nicht mehr statistisch signifikant.

In Modell 4 und Modell 5 werden zusätzlich Items zu diversen sozialpolitischen Präferenzen berücksichtigt. Eine stärkere oder schwächere Zustimmung zu Regierungsverantwortung in unterschiedlichen Politikfeldern (Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards von Arbeitslosen, von Pensionist:innen und im Bereich der Kinderbetreuung) hat dabei keinen Effekt auf die zum BGE vertretene Position. Roosma/Van Oorschot[57] kommen aus internationaler Perspektive zu ähnlichen Ergebnissen: Sie finden für diese Items nur schwache Effekte und interpretieren dies als Folge davon, dass in den genannten Politikfeldern traditionell konditionale Instrumente überwiegen, während die Unterstützung des BGE eine Zustimmung zu einer Leistung ohne solche Konditionalitäten voraussetzt, was ein struktureller Unterschied ist. Darüber hinaus könnte angenommen werden, dass das niedrigere Leistungsniveau des BGE von einem Teil der Respondent:innen, die für Regierungsverantwortung in den genann-

56 Roosma/Van Oorschot 2020.

57 Roosma/Van Oorschot 2020.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ten Bereichen eintreten, als nicht angemessen wahrgenommen wird, von einem Teil jedoch schon.

Drei weitere Fragen zu Sozialstaatspräferenzen zeigen sowohl in Modell 4 wie auch in Modell 5 vergleichsweise starke positive Zusammenhänge mit einer Zustimmung zum BGE. Dies gilt erstens für die Präferenz, dass der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Einkommensunterschiede zu reduzieren. Das Ergebnis für Österreich ist wiederum ähnlich wie mit Blick auf alle ESS-Länder.[58] Dabei kann angenommen werden, dass die Respondent:innen vielfach davon ausgehen, dass das BGE in Richtung dieses Zieles wirkt, und es darum befürworten. Zweitens ist auch ein im Vergleich starkes Eintreten dafür, dass nur noch Menschen mit den niedrigsten Einkommen sozialstaatliche Leistungen bekommen sollen, positiv mit einer Zustimmung zum BGE assoziiert.[59] Dieser Befund erscheint widersprüchlich, weil das BGE ja unabhängig von sonstigen Einkommen bezogen werden könnte. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass Respondent:innen gleichzeitig eine Präferenz für beide Maßnahmen zeigen, weil sie davon ausgehen, dass beide die soziale Situation niedriger Einkommensgruppen verbessern können. Ob dies mittels des BGE erreicht wird, oder mittels einer stärkeren Bedarfsprüfung, könnte dabei aus individueller Perspektive sekundär sein.[60] Einen ähnlich starken Effekt betreffend die Präferenz für das BGE gibt es in Österreich und auch in Ergebnissen zum gesamten ESS (ibid.) hinsichtlich einer gleichzeitigen Präferenz für mehr Aus- und Weiterbildung für Arbeitslose bei einer zugleich niedrigeren finanziellen Arbeitslosenunterstützung. In anderen Worten deutet dies in die Richtung, dass Unterstützer eines BGE eine Tendenz dazu zeigen, verstärkt bewusst für niedrigere (dafür aber universelle und nicht konditionale) Sozialtransfers einzutreten. Zugleich optieren sie aber auch vermehrt für darüber hinaus gehende Unterstützungsleistungen in Form von mehr Aus- und Weiterbildung.

Als letztes Item zu Sozialstaatspräferenzen wird in Modell 5 zusätzlich die Präferenz betreffend Zugangsvoraussetzungen zu Sozialleistungen für neu zugewanderte Personen aufgenommen. Dabei zeigt sich, dass ein höherer Grad an „Wohlfahrtschauvinismus" (also das Eintreten für strenge Zugangsvoraussetzungen) mit einer geringeren Zustimmung zum BGE einhergeht (und vice versa). Respondent:innen, die angeben, dass neu zugewanderte Personen nie die gleichen Ansprüche wie in Österreich lebende Bürger:innen bekommen sollten, zeigen eine um ca. 120 % kleinere Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zum BGE wie jene, die dafür sind, dass gleiche Ansprüche sofort bei Ankunft gewährt werden sollten.[61] Dieser Effekt fällt in Österreich stärker aus

58 Vgl. Roosma/Van Oorschot 2020; Choi 2021.

59 Vgl. für ähnliche Ergebnisse in Analysen für den gesamten ESS: ibid.; und Lee 2021.

60 Vgl. Roosma/Van Oorschot 2020, S. 201 f.; Lee 2021.

61 Die Odds ratio beträgt auf dieser fünfteiligen Skala 0,77. Der Odds ratio ist kleiner als 1, weshalb zur

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

als in Analysen, die alle ESS-Länder umfassen.[62] In diesem Zusammenhang erscheint relevant, dass die politische Debatte zu Fragen der Mindestsicherung in Österreich zum Erhebungszeitpunkt im Herbst 2016 stark von Fragen um Migration und den Leistungszugang von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft geprägt war.[63]

5 Diskussion und Schlussfolgerungen

Das in der 8. Welle des ESS abgefragte Modell eines BGE impliziert einen radikalen Umbau der vorhandenen sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Trotzdem sprach sich in Summe fast die Hälfte der Respondent:innen dafür (36 %) oder sehr dafür (10 %) aus. Dabei ist dieser – gegeben die Tragweite des Politikvorschlages – schon hohe Zustimmungsgrad immer noch substantiell niedriger als in Teilen anderer Länder, vor allem in Osteuropa. Die Analyse im Rahmen multivariater logistischer Regressionsmodelle zeigt, dass zentrale soziodemografische Kennzeichen wie Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Höhe des Haushaltseinkommens und das perzipierte Auskommen mit dem Einkommen in Österreich keinen Effekt auf den Grad der Zustimmung zum BGE haben. Aus einer Perspektive der Bedeutung „ökonomischer Eigeninteressen" könnte dies dadurch verursacht sein, dass auf individueller Ebene die finanziellen Implikationen des vorgeschlagenen BGE-Modells schwer abzuschätzen sind, weil die Leistungshöhe nur vage ausformuliert ist. Würde sich die jeweilige finanzielle Situation verbessern, oder – weil die meisten anderen Leistungen des breit ausgebauten österreichischen Sozialstaates gestrichen würden – verschlechtern? Internationale Untersuchungen zeigen, dass die Zustimmung zum BGE in schwächer ausgebauten Sozialstaaten höher ist und dass – wenn diese Länder mit berücksichtigt werden – die Höhe der Haushaltseinkommen, das perzipierte Auskommen mit dem Einkommen (und in geringerem Ausmaß auch das Alter) statistisch signifikante Prädiktoren für eine Zustimmung zum BGE sind. Das Ergebnis, dass die Zustimmung zu einem BGE in Österreich nicht in erster Linie mit soziodemografischen Kennzeichen wie Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen zusammenhängt, deckt sich mit Ergebnissen einer anderen rezenten in Österreich durchgeführten Befragung zum Thema.[64] Dennoch sind, wie oben gezeigt wurde, individuelle aktuelle und früher erfahrene soziale Risiken auch in Österreich

Berechnung der prozentuellen Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit pro Einheit der Veränderung der unabhängigen Variable der Kehrwert herangezogen wird: 1/0,77=0,3.

62 Parolin/Siöland 2020; Choi 2021.

63 Fink/Leibesteder 2023.

64 Vgl. Wirl, Walter: Der Einfluss ausgewählter Faktoren auf die Einstellung der ÖsterreicherInnen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, Diplomarbeit, Wien 2018.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

nicht gänzlich ohne Einfluss. Aktuelle Arbeitslosigkeit, frühere längerfristige Arbeitslosigkeit und aktuelle „ökonomische Inaktivität" (Ausbildung, Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen) erhöhen die Zustimmungswahrscheinlichkeit zum BGE substantiell.[65]

Zugleich deuten Zusammenhänge mit ideologisch-politischen Positionierungen, mit spezifischen evaluativen Bewertungen von existierender Sozialpolitik sowie zu anderen politischen Steuerungsoptionen in die Richtung, dass das BGE bei dessen Befürworter:innen eher als Maßnahme einer expansiven Sozialpolitik verstanden wird („progressive Variante") denn als Maßnahme zum Rückbau des Sozialstaates („liberale Variante"). Das BGE wird stärker von Personen unterstützt, die sich politisch (eher) links zuordnen und die für eine geringere Einkommensungleichheit bzw. für staatliche Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensungleichheit eintreten. Für Teile scheint das BGE dabei zugleich durchaus mit dem Leistungsprinzip vereinbar, wobei angenommen werden kann, dass das BGE dabei als Maßnahme zur Herstellung von mehr Chancengerechtigkeit interpretiert wird. In diese Richtung deutet auch der positive Zusammenhang zwischen der Zustimmung zum BGE und einer Präferenz für mehr Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung für Arbeitslose (bei gleichzeitig niedrigeren monetären Transfers an diese Gruppe). Dabei scheinen Personen, die für das BGE eintreten, zugleich aber insbesondere auch das Ziel der Armutsminderung im Blick zu haben. In diese Richtung deutet ihre oben bereits angesprochene vielfache Präferenz für staatliche Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensungleichheit, das Faktum, dass sie stärker Probleme des *non-take-up* bestehender Sozialleistungen wahrnehmen und dass sie – als mögliche Alternative – zugleich für eine stärkere Konzentration von staatlichen Sozialtransfers und sozialen Dienstleistungen auf Menschen mit sehr niedrigen Einkommen eintreten. Das primäre Motiv für die Unterstützung eines BGE wäre demnach nicht ein Eintreten für dessen Universalität oder Bedingungslosigkeit, sondern vor allem eine Präferenz dafür, dass Personen bzw. Haushalte mit niedrigen Einkommen durch sozialstaatliche Politik auf einem existenzsichernden Niveau abgesicherten werden sollen.[66] Ein zusätzlicher wichtiger Zusammenhang zur Zustimmung/Ablehnung des BGE zeigt sich dabei in Österreich zum Befragungszeitpunkt in relativ hohem Ausmaß auch betreffend Einstellungen zum Zugang zu Sozialleistungen für neu zugezogene Personen. Je stärker dabei eine restriktive Position vertreten wurde, umso weniger wahrscheinlich war eine Zustimmung zum BGE (und vice versa).

65 Vgl. zu damit übereinstimmenden Ergebnissen aus dem Austrian Corona Panel Project: Schlögl, Lukas/Prainsack, Barbara: Das bedingungslose Grundeinkommen bleibt weiterhin umstritten. Austrian Corona Panel Project, Corona-Blog 35, Wien 2020, Internet: https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog35/ (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

66 Vgl. ähnlich Roosma/Van Oorschot 2020; Lee 2021.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Ein wesentliches Problem der in diesem Beitrag vorgestellten Analyse ist das Faktum, dass das abgefragte Modell eines BGE relativ vage formuliert ist. Dies ist in erster Linie der Erhebungsmethode geschuldet, wo Platz – bzw. Zeitrestriktionen im Rahmen des ESS keine ausdifferenzierten Beschreibungen oder alternative zu bewertende Modelloptionen etc. erlauben. Für ein tiefer gehendes Verständnis der Zustimmung bzw. Ablehnung zum BGE bedarf es weiterer quantitativ-experimenteller und qualitativer Untersuchungen, die sich genauer damit beschäftigen, inwiefern welche Personen welche (möglichen) Designelemente eines BGE unterstützen und warum (das heißt auch mit Rückgriff auf welche Argumente). Auf dieser Basis könnten genauere Aussagen darüber getroffen werden, ob und unter welchen Bedingungen der radikale Umbau der tradierten sozialen Sicherungssysteme in Richtung eines BGE mehrheitsfähig wäre oder nicht.

Literatur

Bay, Ann-Helén/Pedersen, Axel West: The Limits of Social Solidarity. Basic Income, Immigration and the Legitimacy of the Universal Welfare State, in: Acta Sociologica 49/4 (2006), S. 419–436.

Blaschke, Ronald: Denk' mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee, in: Blasche, Ronald/Otto, Adeline/Scheepers, Norbert (Hg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin 2010, S. 9–292.

Blekesaune, Morten/Quadagno, Jill: Public Attitudes toward Welfare State Policies. A Comparative Analysis of 24 Nations, in: European Sociological Review 19/5 (2003), S. 415–427.

Bobo, Lawrence: Social Responsibility, Individualism, and Redistributive Policies, in: Sociological Forum 6/1 (1991), S. 71–92.

Caputo, Richard K./Liu, Larry (Hg.): Political Activism and Basic Income Guarantee. International Experiences and Perspectives Past, Present, and Near Future, Cham 2020.

Choi, Gwangeun: Basic Human Values and Attitudes Towards a Universal Basic Income in Europe, in: Basic Income Studies 16/2 (2021), S. 101–123.

Chrisp, Joe/Laenen, Tijs/Van Oorschot, Wim: The Social Legitimacy of Basic Income. A Multidimensional and Cross-National Perspective. An Introduction to the Special Issue, in: Journal of International and Comparative Social Policy 36/3 (2020), S. 217–222.

De Wispelaere, Jurgen/Stirton, Lindsay: The Many Faces of Universal Basic Income, in: The Political Quarterly 75/3 (2004), S. 266–274.

De Wispelaere, Jurgen: The Struggle for Strategy: On the Politics of the Basic Income Proposal, in: Politics 36/2 (2016), S. 131–141.

Esping-Andersen, Gøsta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

Feldman, Stanley: Structure and Consistency in Public Opinion: the Role of Core Beliefs and Values, in: American Journal of Political Science 32/2 (1988), S. 416–440.

Fernández-Albertos, José/Manzano, Dulce (2016): Dualism and Support for the Welfare State, in: Comparative European Politics 14/3 (2016), S. 349–375.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Fink, Marcel/Leibetseder, Bettina: The Influence of Party Strategies and Policy Entrepreneurs on the Momentum and the Outcome of the Failed National Reform of the Austrian Minimum Income Scheme, draft journal paper, forthcoming (2023).

Francese, Maura/Prady, Delphine: Universal Basic Income. Debate and Impact Assessment, IMF Working Paper 2018, Internet: https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2018/12/10/Universal-Basic-Income-Debate-and-Impact-Assessment-46441 (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

Friedman, Milton: Capitalism and Freedom, Chicago 1962.

Gërxhani, Klarita/Koster, Ferry: 'I Am Not Alone'. Understanding Public Support for the Welfare State, in: International Sociology 27/6 (2012), S. 768–787.

Hasenfeld, Yeheskel/Rafferty, Jane A.: The Determinants of Public Attitudes toward the Welfare State, in: Social Forces 67/4 (1989), S. 1027–1048.

Häusermann, Silja/Kurer, Thomas/Schwander, Hanna (2016): Sharing the Risk? Households, Labor Market Vulnerability, and Social Policy Preferences in Western Europe, in: Journal of Politics 78/4 (2016), S. 1045–1060.

Hollós, Béla: „Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen in Österreich realisierbar?", Diplomarbeit, Wien 2012.

Lee, Soomi: Politics of Universal and Unconditional Cash Transfer. Examining Attitudes Toward Universal Basic Income, in: Basic Income Studies 16/2 (2021), S. 191–208.

Liberales Bundesforum: Umdenken! Liberale Steuerreform. Neue Solidarität. Beschluss betreffend Grundsicherung, ökologische Steuerreform, allgemeine Steuerreform. 12. Bundesforum, 11.–12.10.1997, Ms.

Liu, Larry: Universal Basic Income Activism in Switzerland and Austria, in: Caputo, Richard K./Liu, Larry (Hg.): Political Activism and Basic Income Guarantee. International Experiences and Perspectives Past, Present, and Near Future, Cham 2020, S. 229–252.

Martinelli, Luke: The Fiscal and Distributional Implications of Alternative Universal Basic Income Schemes in the UK. IPR Report, May 2017, Bath 2017.

Martinelli, Luke: A Basic Income Trilemma: Affordability, Adequacy, and the Advantages of Radically Simplified Welfare, in: Journal of Social Policy 49/3 (2019), S. 461–482.

Muñoz, Jordi/Pardos-Prado, Sergi: Immigration and Support for Social Policy. An Experimental Comparison of Universal and Means-Tested Programs, in: Political Science Research and Methods 7/4 (2019), S. 717–735.

Opielka, Michael: Grundeinkommen als umfassende Sozialreform. Zur Systematik und Finanzierbarkeit am Beispiel des Vorschlags Solidarisches Bürgergeld, in: Straubhaar, Thomas (Hg.): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, Hamburg 2008, S. 129–175.

Parolin, Zachary/Siöland, Linus: Support for a Universal Basic Income: A Demand-Capacity Paradox?, in: Journal of European Social Policy 30/1 (2020), S. 5–19.

Reeskens, Tim/Van Oorschot, Wim: Disentangling the 'New Liberal Dilemma'. On the Relation between General Welfare Redistribution Preferences and Welfare Chauvinism, in: International Journal of Comparative Sociology 53/2 (2012), S. 120–139.

Rehm, Philipp: Risks and Redistribution. An Individual-Level Analysis, in: Comparative Political Studies 42/7 (2009), S. 855–881.

Rehm, Philipp/Hacker, Jacob S./Schlesinger, Mark: Insecure Alliances. Risk, Inequality, and Support for the Welfare State, in: American Political Science Review 106/2 (2012), S. 386–406.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Rincón, Leire: A Robin Hood for All. A Conjoint Experiment on Support for Basic Income, in: Journal of European Public Policy 29 (2021), S. 1–29.

Rincón, Leire/Vlandas, Tim/Hiilamo, Heikki: What's Not to Like? Benefit Design, Funding Structure and Support for Universal Basic Income, in: Journal of European Social Policy 32/4 (2022), S. 467–483.

Roosma, Femke/Van Oorschot/Gelissen, John: The Preferred Role and Perceived Performance of the Welfare State. European Welfare Attitudes from a Multidimensional Perspective, in: Social Science Research 44 (2014), S. 200–210.

Roosma, Femke/Van Oorschot, Wim: Public Opinion on Basic Income. Mapping European Support for a Radical Alternative for Welfare Provision, in: Journal of European Social Policy 30/2 (2020), S. 190–205.

Schlögl, Lukas/Prainsack, Barbara: Das bedingungslose Grundeinkommen bleibt weiterhin umstritten. Austrian Corona Panel Project, Corona-Blog 35, Wien 2020, Internet: https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog35/ (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

Stadelmann-Steffen, Isabelle/Dermont, Clau: Citizens' Opinions About Basic Income Proposals Compared. A Conjoint Analysis of Finland and Switzerland, in: Journal of Social Policy 49/2 (2020), S. 383–403.

Stolitzka, Johannes/Feierabend, Dieter: Bedingungsloses Grundeinkommen. Standortbestimmung zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen, Policy Brief, Wien 2020, Internet: https://lab.neos.eu/_Resources/Persistent/0d2423c0dff94c980bab2768776c0cd647de16b6/NEOS-LAB-PB-BGE-online.pdf (zuletzt abgerufen: 29.03.2023).

Svallfors, Stefan: Class, Attitudes and the Welfare State. Sweden in Comparative Perspective, in: Social Policy & Administration 38/2 (2004), S. 119–138.

Svallfors, Stefan: Welfare States and Welfare Attitudes, in: Svallfors, Stefan (Hg.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford/CA 2012, S. 1–24.

Tálos, Emmerich: Grundsicherung: Eine alte und aktuelle Debatte, in: Tálos, Emmerich (Hg.): Bedarfsorientierte Grundsicherung, Wien 2003, S. 157–172.

Van Oorschot, Wim/Meuleman, Bart: Welfare Performance and Welfare Support, in: Svallfors, Stefan (Hg.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford 2012, S. 25–57.

Van Parijs, Philippe/Vanderborght, Yannick: Basic Income. A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy, Cambridge MA & London 2017.

Vlandas, Tim: The Political Economy of Individual-Level Support for the Basic Income in Europe, in: Journal of European Social Policy 31/1 (2021), S. 62–77.

Widerquist, Karl: Three Waves of Basic Income Support, in: Torry, Malcolm (Hg.): The Palgrave International Handbook of Basic Income, Cham 2019, S. 31–46.

Widerquist, Karl/Noguera, José/Vanderborght, Yannick/De Wispelaere, Jurgen (Hg.): Basic Income: An Anthology of Contemporary Research, Werst Sussex 2013.

Wirl, Walter: Der Einfluss ausgewählter Faktoren auf die Einstellung der ÖsterreicherInnen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, Diplomarbeit, Wien 2018.

Wohlgenannt, Lieselotte/Büchele, Herwig: Den öko-sozialen Umbau beginnen: Grundeinkommen, Wien 1990.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Marcel Fink · Peter Grand · Guido Tiemann

The Deserving and the Undeserving

Determinants of Welfare Attitudes

1 Deservingness as "Heuristics" or "Automatism"?

Countless studies have highlighted the crucial role of public opinion in formulating, discussing, and implementing social policy. Political actors have regularly quoted public opinion or sentiment to justify reforms, most frequently retrenchments, of the welfare state. These measures were deemed necessary to comply with "novel" concepts of distributional justice or to explain the recess or the conditionality of present social protections. Given the significance of these discussions and reforms, social scientists have produced a wide range of explanations for the drivers and dynamics of welfare attitudes. Previous work has established that an individual's support for social transfers is likely affected by subject-related factors such as material self-interest and general or policy-specific political preferences. Other contributions have highlighted the additional effects of context-level predictors, most notably captured by crucial economic or social indicators or different institutional architectures of the welfare states.[1]

On the one hand, welfare attitudes are driven by the interests, preferences and values of those who pay taxes, contribute to social welfare systems, and ultimately support or

1 Cf. Beramendi, Pablo/Rehm, Philipp: Who Gives, Who Gains? Progressivity and Preferences, in: Comparative Political Studies 49/4 (2016), pp. 529–563; Bobo, Lawrence: Social Responsibility, Individualism, and Redistributive Policies, in: Sociological Forum 6/1 (1991), pp. 71–92; Hasenfeld, Yeheskel/Rafferty, Jane A.: The Determinants of Public Attitudes Toward the Welfare State, in: Social Forces 67/4 (1989), pp. 1027–1048; Blekesaune, Morten/Quadagno, Jill: Public Attitudes Toward Welfare State Policies. A Comparative Analysis of 24 Nations, in: European Sociological Review 19/5 (2003), pp. 415–427; Esping-Andersen, Gosta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990; Groskind, Fred: Ideological Influences on Public Support for Assistance to Poor Families, in: Social Work 39/1 (1994), pp. 81–89; Hall, Peter A./Soskice, David (eds.): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford 2001; Margalit, Yotam: Explaining Social Policy Preferences. Evidence from the Great Recession, in: American Political Science Review 107/1 (2013), pp. 80–103; Rehm, Philipp: Risks and Redistribution. An Individual-Level Analysis, in: Comparative Political Studies 42/7 (2009), pp. 855–881; Rehm, Philipp: Social Policy by Popular Demand, in: World Politics 63/2 (2011), pp. 271–299; Rehm, Philipp: Risk Inequality and Welfare States. Social Policy Preferences, Development, and Dynamics, Cambridge 2016; Rueda, David/Pontusson, Jonas: Individual Preferences for Redistribution in Western Europe. Self-Interest, Political Articulation, Altruism and Identity. University of Oxford, Oxford 2010.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

reject general or specific social transfers. Moreover, welfare attitudes are also impaired by the attribution, evaluations, judgments, and prejudice concerning diverse groups of (genuine, framed, or stylized) benefit claimants. Individual-specific interests and values are not easily changed. However, the diffusion of stereotypes and pejorative frames of benefit claimants may be an alternative, more feasible strategy to manipulate public opinion and pave the way for new rounds of social benefit cuts, welfare state retrenchments, or conditionality. Recent scientific analyses have picked up the multidimensional nature of welfare attitudes and highlighted object- instead of subject-related determinants of welfare attitudes. Under the broad label "deservingness", social scientists have explored whether alternative, well-defined individuals are considered deserving or undeserving of social support or transfers.[2]

These attributions of deservingness are informed by dimensions such as personal employment history (or the lack thereof), the reciprocity of contributions and benefit claims (or the lack thereof), or identity-based notions that determine whether an individual can identify with an unemployed person or not. Empirical studies have corroborated that individuals support social transfers to claimants they consider "unlucky," while they often reject similar efforts for those they consider "lazy". For instance, a middle-aged woman who loses her job due to the bankruptcy of her employer is assumed to be regarded as more deserving than a young unemployed man who quits a job because he does not like it.[3]

1.1 Deservingness as Heuristics or an Automatic Process

Standard views have suggested that voters who are not sufficiently informed or do not hold well-structured preferences may rely on deservingness as "heuristics" or "judgmental shortcuts". These cues enable actors to form coherent opinions without substan-

2 Cf., above all, the seminal paper by Oorschot, Wim van: Who Should Get What, and Why? On Deservingness Criteria and the Conditionality of Solidarity Among the Public, in: Policy & Politics 28/1 (2000), pp. 33–48.

3 Cf. Buss, Christopher: Public Opinion to Targeted Labour Market Policies. A Vignette Study on the Perceived Deservingness of the Unemployed, in: Journal of European Social Policy 29/2 (2019), pp. 228–240; Gilens, Martin: Why Americans Hate Welfare. Race, Media, and the Politics of Antipoverty Policy, Chicago 2000; Oorschot, Who Should Get What, 2000; Naumann, Elias et al.: Public Support for Sanctioning Older Unemployed. A Survey Experiment in 21 European Countries, in: European Societies 22/1 (2019), pp. 1–24; Petersen, Michael Bang: Social Welfare as Small-Scale Help. Evolutionary Psychology and the Deservingness Heuristic, in: American Journal of Political Science 56/1 (2012), pp. 1–16.
Petersen, Michael Bang et al.: Deservingness Versus Values in Public Opinion on Welfare. The Automaticity of the Deservingness Heuristic, in: European Journal of Political Research 50/1 (2011), pp. 24–52; Sniderman, Paul M./Brody, Richard A./Tetlock, Philip E.: Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology, Cambridge 1991.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

tive political knowledge or well-established preferences.[4] Heuristics may replace substantive policy information and may be utilized as "the next best thing to fully rational democratic decision-making".[5]

Many of these considerations have been developed for and applied to electoral research. Numerous authors have transferred these concepts to research on welfare attitudes and suggested that the evaluation and understanding of the deservingness concept are closely associated with and structured by value-based notions and might provide meaningful and valuable judgmental shortcuts.[6]

In the past years, a series of contributions by Michael Bang Petersen and his co-authors have contested the established understanding of deservingness as heuristics and judgmental shortcuts.[7] Instead, the authors characterize reactions to deservingness as an "automatic" process instead of a "heuristic" tool. These cures are thus supposed to operate independently of substantive knowledge or individual sophistication levels. Even more so, automatic reactions to deservingness cues weaken or substitute the impact of preference- and value-based judgments based on both informed and uninformed individuals.[8] Deservingness cues are supposed to operate automatically. Judgments are derived rapidly, without substantial political knowledge or effort, and unconnected with individual values or preferences.[9] These effects are supposed to be embedded with evolutionary history and psychology or are even thought to be determined by "genetics".[10]

1.2 Preparing and Reviewing an Experimental Testbed

Whether welfare attitudes are driven by individual preferences and values or the deservingness and framing of stereotypical benefit claimants is of direct political interest. The value-based sentiment is comparatively stable over time, and most people are neither persuaded easily nor quickly. In contrast, attributions of deservingness may

4 Cf., in more general terms, Sniderman/Brody/Tetlock 1991.

5 Druckman, James N./Kuklinski, James H./Sigelman, Lee: The Unmet Potential of Interdisciplinary Research. Political Psychological Approaches to Voting and Public Opinion, in: Political Behavior 31/4 (2009), pp. 485–510, here p. 9.

6 Gilens 2000; Larsen, Christian Albrekt: The Institutional Logic of Welfare Attitudes, Burlington 2006; Oorschot, Wim van: Why Pay for Welfare? A Sociological Analysis of Reasons for Welfare Solidarity, in: The Netherlands Journal of Social Sciences 36/1 (2000), pp. 15–36.

7 Petersen et al. 2011; Petersen 2012; Jensen, Carsten/Petersen, Michael Bang: The Deservingness Heuristic and the Politics of Health Care. Deservingness and Health Care, in: American Journal of Political Science 61/1 (2017), pp. 68–83.

8 Petersen et al. 2011.

9 Cf. Petersen et al. 2011; Petersen 2012 and, more generally, Gigerenzer, Gerd/Todd, Peter M.: Simple Heuristics That Make Us Smart, Oxford 2000.

10 Petersen 2012.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

be an easier target for political campaigning and targeted messages. The exposure to favorable or unfavorable framing of benefit claimants may considerably impact welfare attitudes held by most citizens.

The supposed stability of political values and the potential volatility of deservingness cues also impact the conceptual and methodological research strategies. The analysis of relatively static preferences and values generally utilizes observational data contributed by conventional mass-level surveys. These approaches facilitate a comprehensive and multidimensional view. However, explaining one set of values or preferences with another set of values or preferences is theoretically not very attractive and methodologically open to all possible kinds of endogeneity, collider, and confounder bias. In contrast, the provision of alternative frames produces a more dynamic impact, which targets and modifies deservingness perceptions. These experimental treatments are quickly addressed by factorial surveys and the presentation of alternative vignettes that allow for some more straightforward manipulation and identification of causal effects. Stable preferences and values are most often analyzed by conventional means. Deservingness cues are more easily manipulated and better suited for modern tools of causal inferences such as field, laboratory, or survey experiments.[11]

We need to address several interrelated aspects to explore the wide-ranging claims of proponents of the deservingness perspective. Focusing on a randomized controlled trial (RCT), we establish whether deservingness attributions, as measured by diverse survey vignettes, exert a meaningful and sizable impact on welfare state attitudes. Second, addressing the alleged "automaticity" of deservingness, we check whether these effects are stable across diverse individuals, different situations, and heterogeneous contexts. Ultimately, we explore whether attributions of deservingness effectively invalidate and overwrite value-based judgments.[12]

Our study addresses a crucial gap in the published record and sheds additional light on the robustness of deservingness cues across heterogeneous economies, welfare states, and institutional contexts. To the best of our knowledge, this article utilizes the largest survey experiment on deservingness that has been organized so far. The welfare state module has been embedded with the European Social Survey (Round 8, fieldwork in 2016/17). The substantive focus of this contribution lies within the field of active labor market policies and the inclination to apply sanctions to unemployed persons for rejecting a job offer for several reasons. Below the line, the dataset covers more than

11 Cf. Druckman, James N. et al.: Cambridge Handbook of Experimental Political Science, Cambridge 2011; Druckman, James N./Green, Donald P.: Advances in Experimental Political Science, Cambridge 2021; Morton, Rebecca B./Williams, Kenneth C.: Experimental Political Science and the Study of Causality. From Nature to the Lab, Cambridge 2010.

12 Cf. Petersen et al. 2011; Petersen 2012.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

44,000 respondents sampled from the diverse contexts of 23 European countries. Each of these respondents is assigned one of four treatment vignettes and inquired about evaluating likely sanctions in three different scenarios so that the dataset includes almost 125,000 attributions of deservingness.

The descriptive and causal inferences laid out in this paper demonstrate the efficacy of deservingness cues based on this large and heterogeneous sample. Everything else being equal, different characterizations of unemployed benefit claimants exert a systematic impact on the propensity to impose (ever more rigid) sanctions in active labor market policies. Our statistical models show that the different vignettes have very similar effects across diverse, stylized situations in our survey instruments and heterogeneous economic, social, and institutional contexts at the country level. However, the findings of the survey experiment also refer to a stable but limited effect of deservingness cues. Characterizations of alternative benefit claimants impact our outcome variable, but this impact is often very close to zero and substantively not relevant within several country segments. Moreover, applying multilevel statistical models shows that the baseline likelihood to impose whatever sanction differs considerably across alternative country contexts. This context-level heterogeneity refutes accounts of "automatic," even "genetic" deservingness effects.

2 A Factorial Survey and Observational Controls

The conditionality of social benefits and the considerations of the deservingness of transfer recipients have always featured prominently in political and public discussions of the welfare state. This is especially true for unemployment compensation, which has been introduced later than the other branches of social security since effectively all instances of unemployment have long been considered results of character faults or laziness.

More recent studies in the diverse fields of political science, psychology, and sociology have argued that individuals effectively apply deservingness cues as a fast mode of information processing and rapid opinion formation. Instead of individual knowledge and preferences, simple cues and heuristics are supposed to account for public opinion concerning welfare states in general,[13] more specific evaluations of social security programs,[14] and judgments about individuals within these programs.[15] Building on

13 Gilens 2000.

14 Larsen 2006, Larsen, Christian Albrekt: The Institutional Logic of Welfare Attitudes. How Welfare Regimes Influence Public Support, in: Comparative Political Studies 41/2 (2007), pp. 145–68; Oorschot, Who Should Get What, 2000.

15 Petersen et al. 2011.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

these previous theoretical and empirical insights, the imminent literature attempts to identify specific deservingness criteria. The concept is partitioned into five alternative or reinforcing dimensions: control, need, identity, attitude, and reciprocity.[16]

2.1 Addressing deservingness by a Factorial Survey

A survey experiment embedded with Round 8 of the "European Social Survey" (hereafter: ESS) provides empirical evidence that is necessary and sufficient to tackle these complex issues. The surveys consist of both the main questionnaire and supplemental rotating modules. Round 8 of the ESS (fieldwork in 2016/17) reiterates a module on "Welfare Attitudes in a Changing Europe. Solidarities under Pressure". Designed by a multi-national team led by Wim van Oorschot and Bart Meuleman, the rotating module addresses attitudes toward the welfare state, their conditionality, and the readiness to impose sanctions on unemployed benefit claimants who "misbehave" in one of three different ways: they either do not accept job offers due to low payment or low qualification requirements, or they reject to carry out unpaid community work in exchange for the receipt of social transfers.

The novel iteration of the module on welfare state attitudes fielded in the ESS-8 also adds an experimental component to the design. Generally, survey experiments combine the merits of causal stringency in a controlled, randomized experiment with sufficiently large sample sizes to allow for valid and reliable causal and statistical inferences. Specifically, the factorial survey focuses on the effects of different attributes of unemployed individuals seeking social transfers on the willingness to impose sanctions when they turn down a job offer. The encompassing design of the survey experiment and the rich data involved also allow us to explore the interactions of treatment effects with observational controls and the conditioning effects of national socioeconomic and institutional contexts. These design features enable us to simultaneously claim internal and external validity.[17]

In each of the twenty-three parallel survey modules, respondents have been randomly assigned to four different subsamples. Each subsample has been provided with a separate survey vignette characterizing an unemployed person looking for work. Given

16 Cf. the seminal paper by Oorschot, Who Should Get What, 2000 and the more recent contributions Buss 2019; Fossati, Flavia: Who Wants Demanding Active Labour Market Policies? Public Attitudes to Policies That Put Pressure on the Unemployed, in: Journal of Social Policy 47/1 (2018), pp. 77–97.

17 Cf. for additional details Auspurg, Katrin/Hinz, Thomas: Factorial Survey Experiments, Thousand Oaks 2014; Steiner, Peter M./Atzmüller, Christiane/Su, Dan: Designing Valid and Reliable Vignette Experiments for Survey Research. A Case Study on the Fair Gender Income Gap, in: Journal of Methods and Measurement in the Social Sciences 7/2 (2017), pp. 52–94.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

that most parallel survey segments include 1,500 to 2,000 respondents, the randomized assignment procedure creates causally stringent, rich experimental evidence on deservingness attributions and the willingness to employ sanctions on claimants who appear unworthy of support. Throughout the text, we will label different treatments by **T** and index the four different vignettes by:

T_1: Imagine someone aged twenty to twenty-five who is unemployed and looking for work. This person was previously working but lost their job and is now receiving unemployment benefits.

T_2: Imagine someone who is unemployed and looking for work. This person was previously working but lost their job and is now receiving unemployment benefits.

T_3: Imagine someone in their fifties who is unemployed and looking for work. This person was previously working but lost their job and is now receiving unemployment benefits.

T_4: Imagine a single parent with a three-year-old child who is unemployed and looking for work. This person was previously working but lost their job and is now receiving unemployment benefits.

These characteristics of diverse claimants can easily be linked to the five dimensions of the deservingness concept laid out by Oorschot.[18] Predominantly, the vignettes vary the age of the benefit claimant with an unspecified baseline category (T_2), a younger (T_1) and an older unemployed person (T_3). The contrast between younger and older claimants alludes to dimensions such as "control" or "reciprocity." The fourth treatment does not entirely fit in this design. Still, it characterizes a single parent, i.e., someone who may likely be considered younger than average, who may probably be imagined as female, and who takes care of a three-year-old child (T_4). This final vignette stresses the dimensions "control" and "need."

This paper utilizes the survey experiment embedded in the ESS-8 in a secondary analysis. The data at hand provides the largest survey experiment on "deservingness". The ESS is well-known to contribute high-quality data. Nevertheless, from our perspective, the data has some limitations. Unfortunately, the somewhat restrictive set of vignettes included in the questionnaires does not systematically address and vary a complete set of deservingness criteria which, primarily provided a large number of interviewees, could be adequately captured by a conjoint experiment. Ultimately, the vignette deck offers only a little systematic leverage to explore the "attitude" or the "identity" dimensions. Since the ESS-8 questionnaires were arranged considerable time

18 Oorschot, Why Pay For Welfare, 2000.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ahead of the fieldwork, the survey experiments, as fielded in 2016 and 2017, for instance, do not enable us to draw inferences concerning a migrant or refugee background of benefit claimants.[19]

Throughout the subsequent analysis, we utilize the vaguely defined vignette merely characterizing "someone" (T_2) as our reference category. We posit that "someone aged twenty to twenty-five" (T_1) will be, on average, considered less deserving than the baseline due to deficiencies in the control, need, and reciprocity dimensions. Conversely, an older benefit claimant "in their fifties" (T_3) should be doing better than the baseline concerning the control and reciprocity dimensions. The last treatment moves beyond these age-related features and introduces a "single parent with a three-year-old child" (T_4). At the same time, this individual will most likely be comparatively young, care and custody of a minor impact on the control and need dimensions and render the benefit claimant most deserving. Therefore, we hypothesize that the deservingness order will be $T_1 < T_2 < T_3 < T_4$.

While an RCT assigns the characteristics of alternative benefit claimants, each respondent is inquired to consider likely sanctions across a series of three related situations. Throughout the text, we will label and index different scenarios or situations by $ and k €{1,2,3}:

S_1: (…) they turn down a job because it pays a lot less than they earned previously?

S_2: (…) they turn down a job because it needs a much lower level of education than the person has?

S_3: (…) they refuse to regularly carry out unpaid work in the area where they live in return for unemployment benefit?

Theoretically, we have little leverage to suggest how these scenarios impact the respondents' readiness to sanction unemployed benefit claimants. We cannot theoretically derive meaningful hypotheses on whether turning down job offers due to salary or qualification reasons will be considered more "punishable". While the third scenario does not provide a straightforward exit from unemployment, we also lack theoretical knowledge to hypothesize how the rejection of community work will be considered compared to the first two scenarios. Therefore, our focus on these stylized scenarios will be more exploitative than deductive, and we will utilize these scenarios as consistency and robustness checks.

19 But cf. Buss 2019; Reeskens, Tim/van der Meer, Tom: The Inevitable Deservingness Gap. A Study into the Insurmountable Immigrant Penalty in Perceived Welfare Deservingness, in: Journal of European Social Policy 29/2 (2019), pp. 166–81.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

In the empirical analysis, we assess how the randomly assigned treatment vignettes (T) across different scenarios (S) impact the attribution of deservingness within diverse political and socioeconomic settings (C). The previous literature has utilized several alternative measures to flesh out this concept. For instance, the seminal contribution by Oorschot[20] applies a generosity scale ranging from one to ten. Buss[21] inquires survey respondents to set an appropriate level of unemployment benefits (in Euro). The survey experiment by Reeskens and van der Meer[22] suggests some categories with pre-defined replacement rates, and, in yet another survey experiment, Petersen et al.[23] ask Danish interviewees whether "activation requirements" should be tightened on a five-point Likert scale.

The survey experiment does not only evaluate the general deservingness attributed to randomly assigned types of benefit claimants that most likely differ in their attributed deservingness. In addition, the outcome variables assess whether these unemployed individuals should be sanctioned when they reject a job offer for insufficient income or qualification levels or refuse to carry out regular, unpaid community work in exchange for social transfers. The presence and the level of imposed sanctions are measured on an ordered dimension which ranges from keeping all benefits (O_1) via the partial loss of benefits (O_2 and O_3) to losing all benefits (O_4):

O_1: This person [T_1 …, T_4] (in situation [S_1, S_2, S_3]) should be able to keep all their unemployment benefit.

O_2: This person [T_1 …, T_4] (in situation [S_1, S_2, S_3]) should lose a small part of their unemployment benefit.

O_3: This person [T_1 …, T_4] (in situation [S_1, S_2, S_3]) should lose half of their unemployment benefit.

O_4: This person [T_1 …, T_4] (in situation [S_1, S_2, S_3]) should lose all their unemployment benefit.

2.2 Bringing in Subject-Specific Controls

Proceeding with our argument, we turn from vignette treatments to observational controls. Successful randomization per se does not require the systematic specification of further controls. However, their incorporation enables us to compare the consequences of deservingness treatments with more conventional concepts established in the imminent literature. Including observational controls also allows us to arrive at

20 Oorschot, Who Should Get What, 2000.

21 Buss 2019.

22 Reeskens/van der Meer 2019.

23 Petersen et al. 2011.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

more precise estimates of treatment effects. These modeling choices enable us to focus on the conditionality of deservingness cues by analyzing the interaction of vignette effects and individual-specific predictors.

2.2.1 Impacts of Socioeconomic Backgrounds and Individual Self-Interest

Predictors related to socioeconomic backgrounds and material self-interest are among the key explanatory factors in current research on welfare attitudes. Solely relying on observational data, the isolation and weighing of their specific impact is often a (too) demanding task, and social background does neither necessarily reflect selfish instead of sociotropic motives, nor is it exogenous to ideological stances and policy-specific commitments.[24]

Income

Key contributions have consistently demonstrated that income almost always hurts support for social redistribution or transfers. High-income groups need to contribute much more to social welfare programs than less affluent citizens but are less likely ever to be recipients of social transfers. Moreover, affluent citizens are also less likely to interact with poorer people and often unable to understand or identify with the specific needs of less affluent strata of the respective society.[25] The ESS-8 includes sufficient information to capture each respondent's total income and break it down into income deciles.

Risk and Risk Exposure

Another closely related dimension of material self-interest concerns (perceived) exposure to labor market risk. Respondents with a previous unemployment history, who had to rely on social transfers in the past, are more likely to support encompassing, generous, and unconditional social transfers. Likewise, individuals who think they

24 Cf. Hasenfeld/Rafferty 1989; Blekesaune/Quadagno 2003; Groskind 1994; Margalit 2013; Rehm 2009, Rehm 2011, Rehm 2016; Rueda/Pontusson 2010; Bobo 1991.

25 Beramendi/Rehm 2016; Hasenfeld/Rafferty 1989; Svallfors, Stefan: Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution. A Comparison of Eight Western Nations, in: European Sociological Review 13/3 (1997), pp. 283–304; Svallfors, Stefan: Class, Attitudes and the Welfare State. Sweden in Comparative Perspective, in: Social Policy & Administration 38/2 (2004), pp. 119–38. Svallfors, Stefan/Kulin, Joakim /Schnabel, Annette: Age, Class, and Attitudes Toward Government Responsibilities, in: Svallfors, Stefan (Hg.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford 2012, pp. 159–192.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

might lose their job and thus subjectively believe they might be reliant on social transfers in the future tend to support social solid protections and are less likely to impose severe sanctions on the unemployed. Beyond egocentric self-interest, perceived risk exposure also enables individuals to identify with benefit claimants.[26] The ESS-8 captures actual unemployment (experiences) by two dummy variables indicating whether a respondent is currently unemployed or was previously unemployed. In addition, another survey item records subjective unemployment risk on a four-point Likert scale ranging from one ("not at all likely") to four ("very likely").

2.2.2 Impacts of Ideological Preferences

Both general ideological stances and more specific policy preferences are closely linked to the social features of the respondents and their objective or subjective material self-interest. While ideological standings partly reflect objective socioeconomic backgrounds, political socialization, risk attitudes and exposure, or the influence of private and political networks, these effects never automatically and deterministically carry over to the formation of general and specific political preferences.

General Ideology

Respondents on the political left are also supposed to prefer more rigorously regulated labor markets and the provision of encompassing and total unemployment compensation. Adversely, economic conservatives likely consider the provision of generous unemployment schemes an obstacle to the effectiveness of free-market allocation, while social conservatives might be additionally concerned about the deservingness of unemployment benefit claimants and alleged moral hazard.[27] The ESS-8 assesses general ideological orientations by a unidimensional, eleven-point left-right scale ranging from zero ("left") to ten ("right").

---

26 Oorschot, Wim van/Meuleman, Bart: Welfare Performance and Welfare Support, in: Svallvors, Stefan (ed.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford 2012, pp. 25–57; Rehm 2009; Rehm 2011; Rehm 2016; Svallfors/Kulin/Schnabel 2012.

27 Andreß, Hans-Jürgen/Heien, Thorsten: Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States, in: European Sociological Review 1/4 (2001), pp. 337–356; Bobo 1991; Blekesaune/Quadagno 2003; Feldman, Stanley/Steenbergen, Marco R.: The Humanitarian Foundation of Public Support for Social Welfare, in: American Journal of Political Science 45/3 (2001), pp. 658–677; Gërxhani, Klarita/Koster, Ferry: 'I Am Not Alone'. Understanding Public Support for the Welfare State, in: International Sociology 27/6 (2012), pp. 768–787; Hasenfeld/Rafferty 1989.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Specific Welfare Attitudes

This broad group of indicators is closely embedded with social backgrounds, material self-interest, and general ideological preferences. It addresses expected drawbacks of (extensive) social protection, for instance, substantial financial burdens on other individuals or businesses, the likely weakening of communitarian subsistence networks within a society, or even the emergence and downright commendation of widespread "laziness".[28] However, alternative perspectives specifically highlight the role of social welfare in the emergence and conservation of social cohesion and equality or underscore its role in the fight against poverty. The ESS-8 covers a wide range of policy-specific statements. Responses are measured on five-point scales and range from one ("agree strongly"), two ("agree"), three ("neither/nor") to four ("disagree") and five ("disagree strongly"). Substantively, the statements address whether social benefits or services (1) cost businesses too much, (2) lead to an equal society, (3) make people lazy, (4) make people less willing to care for one another, (5) prevent widespread poverty, or (6) place too great a strain on the economy.

2.2.3 Impact of Demographic Features

Conceptual and theoretical approaches have emphasized the role of age and gender for inclinations concerning the scope of social transfers, its conditionality, and preferences for cuts or extensions to specific social security programs. The ESS-8 questionnaires address a range of demographic properties. We have selected two dimensions that have also been highlighted by previous research on welfare attitudes: women have been consistently considered more likely to favor redistributive politics and social transfers. We introduce a binary dummy variable that indicates whether a respondent is female.[29] Moreover, previous research has shown that welfare state attitudes held by older respondents may not only be more rigid but also react to different criteria that especially allude to the reciprocity dimension. Our age indicator is divided into four categories from 15–29, 30–44, 45–65, and over 65 years.

2.2.4 Country-Level Context

From a similar, theoretically elaborate, and sophisticated perspective, several notable contributions have emphasized the significance of objective labor market risk and sub-

28 Gilens 2000.

29 Cf. Larsen 2007.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

jective risk perceptions.[30] Unemployment insurances do not merely redistribute income, but the correlation between economic disadvantage (low income) and economic insecurity (high risk) matters for welfare state support. Generally, unemployment insurances imply redistribution from employed to unemployed individuals and involve transfers from those who pay more to those who pay less or nothing. At the individual level, support for unemployment compensation thus increases with individually perceived unemployment risk but decreases with income.

Rehm[31] indicates that this logic also implies a macro-level argument: societal support for encompassing unemployment is assumed to increase if labor market risk is evenly distributed so that a larger share of people/respondents is likely to be dependent on social transfers. At the systemic level, we capture the risk of unemployment by a battery of indicators, i.e., the gross domestic product, the current unemployment rate, social expenditures, replacement rates in unemployment insurance, and an index of protection against (unfair) dismissal.

In another influential account, Rueda and Stegmueller[32] have published some partly complementary, partly alternative explanations of welfare state attitudes from multilevel perspectives. The arguments reinforce the roles of (expected) income, material self-interest, and security concerns. In our analyses, these effects are supposed to be moderated by social and economic inequality and societal heterogeneity.

The collaborative, multi-national structure of the ESS provides an almost ideal testbed to explore the context-dependent effects of deservingness cues. The country-specific iterations of the ESS-8 comprise roughly 1,500 to 2,000 raw respondents, ranging from Iceland (with N = 880) to Germany (with N = 2,852). Collectively, the ESS-8 dataset covers a total of N = 44,387 respondents from European countries with diverse socioeconomic contexts, welfare state regimes, and general institutional contexts: Austria, Belgium, the Czech Republic, Estonia, Finland, France, Germany, Hungary, Iceland, Ireland, Israel, Italy, Lithuania, Netherlands, Norway, Poland, Portugal, the Russian Federation, Slovenia, Spain, Sweden, Switzerland, and the United Kingdom. Each of these respondents is asked to suggest appropriate sanctions for three scenarios S_1, S_2 and S_3 so that we may rely on more than 120,000 evaluations of individual-, object, situation-, and country-specific attributions of deservingness.

30 Rehm 2009; Rehm 2011; Rehm 2016.

31 Rehm 2016.

32 Rueda, David/Stegmueller, Daniel: Who Wants What? Redistribution Preferences in Comparative Perspective, Cambridge 2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3 Effects of Deservingness Cues

We now proceed from conceptual and theoretical foundations to presenting empirical findings derived from the experimental and observational data provided by the European Social Survey. Methodologically, we introduce and justify an appropriate statistical model and estimation strategy to address the critical concerns of this paper. In more substantive terms, our approach is designed to address the three leading questions of our analysis straightforwardly: We begin by demonstrating the presence, robustness, and magnitude of the multivalued treatment effects (T) emerging from our set of four vignettes across the three situational items (S) and the 23 parallel national survey segments covered by the ESS-8. Secondly, we consider our observational background/control variables to arrive at more precise statistical estimates and to explore further the robustness of our findings across different (groups of) survey respondents. Thirdly, we extend our model to also consider national-level controls which capture stable institutional contexts and the dynamics of macroeconomic indicators to account for contextual differences among the different national contexts.

3.1 Data Structures and Statistical Models

The above discussion illustrates that the setup for the empirical data analysis is necessarily quite complex. The outcome O is a categorical variable that characterizes a series of graded sanctions, which each respondent suggests whenever a person that claims unemployment compensation turns down a job offer due to lower payment (S_1) or qualification (S_2) or is unwilling to carry out unpaid community work in return for their social benefit (S_3). Therefore, the outcome variable O will be modeled as an ordinal-scale variable with four distinct, ordered categories ranging from O_1 to O_4, i. e., from no to maximum sanctions.

Our key explanatory variable is given the perceived deservingness of a benefit claimant, which is characterized by a series of three randomly assigned treatments (T) that focus on their age (T_1 and T_3) and family status (T_4). Some of the models presented below also include a set of theoretically derived individual-level controls (X) which, as lined out and justified before, address material self-interest, general and specific ideological orientations, and the respondents' basic demographic and social features.

Besides the specification and definition of our outcome, treatment, and control variables, we need to comment on and explain the complex structure of the dataset. Consider that each of our N = 44,387 respondents is assigned one specific vignette (T) but is asked to evaluate this vignette across the set of three situational items (S) laid out in the questionnaires. The data is therefore characterized by a hierarchical

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

structure. Situations are nested within individuals, and individuals are, in turn, nested within the country-level survey segments. We model these hierarchical effects and the implied contextual heterogeneity by introducing random intercepts at the individual and the country level. The parameters on the vignette treatments (T) and the three situational items (S) potentially differ across these contexts and are thus specified as crossed random slopes. This implies that we allow for variation of the vignette effects and the situational items across our 23 survey segments to evaluate and compare their country-specific effects and consequences.

Ordinal data may be conveniently modeled by "cumulative link models"[33]. In our case, we focus on an ordinal, four-point Likert scale with items ranging from "should keep" (O_1) to "should lose all benefits" (O_4). The cumulative model implies that the observed categorical values **O** are functions of an unobserved, continuous variable $\overline{\mathbf{O}}$, which substantively resembles a latent propensity to impose graded sanctions. In turn, the categorization of the latent variable is, with four scale points, achieved by N – 1– = 3 thresholds τ_c. Therefore, the probability of selecting sanction level c is given by

$$\Pr(O = c) = F(\tau_c) - F(\tau_{c-1})$$

In the next step, we model the continuous latent variable $\overline{O}$ by a linear predictor η that includes the vignette treatments T, the situational items (S), and sets of individual-level observational controls:

$$\overline{\mathbf{O}} = \eta + \varepsilon = \theta\mathbf{T} + \alpha\mathbf{S} + \beta\mathbf{X} + \varepsilon$$

Wrapping up, the probability that an individual selects one of the four sanction categories is given by

$$\Pr(O = c) = \Phi[\tau_{c[i,l]} - (\theta\mathbf{T} + \alpha\mathbf{S} + \beta\mathbf{X})] - \Phi[\tau_{(c-1)} - (\alpha\mathbf{S} + \theta\mathbf{T} + \beta\mathbf{X})]$$

The final step of our model involves the consideration of the complex, layered data structure described above. Recall that throughout the text, we index individuals by i, vignette treatments by j, situational items by k, and country- or survey-level context by l. Further, addressing an ordinal variable with four categories, the (three) cut-offs T_1, T_2, and T_3 are the equivalent of random intercepts and can vary at the individual and country levels. In addition, we specify crossed random slopes at the treatment and situational levels:

33 Agresti, Alan: Categorical Data Analysis, New York 2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

$$\Pr(O = c) = \Phi[\tau_{c[i,l]} - (\alpha_1 S + \theta_1 T + \beta X)] - \Phi[\tau_{(c-1)[i,l]} - (\theta_1 T + \alpha_1 S + \beta X)]$$

3.2 Describing a Complex Dataset

We begin the presentation of empirical evidence with some simple descriptive statistics to explain the structure of the complex ESS-8 survey experiment and dataset. The brief descriptive statistics presented below focuses on differences in the proposed level of preferred/suggested sanctions that varies among vignettes (T), situations (S), and countries. Notably, the factorial survey does not address deservingness per se. However, it concentrates on (the level of) sanctions to be imposed on individuals who currently receive unemployment benefits and turn down a job offer due to either lower wages, due to lower qualification levels, or refuse to carry out unpaid community work in exchange for social transfers. Provisionally ignoring treatments (T), situations (S), and country contexts (C), we find that 27.4 percent of all respondents suggest that an individual should "lose all benefits", 31.7 percent believe they should "lose half of their benefits", and 19.7 or, respectively, 21.2 percent think the individual should "lose only a small part" or "keep all their benefits".

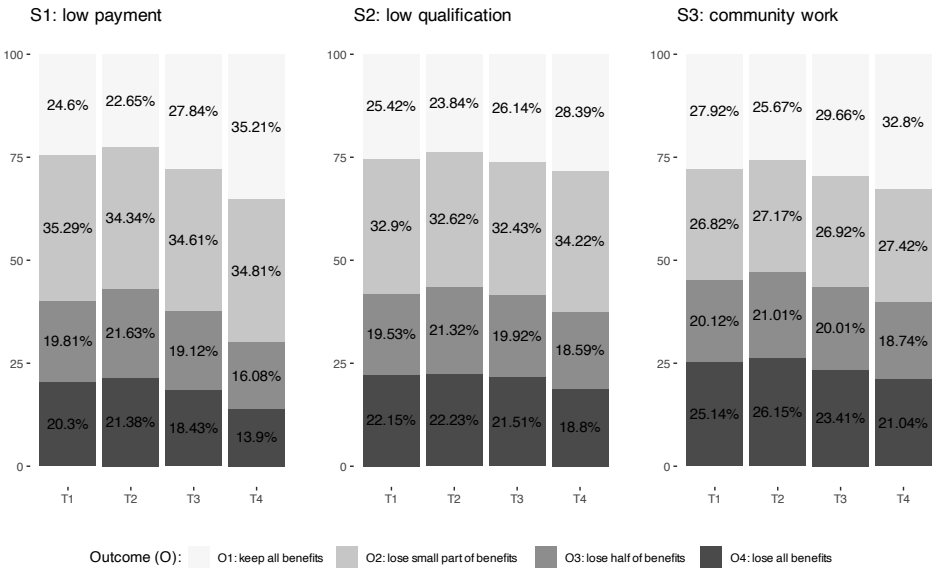


Figure 1: Characterizations of multivalued treatment effects
Notes: Outcomes (O) by treatment (T) and situational context (S). In this Figure, the effects of country contexts are ignored.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Figure 1 addresses the randomly assigned vignettes **T** that each represents a hypothetical benefit claimant and confirms the impact of assigned treatments on the promulgation of sanctions. Due to the successful randomization of these multivalued treatments (RCT), we may evaluate the impact of **T** as a direct causal effect. Ignoring country-level contexts for the time being, more than 21 percent of the respondents are ready to withdraw any welfare state transfer from a young unemployed in their early twenties when they declines a job offer due to low pay. Vice versa, less than fourteen percent are ready to impose similar sanctions on a single parent. Likewise, while only 23 percent of the subjects who have been assigned a vignette characterizing a "young" benefit claimant are willing to pass on any cuts, more than 35 percent of those who have been shown a "single parent" are ready to do so.

Proceeding to the second layer of our dataset, we immediately learn that these treatment effects are remarkably robust across several different situations (**S**). In any of the three scenarios, voters are, with reference to the baseline "unemployed person" (T_2), more likely to impose sanctions on "young" benefit claimants (T_1) who might be considered deficient concerning the attitude, reciprocity, and need dimensions of the deservingness concept. Conversely, "older" benefit claimants (T_3) and "single parents" tend to be sanctioned less frequently and less severely when they reject job offers due to low payment (S_1) or qualification levels () or refuse to do unpaid community work (S_3). In each of these situations, the "hierarchy" of benefit claimants is strictly preserved and corresponds to our theoretical expectations ($T_1 < T_2 < T_3 < T_4$).

Notwithstanding, the situational contexts differ a bit in terms of the general readiness to sanction deviant behavior and the effect size that may be ascribed to the RCT. When someone rejects a job offer due to low payment (S_1), the randomly assigned treatments make a comparatively large difference. However, when a job offer is turned down because of too few educational requirements (S_2), the discriminatory effect of alternative treatments is considerably lower. Eventually, the rejection of unpaid community work assumes an intermediate position (S_3). We find moderate to strong associations across the situations S_1, S_2 and S_3. Spearman's rank correlation coefficient ranges from $\rho(S_1, S_3) = 0.46$ up to $\rho(S_1, S_3) = 0.68$. Among the more than 40,000 respondents, roughly 34 percent of the subjects suggested equivalent sanction levels regardless of whether someone rejected job offers due to financial or qualification issues or was unwilling to carry out community work.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

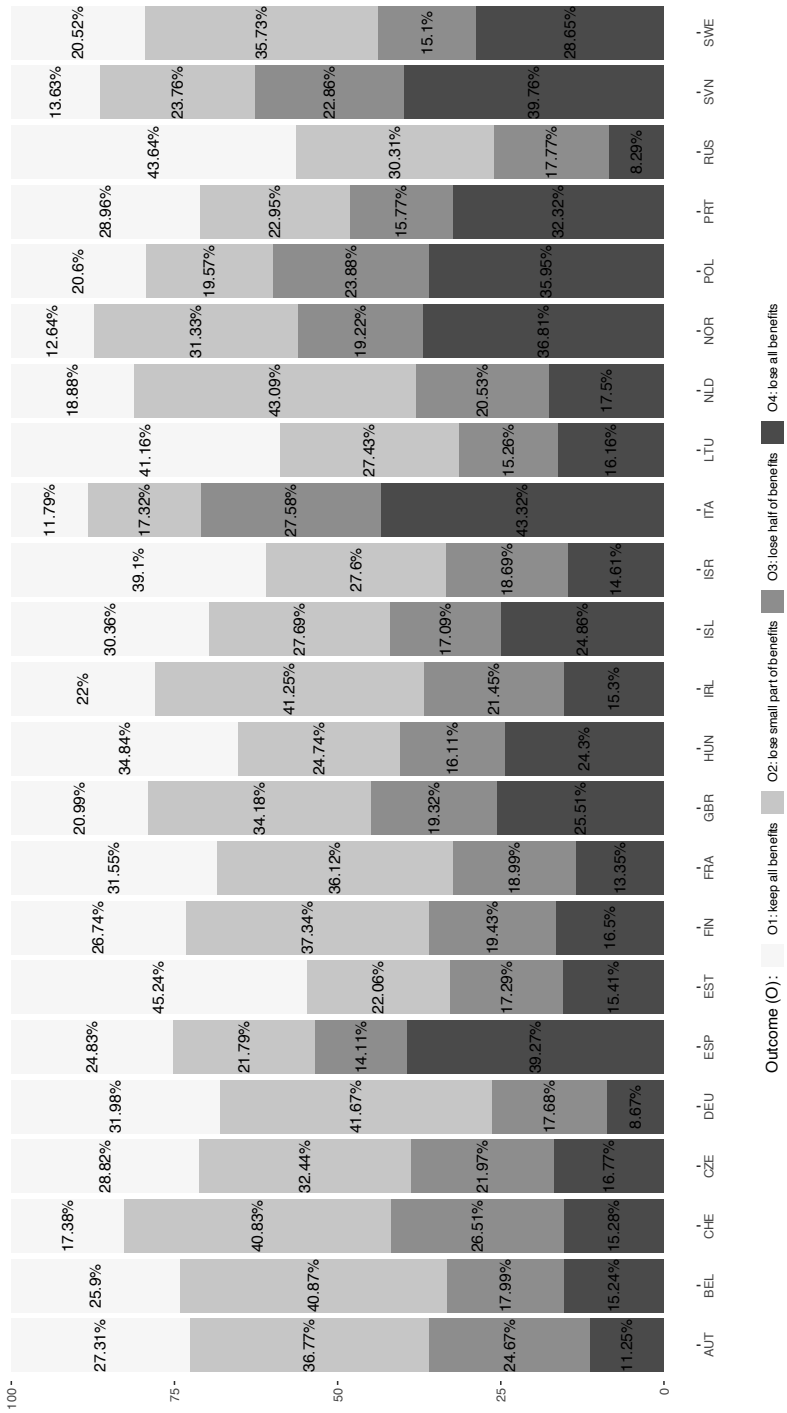


Figure 2: Suggested sanction levels per country

Notes: Outcomes (O) by treatment (T) and country context. In this Figure, the effects of situational contexts (S) are ignored.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Thirdly, Figure 2 underscores the profound consequences of country-level context. Even a superficial inspection of the stacked bar charts demonstrates that the aggregate suggested sanction levels differ considerably from one survey segment or national context to another. In some countries covered by the ESS-8, e.g., in Italy, Norway, Poland, Spain, or Slovenia, survey respondents on average suggest harsh sanctions against allegedly non-compliant transfer claimants. In contrast, respondents from other countries prefer milder and/or more nuanced sanctions imposed on similarly characterized individuals, most visibly in Germany or Russia. Below the line, the simple descriptive evidence refers to considerable heterogeneity across various European countries, but these differences cannot easily be attributed to common context-level predictors such as varieties of capitalism or critical macroeconomic indicators.

3.3 Randomized Multivalued Treatment Effects

We continue the presentation and discussion of the core survey experiment(s) by focusing on the effect of the multivalued treatment (**T**) within simple, bivariate perspectives. Each country-specific ESS segment includes sufficiently many individual respondents to allow for successful randomization. Therefore, simple bivariate associations among the (grade of) sanctions the respondent considers appropriate and justified and the multivalued treatment, i.e., the specific vignette they were presented, are supposed to yield unbiased estimates of the coefficients and/or treatment effects. Our statistical models match our key theoretical research questions and conceptual approaches: we model the ordinal outcome variable **O** by cumulative link models which impose random intercepts/cut-offs and random slopes on the treatment variable (**T**) at the country-level (**C**). To confirm the empirical consistency and robustness of our findings, we have chosen to run separate multilevel models for the three scenarios S_1, S_2 and S_3.

Figure 3 characterizes the perceived deservingness of specific groups of claimants by the rigidity of suggested sanctions. The panels provide ample, complete, and almost exhaustive information on the RCT and summarize the ordered logit regression coefficients for each multivalued treatment (**T**), across the three different scenarios at hand (**S**), and within 23 European countries covered by the ESS-8. The panels summarize multilevel ordered logit models which, to check consistency and empirical robustness, have been run separately for each of the three scenarios S_1, S_2 and S_3. The dependent variable is the suggested sanction **O**, and the single independent variable is the treatment **T** with the vaguely specified vignette T_2 as a reference category. The models have been estimated by R/Stan. We have run four chains and saved 2,000 iterations for statistical inference. The hierarchical cumulative link models pass

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

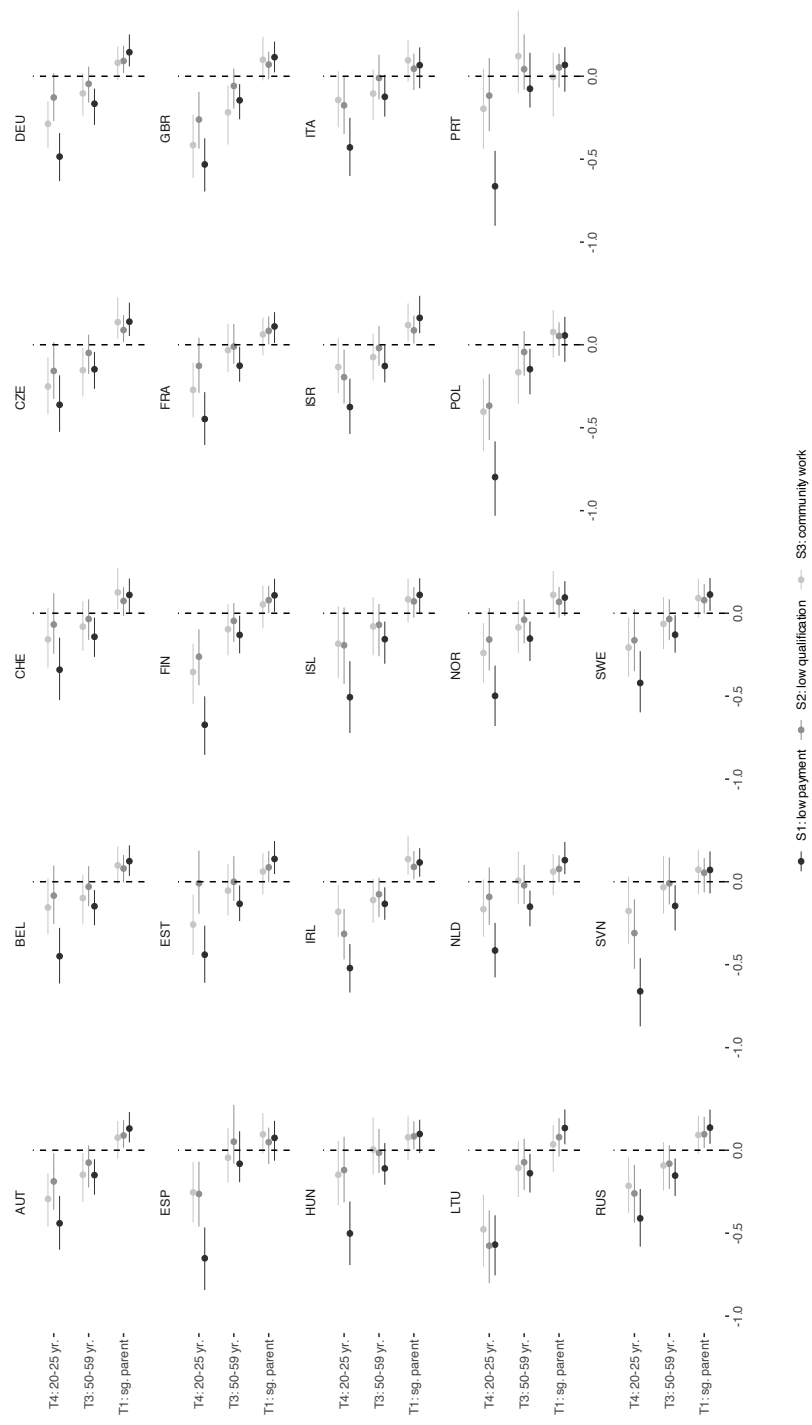


Figure 3: Job offer turned down due to lower salary, due to lower qualification, or refusal to carry out unpaid community work

Notes: The coefficient plots summarize the regression coefficients on the vignette treatments **T** in a series of three multilevel linear models, which were separately run for S_1, S_2, and S_3. Throughout, we apply T_2 as a reference category, while T_1, T_3 and T_4 are binary treatment indicators. The dots display the obtained regression coefficients **OT**, which may be assessed as effect size indicators. The horizontal lines represent a 95 % Bayesian HPD interval.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

all conventional diagnostics such as the Geweke and Heidelberger-Welch tests of non-stationarity.[34]

Notwithstanding, we hasten to add that raw coefficients from a nonlinear model do not provide precise and valid quantifications of causal effects. However, odds ratios or predicted probabilities for any stylized configuration of independent variables do not contribute that information either. Likewise, the coefficients and the associated Bayesian HPD do not address the general level of preferred and suggested sanctions within a country. However, a comparison of country-specific coefficients exclusively showcases the difference made by the treatment effects. Throughout our descriptive and causal analyses, we have selected the vaguely defined vignette "an unemployed person" (T_2) as our reference category, and the obtained coefficients $\boldsymbol{\alpha}$ on the three binary treatment variables **T** assess departures from the reference category. Since the outcome variable **O** ranges from no sanctions to the loss of all benefits, negative coefficient values refer to less rigid sanctions than the baseline category. Positive coefficients, in contrast, indicate that the sanctioning of a specific vignette group becomes more rigid.

The empirical findings generally confirm fundamental theoretical notions and empirical insights derived from deservingness cues laid out above.[35] Across the board, randomly assigned treatment vignettes tend to exert a strong and substantively meaningful impact to the willingness of the respondents to impose sanctions. Within each of the twenty-three parallel survey modules, respondents are least likely to impose severe sanctions on single parents who reject a job offer or refuse to do community service. Secondly, most respondents also shy away from imposing too harsh sanctions on older unemployed who turn down job offers due to lower payment or qualification requirements. Thirdly, and almost across the board, respondents are, in comparison to the vague reference category, more willing to sanction younger benefit claimants in their early twenties. These attitudes correspond to several dimensions included in the theoretical concept of deservingness, for instance the control, need and reciprocity criteria.[36]

Below the line, the general likelihood that benefit claimants are considered less deserving and thus more at risk of being sanctioned in case of alleged non-compliance therefore, as hypothesized, is arranged in the order $T_1 < T_2 < T_3 < T_4$. This generic ranking can clearly be identified in all but two segments of the ESS-8 factorial survey. Only in Portugal and Spain, the two countries which were most severely plagued by youth unemployment, respondents were, on average, willing to impose stricter sanctions on older than on younger benefit claimants. Likewise, these country-level differences

34 Cf., instead of many others Gelman, Andrew et al.: Bayesian Data Analysis, Boca Raton 2013.

35 Oorschot, Who Should Get What, 2000; Petersen 2012.

36 Cf. Oorschot, Who Should Get What, 2000.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

reflect the control dimension of the deservingness concept. With excessive levels of group-specific unemployment at the macro level, younger people are considered much less in control of their employment status.

The survey experiment thus yields clear and strikingly robust findings concerning deservingness attributions to different groups of benefit claimants which are characterized by the randomly assigned vignettes. However, many of these effects are measured with considerable uncertainty and, although there are sufficiently many respondents, do not achieve conventional levels of statistical significance within each survey module. In addition, both the general rigidity of sanctions and the specific impact of the randomly assigned treatment vignettes varies considerably from one country to another.

4 Effects on Deservingness Cues: Automatic or Heuristic?

The previous analyses have cogently demonstrated the effectiveness of vignettes that characterize divergent attributions of deservingness in an RCT. This section aims at advancing to more encompassing, fully specified models of welfare attitudes which consider both object-specific deservingness judgments, as attached to the randomly assigned treatments, and subject-specific preferences that impact an individual's inclination to sanction "deviant" behavior of benefit claimants. With these basics in mind, we proceed to illustrate some closely linked aspects of deservingness: Initially, by converting the outcome variable to a metric scale, we aim to obtain more directly interpretable and relevant quantities of interest, and to explore the stability of these causal treatment effects across different individuals, situations, and country segments. Our empirical findings reveal that deservingness cues, as specified in the ESS-8, exert a stable, but substantively limited impact on deservingness considerations in the field of social welfare. Secondly, the rich data at hand demonstrate that the provision of treatment vignettes does not phase out explanations built on self-interest, personal values, ideological, or political preferences. Ultimately, in the third step, we highlight that characterizations of deservingness function generally and automatically across diverse individuals and settings. Attributions of deservingness are therefore not systematically changed by individual- or context-level controls and thus operate independent of individual or country-specific context.

With randomly assigned vignettes, the multivalued treatment effects may per se be assessed without bias. Nevertheless, the inclusion of observational controls, i.e., the insertion of controls for observed respondent characteristics, potentially leads to more precise estimates of treatment effects and enables us to consider interactions among vignette treatments (**T**) and individual-level observational controls (**X**).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Note that the outcome **O**, as specified in the ESS questionnaires, is an ordinal variable with higher categories describing more rigid sanctions. As demonstrated above, ordered categorical variables require the application of non-linear statistical techniques such as cumulative link models which prevent the straightforward identification of causal effects and thus often render the substantive interpretation and comparison of alternative predictors complex and inconsistent. To facilitate an interpretation of treatment effects and observational controls, we apply a transformation to our outcome variable **O** which enables us to apply simpler linear modeling strategies. Evidently, to "keep all benefits" implies a loss of $O'_1 = 0$ percent of the social transfers, to "lose half of their unemployment benefits" implies a loss of $O'_3 = 50$ percent, and to "lose all their unemployment benefits" corresponds to losing $O'_4 = 100$ percent of social transfers; moreover, we equate "losing a small part of their unemployment benefit" with a reduction by $O'_2 = 25$ percent. Of course, we hasten to add that this tweak permits for predicted values of suggested sanctions that do not match the exact categories in the questionnaires or may even lie outside of the scale range from zero to one hundred percent loss of unemployment benefits. Nevertheless, the introduction of a linear modeling framework will vastly alleviate the substantive interpretation and comparisons of our findings using diverse predictor variables and across heterogeneous country contexts.

The alternative measurement approach results in a somewhat easier statistical model that addresses the metric outcome variable **O'** instead of the original **O**. Considering the structured dataset at hand, our multilevel linear model may be written as

$$
\begin{aligned}
O'_{i,j,k,l} &\sim N\left(\zeta_{j,k,l} + \boldsymbol{\theta}_{\mathbf{j,k,l}}\mathbf{T} + \boldsymbol{\alpha}\mathbf{S} + \boldsymbol{\beta}\mathbf{X_i}, \sigma^2_{O'}\right) \forall i = 1, \ldots, I \\
\begin{pmatrix} \zeta_{j,k,l} \\ \theta_{j,k,l} \end{pmatrix} &\sim \left(\begin{pmatrix} \zeta_j \\ \theta_j \end{pmatrix}, \begin{matrix} \sigma^2_\zeta & \rho\sigma_\zeta\sigma_\theta \\ \rho\sigma_\zeta\sigma_\theta & \sigma^2_\theta \end{matrix} \right) \forall j = 1, \ldots, J
\end{aligned}
$$

Note that we index the four different treatments **T** by $j \in \{1, \ldots, 23\}$, the different scenarios or situations **S** by $k \in \{1,2,3\}$, and the heterogeneous country contexts by $l \in \{1, \ldots, 23\}$. The predictor matrix **X** labels predictors at the individual level. The above notation thus implies that we capture the expected loss of social benefits **O'** by an individual-, situation, and country-specific intercept, a matrix of random coefficients $\boldsymbol{\theta}_{j,l}$ for the treatment effects, and another matrix of random coefficients for the diverse scenarios $\boldsymbol{\alpha}_{k,l}$. The model is completed by the introduction of individual-specific controls, which are captured by the coefficient vector $\boldsymbol{\beta}$.

With these caveats in mind, the transformed, metric outcome variable **O'** (instead of the previous **O**) facilitates a much more straightforward interpretation of the treatment effects. This is particularly true for comparative inferences on the magnitude of treatment effects across scenarios and countries.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

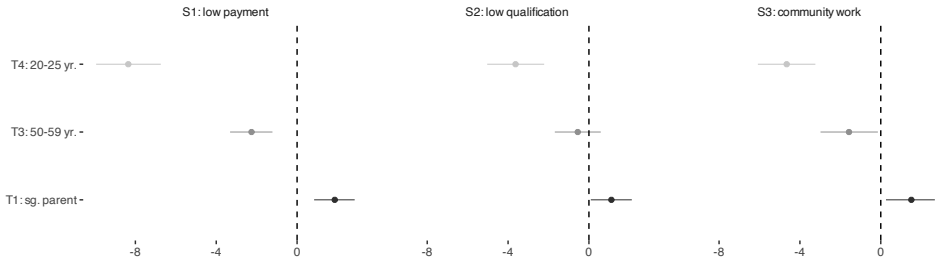


Figure 4: Job offer turned down due to lower salary, due to lower qualification, or refusal to carry out unpaid community work

Notes: The coefficient plots summarize the regression coefficients on the vignette treatments **T** in a series of three multilevel linear models, which were separately run for S_1, S_2, and S_3. Throughout, we apply T_2 as a reference category, while T_1, T_3 and T_4 are binary treatment indicators. The dots display the obtained regression coefficients **OT**, which may be assessed as effect size indicators. The horizontal lines represent a 95 % Bayesian HPD interval.

Figure 4 displays predictions of estimated (mean) sanctions and thus replicates the treatment effects in the RCT. Across the three situations S_1, S_2 and S_3, and across the three separately specified multilevel linear models, younger benefit claimants are sanctioned more severely than the vaguely defined baseline category. In contrast, older unemployed and, especially, unemployed single parents are sanctioned less severely.

While these patterns are, again, reproducible, robust, and stable, the effect sizes are limited and not too consequential in applied, practical politics. The scenario "low payment" (S_1) is linked with the most significant differential of treatment effects. Older benefit claimants are supposed to lose 2.25 percent less, younger benefit claimants, on average, forfeit 1.87 percent more than the baseline category. While the effects of age are thus stable, but also limited in magnitude[37], interviewees are much more clement when single parents reject job offers due to low payment. Compared with the reference category, the presentation of the vignette "single parent with three-year-old child" on average abates (average) sanctions by 8.35 percent. Findings from our multilevel Bayesian model also highlight significant heterogeneity of the random intercept and the treatment effects across diverse country context. For instance, in Israel sanctions imposed on single parents are about five percent below the reference; in Poland, this difference amounts to almost 15 percent.

For the remaining two scenarios (S_2 and S_3), effect sizes are considerably smaller: young benefit claimants who reject a job offer due to low qualification requirements lose about one percent more, older about 0.5 percent less than the baseline category. Single parents are again treated more leniently, and sanctions are 3.61 percent lower than the vaguely

37 Cf. for a similar assessment Naumann et al. 2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

defined baseline category. When unemployed persons refuse to carry out unpaid community work "in exchange" for social transfers, sanctioning for younger benefit claimants is harsher (1.51 percent), and consequences for older unemployed persons are less abrasive (1.57 percent). Once more, the respondents tend to have more sympathy for single parents with a young child (4.66 percent). Heterogeneous country contexts for both scenarios are again associated with heterogeneous random intercepts, which reflect differences in the general propensity to impose sanctions from one country to another, and random slopes, which capture divergent consequences of the four vignette treatments at the country level.

In a nutshell, treatment vignettes that differ by age and thus allude to differences on the control and reciprocity dimensions exert long-lasting but substantively limited effects on attributed deservingness.[38] Family status, which taps the dimensions control and need, is undoubtedly more consequential, and these differences shed some light on the weighting of different dimensions of deservingness. Though, throughout the paper, the obtained treatment effects are consistently lower than expected and lower than reported in the previous literature.[39] However, we believe that this is at least partially a consequence of the selected vignettes: all benefit claimants are characterized in a complaisant manner and are described as individuals who have worked and contributed before but vary only in age and family status. However, the deservingness concept would also enable researchers (and, unfortunately, interested politicians) to paint a much more derogatory picture that characterizes individuals or whole groups of benefit claimants as alien, crooked, greedy, lazy, stupid or unqualified. We believe the effects associated with alternative vignettes to be way more significant and substantively consequential if these options were used.

In the next step, we advance from simple bivariate analyses of the RCT to more complex specifications that address the critical treatment effects and also consider alternative, independent variables and interactions of treatment effects with these controls. Our fundamental goal is to explore whether deservingness attributions are fast, automatic processes that apply to, in principle, all voters and all contexts or whether these effects are utilized as "heuristics" by subgroups of voters who lack the means and/or motivation to gather information and acquire informed knowledge rationally. Figure 4 presents three multilevel linear models, which include the three binary treatment indicators, a series of individual-specific controls, a random intercept to capture the difference in the baseline propensity to impose sanctions, and random slopes which model the contextual heterogeneity of treatment effects across diverse country contexts. Each

38 Cf. Naumann et al. 2019.

39 Buss 2019; Fossati 2018; Oorschot, Who Should Get What, 2000; Petersen et al. 2011.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

model addresses the scenarios/situations S_1 S_2 and S_3, and comparisons across these three models enable us to check the robustness and stability of our findings.

Figure 4 reports coefficients and associated Bayesian confidence regions from fully specified, multivariate models. As before, these models have been run separately for each scenario **S** to allow for robustness checks. The obtained effect parameters illustrate that the primary treatment effects are maintained in direction and size when we include a wide range of controls. Turning to the individual-specific predictors, there is solid and robust evidence for the verisimilitude of arguments based on material self-interest. Across the board, interviewees who are currently unemployed, who have experienced unemployment before, or who indicate that they are subjectively afraid to be unemployed in the future are less likely to impose (harsher) sanctions.

The common and specific ideological predictors are also closely linked to the level of sanctions suggested by the respondents: The further to the right a respondent locates themself, the more likely they are to suggest more severe sanctions in case of perceived non-compliance in all three scenarios. Turning to the more specific items, especially those who think that the provision of welfare state benefits makes people lazy or less willing to care for others are more likely to bring forward substantial sanctions. The same holds for those who believe that the provision of welfare sanctions produces undue burdens for the economy (although not necessarily for individual businesses). In contrast, there is only limited and partly contradictory evidence concerning the effects of positive attitudes to social welfare on the willingness to sanction non-compliant unemployed people. Whether respondents believe that social transfers help to build an equal society or effectively prevent widespread poverty is not systematically linked with the dependent variable across the three scenarios/the three models.

5 Summary, Conclusion, Perspectives

Attitudes to the welfare state, its specific programs, or specific people that are supposed to "benefit" from the implied social transfers have always been of vital interest for discussions in the public and political spheres. The dynamics of public opinion have been utilized by some to justify changes or cuts to social transfers and welfare spending, and they have been applied by others as a general tool for evaluating the justice and legitimacy of existing or proposed systems of social security.

The first task of this paper was to evaluate the explanatory force of two different strands of the literature on welfare states and public opinion. A series of more recent approaches has used deservingness cues heuristics to explore individual survey respondents' attitudes to different groups of benefit claimants. These contributions often

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

exploit factorial surveys to gain additional causal traction. In line with these contributions, the vignette experiment implemented in Round 8 of the ESS demonstrates that respondents indeed react systematically to randomly assigned vignettes: older unemployed are more deserving than younger and are less likely to be sanctioned when they turn down job offers. In addition, family status also matters. Single parents without a job are still more likely to be considered deserving and, thus, less likely to be sanctioned in case of non-compliance.[40]

Another strand of the literature has tried to attribute welfare state attitudes to the respondents' individual features. Relying on observational data derived from (comparative) survey projects, we find that items that assess material self-interest[41], general and specific ideological features are closely linked to the willingness to attribute deservingness or to impose sanctions on allegedly non-compliant unemployed.[42]

Secondly, this paper adds to the existing literature by adopting a systematic-comparative perspective. Up to now, contributions to the literature were usually confined to small sets of selected interviewees or to survey experiments within individual countries,[43] or pairwise comparisons.[44] This is the first factorial survey that can probe the hypothesized causal effects across twenty-three heterogeneous polities. While deservingness cues had significant causal value in all these contexts, our findings also demonstrate that it is conditional on economic, social, and institutional contexts.

References

Agresti, Alan: Categorical Data Analysis, New York 2019.

Andreß, Hans-Jürgen/Heien, Thorsten: Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States, in: European Sociological Review 1/4 (2001), pp. 337–356.

Auspurg, Katrin/Hinz, Thomas: Factorial Survey Experiments, Thousand Oaks 2014.

Beramendi, Pablo/Rehm, Philipp: Who Gives, Who Gains? Progressivity and Preferences, in: Comparative Political Studies 49/4 (2016), pp. 529–563.

40 Buss 2019; Oorschot, Who Should Get What, 2000; Petersen et al. 2011; Petersen 2012.

41 Iversen, Torben/Soskice, David: An Asset Theory of Social Policy Preferences, in: American Political Science Review 95/4 (2001), pp. 875–893.

42 Blekesaune/Quadagno 2003; Feldman/Steenbergen 2001; Gilens 2000; Kootstra, Anouk: Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands. Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment, in: European Sociological Review 32/3 (2016), pp. 325–38; Petersen et al. 2011.

43 Buss 2019; Petersen et al. 2011.

44 Kootstra 2016; Petersen 2012.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Blekesaune, Morten/Quadagno, Jill: Public Attitudes Toward Welfare State Policies. A Comparative Analysis of 24 Nations, in: European Sociological Review 19/5 (2003), pp. 415–427.

Bobo, Lawrence: Social Responsibility, Individualism, and Redistributive Policies, in: Sociological Forum 6/1 (1991), pp. 71–92.

Buss, Christopher: Public Opinion to Targeted Labour Market Policies. A Vignette Study on the Perceived Deservingness of the Unemployed, in: Journal of European Social Policy 29/2 (2019), pp. 228–240.

Druckman, James N./Greene, Donald P./Kuklinski, James H./Lupia, Arthur: Cambridge Handbook of Experimental Political Science, Cambridge 2011.

Druckman, James N./Kuklinski, James H./Sigelman, Lee: The Unmet Potential of Interdisciplinary Research. Political Psychological Approaches to Voting and Public Opinion, in: Political Behavior 31/4 (2009), pp. 485–510.

Druckman, James N./Green, Donald P.: Advances in Experimental Political Science, Cambridge 2021.

Esping-Andersen, Gosta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

Feldman, Stanley/Steenbergen, Marco R.: The Humanitarian Foundation of Public Support for Social Welfare, in: American Journal of Political Science 45/3 (2001), pp. 658–677.

Fossati, Flavia: Who Wants Demanding Active Labour Market Policies? Public Attitudes to Policies That Put Pressure on the Unemployed, in: Journal of Social Policy 47/1 (2018), pp. 77–97.

Gelman, Andrew/Carlin, John B./Stern, Hal S./Dunson, David B./Vehtari, Aki/Rubin, Donald B.: Bayesian Data Analysis, Boca Raton 2013.

Gërxhani, Klarita/Koster, Ferry: 'I Am Not Alone'. Understanding Public Support for the Welfare State, in: International Sociology 27/6 (2012), pp. 768–787.

Gigerenzer, Gerd/Todd, Peter M.: Simple Heuristics That Make Us Smart, Oxford 2000.

Gilens, Martin: Why Americans Hate Welfare. Race, Media, and the Politics of Antipoverty Policy, Chicago 2000.

Groskind, Fred: Ideological Influences on Public Support for Assistance to Poor Families, in: Social Work 39/1 (1994), pp. 81–89.

Hall, Peter A./Soskice, David (eds.): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford 2001.

Hasenfeld, Yeheskel/Rafferty, Jane A.: The Determinants of Public Attitudes Toward the Welfare State, in: Social Forces 67/4 (1989), pp. 1027–1048.

Iversen, Torben/Soskice, David: An Asset Theory of Social Policy Preferences, in: American Political Science Review 95/4 (2001), pp. 875–893.

Jensen, Carsten/Petersen, Michael Bang: The Deservingness Heuristic and the Politics of Health Care. Deservingness and Health Care, in: American Journal of Political Science 61/1 (2017), pp. 68–83.

Kootstra, Anouk: Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands. Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment, in: European Sociological Review 32/3 (2016), pp. 325–38.

Larsen, Christian Albrekt: The Institutional Logic of Welfare Attitudes, Burlington 2006.

Larsen, Christian Albrekt: The Institutional Logic of Welfare Attitudes. How Welfare Regimes Influence Public Support, in: Comparative Political Studies 41/2 (2007), pp. 145–68.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Margalit, Yotam: Explaining Social Policy Preferences. Evidence from the Great Recession, in: American Political Science Review 107/1 (2013), pp. 80–103.

Morton, Rebecca B./Williams, Kenneth C.: Experimental Political Science and the Study of Causality. From Nature to the Lab, Cambridge 2010.

Naumann, Elias/De Tavernier, Wouter/Naegele, Laura/Hess, Moritz: Public Support for Sanctioning Older Unemployed. A Survey Experiment in 21 European Countries, in: European Societies 22/1 (2019), pp. 1–24.

Oorschot, Wim van: Who Should Get What, and Why? On Deservingness Criteria and the Conditionality of Solidarity Among the Public, in: Policy & Politics 28/1 (2000), pp. 33–48.

Oorschot, Wim van: Why Pay for Welfare? A Sociological Analysis of Reasons for Welfare Solidarity, in: The Netherlands Journal of Social Sciences 36/1 (2000), pp. 15–36.

Oorschot, Wim van/Meuleman, Bart: Welfare Performance and Welfare Support, in: Svallvors, Stefan (ed.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford 2012, pp. 25–57.

Petersen, Michael Bang: Social Welfare as Small-Scale Help. Evolutionary Psychology and the Deservingness Heuristic, in: American Journal of Political Science 56/1 (2012), pp. 1–16.

Petersen, Michael Bang/Slothuus, Rune/Stubager, Rune/Togeby, Lise: Deservingness Versus Values in Public Opinion on Welfare. The Automaticity of the Deservingness Heuristic, in: European Journal of Political Research 50/1 (2011), pp. 24–52.

Reeskens, Tim/van der Meer, Tom: The Inevitable Deservingness Gap. A Study into the Insurmountable Immigrant Penalty in Perceived Welfare Deservingness, in: Journal of European Social Policy 29/2 (2019), pp. 166–81.

Rehm, Philipp: Risks and Redistribution. An Individual-Level Analysis, in: Comparative Political Studies 42/7 (2009), pp. 855–881.

Rehm, Philipp: Social Policy by Popular Demand, in: World Politics 63/2 (2011), pp. 271–299.

Rehm, Philipp: Risk Inequality and Welfare States. Social Policy Preferences, Development, and Dynamics, Cambridge 2016.

Rueda, David/Pontusson, Jonas: Individual Preferences for Redistribution in Western Europe. Self-Interest, Political Articulation, Altruism and Identity. University of Oxford, Oxford 2010.

Rueda, David/Stegmueller, Daniel: Who Wants What? Redistribution Preferences in Comparative Perspective, Cambridge 2019.

Sniderman, Paul M./Brody, Richard A./Tetlock, Philip E.: Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology, Cambridge 1991.

Steiner, Peter M./Atzmüller, Christiane/Su, Dan: Designing Valid and Reliable Vignette Experiments for Survey Research. A Case Study on the Fair Gender Income Gap, in: Journal of Methods and Measurement in the Social Sciences 7/2 (2017), pp. 52–94.

Svallfors, Stefan: Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution. A Comparison of Eight Western Nations, in: European Sociological Review 13/3 (1997), pp. 283–304.

Svallfors, Stefan: Class, Attitudes and the Welfare State. Sweden in Comparative Perspective, in: Social Policy & Administration 38/2 (2004), pp. 119–38.

Svallfors, Stefan/Kulin, Joakim/Schnabel, Annette: Age, Class, and Attitudes Toward Government Responsibilities, in: Svallfors, Stefan (Hg.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford 2012, pp. 159–192.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Julia Hofmann · Markus Marterbauer · Matthias Schnetzer

Wie gerecht ist die Einkommens- und Vermögensverteilung in Österreich?

1 Einleitung

Nach einem mehrere Jahrzehnte andauernden Trend zu mehr sozialem Ausgleich tendiert die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Industrieländern seit den 1980er Jahren zu mehr Ungleichheit. Dies steht unter anderem mit einem grundlegenden Politikwechsel in Zusammenhang, der die wirtschaftspolitischen Ziele der Preisstabilität und Budgetkonsolidierung gegenüber jenen der Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit priorisierte und durch Schritte der Deregulierung und Privatisierung gekennzeichnet war. In Österreich fand dieser Politikwechsel zeitverzögert statt und fiel vergleichsweise verhalten aus. Dennoch ist seit Beginn der 1980er Jahre auch hier die Lohnquote gesunken und die Spreizung zwischen hohen und niedrigen Einkommen hat merklich zugenommen. Dies ist wesentlich durch den markanten Anstieg von Arbeitslosigkeit und prekärer Erwerbstätigkeit begründet.[1]

Der hohe kollektivvertragliche Abdeckungsgrad hat hingegen die Verteilung der Bruttoeinkommen stabilisiert. Der im europäischen Vergleich gut ausgestaltete und umfassende Sozialstaat, der in diesem Zeitraum auch um einige Elemente erweitert wurde (etwa im Bereich der Mindestsicherung oder beim Pflegegeld), hat die Tendenz steigender sozialer Ungleichheit lange Zeit weitgehend korrigiert. Die Verteilung der Bruttoeinkommen ist daher auch merklich ungleicher als die Verteilung der verfügbaren Einkommen nach sozialstaatlicher Umverteilung durch Steuern und Transfers.[2]

Im Unterschied zu den Einkommen kann über die längerfristige Entwicklung der Verteilung des privaten Haushaltsvermögens in Österreich nichts Substantielles ge-

1 Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich. WIFO-Working Paper Nr. 307, 2007. URL: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25739&mime_type=application/pdf (zuletzt abgerufen: 17.02.2022); Gerhartinger, Philipp/Haunschmid, Philipp/Tamesberger, Dennis: Sieben Thesen zur Lohnentwicklung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 44/1 (2018), S. 73–103.

2 Rocha-Akis, Silvia et al.: Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015. WIFO 2019. URL: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=61782&mime_type=application/pdf (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

sagt werden, da belastbare Daten erst für die 2010er Jahre aus dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der Europäischen Zentralbank vorliegen. Doch der internationale Trend zunehmender Ungleichheit beim Vermögen dürfte auch an Österreich nicht spurlos vorübergegangen sein. Wie Abbildung 1 zeigt, ist der Gini-Koeffizient für Vermögensungleichheit in allen EU-Mitgliedsstaaten höher als jener für Einkommensungleichheit. In Österreich ist der Unterschied aber besonders auffällig: Während die Verteilung der Einkommen relativ egalitär ist, weist Österreich eine sehr hohe Konzentration des Vermögensbesitzes auf und zählt zu den Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit. Dass gerade Länder, die für ihre eher moderate Einkommensungleichheit bekannt sind, wie Österreich, aber auch die Niederlande oder Deutschland, eine so hohe Vermögensungleichheit aufweisen, mag auf den ersten Blick überraschen. Eine Erklärung hierfür liegt jedoch im strategischen Fokus auf Fragen der Verteilung und Umverteilung in diesen Staaten: Während Maßnahmen, die die Einkommensungleichheit reduzieren (z. B. über spezifische Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitiken), lange Zeit im Zentrum standen, wurde weniger über Maßnahmen zur Reduzierung von Vermögensungleichheit (z. B. über Erbschafts- und Vermögenssteuern) nachgedacht. Als Gegenmodell zur privaten Vermögensakkumulation einiger Weniger gilt in diesen Ländern ein gut ausgebauter Sozialstaat als das „Vermögen der Vielen": Die öffentliche Bereitstellung von Sozial- und Gesundheitsleistungen, Alterssicherung, Mobilität und Wohnraum reduziert die Abhängigkeit von privatem Eigentum und Vermögensaufbau für einen hohen Lebensstandard.

Wirtschaftliche Krisen haben sich oft als Motor zunehmender Ungleichheit erwiesen. Zwar steigt in der Rezession aufgrund von Gewinneinbrüchen kurzfristig die Lohnquote an, doch die krisenbedingte Zunahme von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung sowie die darauffolgenden Finanzierungsschwierigkeiten des Sozialstaates bedingen mittelfristig oft eine Zunahme der Verteilungsunterschiede. Beschäftigungseinbruch in und Sozialkürzungen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 haben in vielen, vor allem südlichen EU-Ländern die Ungleichheit des verfügbaren Haushaltseinkommens markant erhöht. In Österreich hat sich die Einkommensverteilung nach dem Krisenjahr 2009 hingegen kaum verändert. Die Ungleichheit beim verfügbaren Haushaltseinkommen ist in Österreich deutlich niedriger als in Europas Westen, Süden oder Osten, allerdings etwas höher als in Nordeuropa (Abbildung 2). Die Covid-19-Krise könnte jedoch mittelfristig zu einer Zunahme der Ungleichheit führen, vor allem wegen des Anstiegs der Langzeitarbeitslosigkeit, der sich zu verfestigen droht, und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Kleinunternehmen, aber auch wegen möglicher langfristiger Folgen durch die Beeinträchtigung von Bildungs- und Erwerbschancen ökonomisch schlechter gestellter Kinder

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

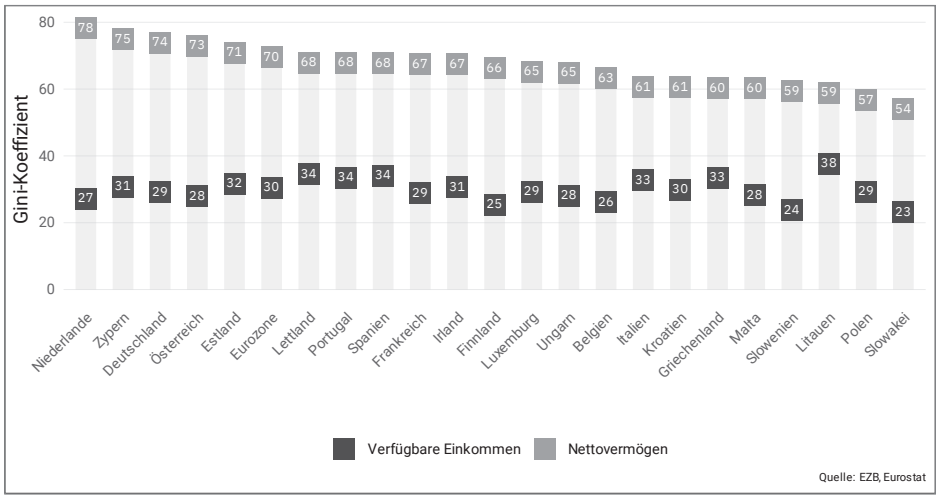


Abbildung 1: Einkommens- und Vermögensungleichheit in Europa

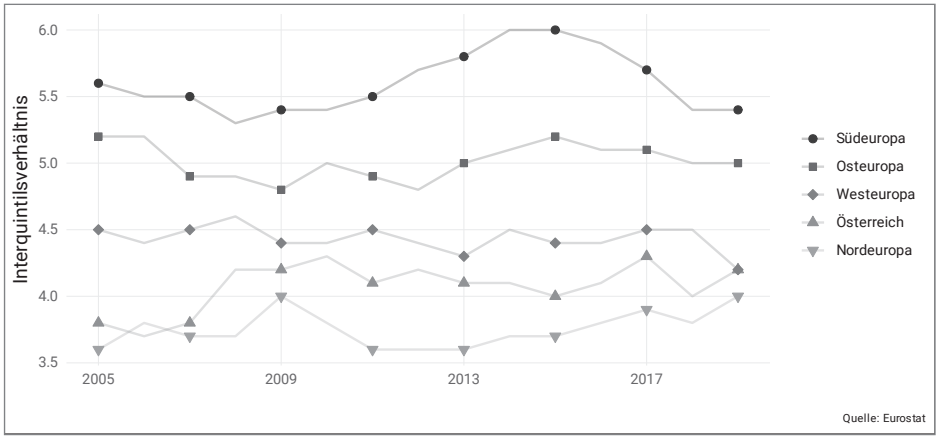


Abbildung 2: Entwicklung von Einkommensungleichheit in Europa

und Jugendlicher im Zuge der Krise. Erste Indizien aus journalistischen Reichenlisten und statistischen Haushaltserhebungen deuten jedenfalls auf kräftige Vermögenszuwächse am oberen Ende und zunehmende Armutsgefährdung am unteren Ende der Verteilung hin.[3]

3 Steiber, Nadia/Siegert, Christine/Vogtenhuber, Stephan: Die Erwerbssituation und subjektive finanzielle Lage privater Haushalte im Verlauf der Pandemie. AK Working Paper Reihe Nr. 222 (2021). URL: https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16250989 (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

2 Soziale Ungleichheit und Fragen der Gerechtigkeit

Die Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen wird in Wissenschaft und Gesellschaft intensiv diskutiert[4], doch wird sie von der Bevölkerung auch als ungerecht wahrgenommen? Diese Frage ist sowohl für individuelles Verhalten als auch für politische Schlussfolgerungen von hoher Relevanz. So zeigen Forschungsergebnisse, dass soziale Ungleichheiten im Allgemeinen und Einkommensungleichheiten im Speziellen in den europäischen Ländern weitgehend akzeptiert werden. Das Ausmaß und die konkreten Formen von Ungleichheit sowie die Voraussetzungen, unter denen diese als legitim – also als „gerecht" – verstanden wird, sind jedoch höchst umstritten.[5]

Ob und welche Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht angesehen werden, hängt nicht nur von den objektiven Bedingungen und der eigenen sozialen Lage ab, sondern auch stark davon, wie man die Welt sieht, das heißt, mit welchen Normen und Werten man auf Fragen der Ungleichheit blickt[6]. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen natürlich politische Einstellungen, aber auch sogenannte Gerechtigkeitsprinzipien.

In der Gerechtigkeitsforschung unterscheidet man im Allgemeinen vier Prinzipien, nach denen eine Verteilung als gerecht oder ungerecht bewertet werden kann: das Leistungs-, das Bedarfs-, das Gleichheits- und das Statusprinzip.[7] Zwar ist das Leistungsprinzip mehr oder weniger die „Grundnorm" aller meritokratischen Gesellschaften. Allerdings finden sich stets Elemente aller Prinzipien in modernen Gesellschaften,

4 Für Österreich siehe unter anderem: Dimmel, Nikolaus u. a. (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung, Innsbruck 2017; Fessler, Pirmin/Schürz, Martin: Private Wealth Across European Countries. The Role of Income, Inheritance and the Welfare State, in: Journal of Human Development and Capabilities Nr. 19/4 (2018), S. 521–549; Altzinger, Wilfried/Moser, Mathias/Humer, Stefan: Entwicklung und Verteilung der Einkommen, in: BMASK (Hg.): Sozialbericht des Sozialministeriums. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015–16, Wien 2017, S. 227–268.

5 Becker, Rolf/Hadjar, Andreas: Meritokratie. Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften, in: Becker, Rolf (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie, Wiesbaden 2011, S. 37–62, Hadjar, Andreas: Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion, Wiesbaden 2008.

6 Disslbacher, Franziska/Hofmann Julia: Einstellungen zum Sozialstaat und dessen Finanzierung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 47/3 (2021), S. 329–360.

7 Hülle, Sebastian/Liebig, Steffen/May, Meike: Measuring Attitudes Toward Distributive Justice. The Basic Social Justice Orientations Scale, in: Social Indicators Research 136/2 (2018), S. 663–692; Adriaans, Jule/Eisnecker, Philipp/Liebig, Stefan: Gerechtigkeit im europäischen Vergleich. Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet. DIW Wochenbericht 45/2019. URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.696451.de/publikationen/wochenberichte/2019_45/gerechtigkeit_im_europaeischen_vergleich_verteilung_nach_bedarf_und_leistung_in_deutschland_besonders_befuerwortet.html (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

sie werden nur unterschiedlich stark betont. Konkrete Ausgestaltungsformen dieser Gerechtigkeitsprinzipien findet man etwa in den verschiedenen Elementen des Wohlfahrtsstaates[8]: Die Versicherungselemente (Pensionen, Arbeitslosigkeit) betonen das Leistungsprinzip – Beiträge und Leistungen hängen vom Einkommen ab. Alle Elemente der Sozialhilfe und Mindestsicherung folgen dem Bedarfsprinzip. Die sozialstaatlichen Dienstleistungen (Gesundheit, Kindergärten, Pflegeleistungen, im weiteren Sinne auch Bildung und sozialer Wohnbau) betonen das Gleichheitsprinzip. Das Statusprinzip, das einzelnen Familien aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position Privilegien sichert, wird in der Wohlfahrtsstaatstheorie zwar nicht gestützt, spielt in der politischen Praxis aber eine wichtige Rolle. Diese Mischung von Prinzipien findet sich folglich auch in den Einstellungen der Menschen: Es gibt im Allgemeinen wenige Personen, die nur ein Prinzip befürworten und die anderen drei Prinzipien klar ablehnen. Meist werden mehrere Prinzipien in unterschiedlichem Ausmaß unterstützt.

Für Österreich gibt es zwar zahlreiche Studien zur Bewertung der Einkommensungleichheit, zur Bewertung der Vermögensungleichheit liegen bislang jedoch nur wenige Auswertungen vor.[9] In diesem Beitrag möchten wir daher einen Beitrag zur Erforschung der Einstellungen zu Vermögensungleichheit (im Verhältnis zu den Einstellungen zu Einkommensungleichheit) leisten. Wir werten hierfür die Daten aus dem ESS zur Zustimmung zu verschiedenen Gerechtigkeitsprinzipien sowie zum Gerechtigkeitsempfinden von Einkommen und Vermögen in Österreich aus. Die Ergebnisse werden mit dem Antwortverhalten in den anderen EU-Staaten kontrastiert. Dabei zeigt sich vor allem ein im EU-Vergleich überdurchschnittliches Ungerechtigkeitsempfinden bei sehr hohen Einkommen und großen Vermögensunterschieden.

3 Daten

Die neunte Welle des European Social Survey (ESS) bietet mit dem Schwerpunkt „Justice and Fairness in Europe" eine solide Datenbasis für die empirische Untersuchung von Ungleichheitsempfinden und subjektiven Gerechtigkeitsvorstellungen in den europäischen Bevölkerungen. Diese Erhebungswelle wurde in den Jahren 2018 und 2019

8 Esping-Andersen, Gösta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

9 Ausnahmen u. a. Melchior, Josef/Schürz, Martin: Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich. Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 41/2 (2015), S. 199–234, Weiss, Hilde/Hofmann, Julia: Reichtum – Legitimation und Kritik. Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich. AK Working Paper Reihe Nr. 153 (2016). URL: https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/!fulltext/AC13306787/1/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

durchgeführt und umfasst Daten für 27 europäische Länder. Insgesamt wurden über 47.000 Personen über 15 Jahren für die Erhebung befragt, davon rund 2.500 Menschen in Österreich. Für diesen Beitrag wurden die im ESS bereitgestellten Poststratifizierungsgewichte sowie die Bevölkerungsgewichte für Länderdurchschnitte herangezogen, um repräsentative Aussagen für die Gesamtbevölkerung treffen zu können.

Die Daten aus der neunten Welle beinhalten nicht nur eine Bewertung von Einkommensungleichheit, sondern auch Informationen über die Wahrnehmung von Vermögensunterschieden[10]. Für unsere Untersuchung werden zwei Fragebatterien aus dem ESS herangezogen: die Zustimmung zu vier unterschiedlichen Gerechtigkeitsprinzipien sowie die Einschätzungen zur Einkommens- und Vermögensverteilung. Im ESS werden folgende Formulierungen von Gerechtigkeitsvorstellungen mit einer fünfstufigen Likertskala abgefragt:

- Leistungsprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere."
- Bedarfsprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben."
- Gleichheitsprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind."
- Statusprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen können."

Die Zustimmung zu diesen Aussagen wird in fünf Antwortkategorien erfasst, die von starker Zustimmung bis zu starker Ablehnung reichen. In dieser Arbeit werden die beiden Antworten „Stimme stark zu" und „Stimme zu" gemeinsam als Zustimmung ausgewertet.

Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung wurde in einer neunstufigen Skala erhoben. Das betrifft die Fragen, wie gerecht das eigene Einkommen, das Einkommen der untersten und obersten 10 % der Vollzeitbeschäftigten, sowie die Vermögensunterschiede empfunden werden. Die möglichen Antworten reichten von -4 (extrem ungerecht niedrig) bis +4 (extrem ungerecht hoch). In unseren Auswertungen haben wir die Stufen „extrem" und „sehr" zu „sehr ungerecht", sowie die Stufen „etwas" und „ein wenig" zu „eher ungerecht" zusammengefasst.

10 Die u. a. in Hinblick auf Gerechtigkeitsvorstellungen von Adriaans/Eisnecker/Liebig (2009) bereits für Deutschland ausgewertet wurden

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

4 Wie bewerten in Österreich lebende Menschen die Einkommens- und Vermögensverteilung?

Ausgangspunkt für die subjektive Bewertung der Gerechtigkeit der Einkommensverteilung bilden im ESS die Bruttoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten, über deren Höhe im jeweiligen Land die Befragten informiert wurden. Sie sollten daraufhin beurteilen, für wie gerecht sie diese an den Rändern der Verteilung, also im untersten und im obersten Zehntel halten. Das Einkommen der untersten 10 % liegt im ESS in Österreich bei unter 900 Euro pro Monat. Diese Einkommensinformationen beruhen auf der Haushaltserhebung EU-SILC 2017 und einer gemeinsamen Betrachtung der Einkommen von unselbständig Beschäftigten und selbständig Erwerbstätigen. Hierbei bestehen viele Unschärfen: Die niedrige Einkommenshöhe von 900 Euro könnte aus dem Unterschied in der zeitlichen Feststellung der Arbeitszeit (aktuell) und des Einkommens (Vorjahr) entstehen, die Einbeziehung von Lehrlingen dürfte ebenso eine Rolle spielen wie die niedrigen Angaben bei Selbständigeneinkommen. Die mit diesen statistischen Unsicherheiten behaftete Einkommenshöhe liegt jedenfalls deutlich unter den in nahezu allen Kollektivverträgen festgeschriebenen 1.500 Euro Bruttogehalt für Vollzeitbeschäftigte.

Dementsprechend wird diese Höhe daher auch von fast allen Befragten als ungerecht eingeschätzt (Abbildung 3, links oben): 70 % halten sie für sehr ungerecht niedrig, weitere 17 % für eher ungerecht niedrig. Kaum jemand hält die Einkommen für zu hoch (4 %) oder für gerecht (9 %).

In der Beurteilung der Einkommen des untersten Zehntels gibt es kaum Unterschiede nach Einkommensgruppen. Im obersten Einkommensfünftel halten sogar 87 % der Befragten die Einkommen ganz unten für zu niedrig (unterstes Fünftel 83 %). Als gerecht beurteilt sie – weder oben, noch unten – kaum jemand (Abbildung 4). Die negative Beurteilung fällt in Österreich noch stärker aus als im Durchschnitt der EU, wo 54 % die Höhe des Einkommens im untersten Zehntel für sehr ungerecht halten. Die angegebene Höhe der Einkommen im unteren Bereich wird also von einer breiten Mehrheit der Befragten für zu niedrig gehalten – gelten hohe Einkommen auch allgemein als zu hoch?

Auch die Einkommen des obersten Zehntels empfinden die Österreicher:innen durchaus für ungerecht. Das oberste Zehntel der Einkommensverteilung beginnt im ESS bei 5.400 Euro brutto. Fast zwei Drittel der Befragten halten diese Summe für sehr (28 %) oder eher ungerecht hoch (35 %). Nur 7 % der Befragten halten die Einkommen im obersten Zehntel für ungerecht zu niedrig, gut 30 % der Befragten erachten sie als gerecht. Die negative Beurteilung der Ungleichheit fällt in Österreich auch im obersten Einkommensbereich deutlich höher aus als im Durchschnitt der EU, wo das Einkommen des obersten Zehntels von 46 % für ungerecht hoch empfunden wird.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

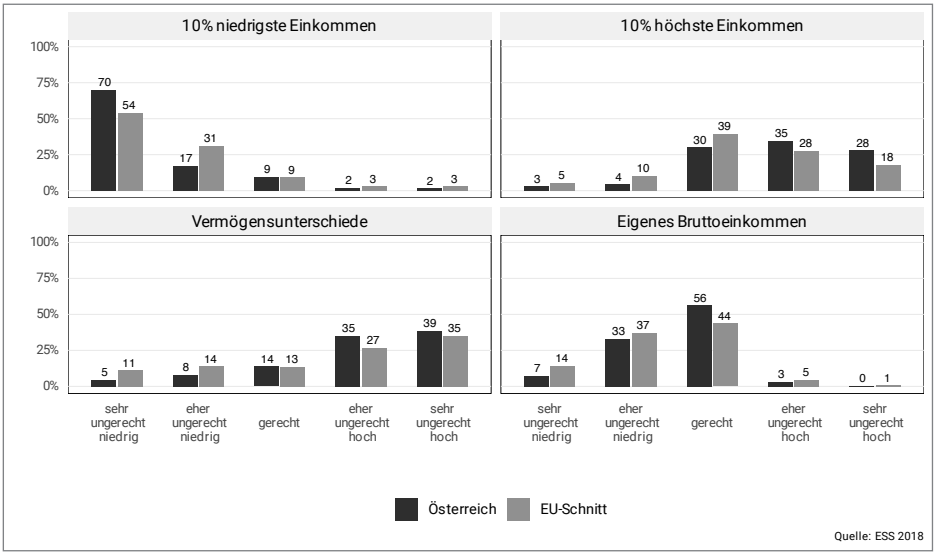


Abbildung 3: Gerechtigkeitsbewertung von Einkommen und Vermögen

Im Gegensatz zur Beurteilung der niedrigen Einkommen differiert die Beurteilung der hohen Einkommen nach Einkommensgruppen (Abbildung 4): Während im unteren Fünftel 21 % die Einkommen des obersten Zehntels für gerecht halten, sind es im obersten Fünftel bereits 51 %. Für ungerecht niedrig hält die Einkommen des obersten Zehntels nahezu niemand, weder unten, noch oben in der Verteilung. Hingegen beurteilen 74 % der Befragten des unteren Fünftels die Einkommen des obersten Zehntels als ungerecht hoch, im oberen Fünftel trifft dies – immer noch – auf 43 % zu. Im Gegensatz zur Bewertung von niedrigen Einkommen – diese werden von fast allen Befragten kritisiert –, beeinflusst die eigene Position auf der sozialen Leiter also die Bewertung von hohen Einkommen: Je weiter oben man steht, desto fairer empfindet man, wohl auch mit Referenz auf sich selbst, höhere Einkommen.

Nicht nur die Verteilung der Einkommen am unteren und oberen Rand wird von der Bevölkerung als ungerecht empfunden, auch beim Vermögen trifft diese Beurteilung zu. Drei Viertel der Befragten halten in Österreich die Vermögensverteilung für ungerecht, wieder deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (62 %). Für 14 % ist die Ungleichheit gerecht, aber nur 13 % halten sie für zu gering. Besonders interessant ist, dass die Ungleichheit der Vermögensverteilung auch von den Bezieher:innen höherer Einkommen als ungerecht hoch beurteilt wird: Dies trifft auf 66 % des obersten Einkommensfünftels zu (79 % des untersten Einkommensfünftels). Für gerecht halten die Vermögenskonzentration 26 % des obersten und 13 % des untersten Einkommensfünftels. Auch die Vermögensverteilung wird also von einer sehr breiten gesellschaft-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

lichen Mehrheit in Österreich für ungerecht gehalten. Diese Einschätzung deckt sich auch mit der oben erwähnten tatsächlichen Messung von Vermögensungleichheit, die in Österreich auch deutlich höher ausfällt als in anderen europäischen Staaten (Abbildung 1).

5 Ist das eigene Einkommen gerecht?

Die eigene Einkommenssituation bewertet rund die Hälfte der Befragten positiv. Rund 56 % der Österreicher:innen haben das Gefühl, fair bezahlt zu werden (Abbildung 3). Allerdings fühlen sich auch 40 % ungerechterweise zu schlecht bezahlt. Demgegenüber fühlt sich kaum jemand ungerechterweise zu gut bezahlt (3 %). 43 % der Befragten in Österreich sind weiters der Ansicht, dass Menschen, die einen ähnlichen Job wie sie selbst machen, fair bezahlt werden, für rund 38 % werden diese zu gering bezahlt. Vergleicht man diese Werte mit dem EU-Schnitt, so zeigt sich, dass die Befragten in Österreich sich eher gerecht bezahlt fühlen: Im EU-Schnitt sind es nämlich nur knapp 44 %, die sich fair und rund 51 %, die sich ungerechterweise zu niedrig bezahlt fühlen.

Dieses im EU-Vergleich gute Ergebnis ist mit Blick auf die objektive Einkommensverteilung in Österreich durchaus nachvollziehbar: Dank hoher Produktivität, kollektivvertraglicher Lohnpolitik und einem gut ausgebauten Sozialstaat weist Österreich im EU-Vergleich mit rund 23.200 Euro ein relativ hohes kaufkraftbereinigtes Median-Netto-Einkommen pro Kopf auf. In Ländern des Südens, wie etwa in Italien, liegt dieses nur bei rund 16.700 Euro. In Osteuropa ist es mit bspw. 8.600 Euro in Ungarn noch niedriger (Eurostat 2020). Dementsprechend empfinden in Ungarn daher auch nur rund 18 % und in Italien nur rund 29 % ihr Einkommen als fair.

Dazu kommt wohl auch die in Österreich höhere subjektive Wahrnehmung, eine *faire Chance auf jenen Job gehabt zu haben, den man wirklich ausüben wollte*: Während EU-weit dies nur 18 % so sehen, sind es in Österreich mehr als 30 %, die dieser Aussage sehr zustimmen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Einschätzung, ob man eine *faire Chance hatte, die Ausbildung zu absolvieren, die man wollte*. Hier stimmen in Österreich 42 % sehr zu, EU-weit sind es nur 32 %.

Gleichzeitig gibt aber auch das hohe Ausmaß derjenigen, die sich ungerechterweise zu schlecht bezahlt fühlen, zu denken: 40 % fühlen sich ungerechterweise zu schlecht bezahlt. Auch hier zeigt sich, dass das eigene Einkommen eine wichtige Rolle bei der Bewertung spielt (Abbildung 4): So bewerten gut bezahlte Personen ihr eigenes Einkommen, wie zu erwarten, viel häufiger als gerecht (rund 59 % im obersten Einkommensfünftel gegenüber rund 49 % im untersten Einkommensfünftel). 47 % der Personen im untersten Einkommensfünftel fühlen sich hingegen (eher) ungerecht schlecht

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

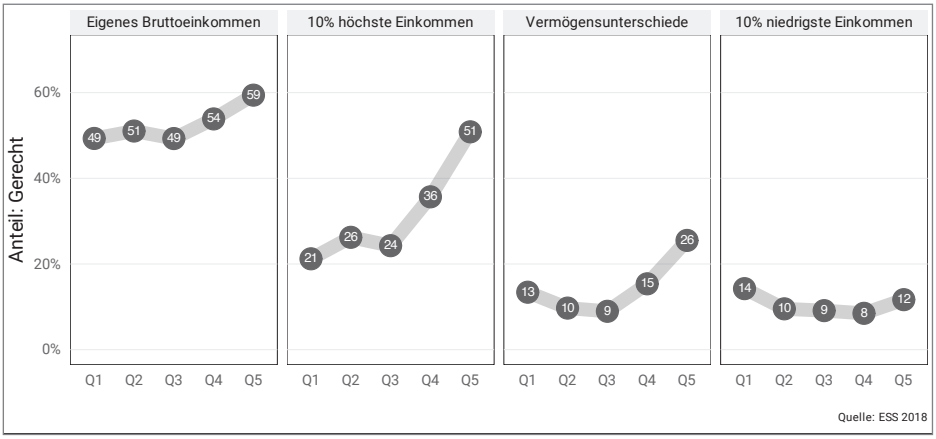


Abbildung 4: Gerechtigkeitsbewertung nach Einkommensquintilen in Österreich

bezahlt; im obersten Fünftel sind dies nur rund 30 %. Je weiter unten man auf der Einkommensleiter steht, umso mehr Kritik wird am eigenen Einkommen geübt.

6 Was ist gerecht? Verteilung nach Leistung, Bedarf, Status oder Gleichheit?

In Österreich spricht sich die überwiegende Mehrheit der Befragten (rund 91 %) für das Leistungsprinzip und zu 82 % für das Bedarfsprinzip aus. Das Gleichheitsprinzip befürworten 55 % der Befragten. Deutlich geringer, aber im EU-Vergleich (13 %) immer noch erstaunlich hoch, ist die Zustimmung zum Statusprinzip mit 19 % (Abbildung 5).

Mit dieser starken Befürwortung von Leistungs- und Bedarfsprinzip, der ambivalenten Betonung des Gleichheitsprinzips und der Ablehnung des Statusprinzips ist Österreich nicht allein, sondern liegt ganz im europäischen Trend: Das Leistungsprinzip unterstützen in der EU 80 % und das Bedarfsprinzip 76 % der Befragten. Das Gleichheitsprinzip findet eine ähnliche Zustimmung wie in Österreich mit rund 54 % und das Statusprinzip eben nur 13 % Zustimmung.

Diese gewünschte „Mischung" von Gerechtigkeitsprinzipien ergibt inhaltlich auch durchaus Sinn: So sollen nach Ansicht der Befragten alle Personen genug bekommen, um die eigenen grundlegenden Bedürfnisse zu stillen. Wer aber mehr leistet, soll auch mehr haben. Auch die starke Ablehnung des Statusprinzips ist normativ im Einklang mit der starken Betonung des Leistungsprinzips: Nicht die soziale Herkunft soll über den eigenen Status entscheiden, sondern die eigene Leistung.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

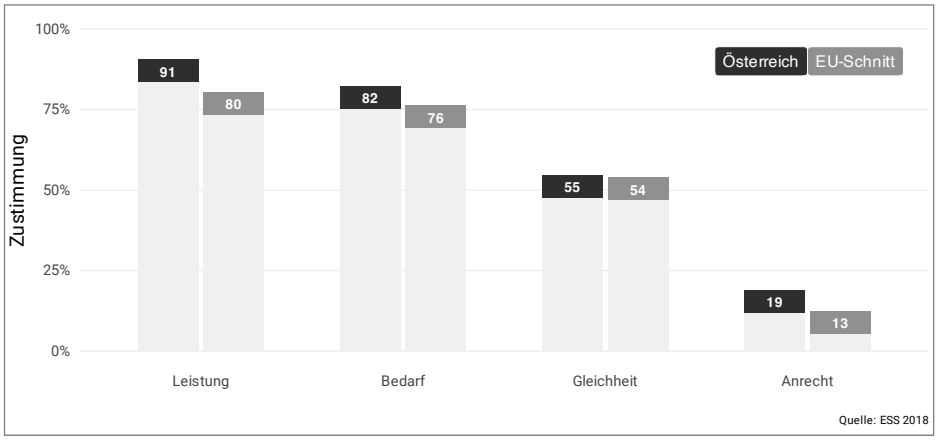


Abbildung 5: Zustimmung zu Gerechtigkeitsprinzipien

In der Realität greift das von den Befragten favorisierte Leistungsprinzip bei hohen Einkommen und Vermögen allerdings nur bedingt. Dies zeigt etwa die nicht nur durch Leistungsunterschiede erklärbare Kluft zwischen Manager:innengehältern und dem Durchschnittseinkommen mit einem Verhältnis von 1:57[11] oder die Tatsache, dass hohe Vermögen zu einem guten Teil geerbt und nicht selbst erarbeitet werden.[12] Die oben beschriebene starke gesamtgesellschaftliche Bewertung der Einkommens- und Vermögensverteilung als ungerecht ist daher wohl auch als ein Spiegel des Fehlens der von den befragten Österreicher:innen präferierten Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit zu interpretieren.

Interessanterweise ist auch die Zustimmung zu den unterschiedlichen Gerechtigkeitsprinzipien abhängig vom eigenen Einkommen (Abbildung 6). Während sich bei der Zustimmung zum Bedarfsprinzip kaum Unterschiede zeigen, werden diese bei den anderen Prinzipien sofort augenscheinlich: So stimmen Personen im untersten Einkommensfünftel mit 62 % eher dem Gleichheitsprinzip zu als Personen im obersten Fünftel mit nur rund 42 %. Demgegenüber stoßen das Leistungs- und das Statusprinzip auf größere Zustimmung bei den besser Bezahlten: Rund 96 % stimmen im obersten Fünftel dem Leistungsprinzip zu, im untersten Fünftel sind es 88 %. Spannend ist auch das Ergebnis beim Statusprinzip: Hier stimmen rund 18 % im obersten Fünftel zu, bei den schlechter Bezahlten sind dies nur rund 13 %. Dieses Ergebnis deckt sich mit

11 Arbeiterkammer Wien: Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen 2020. Gehälter-Ranking, Vergütungspolitik und Vergütungsberichte, Wien 2021.

12 Leitner, Sebastian: Factors driving wealth inequality in European countries. AK Working Paper Reihe Nr. 177 (2018). URL: https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC15105971 (zuletzt abgerufen: 7.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

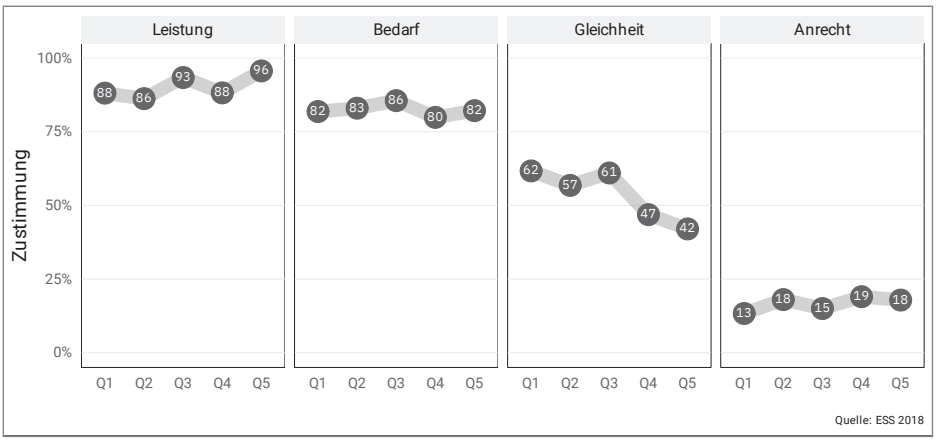


Abbildung 6: Gerechtigkeitsprinzipien nach Einkommensquintilen in Österreich

anderen Studien, die zeigen, dass sich ein Teil der „Eliten" durchaus darüber bewusst ist, auf welchem Weg – etwa über die eigene soziale Herkunft – sie ihren sozialen Status erlangt haben, und diesen nun legitimieren wollen.[13]

7 Konsequenzen von sozialer Ungleichheit und subjektivem Ungerechtigkeitsempfinden für die Demokratie

Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass zunehmende soziale Ungleichheit sich nicht nur auf die Einstellungen und Gerechtigkeitswahrnehmungen der Menschen auswirkt, sondern auch gravierende Konsequenzen für die Demokratie hat. Die ungleiche Verteilung von Vermögen geht mit einer ungleichen Verteilung von Macht und demokratischer Teilhabe einher.[14] Es besteht die Gefahr, dass das Gleichheitsversprechen liberaler Demokratien verletzt wird, da nicht (mehr) alle sozialen Gruppen dieselbe Chance auf Berücksichtigung ihrer Anliegen im politischen Prozess haben. Darauf weist etwa der bekannte Verteilungsforscher Thomas Piketty[15] hin, wenn er empirisch zeigt, dass ein-

13 Weiss/Hofmann 2016, Quinz, Hannah: Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von VermögenserbInnen, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 46/1 (2020), S. 63–93, Hartmann, Michael: Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a. M. 2007.

14 Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias: Vermögenskonzentration und Macht. Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie, in: Kurswechsel Nr. 2 (2015), S. 69–79; Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias: Property and Power. Lessons from Piketty and New Insights from the HFCS, in: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention Nr. 12/2 (2015), S. 204–219.

15 Piketty, Thomas: Kapital und Ideologie, München 2020.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

kommensschwächere bzw. formal gering qualifiziertere Gruppen seit den 1990er Jahren zunehmend von der Politik enttäuscht sind und gar nicht mehr wählen gehen.

Laut der Sozialforscherin Martina Zandonella[16] gehen auch in Österreich Personen mit niedrigem Einkommen viel seltener zur Wahl als jene mit hohem Einkommen. So verzichten im ökonomisch stärksten Drittel 17 Prozent auf ihr Wahlrecht, im ökonomisch schwächsten Drittel gehen aber satte 41 Prozent nicht zur Wahlurne. Eine Auswertung von ESS-Daten durch Ertl et al.[17] zeigt weiters, dass Nicht-Wählen in Österreich eine Klassendimension hat: Während die obere und untere Dienstklasse mit über 86 Prozent bei der zum Erhebungszeitpunkt letzten Nationalratswahl (2017) teilgenommen hat, waren es bei den unqualifiziert manuell Arbeitenden um rund 10 Prozentpunkte weniger (rund 76 Prozent). Arbeitslose gehen am seltensten zur Wahl: Nur rund die Hälfte (53 Prozent) gibt an, an der letzten Nationalratswahl teilgenommen zu haben. Ein Grund für die ungleiche politische Partizipation kann darin liegen, dass sich vor allem untere Klassenlagen von der Politik vernachlässigt fühlen: Während nur rund 8 Prozent der Angehörigen der oberen Dienstklasse das Gefühl haben, nicht „gehört" zu werden, sind es bei den unqualifizierten manuell Arbeitenden und Arbeitslosen weit mehr als 20 Prozent.

Ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden bei Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung und der Einschätzung des eigenen Einkommens kann diese Tendenzen weiter befördern. Im österreichischen ESS-Datensatz gibt es daher auch bereits einige politisch Frustrierte: So sind 30 % der Meinung, dass das politische System nicht allen die gleiche Chance ermöglicht, daran teilzunehmen, weitere 44 % stimmen dieser Aussage teilweise zu. 36 % sind weiters der Ansicht, dass die Regierung nicht die Interessen aller Bürger:innen ernst nimmt. Hinzu kommen 49 %, die zumindest teilweise dieser Ansicht sind.

Die sozialen Unterschiede beim Wahlverhalten schreiben sich auch in den politischen Entscheidungen fort. Die Präferenzen und Wünsche aktiver Wähler:innen werden in der Regel systematisch stärker berücksichtigt als die der Nicht-Wähler:innen, was die soziale Ungleichheit weiter verstärkt, wie u. a. die Arbeiten von deutschen Politikwissenschafter:innen zeigen[18]: Da die eigene Einkommenssituation einen Einfluss darauf hat, wie politische Probleme wahrgenommen und welche Reformen als

16 Zandonella, Martina: Ungleichheit und Demokratie. Was ökonomische Ungleichheit mit dem Vertrauen in die Demokratie zu tun hat, 2020. URL: http://www.armutskonferenz.at/files/sora_ungleichheit-demokratie_armutskonferenz_20200304.pdf (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

17 Ertl, Michael/Hofmann, Julia/Schnetzer, Matthias: NichtwählerInnen – eine Frage der Klasse, 2020. URL: https://awblog.at/nichtwaehlerinnen-eine-frage-der-klasse/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

18 Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin: „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft Nr. 27 (2017), S. 161–180.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

sinnvoll erachtet werden, führt eine soziale Schieflage im Wahlverhalten auch zu einer sozialen Schieflage bei den konkret getroffenen politischen Entscheidungen und Reformen. Gerade in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die unterschiedlichen Einstellungen je nach sozialem Status besonders evident: Je weiter unten auf der sozialen Leiter man steht, umso weniger stark befürwortet man etwa Liberalisierung und umso stärker unterstützt man Formen kollektiver Sicherung. Durch die sozial ungleiche Responsivität werden in politischen Entscheidungen dann aber eher marktwirtschaftliche Interessen bedient, als ungleichheitsreduzierende Maßnahmen verstärkt.[19]

8 Conclusio

Die Auswertungen der ESS-Daten zeigen, dass viele Menschen in Österreich die Spreizung zwischen oben und unten mittlerweile als zu groß empfinden: Die untersten Einkommen werden im Allgemeinen als zu niedrig, die obersten Einkommen im Allgemeinen als zu hoch erachtet. Besonders die Vermögenskonzentration erachtet die überwiegende Mehrheit als ungerecht. Die eigene soziale Lage beeinflusst zwar die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten, so bewerten Personen mit hohen Einkommen die hohen Einkommen anderer Personen eher als gerecht. Allerdings ist der gesellschaftliche Grundkonsens, der sich in einer Kritik an zu hoher Einkommens- und Vermögensungleichheit ausdrückt, deutlich ausgeprägt.

Diese gesamtgesellschaftliche Bewertung wird teilweise auch bereits auf die eigene soziale Lage bezogen: Zwar hat noch rund die Hälfte der Befragten in Österreich das Gefühl, dass diese Ungleichheit einen selbst nicht so stark trifft und das eigene Einkommen fair ist. Dennoch fühlen sich bereits rund 40 % zu niedrig bezahlt. Dies trifft insbesondere auf Personen mit niedrigem Einkommen zu. Gerade in den seit der Corona-Krise als systemrelevant bezeichneten Branchen wie der Alten- und Krankenbetreuung sowie Pflege, dem Einzelhandel oder der Zustellbranche ist die Bezahlung der Arbeitnehmer:innen oft sehr gering und die Arbeitsbedingungen der oft weiblichen und migrantischen Beschäftigten schwer. Dort, wo der Frauenanteil besonders hoch ist, sind auch die Löhne besonders niedrig. Viele dieser Arbeitnehmer:innen können von ihrem Einkommen kaum leben.[20]

Nicht nur hier zeigt sich, dass die von den befragten Österreicher:innen präferierten Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit nur in Teilen der sozialen Reali-

19 Elsässer/Hense/Schäfer 2017.

20 Pirklbauer, Sybille: Gerechtigkeit für die wahren Leistungsträger*innen (2020). URL: https://awblog.at/gerechtigkeit-fuer-die-wahren-leistungstraegerinnen/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

tät entsprechen. Auch die Kluft zwischen Manager:innengehältern und dem Durchschnittseinkommen lässt die Frage offen, inwieweit das Leistungsprinzip bei Fragen der Bezahlung noch zur Anwendung kommt.[21]

Gleichzeitig ist die Vermögensungleichheit in Österreich besonders hoch: Das oberste 1 % besitzt rund 40 % des gesamten Vermögens. Die Forschung weist aber darauf hin, dass gerade bei der Vermögensungleichheit das Erbe und damit die soziale Herkunft, also das in Österreich am meisten abgelehnte Gerechtigkeitsprinzip – jenes des Statuserhalts – eine zentrale Rolle spielt.[22]

In der politischen Arena steht eine breite Palette an Maßnahmen zur Diskussion, die für eine egalitärere Verteilung von Einkommen und Vermögen sorgen könnte. Die progressive Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften zur Vermeidung wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit und deren Übertragung auf die nächsten Generationen hat mit den Arbeiten von Thomas Piketty und Kolleg:innen weltweit an Zuspruch gewonnen.[23] Die von international anerkannten Forscher:innen vorgeschlagenen Steuermodelle sollen mit hohen Steuersätzen auf sehr große Vermögen den Überreichtum und dessen negative gesellschaftliche Begleiterscheinungen verhindern. Auch die Besteuerung von Vermögenseinkommen muss in diese Überlegungen einbezogen werden, da diese meist deutlich niedriger als Arbeitseinkommen besteuert werden. Weiters wird die Beschränkung sehr hoher Arbeitseinkommen, meist jener von Manager:innen, angesichts ihres in Relation zu den durchschnittlichen Löhnen besonders starken Anstiegs relevanter. Hier ist die innerbetriebliche Einkommenspolitik gefordert, doch auch das Steuersystem könnte einen Beitrag leisten.

Das Ungerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung bei sehr hohen Einkommen und bei großen Vermögensunterschieden spiegelt sich jedenfalls auch in Befragungen über die Steuerpräferenzen wider. Im Rahmen des Austrian Corona Panels sprachen sich etwa zwei Drittel der Befragten für eine deutlich höhere Besteuerung großer Vermögen aus[24], in einer ESS-Covid-Sondererhebung im Jahr 2021 sind drei Viertel der Befragten für Vermögenssteuern für die reichsten 10 %.[25] Dass diesen Wünschen der

21 Arbeiterkammer Wien 2021.

22 Leitner 2018.

23 Piketty, Thomas: Capital in the Twenty-First Century, Harvard 2014; Piketty 2020, Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel: The Triumph of Injustice. How the Rich Dodge Taxes and How to Make Them Pay, New York City 2019.

24 Kalleitner, Fabian/Schmitt, Laila: Neue Steuern zur Finanzierung der Kosten der Krise? Steuerpräferenzen in Zeiten von Corona (2020). URL: https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog28/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

25 Grand, Peter/Sailer, Marie Lisa: IHS Covid19 Survey 2021 – Kommentierter Tabellenband. Institut für Höhere Studien (2021). URL: https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5910/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Bevölkerung in der politischen Praxis nicht entsprochen wird, liegt auch an der engen Verflechtung von Vermögen und Macht.[26]

Am anderen Ende der Einkommensverteilung stellt in Österreich die kollektivvertragliche Mindestlohnpolitik, die 98 % der unselbständig Beschäftigten erfasst, ein taugliches Instrument für mehr Gerechtigkeit dar. Durch sozialpartnerschaftliche Mindestlohneinigungen wurden in der Vergangenheit besonders niedrige Einkommen überproportional angehoben. Als besonders wichtig für die Anhebung niedriger Arbeitseinkommen gelten die Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und die allgemeine Beschäftigungspolitik. Unterbrochene Erwerbskarrieren und geringe Anzahl von Arbeitsstunden bilden die wichtigsten Determinanten des Niedriglohnsektors. Vollbeschäftigung bzw. ein leichter allgemeiner Arbeitskräftemangel verbessern die Arbeitsmarktchancen für Bezieher:innen niedriger Einkommen stark, weil sie diesen ermöglichen, ihre Arbeitszeit auszuweiten oder in besser bezahlte Jobs zu wechseln. Oft sind Frauen überproportional von niedrigen Einkommen betroffen. Hier ist über die genannten Instrumente hinaus hohe Lohntransparenz, vor allem aber auch eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit hilfreich, die wiederum eine gerechtere Verteilung der bezahlten Arbeit begünstigt. Deshalb gilt es, soziale Dienstleistungen wie Kindergärten, Ganztagsschulen, mobile oder stationäre Pflege auszubauen, was neue Beschäftigungschancen eröffnet.

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen bildet das wichtigste Element notwendiger Verbesserungen im Wohlfahrtsstaat. Besonders dringlich erscheinen in Österreich unter dem Eindruck des Bedarfsprinzips wie des Gleichheitsprinzips quantitative und qualitative Verbesserungen in der Kinderbetreuung und der Pflege. Sie garantieren eine gute Versorgung unabhängig von der individuellen ökonomischen Lage zu jenen Zeiten, in denen Menschen besonders schutzbedürftig sind, am Anfang und am Ende des Lebens.

Literatur

Adriaans, Jule/Eisnecker, Philipp/Liebig, Stefan: Gerechtigkeit im europäischen Vergleich. Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet. DIW Wochenbericht 45/2019. URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.696451.de/publikationen/wochenberichte/2019_45/gerechtigkeit_im_europaeischen_vergleich_verteilung_nach_bedarf_und_leistung_in_deutschland_besonders_befuerwortet.html (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Altzinger, Wilfried/Moser, Mathias/Humer, Stefan: Entwicklung und Verteilung der Einkom-

26 Rehm/Schnetzer, Vermögenskonzentration und Macht, 2015; Rehm/Schnetzer, Property and Power, 2015b.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

men, in: BMASK (Hg.): Sozialbericht des Sozialministeriums. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015–16, Wien 2017, S. 227–268.

Arbeiterkammer Wien: Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen 2020. Gehälter-Ranking, Vergütungspolitik und Vergütungsberichte, Wien 2021.

Becker, Rolf/Hadjar, Andreas: Meritokratie. Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften, in: Becker, Rolf (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie, Wiesbaden 2011, S. 37–62.

Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schürz, Martin/Schenk, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung, Innsbruck 2017.

Disslbacher, Franziska/Hofmann Julia: Einstellungen zum Sozialstaat und dessen Finanzierung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 47/3 (2021), S. 329–360.

Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin: „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft Nr. 27 (2017), S. 161–180.

Esping-Andersen, Gösta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

Ertl, Michael/Hofmann, Julia/Schnetzer, Matthias: NichtwählerInnen – eine Frage der Klasse, 2020. URL: https://awblog.at/nichtwaehlerinnen-eine-frage-der-klasse/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Fessler, Pirmin/Schürz, Martin: Private Wealth Across European Countries. The Role of Income, Inheritance and the Welfare State, in: Journal of Human Development and Capabilities Nr. 19/4 (2018), S. 521–549.

Gerhartinger, Philipp/Haunschmid, Philipp/Tamesberger, Dennis: Sieben Thesen zur Lohnentwicklung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 44/1 (2018), S. 73–103.

Grand, Peter/Sailer, Marie Lisa: IHS Covid19 Survey 2021 – Kommentierter Tabellenband. Institut für Höhere Studien (2021). URL:: https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5910/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich. WIFO-Working Paper Nr. 307, 2007. URL: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25739&mime_type=application/pdf (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Hadjar, Andreas: Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion, Wiesbaden 2008.

Hartmann, Michael: Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a. M. 2007.

Hülle, Sebastian/Liebig, Steffen/May, Meike: Measuring Attitudes Toward Distributive Justice. The Basic Social Justice Orientations Scale, in: Social Indicators Research 136/2 (2018), S. 663–692.

Kalleitner, Fabian/Schmitt, Laila: Neue Steuern zur Finanzierung der Kosten der Krise? Steuerpräferenzen in Zeiten von Corona (2020). URL: https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog28/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Leitner, Sebastian: Factors driving wealth inequality in European countries. AK Working Paper Reihe Nr. 177 (2018). URL: https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC15105971 (zuletzt abgerufen: 7.02.2022).

Liebig, Stefan/Wegener, Bernd (1995): Primäre und sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und den USA. In: Müller, Hans Peter/Wege-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

ner, Bernd (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen: Springer Verlag, 265–293.

Melchior, Josef/Schürz, Martin: Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich. Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 41/2 (2015), S. 199–234.

Piketty, Thomas: Capital in the Twenty-First Century, Harvard 2014.

Piketty, Thomas: Kapital und Ideologie, München 2020.

Pirklbauer, Sybille: Gerechtigkeit für die wahren Leistungsträger*innen (2020). URL: https://awblog.at/gerechtigkeit-fuer-die-wahren-leistungstraegerinnen (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Quinz, Hannah: Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von VermögenserbInnen, in: Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 46/1 (2020), S. 63–93.

Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias: Vermögenskonzentration und Macht. Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie, in: Kurswechsel Nr. 2 (2015), S. 69–79.

Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias: Property and Power. Lessons from Piketty and New Insights from the HFCS, in: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention Nr. 12/2 (2015), S. 204–219.

Rocha-Akis, Silvia et al.: Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015. WIFO 2019. URL: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=61782&mime_type=application/pdf (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel: The Triumph of Injustice. How the Rich Dodge Taxes and How to Make Them Pay, New York City 2019.

Steiber, Nadia/Siegert, Christine/Vogtenhuber, Stephan: Die Erwerbssituation und subjektive finanzielle Lage privater Haushalte im Verlauf der Pandemie. AK Working Paper Reihe Nr. 222 (2021). URL: https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16250989 (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Weiss, Hilde/Hofmann, Julia: Reichtum – Legitimation und Kritik. Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich. AK Working Paper Reihe Nr. 153 (2016). URL: https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/!fulltext/AC13306787/1/ (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Zandonella, Martina: Ungleichheit und Demokratie. Was ökonomische Ungleichheit mit dem Vertrauen in die Demokratie zu tun hat, 2020. URL: http://www.armutskonferenz.at/files/sora_ungleichheit-demokratie_armutskonferenz_20200304.pdf (zuletzt abgerufen: 17.02.2022).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Peter Grand

Assessing Mode Effects in SC Approaches – Comparing F2F and Push-to-Web

1 Introduction

Survey research has always been under pressure, mainly because of trying to reach two mutually exclusive goals simultaneously – the ideals of sampling theory and cost-effectiveness. In between these two general requirements is the choice of the most efficient mode (in connection with the sampling design) to reach these goals, and the modes available always depended on technological innovation and certain network effects, i.e., using telephone interviews makes sense only when a sufficient number of persons or households are part of this network. Certainly, the access to, e.g., telephone networks has had to reach a certain tipping point to make the register of telephone numbers a useful and practicable tool for sampling purposes, thus in Edison's times it would have made no sense to use the telephone register (if something like that already existed) as a sampling frame. Similarly, it now makes less and less sense to use the register of landline telephone numbers to draw a representative sample. The dominant survey mode in the second half of the 20th century was interviewer-driven either as a face-to-face interview (CAPI/CAWI) or in form of a telephone interview (CATI). The golden standard of survey research from a methodological point of view in these times has been until recently/today computer-assisted in-person interviews. This data collection mode has become ever more costly while response rates are continuously decreasing.

Consequently, there is always some dispute about the appropriate mode and the pros and cons of choosing a specific mode and the possible consequences in terms of, e.g., representativeness, non-response bias, response rates, unit- & item-nonresponse, etc. – the so-called mode-effects. Those questions also arise when one has to change the data collection mode because of one reason or another. While continuously decreasing response rates and steadily increasing costs in face-to-face (f2f)-survey research may lead to a mode change in the medium term, the COVID-19-pandemic forced some survey endeavours to change their mode immediately because of COVID-19 restrictions and social distancing rules. The COVID-19 pandemic made problems connected with f2f-interviewing not only more visible and more severe but also motivated some research projects to experiment with different modes and generally with strategies of conducting surveys that avoid f2f interviews.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

The European Social Survey European Research Infrastructure Consortium (ESS ERIC) has also been hit hard by the COVID-19 pandemic and its consequences and confronted with experimenting with alternatives to the hitherto required mode of f2f-interviews. Thus, ESS ERIC conducted experiments with so-called self-completion approaches, namely a "push-to-web"-strategy in three countries: Hungary, Austria and Serbia. This contribution will focus on the Austrian part of this push-to-web experiment and compare the data to the Austrian ESS round 9 data and administrative data, mainly with the relevant EU-SILC data, to assess possible mode effects between the push-to-web experiment and ESS round 9 data.

2 Survey Research at a crossroads – again?

The only allowed mode of data collection within ESS fieldwork until ESS Round 10 has been a f2f- interview either as a paper-assisted personal interview (PAPI, not possible anymore since ESS round 8) or as a computer-assisted personal interview (CAPI). ESS round 8 and round 9 in Austria have been conducted using CAPI. Although in both rounds approximately a response rate of 52 % could be achieved it became more and more difficult in terms of refusal conversion, i.e., convincing a respondent to conduct an interview although this individual has refused to do so at least once.

In the turmoil of the COVID-19 pandemic starting in late 2019 and the following worldwide restrictions to combat the Corona disease in early 2020, it soon became clear that following the traditional patterns of data collection in an international survey research project was becoming highly problematic and difficult. This insight is not solely attributable to the COVID-19 pandemic but has only been accelerated. ESS ERIC already recognized for several years that their workhorse for data collection has become increasingly costly and national teams have had to put even more effort into reaching acceptable response rates in terms of interviewer training, refusal conversion, fieldwork monitoring, etc.

Big-scale international survey projects will also face another obstacle if they want to go ahead with personal interviews: During the COVID-19 pandemic the interviewer staff of many survey agencies shrank and it will be very difficult to return to pre-COVID19 levels if not impossible. For example, Switzerland has had problems finding interviewers during ESS round 10 and in Austria interviewer staff size has been cut in half at some survey agencies.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3 The characteristics of the "self-completion"-approach

Consequently, ESS ERIC conducted a "push-to-web"-experiment in three ESS countries – Austria, Hungary, and Serbia at the end of 2020. This experiment aimed to test if a self-completion approach produces response rates and data quality comparable to the ESS golden standard f2f CAPI interviews. The design of the experiment followed a "web first self-completion"-strategy, i.e., each respondent received an invitation to interview via mail. This aviso letter also contained a link to a landing page designed by the respective national team and a serial number linked to one specific respondent. The landing page forwarded the respondent to a respective Qualtrics page where the respondents had to fill in their serial number to get access to the interview. In Austria, we sampled from a household register (sampling frame), the same register as we used in ESS8–ESS10, and we chose the "correct" respondent using the next-birthday-method. Generally, we used the same sample design as in the conventional ESS waves except for the clustering step since we had no restrictions regarding travel expenses.

Along with the aviso letter we also sent a 5 Euro voucher as an unconditional incentive and motivation to conduct the interview and offered a 10 Euro voucher as a conditional incentive for the complete interview. We also "allowed" a maximum of two persons to conduct the interview in case the first interview has not been finished by the "correct" respondent.

In case we received no valid interview from a household we sent a reminder two weeks after the invitation letter and a second reminder two weeks thereafter. The second reminder also contained a paper questionnaire – including a pre-paid/stamped return envelope to send the paper questionnaire back free of charge – leaving the respondent with the choice between interviewing via web or via the paper questionnaire.

We also used neutral envelopes without any logos which only differed in colour and size between the different mailing waves.[1] The aim was that our letters should not be mistaken with common advertisements and that it should look as neutral as possible to increase the possibility of it being opened.

The questionnaire consisted of around 80 questions which led to a median interview length of 20 minutes.

1 Dillman, Don A./Smyth, Joelene D./Christian, Leah Melani: Internet, Phone, Mail, and Mixed-Mode Surveys: the Tailored Design Method, 4th edition, Hoboken 2014, p. 384 ff.)

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

4 Mode effects and their consequences

The chosen survey mode can affect responses in multiple ways and in different directions. In an interviewer-driven setting not only can survey responses be influenced by the mere presence of an interviewer but also by characteristics of the specific interviewer because of dynamic interactions between respondent and interviewer.[2] F2F interviews may lead to less item non-response because of the presence of an interviewer and the fact that interviewers may probe "don't know"-responses. An interviewer can also motivate a respondent to increase their mental effort in answering survey questions. In a self-completion environment respondents may answer questions using less energy and/or effort (also called 'satisficing') because they are not only concentrating on the survey but also doing other things and an encouraging interviewer is missing. Self-completion surveys may also lead to more nondifferentiation, i.e., respondents don't use the range of options offered but stick to specific options, e.g., the middle one. Krosnick[3] classifies nondifferentiation as satisficing, and describes satisficing in a dramatic way: "Respondents are likely to satisfy whatever desires motivate them to participate just a short way into an interview, and they are likely to become increasingly fatigued, disinterested, impatient, and distracted as the interview progresses. […] Their motivation to work hard has evaporated, and the cognitive costs of hard work have become increasingly burdensome. Nonetheless, the interviewer continues to ask a seemingly unending stream of questions and to carefully record responses, which suggests that the interviewer expects the respondent to devote the effort necessary to generate high-quality responses".[4]

Social interactions also entail a phenomenon called 'social desirability' which potentially biases survey responses. The respondent does not answer 'honestly' but anticipates what the interviewer may expect and what is socially desirable, thus the answer is biased. The larger the social distance is between two or more individuals the less the consequences of 'social desirability' may be, thus the social distance in a self-comple-

2 Cf. Ansolabehere, Stephen/Schaffner, BrianF.: Does Survey Mode Still Matter? Findings from a 2010 Multi-Mode Comparison, in: Politcal Analysis 22 (2014), pp. 285–303; Bowyer, Benjamin T./Rogowski, Jon C.: Mode Matters. Evaluating Response Comparability in a Mixed-Mode Survey, in: Political Science Research and Methods 5 (2017), pp. 295–313; Heerwegh, Dirk: Mode Differences Between Face-to-Face and Web Surveys. An Experimental Investigation of Data Quality and Social Desirability Effects, in: International Journal of Public Opinion Research 21 (2009), pp. 111–121; Heerwegh, Dirk/Loosveldt, Geert: Face-To-Face versus Web Surveying in a High-Internet-Coverage Population. Differences in Response Quality, in: Public Opinion Quarterly 72 (2008), pp. 836–846.

3 Krosnick, JonA.: Response Strategies for Coping with the Cognitive Demands of Attitude Measures in Surveys, in: Applied Cognitive Psychology 5 (1991), pp. 213–236.

4 Krosnick 1991, p. 214.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

tion mode is larger compared to a f2f-situation.[5] Empirical testing of this 'candour-hypothesis' yields mixed results.[6] Generally, a bias stemming from social desirability induced behaviour only occurs during questions touching sensitive issues, e.g. attitudes towards racism or sexual behaviour.

5 Comparing the push-to-web experiment and the ESS

Comparing different surveys and assessing possible mode effects is a tricky endeavour.[7] We will start with a comparison to a validated baseline, which in our case refers, first, only to socioeconomic characteristics stemming from the official Austrian Statistics, and second, offers only rough evidence of how representative the sample in question really is, i.e., using this strategy we can only speak about the composition of the sample and not about the validity of the collected data itself, e.g. the amount of bias affecting the mean of a specific question. In a second step we will evaluate the means and standard errors of selected variables between web and paper and compare them to regular ESS round data. Finally, we analyse the distributions of those same variables, again web to paper and push-to-web to ESS round 9 data. This method analyses two empirical cumulative distribution functions (ECDF) and assesses the equality of these two distributions for each value options.[8]

5.1 Comparisons against validated official statistics

The first analysis comprises several comparisons of socio-economic characteristics against official data from Statistics Austria. Table 1 shows the figures for sex broken down by mode and data source. The first two columns refer to the results regarding those respondents who conducted the interview via paper or web respectively. The third column "PtW" comprises all respondents, i.e. those who answered the questionnaire via web or paper, and the fourth column shows the respective figures for ESS9.

5 Cf. Holbrook, Allyson L./Green, Melanie C./Krosnick, Jon A.: Telephone versus Face-to-Face Interviewing of National Probability Samples with Long Questionnaires: Comparisons of Respondent Satisficing and Social Desirability Response Bias, in: Public Opinion Quarterly 67 (2003), pp. 79–125.

6 Cf. Gnambs, Timo/Kaspar, Kai: Socially Desirable Responding in Web-Based Questionnaires. A Meta-Analytic Review of the Candor Hypothesis, in: Assessment 24 (2017), pp. 746–762.

7 Ansolabehere/Schaffner 2014; Bowyer/Rogowski 2017; Heerwegh 2009.

8 Goldman, Matt/Kaplan, David M.: Comparing Distributions by Multiple Testing across Quantiles or CDF Values, in: Journal of Econometrics 206 (2018), pp. 143–166; Kaplan, David M.: distcomp: Comparing Distributions, in: Stata Journal 19 (2019), pp. 832–848.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Table 1: Sample composition by sex (weighted)

Sex	Paper (n=99)	Web (n=226)	PtW (n=325)	ESS R9 (n=2,499)	Population statistics
	%	%	%	%	%
Male	40.8	52.6	49.3	48.6	48.9
Female	59.2	47.4	50.7	51.4	51.1

The share of men and women answering the push-to-web survey using the paper questionnaire are evenly distributed while in the group of those respondents who choose to use the web, there are slightly more men than women (52.6 % to 47.4 %). There are some differences between the push-to-web experiment compared to the ESS9 in terms of sex, however, they amount to less than 0.7 percentage points. Compared to the official population statistics the differences are even smaller with less than 0.5 percentage points.

Table 2: Sample composition by Age (weighted)

Age	Paper (n=103)	Web (n=229)	PtW (n=332)	ESS R9 (n=2,499)	Population statistics
	%	%	%	%	%
15–29	4.0	19.9	15.3	20.6	19.1
30–49	11.2	31.8	25.9	32.2	32.8
50–64	28.9	24.8	26.0	24.8	24.5
65+	55.9	23.5	32.8	22.4	23.8

We find stark differences when breaking down the data by age between the two self-completion modes – although to some extent this is to be expected. The older a respondent the more likely they will use the paper option to complete the survey, thus only 4 % of the 15–29y old choose paper compared to 20 % who conducted the survey online. The difference becomes somewhat smaller in the next age group, the 30–49y old, 32 % of them used the web compared to roughly one third using the paper questionnaire sent with the final reminder. With respect to the two older age groups the picture changes, whereas the percentages of the 50–64y groups are of fairly similar size, in the case of the 65+y old 56 % choose to conduct the survey using the paper questionnaire and 24 % the web. Also, regressing mode choice on age reveals that age is a strong predictor for the mode whereas sex is not. Thus, there are to some extent selection effects, i.e., the

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

choice of the mode does not happen by chance only. It is also important to mention that after testing the age groups distribution for equality over mode as well as over the data collection process the distributions are statistically the same.

Table 3: Sample composition by citizenship (weighted)

Citizenship	Paper (n=101)	Web (n=225)	PtW (n=326)	ESS R9 (n=2,498)	Population statistics
	%	%	%	%	%
Yes	89.8	94.5	91.1	90.9	91.9
No	10.3	5.5	8.9	9.1	8.9

A further possibility is to analyse the data alongside citizenship, i.e., if the respondent is an Austrian citizen regardless of her country of birth. Table 3 shows the respective figureS. 90 % of those who choose paper against the web option indicated their Austrian citizenship compared to 10 % non-Austrian citizens. Among the online respondents 95 % have the Austrian citizenship whereas 5 % denied the citizenship. The ratio between paper and web, roughly 2:1, should not be overexaggerated because the sample sizes in the respective cells are very low. The figures for the overall push-to-web data and the ESS9 as well as the official data from the population statistics are similar, thus the data from the push-to-web experiment closely resembles the data from ESS round 9 and from Statistics Austria.

Summarizing the comparisons to official population statistics results in a very positive picture regarding the representativity of the self-completion data. Even the age distribution – often problematic when it comes to online surveys – is statistically not different from the distributions generated by the face-to-face data collection mode used in ESS round 9.

In the next step we will have a closer look at the means and standard errors of selected variables and compare them against the ESS round 9 data. This change in focus concentrates hereafter on the answering behaviour of the respondents and not on the sample composition.

5.2 Comparisons of means and standard deviations

The analysis of central tendencies and standard errors and thus confidence intervals offers a further possibility to assess possible mode effects. In the following we are restricted to variables also available in the main questionnaire of the ESS round 9. Although most of these variables are categorical variables and calculating the mean

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

usually makes no sense because it is generally not interpretable, for comparing distributions this strategy offers intuitive and easily interpretable results because we do not assess the central tendency of the question itself with its manifest meaning but rather compare several distributions against each other. The first set of variables touches different dimensions of social connectedness, included are the following questions:

- (ppltrst) Generally speaking, would you say that most people can be trusted, or that you can't be too careful in dealing with people? (11-point scale ranging from "You can't be too careful" to "Most people can be trusted")
- (pplfair) Do you think that most people would try to take advantage of you if they got the chance, or would they try to be fair? (11-point scale ranging from "Most people would try to take advantage of me" to "Most people would try to be fair")
- (pplhlp) Would you say that most of the time people try to be helpful or that they are mostly looking out for themselves? (11-point scale ranging from "People mostly look out for themselves" to "People mostly try to be helpful")

Table 4: Means and SE – social connectedness (weighted)

Variable	Paper (n=99)		Web (n=226)		PtW (n=325)		ESS R9 (n=2,486)	
	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE
ppltrst	4.58	0.28	5.10	0.18	4.97	0.14	5.55	0.05
pplfair	6.07	0.23	6.15	0.16	6.12	0.12	6.29	0.04
pplhlp	5.58	0.25	5.69	0.16	5.65	0.13	5.69	0.05

Table 4 shows the means and standard errors for these variables tapping social connectedness. These three variables with their 11-point scale can easily be treated as quasi-metric variables and thus using the mean and standard errors poses no problems.

Figure 1 visualizes the data from Table 4 thereby showing the mean as point estimation and two confidence intervals, the 90 % (thicker horizontal line) and the 95 % CI (thinner horizontal line). In the case of interpersonal trust, we see that there is no considerable difference between paper and web, and by definition there is no systematic difference to the whole sample of the push-to-web experiment because the mean is the weighted average from the web and paper subsample. But compared to the ESS round 9 data, there is a statistically significant higher level of trust compared to the PtW-data ($p=0.00$, $F(1,2824)=18.38$)[9]. Regarding the other two variables we cannot identify any substantive mean differences.

9 An adjusted Wald test has been used instead of a t-test to assess mean differences of weighted data. The

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

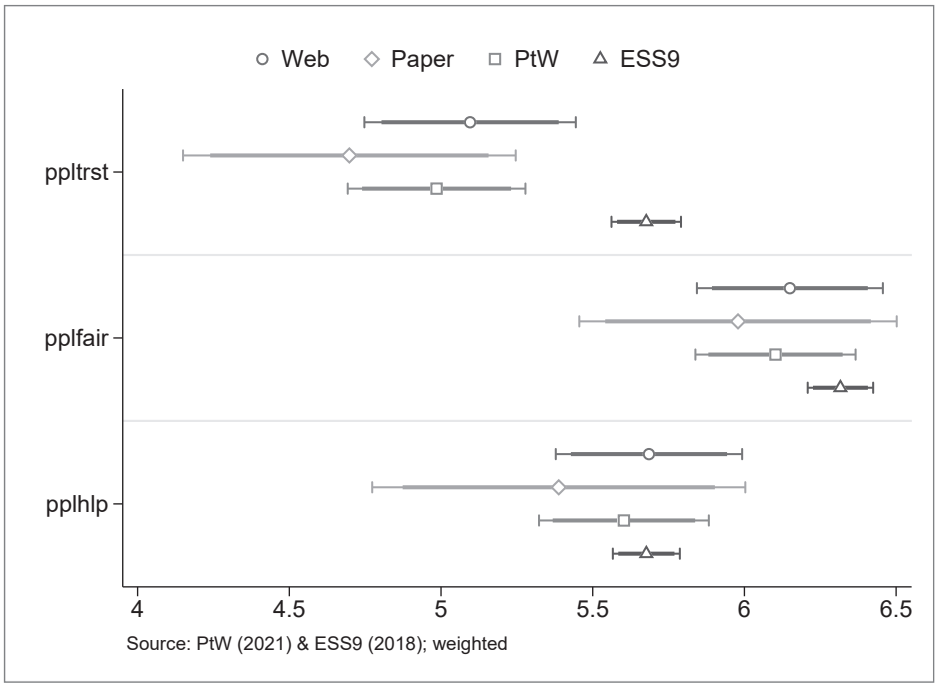


Figure 1 : Social connectedness

The next bundle of variables ask after political interest and political efficacy, i.e., the subjective evaluation of one's own ability and the possibility to be politically active. The respective question wording:

- (polintr) How interested would you say you are in politics? (4-point scale ranging from "Very interested" to "Not at all interested")
- (psppsgva) How much would you say the political system in [Country] allows people like you to have a say in what the government does? (5-point scale ranging from "Not at all" to "A great deal")
- (actrolga) How able do you think you are to take an active role in a group involved with political issues? (5-point scale ranging from "Not at all able" to "Completely able")
- (psppipla) How much would you say that the political system in [Country] allows people like you to have an influence on politics? (5-point scale ranging from "Not at all" to "A great deal")

results are the same.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

– (cptppola) How confident are you in your own ability to participate in politics? (5-point scale ranging from "Not at all confident" to "Completely confident")

Table 5: Means and SE – political interest & efficacy (weighted)

Variable	Paper (n=91)		Web (n=225)		PtW (n=316)		ESS R9 (n=2,385)	
	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE
polintr	2.10	0.08	2.10	0.06	2.10	0.05	2.39	0.02
psppsgva	2.32	0.10	2.45	0.06	2.42	0.05	2.37	0.02
actrolga	2.44	0.14	2.66	0.08	2.60	0.07	2.39	0.03
psppipla	2.21	0.11	2.49	0.06	2.41	0.05	2.38	0.02
cptppola	2.78	0.13	2.91	0.08	2.88	0.07	2.60	0.03

Again, Figure 2 visualizes the data and shows the point estimates and respective confidence intervals. Three variables are of considerable importance: political interest (polintr) and two variables tapping the subjective evaluation of one's own political efficacy (actrolga, cptppola). ESS round 9 data show a lower level of political interest (the scale is reversed) and lower levels of subjective political efficacy compared to the PtW data.

Visually the confidence intervals for the ESS9 data and those for the group which used the paper questionnaire overlap, the large confidence interval of the latter data is mainly due to the small sample size. However, after conducting an adjusted Wald test for equality of variable means we are confident that in all three cases the means of the ESS9 data and the PtW data are statistically significant different.[10]

The concept "institutional trust" unites the next battery of questions, whereas each item has the same 11-point answer scale ranging from "No trust at all" to "Complete trust". The battery starts with the introduction: "On a scale of 0–10 how much do you personally trust each of the following institutions?" and it includes the following items:

– (trstprl) [Country]'s parliament?
– (trstlgl) The legal system?
– (trstplc) The police?
– (trstplt) Politicians?
– (trstprt) Political parties?
– (trstep) The European Parliament?
– (trstun) The United Nations?

10 polintr (p=0.00, F(1, 2825)=35,5); actrolga (p=0.0037, F(1, 2755)=8.43); cptppola (p=0.0001, F(1, 2781)=15.93).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

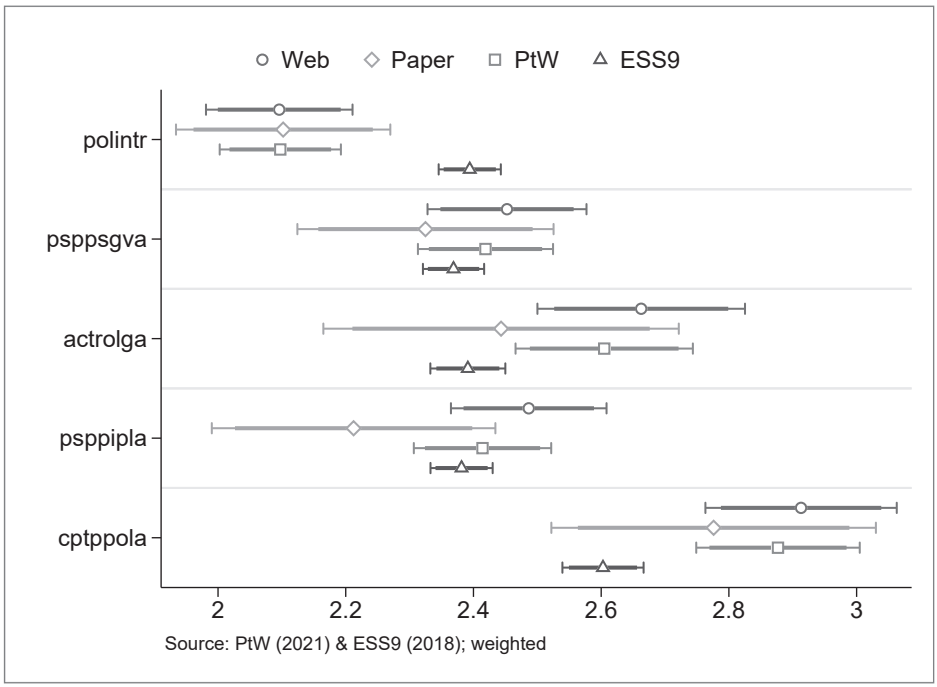


Figure 2: Political interest & efficacy

Table 6: Means and SE – institutional trust (weighted)

Variable	Paper (n=87)		Web (n=216)		PtW (n=303)		ESS R9 (n=2,246)	
	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE
trstprl	5.06	0.36	5.68	0.18	5.52	0.17	5.51	0.07
trstlgl	5.57	0.39	6.35	0.17	6.14	0.17	6.64	0.07
trstplc	6.77	0.26	7.19	0.17	7.08	0.14	7.26	0.06
trstplt	3.83	0.26	4.11	0.17	4.03	0.14	4.30	0.06
trstprt	3.61	0.25	4.09	0.16	3.96	0.14	4.23	0.06
trstep	3.40	0.31	4.25	0.19	4.03	0.17	4.62	0.07
trstun	3.99	0.32	4.61	0.18	4.45	0.16	4.96	0.07

Before looking at possible differences we must keep in mind – the same refers to previous questions analysed – that the data from ESS9 and PtW have been collected at different points in time, ESS round 9 data collection took place from September to December 2018 and the PtW experiment took place in February 2021 in the midst of

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

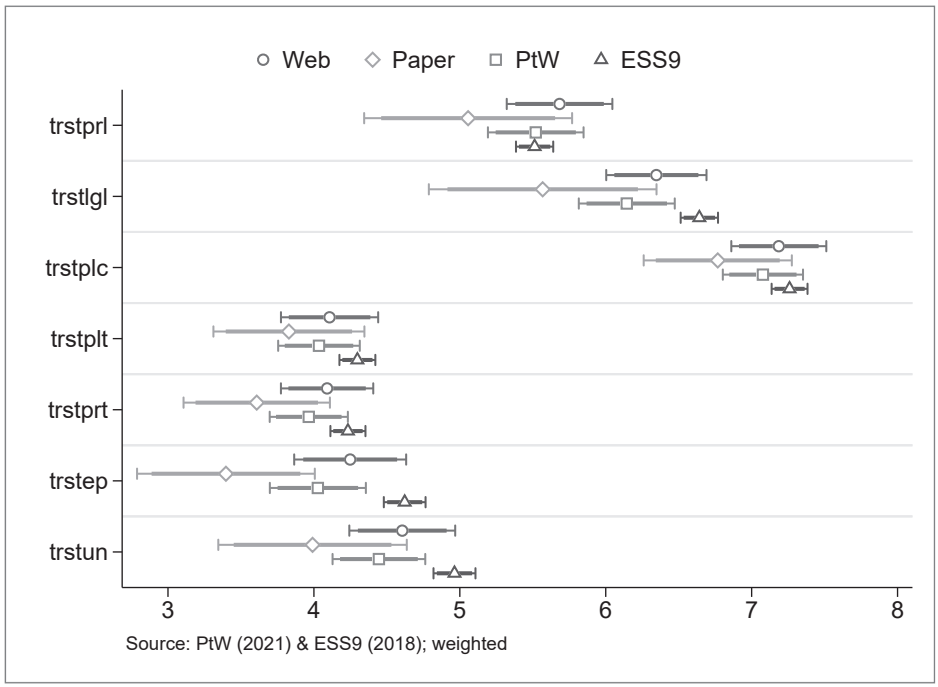


Figure 3: Institutional trust

the COVID-19 pandemic. On the 8th of February a "hard" lock-down ended in Austria and the first cases of mutation B.1.351 "South-African" led to travel restrictions to and from Tyrol on 12th of February. Thus, it is very plausible that attitude changes have occurred. Keeping that in mind, we can again identify several variables in Figure 3 with significant differences between PtW and ESS9 data.

Visually we can identify that trust in the legal system, the European parliament and the United Nations are higher in the ESS9 data compared to the PtW data. Those suspicions are confirmed after using again an adjusted Wald test.[11] Whatever the reasons might be for the lowered trust in the legal system, the European parliament and the United Nations, there is one important point to mention and that is the constant rank order of trust levels in the ESS9 as well as the PtW data. The lowest institutional trust on average is ascribed to political parties, followed by politicians, the European parliament, the United Nations, the national parliament, the legal system and the winner in the "trust race" in both datasets – the police.

11 (trstlgl (p=0.0087, F(1, 2801)=6.89); trstep (p=0.002, F(1, 2717)=9.53); trstun (p=0.0029, F(1, 2643) z=8.88).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

General satisfaction with one's own life and with different institutions is the thematic context for the next six variables under consideration. The respective question wordings are:

- (stflife) All things considered, how satisfied are you with your life as a whole nowadays? Please answer using this card, where 0 means extremely dissatisfied and 10 means extremely satisfied.
- (stfeco) On the whole how satisfied are you with the present state of the economy in [country]?
- (stfgov) Now thinking about the [country] government, how satisfied are you with the way it is doing its job?
- (stfdem) And on the whole, how satisfied are you with the way democracy works in [country]?
- For the next two questions the end points of the 11-point answer scale change ranging from "Extremely bad" to "Extremely good".
- (stfedu) […] please say what you think overall about the state of education in [country] nowadays?
- (stfhlth) […] please say what you think overall about the state of health services in [country] nowadays?

Table 7: Means and SE – satisfaction (weighted)

Variable	Paper (n=92)		Web (n=216)		PtW (n=308)		ESS R9 (n=2,258)	
	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE
stflife	7.31	0.25	7.25	0.17	7.26	0.14	7.96	0.05
stfeco	4.82	0.35	5.31	0.18	5.18	0.17	7.00	0.05
stfgov	5.15	0.37	5.36	0.18	5.30	0.17	5.22	0.07
stfdem	5.86	0.37	6.48	0.17	6.31	0.16	6.39	0.06
stfedu	5.16	0.33	5.35	0.17	5.30	0.15	6.27	0.06
stfhlth	6.93	0.26	7.20	0.16	7.13	0.14	7.17	0.06

Table 7 provides the means and standard errors of the items at hand. The analysis process stays the same, thus we will have a look at the graphical visualizations of this data. Figure 4 provides the means and respective confidence intervals for the items under discussion.

At first glance we see stark differences between Web/Paper/PtW and ESS9 especially regarding three items, the satisfaction with the economy (stfeco), the subjective evaluation of the state of education in Austria (stfedu), but also with the general satisfaction

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

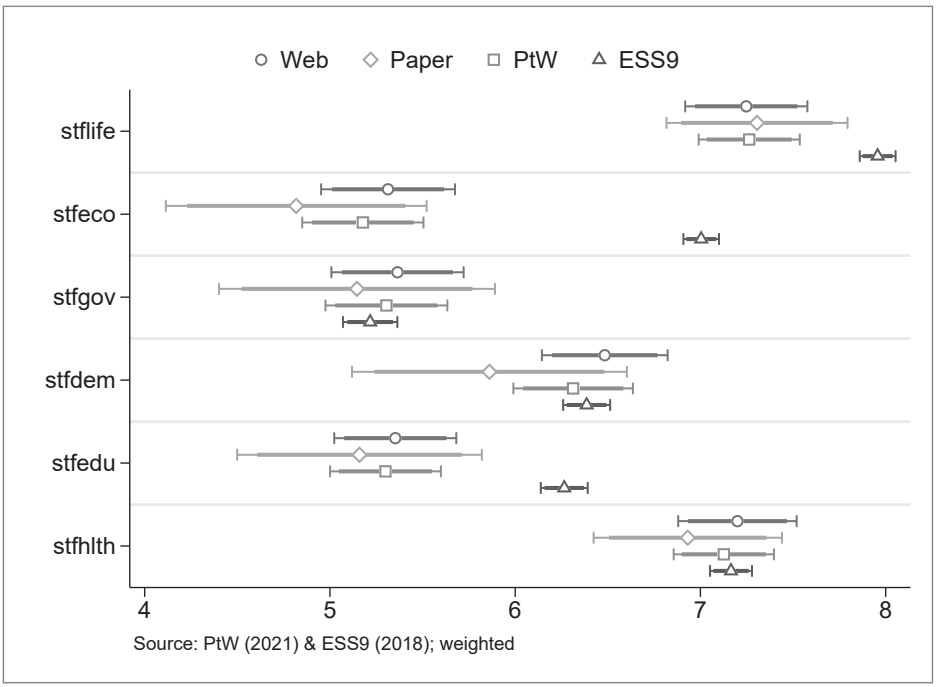


Figure 4: Satisfaction

with one's own life (stflife). Generally, there is more divergence between ESS9 and PtW data within this set of items compared to the previous examinations. The drop in satisfaction with the economy from ESS9 to PtW is considerable, amounting to roughly 1.8 scale points. However, the substance of the items and their respective changes are not at the core of this analysis. What makes this set of variables so interesting is that also the rank order changed between these two datasets, the average level of satisfaction with the economy and the mean evaluation of the state of education in Austria changed their position in the rank order.[12] Again, we have no possibility to assess whether these changes are caused by an attitudinal change or by mode effects.

The next set of variables is of special interest, all items touch different issues regarding homosexuality. If mode effects can be caused by social desirability because of the absence of an interviewer in self-completion approaches then attitudes should on average be more dismissive in the PtW data. All items are part of a battery with an answer scale ranging from "Agree strongly" to "Disagree strongly". The following

12 The differences for these three variables are again statistically significant. stflife ($p=0.00$, $F(1, 2823)=22.66$); stfeco ($p=0.00$, $F(1, 2764)=111.78$); stfedu ($p=0.00$, $F(1, 36.05)$).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

question wordings have been fielded in ESS round 9 and the PtW experiment after the introduction "[…] please say to what extent you agree or disagree with each of the following statements.":

- (freehms) Gay men and lesbians should be free to live their own life as they wish.
- (hmsfmlsh) If a close family member was a gay man or a lesbian, I would feel ashamed.
- (hmsacld) Gay male and lesbian couples should have the same rights to adopt children as straight couples.

A first look at the data in Table 8 reveals a clear pattern. Two means are lower in the PtW data (freehms & hmsacld) which implies that they have more positive attitudes towards gay/lesbian rights and one mean is higher which implies that on average respondents in the PtW data disagree more with the statement that they would feel ashamed if a family member is gay/a lesbian.

Table 8: Means and SE – gay/lesbian related issues (weighted)

Variable	Paper (n=88)		Web (n=220)		PtW (n=309)		ESS R9 (n=2,311)	
	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE
freehms	1.96	0.13	1.55	0.06	1.65	0.06	1.87	0.03
hmsfmlsh	3.75	0.13	4.12	0.08	4.02	0.07	3.97	0.03
hmsacld	2.72	0.15	2.18	0.09	2.32	0.08	2.60	0.04

The graphs show a further pattern, namely that there may also be differences within the PtW data between the mode web and paper.

After conducting several hypotheses tests we can say that the mean attitudes towards the free life of gay man and lesbians as well as the level of agreement that gay male and lesbians should have the same right to adopt children are statistically different in the ESS9 and the PtW data. Furthermore, the mean differences between web and paper (freehms, hmsfmlsh & hmsacld) are also statistically significant. Responses collected online are more liberal, i.e. more in favour of gay men and lesbians, whereas respondents who choose the paper questionnaire are on average more conservative. As previously mentioned age is a strong predictor of mode choice, thus it is very likely that not the mode is the cause for those differences in attitudes but age. Generally, we can find no signs or provisional evidence for any effects caused by social desirability.

The last set of items deals with attitudes towards migrants with different characteristics and the consequences of migration on society. The answer scale for the first three

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

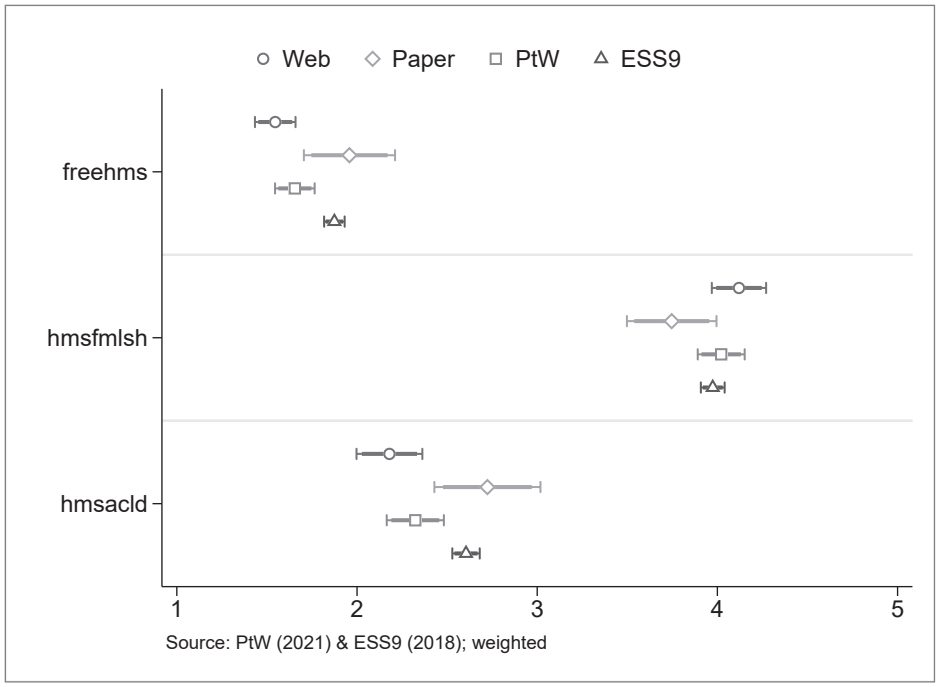


Figure 5: Gay/lesbian related issues

items comprises four values and ranges from "Allow many to come and live here" to "Allow none". The other response scales are below. The question wordings are:

- (imsmetn) […] to what extent do you think [country] should allow people of the same race or ethnic group as most [country]'s people to come and live here?
- (Imdfetn) How about people of a different race or ethnic group from most [country] people?
- (impcntr) How about people from the poorer countries outside Europe?
- (imbgeco) Would you say it is generally bad or good for [country]'s economy that people come to live here from other countries? (11-point scale ranging from "Bad for the economy" to "Good for the economy")
- (imueclt) […] would you say that [country]'s cultural life is generally undermined or enriched by people coming to live here from other countries? (11-point scale ranging from "Cultural life undermined" to "Cultural life enriched")
- (imwbcnt) Is [country] made a worse or a better place to live by people coming to live here from other countries? (11-point scale ranging from "Worse place to live" to "Better place to live")

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

From the data presented in Table 9 we immediately see that the average attitudes in the ESS round 9 data are consistently higher compared to the PtW data.

Table 9: Means and SE – immigration (weighted)

Variable	Paper (n=83)		Web (n=209)		PtW (n=293)		ESS R9 (n=2,225)	
	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE	Mean	SE
imsmetn	2.12	0.08	1.89	0.06	1.95	0.05	2.09	0.02
imdfetn	2.52	0.11	2.32	0.07	2.37	0.06	2.52	0.02
impcntr	2.52	0.08	2.36	0.07	2.40	0.05	2.60	0.03
imbgeco	4.71	0.33	5.38	0.20	5.20	0.17	5.54	0.07
imueclt	3.97	0.31	4.84	0.23	4.61	0.19	5.18	0.07
imwbcnt	3.89	0.31	4.50	0.18	4.34	0.16	4.67	0.07

From Figure 6 we can observe that there are mean differences regarding the attitudes about the openness to the migrants with different characteristics and with respect to the impact of migration on cultural life. Indeed, we find statistically significant differences between ESS round 9 and PtW data for all of the six items.[13]

What is striking is that for the first three items attitudes in the PtW data are consistently (and significantly) lower than in the ESS round 9 data implying that on average respondents are more open to migration. Simultaneously, regarding the consequences of migration respondents from the PtW experiment evaluate the outcome of migration in Austria on average more negatively. Of course that could be an artefact of aggregation and we must not interpret this findings as contradictory individual attitudes because of the possibility of an ecological fallacy. What is again important to note is that the rank order from the ESS round 9 data is also preserved in the PtW data, i.e. respondents are on average more open to migrants from the same ethic group similar to Austrians and more eager to reject migrants who are poor. Similarly, respondents evaluate the consequences of migration for the economy more positively compared to the consequences for the cultural life and least favourable for Austria as a place to live.

The analysis so far offers some evidence for the equivalence of PtW and ESS9 data not being severely plagued by mode effects. However, looking only at means and their confidence intervals might be misleading because we miss the functional form and equivalence of the distributions. Assessing these characteristics will be the next step.

13 imsmetn ($p=0.0051$, $F(1, 2764)=7.87$); imdfetn ($p=0.161$, $F(1, 2756)=5.8$); impcntr ($p=0.0005$, $F(1, 2740)=12.02$); imbgeco ($p=0.0332$, $F(1, 2724)=4.54$); imueclt ($p=0.0018$, $F(1, 2745)=9.75$); imwbcnt ($p=0.0424$, $F(1, 2735)=4.12$)

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

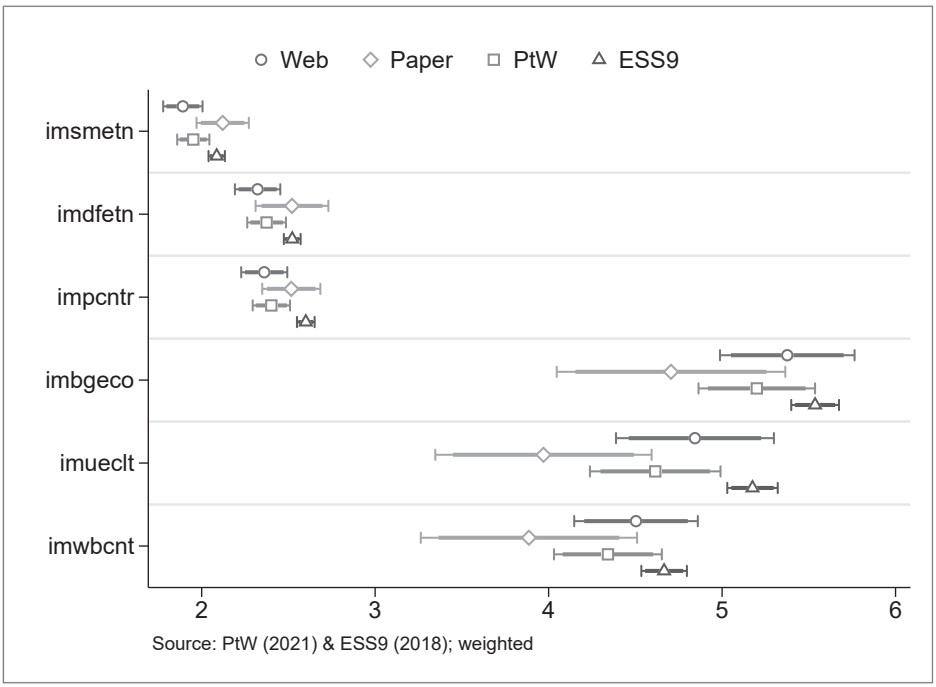


Figure 6: Immigration-related issues

5.3 Comparing empirical cumulative distributions

There are several possibilities of comparing distributions and testing if they come from the same underlying population. One can use a simple t-test, comparing two means, a Kolmogorov-Smirnov-Test, testing distributional equality, or a X2-test, comparing expected and empirical frequencies. Another approach is to test two distributions value by value, which also offers the possibility of assessing at which values distributions differ instead of being only able to estimate whether the distributions are equal as a whole or not.[14]

We have tested 46 items using the Kolmogorov-Smirnov-test and tested each value of these distributions using the distcomp command provided by David Kaplan.[15] The results of these two tests for all the variables under consideration are presented in the annex. Summarizing the results, the Kolmogorov-Smirnov-test rejected the distributional equality in 7 out of 46 cases and the evaluation using distcomp rejected distributional

14 Goldman/Kaplan 2018; Kaplan 2019.

15 Kaplan 2019.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

equality in 2 out of 46 cases. Overall, those results are very promising, and it seems that the PtW data generating process resembles the one from the ESS9 f2f-mode very closely.

A last step of analysis remains and referring to the phenomenon of satisficing, i.e., respondents rushing through the questionnaire always choosing the same answer, especially through an item battery. This response pattern is also referred to as non-differentiation or straightlining.

5.4 Assessing Satisficing

The theory of survey satisficing assumes that certain respondents try to avoid the cognitive workload to process each item separately and form an adequate attitude, but under certain conditions choose the same response value for all items. We assume that this effect should be even more pronounced if the item bundle is also visually presented to respondents as in the PtW paper questionnaire, whereas in the web version each single trust question has been presented on a separate screen. That should be the case because the respondent is immediately aware of a bunch of items with the same response scales.

To assess the amount of satisficing we calculate the coefficient of variation for each respondent, i.e., the standard deviation divided by the mean using the user-written command respdiff in Stata. In the following we will focus on the trust item battery because this bundle offers interesting characteristics for testing satisficing effects:

- A sufficient number of items (usually 4–5 as a minimum)
- A visually different presentation between modes (web vs paper)
- Testing possible between a fully self-completion approach and interviewer-led data collection
- A rather high number of answer options

In a first step we will have a look at the distributions of the differentiation index for the two modes in the PtW data and then between the PtW and the ESS9 data. Figure 8 shows the graphs of these four distributions. What is striking is that there are low to medium levels of satisficing, the plethora of values are under 0.5 of the differentiation index scale, the lower the value of the index the more respondents differentiate between various response options and the lower are effects of satisficing. Focusing on the differences of satisficing between web and paper our hypothesis that in the paper version satisficing effects are higher compared to the web version are corroborated although only with using a one-sided t-test ($p(T<t)=0.038$, $t=-1.76$, $df=329$). Thus, the satisficing effects are indeed higher in the paper version compared to the web survey. We find no empirical evidence that there are statistically significant differences in the average satisficing effects between the PtW and ESS9 data.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

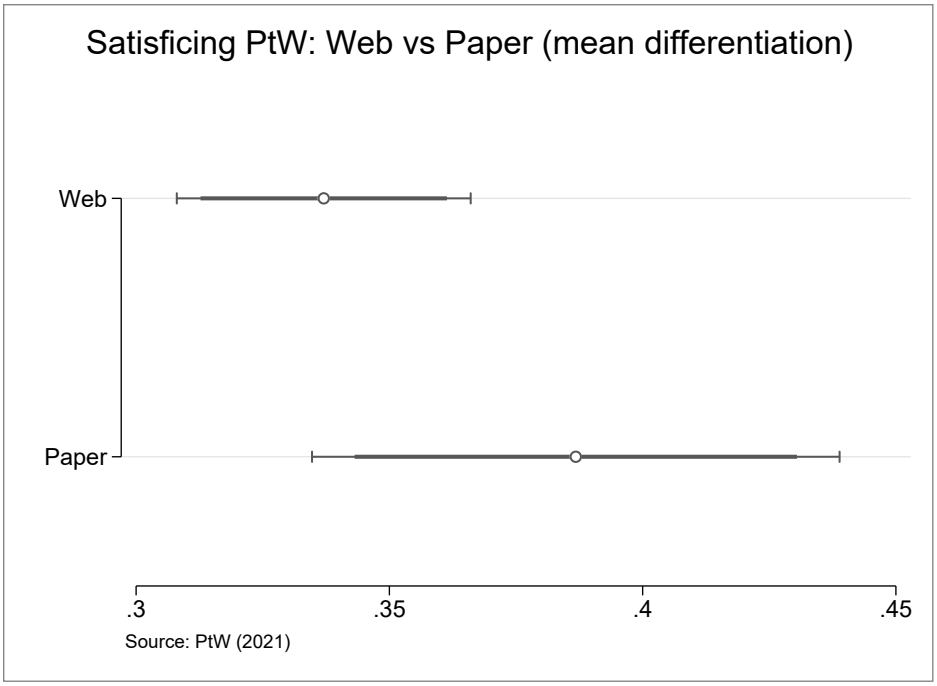


Figure 7: Comparing differentiation index

6 Conclusion

The switch to a self-completion push-to-web mode in round 10 in Austria has been driven by the dynamics of the COVID-19 pandemic. As often mentioned in other situations, the pandemic did not create these problems but rather brought them to surface or made the problem more severe. Comparably, survey practitioner as well as survey researcher knew that interviewer-led surveys become more and more problematic, mainly because of the high costs. ESS ERIC consequently decided to switch completely to a self-completion approach in the short to medium term. Thus, it is of importance to know which consequences such a mode switch might have and how to encounter possible drawbacks. Consequently, the push-to-web experiment conducted in Austria, Hungary and Serbia is a first step in assessing what the mode differences might be.

The empirical investigation in Austria so far yielded promising results that a switch to a self-completion push-to-web mode is a viable strategy to cope with most of the problems the "classical" F2F-approach is plagued with. The sample composition of the PtW data is pretty much in line with the ESS9 data except the overrepresentation of older cohorts which may vanish as the "new" technologies become a common tool for

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

all age groups. Age is still a significant driver of selection effects in a self-completion mode. In combination with satisficing effects this circumstance is of course an important area for further investigations and refinement. There is obviously a need for sophisticated analysis to disentangle trends as well as selection and mode effects to be able to evaluate them separately, because when we found changes between two points in time, we have otherwise no possibilities to evaluate what the causes for change are. The best solution would have been to randomly assign mode to respondents, which obviously is not the case because respondents chose by themselves which mode to use.

The comparison of means and their respective confidence intervals between the two datasets also offers promising results regarding the adequacy of a self-completion approach in the ESS. As already mentioned, we are unfortunately not able to differentiate between trend effects and mode effects explicitly. However, the mean differences between the PtW and ESS round 9 data are usually very small and even in those cases when we find statistically significant differences the rank order between related variables are preserved. Deviating from this pattern is only the measurement of satisfaction with the economy, the difference approximately amounts to 1.8 scale points, which is a huge difference on a 11-point scale. The satisfaction with the economy is much lower in the PtW data, which may be the case because of the COVID-19 situation and the massive economic consequences the pandemic created.

Comparing distributional equality has been the next step after checking central tendencies. Using two methods – the Kolmogorov-Smirnov-Test and the value-wise comparison of discrete cumulative distributions – yields very strong support for the similarity or equality of the data-generating processes of the f2f-approach of ESS round 9 and the self-completion approach of the push-to-web survey.

Finally, we investigated the PtW data for satisficing effects – a strategy to avoid cognitive efforts by choosing the same response options throughout a battery of items with the same response scale – which should be more present in situations without an interviewer. This analysis also yields empirical support for only small mode effects between f2f and self-completion.

This push-to-web experiment has been the first tryout to find a suitable solution within the ESS survey infrastructure to switch the mode of data collection. As already mentioned, the COVID-19 pandemic did not really create the need for a mode switch but accelerated the process. Further research – as always – is needed to assess possible mode effects, especially creating a research design which allows to disentangle possible trend effects and selection effects from mode effects. Nevertheless, the empirical results at hand are promising that self-completion may be indeed a reliable and trustworthy alternative to the hitherto gold standard within the ESS survey infrastructure and beyond.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Literature

Ansolabehere, Stephen/Schaffner, Brian F.: Does Survey Mode Still Matter? Findings from a 2010 Multi-Mode Comparison, in: Politcal Analysis 22 (2014), pp. 285–303.

Bowyer, Benjamin T./Rogowski, Jon C.: Mode Matters. Evaluating Response Comparability in a Mixed-Mode Survey, in: Political Science Research and Methods 5 (2017), pp. 295–313.

Dillman, Don A./Smyth, Jolene D./Christian, L eah Melani: Internet, Phone, Mail, and Mixed-Mode Surveys: the Tailored Design Method, 4th edition, Hoboken 2014.

Gnambs, Timo/Kaspar, Kai: Socially Desirable Responding in Web-Based Questionnaires. A Meta-Analytic Review of the Candor Hypothesis, in: Assessment 24 (2017), pp. 746–762.

Goldman, Matt/Kaplan, David M.: Comparing Distributions by Multiple Testing across Quantiles or CDF Values, in: Journal of Econometrics 206 (2018), pp. 143–166.

Heerwegh, Dirk: Mode Differences Between Face-to-Face and Web Surveys. An Experimental Investigation of Data Quality and Social Desirability Effects, in: International Journal of Public Opinion Research 21 (2009), pp. 111–121.

Heerwegh, Dirk/Loosveldt, Geert: Face-To-Face versus Web Surveying in a High-Internet-Coverage Population. Differences in Response Quality, in: Public Opinion Quarterly 72 (2008), pp. 836–846.

Holbrook, Allyson L./Green, Melanie C./Krosnick, Jon A.: Telephone versus Face-to-Face Interviewing of National Probability Samples with Long Questionnaires: Comparisons of Respondent Satisficing and Social Desirability Response Bias, in: Public Opinion Quarterly 67 (2003), pp. 79–125.

Kaplan, David M.: distcomp: Comparing Distributions, in: Stata Journal 19 (2019), pp. 832–848.

Krosnick, Jon A.: Response Strategies for Coping with the Cognitive Demands of Attitude Measures in Surveys, in: Applied Cognitive Psychology 5 (1991), pp. 213–236.

Annex

	Kolmogorv-Smirnov-Test			Results from distcomp
variable	P-value	exact P-value	Sig.	Equality of ECDFs
netusoft	0,00	-0,00	non sig.	Reject
hmsacld	0,01	0,01	non sig.	Do not reject
aesfdrk	0,01	0,01	non sig.	Do not reject
freehms	0,03	0,03	non sig.	Do not reject
health	0,04	0,04	non sig.	Do not reject
imsmetn	0,04	0,04	non sig.	Do not reject
psppipla	0,05	0,04	non sig.	Do not reject
hlthhmp	0,06	0,05	sig.	Do not reject
hmsfmlsh	0,09	0,08	sig.	Do not reject
actrolga	0,09	0,08	sig.	Do not reject

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

	Kolmogorv-Smirnov-Test			Results from distcomp
imwbcnt	0,11	0,09	sig.	Do not reject
imueclt	0,14	0,12	sig.	Do not reject
trstep	0,16	0,15	sig.	Do not reject
imbgeco	0,21	0,19	sig.	Do not reject
psppsgva	0,22	0,20	sig.	Do not reject
lrscale	0,23	0,21	sig.	Do not reject
cptppola	0,26	0,24	sig.	Do not reject
gincdif	0,28	0,26	sig.	Do not reject
trstun	0,32	0,29	sig.	Do not reject
ppltrst	0,33	0,30	sig.	Do not reject
sclmeet	0,48	0,45	sig.	Do not reject
pstplonl	0,58	0,54	sig.	Do not reject
euftf	0,59	0,55	sig.	Do not reject
trstprt	0,62	0,58	sig.	Do not reject
imdfetn	0,71	0,67	sig.	Do not reject
trstlgl	0,72	0,68	sig.	Do not reject
stfeco	0,75	0,71	sig.	Reject
stfhlth	0,76	0,72	sig.	Do not reject
trstprl	0,80	0,77	sig.	Do not reject
trstplc	0,81	0,77	sig.	Do not reject
stfdem	0,81	0,77	sig.	Do not reject
sclact	0,82	0,79	sig.	Do not reject
pplhlp	0,83	0,79	sig.	Do not reject
impcntr	0,89	0,85	sig.	Do not reject
sgnptit	0,96	0,95	sig.	Do not reject
stfgov	0,97	0,95	sig.	Do not reject
trstplt	0,97	0,95	sig.	Do not reject
stflife	0,98	0,97	sig.	Do not reject
pplfair	0,98	0,98	sig.	Do not reject
stfedu	0,99	0,98	sig.	Do not reject
happy	1,00	1,00	sig.	Do not reject
polintr	1,00	1,00	sig.	Do not reject
badge	1,00	1,00	sig.	Do not reject
contplt	1,00	1,00	sig.	Do not reject
crmvct	1,00	1,00	sig.	Do not reject
bctprd	1,00	1,00	sig.	Do not reject

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Manuel Mayrl

Twenty Years Austria in the European Social Survey – A Bibliometric Analysis

1 Introduction

The European Social Survey (ESS) came about with the goal of providing rigorous cross-national data on citizens' attitudes, beliefs and values. In the face of major political and economic challenges, the ESS data was envisioned to be a keystone in studying societal changes to inform public debates as well as policy decisions.[1] For this purpose, every two years a common representative survey is conducted in multiple European countries. In each round, the survey includes a core module consisting of essentially the same questions to ensure longitudinal comparability, and rotating modules to allow for flexibility and prioritization of current issues. The survey implementation is based on, but also drives methodological rigor. Besides the subject matter information provided by the survey responses, a major focus of the ESS is to enhance methodological research. Common issues in survey methodology, such as different modes of data collection, non-response error or measurement differences, are examined in controlled trials.

The extensive data collection required for this ambitious project is centrally coordinated, but conducted in a decentralized manner. While a Core Scientific Team is responsible for designing and implementing the ESS ERIC Work Programme, each participating country appoints a National Coordinator who is responsible for the actual fieldwork in their country.

Since the start of the ESS in 2002, 38 countries have taken part in at least one round. Currently, 24 countries are members of the ESS; one is an observer. In addition, a varying number of countries with guest status participate in each round. Austria has been part of this important endeavor from the very beginning and – with one exception in 2012 (round 6) – still is today.

The aim of this bibliometric study is to shed light on how researchers have utilized European Social Survey data in scientific studies in the past two decades. To do so, I obtain journal publications using ESS data from Clarivate's Web of Science (WoS) Core Collection and enrich the publication metadata with citation data from COCI, the OpenCita-

1 Fitzgerald, Rory: Foreword, in: Prospectus. European Social Survey – European Research Infrastructure Consortium London 2017.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

tions Index of Crossref, as well as manual coding. Thus, this chapter provides a comprehensive overview of the output, impact and trends of WoS journal publications using ESS data. It highlights in particular how Austrian survey responses in the ESS have been used as well as how researchers of Austrian research institutions have used ESS data.

In the next section, I will outline the research design of this study, specifically describing in detail the data sources as well as the manual coding procedure. Based on the subsequent results, the final section highlights key findings to draw a conclusion on the importance of the European Social Survey in general and the need for consistent participation by individual countries in particular.

2 Research Design

In this study, I draw on the bibliometric method, that is, the quantitative analysis of scientific publications. This method provides the tools to measure the publication output as well as its impact in the scientific community, and to identify long-term developments.

2.1 Data Sources

The subsequent analyses are based on publication data from the subscription-based Web of Science Core Collection. The Web of Science is the oldest publication and citation database.[2] It provides metadata for each publication in its database and is therefore widely used for bibliometric analyses.[3]

I used the following search string to identify publications relevant to this study:

```
ALL = ("European Social Survey") AND
DT = ("ARTICLE" OR
"REVIEW" OR
"LETTER" OR
"PROCEEDINGS PAPER"
) AND
PY = (2002–2021)
```

2 Birkle, Caroline et al.: Web of Science as a Data Source for Research on Scientific and Scholarly Activity. in: Quantitative Science Studies 1/1 (2020), pp. 363–376.

3 E.g. Bornmann, Lutz/Mutz, Ruediger: Growth Rates of Modern Science. A Bibliometric Analysis Based on the Number of Publications and Cited References, in: Journal of the Association for Information Science and Technology 66/11 (2015), pp. 2215–2222.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

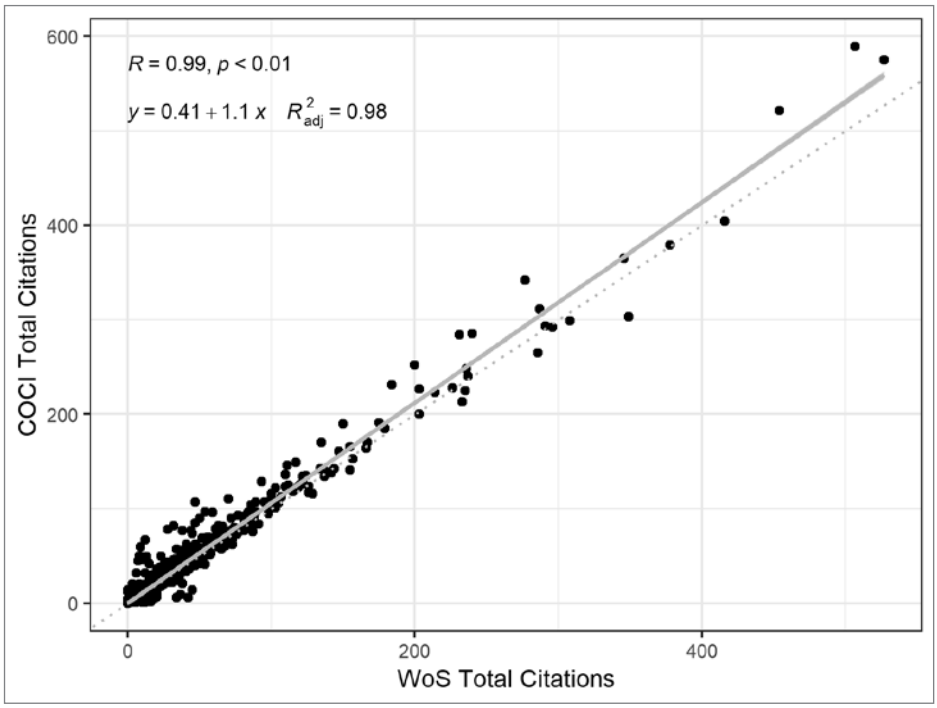


Figure 1: Correlation between web of science and COCI citation count

The term "European Social Survey" has been searched in the title, abstract and keywords. I decided not to include the common abbreviation "ESS" in the search string, since it is an often-used abbreviation that stands for many distinct concepts in various research fields (e.g. "European Spallation Source", "Evolutionarily Stable Strategy", "Energy Storage Systems"). The search ultimately resulted in 2,017 hits[4]; after exclusion of "online first" publications, the final dataset consists of 1,911 publications.

Although the WoS export contains information on total citations, it is not possible to infer the citing publications. Therefore, I collected the citation data from COCI, the OpenCitations Index of Crossref open DOI-to-DOI citations.[5]

COCI freely provides citation data of open Crossref references under the Creative Commons public domain dedication (CC0). The fact that COCI is DOI-to-DOI based is an important limitation; it means that only citations from publications that have a Digital Object Identifier (DOI) can be retrieved. From the 1,911 publications exported from

4 The search query was run on March 19th, 2022.

5 Heibi, Ivan/Peroni, Silvio/Shotton, David: Software Review: COCI, the OpenCitations Index of Crossref open DOI-to-DOI citation, in: Scientometrics 121 (2019), pp. 1213–1228.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

WoS, 167 did not have a DOI, 100 of those did, however, receive citations according to the WoS total citations information. Of the 1,744 publications that have a DOI, the COCI database did not have citation information for 222 (175 of those did not receive any citations according to WoS). Thus, using citation data from COCI leads to a de facto loss of information of, according to WoS, 985 citations (2.5 %) from 147 publications (7.7 %).

To assess the congruence of the total number of citations between the Web of Science and COCI, I performed a correlation analysis based on the 1,764 publications for which there was no loss of information. Figure 1 shows that the correlation coefficient between the two citation counts is 0.99, indicating a very high agreement. The light-gray dotted line represents a hypothetical perfect correlation. In addition, the darker gray solid line visualizes the OLS regression line. The intercept of 0.41 and the regression coefficient of 1.1 suggest, that, on average, COCI contains slightly more citations per publication, especially for the most cited papers.

2.2 Coding and measures

In addition to the information provided by the Web of Science export and COCI, I manually coded for each publication (1) the number of ESS rounds used (numeric), (2) the number of countries from the ESS dataset included in the publication's analysis (numeric), (3) whether or not Austria was one of those countries (binary), and (4), given Austrian data was analyzed, the name of all countries included in the analysis (string).

I scanned the following parts of each publication (in that order) until I found the round and country information: title, abstract, data/methods section, tables/figures (often in results section), appendix or supplementary material. For various reasons[6] it was not possible to collect all the necessary information for every publication. Table 1 provides an overview of the amount of missing information of manually coded variables.

Table 1: Missing information in manual coding

Variable	# of NAs
Rounds	143 (7.5 %)
# of countries	198 (10.4 %)
Austria (dummy)	280 (14.7 %)
Country names	286 (15.0 %)

6 These reasons include: that I could not access the article, because it was behind a paywall; that I could not understand the language the article was written in; that the article was a theoretical discussion of some aspects of the European Social Survey, without analyzing any data; or that the paper simply did not explicitly state the information.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

3 Results

3.1 Austrian Data

Table 2 provides a descriptive overview of all Web of Science publications using ESS data and those that use Austrian data, respectively. Although the search string specified 2002 as the start date, the first publications do not appear in the data until three years later. In 2005, the first articles using ESS data were published in a Web of Science indexed journal. By 2021, 20 years after the launch of the ESS, a total of 1,911 publications, most of them articles in English, are indexed in the Web of Science; 901 (47,1 %) of those included Austrian data. Over time ESS based publications accumulated 38,672 citations, an average of about 20 citations per paper. A publication using Austrian ESS data received, on average, 28 citations. The average publication year is very similar for both groups and lies at late 2015; an indication for a growing number of publications over time (as we will also see in Figure 2). Finally, the table shows that publications that use Austrian data tend to include data from more ESS rounds and more countries in their analysis.

Table 2: Descriptive overview – publications

Timespan	All	Austrian Data
	2005–2021	
# of documents	1,911	901
Article	1,860	892
Review	11	2
Proceeding Paper	40	7
% of non-english articles	6.6 %	2.6 %
Total Citations (TC)	38,672	25,244
Avg. Citations per Document	20.24	28.02
Avg. Publication Year	2015.81	2015.74
Avg. number of ESS rounds	2.37	2.72
Avg. number of countries included in analysis	17.96	21.77

Since the first publications in 2005, the output and impact of scientific papers drawing on the European Social Survey have increased almost continuously. Figure 2 visualizes the development of the publication output per year (bars) for all publications (black) and for those using Austrian data (gray). Overall, the annual growth rate of publications using ESS data was 26.72 percent. However, from 2011 on, the output of publications with Austrian data no longer reflects the trajectory of the total number

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

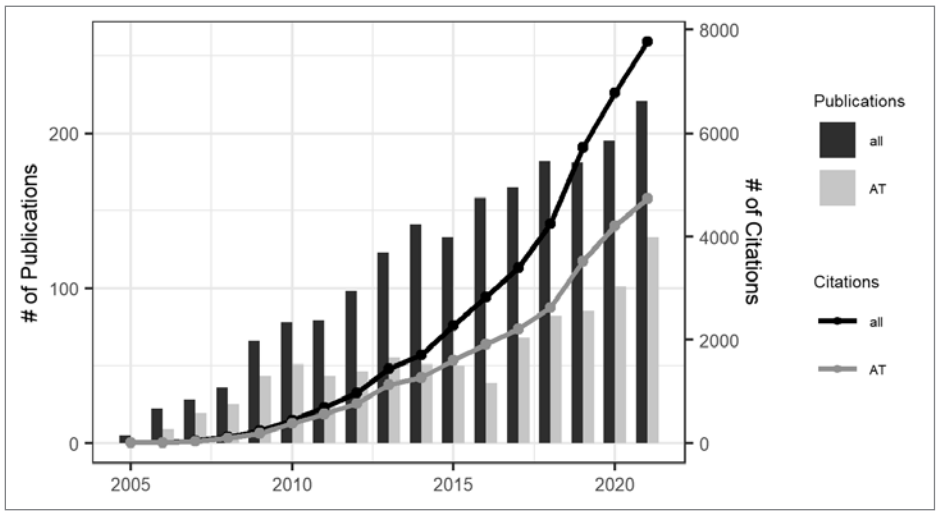


Figure 2: Publications and citations per year

of publications. While the latter increases, the number of articles with Austrian data declines repeatedly and only from 2017 on starts to continuously increase again. The reason for this development lies in delays in the fieldwork periods, starting in 2008. While the target fieldwork period in the fourth ESS round was scheduled to be between September and December 2008, the fieldwork in Austria was not carried out until two years later, between November 2010 and February 2011. An even longer delay occurred during the fifth round. The fieldwork in Austria was carried out almost three years after the target fieldwork period (Sept. to Dec. 2010). As a result, the Austrian data were not included in the integrated files provided by the ESS for the respective rounds. Presumably due to the fact that Austrian fieldwork was already a whole round behind schedule, data collection for the sixth round, in 2012, was skipped altogether. As of round 7 in 2014 with the appointment of the Institute for Advanced Studies as National Coordinator for Austria, the fieldwork periods are in sync again and the publication output using Austrian data has been increasing ever since.

Besides the publication output, Figure 2 also shows the number of citations received in a given year (solid line), again separately displayed for all publications (black) and only those using Austrian data (grey). We can see that associated with the stagnation of publication output from 2011 to 2016, the annual citation counts start to diverge. This finding suggests that the Austrian data collection efforts suffered from the delayed fieldwork, not only in terms of output but also in terms of impact.

Bibliometric analyses consistently show that the distribution of scientific publications' citations has a heavy tail, with many publications receiving few citations and

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

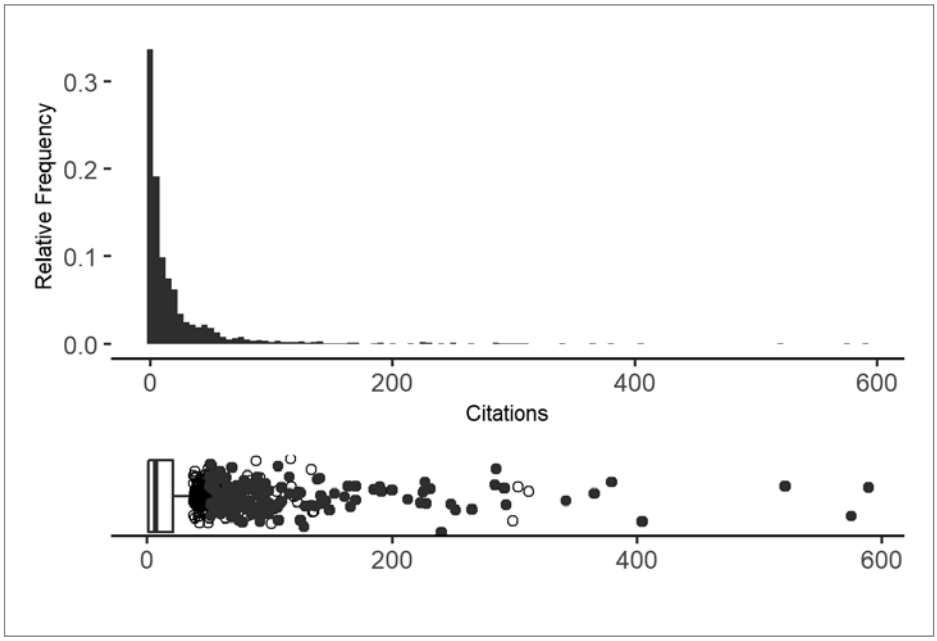


Figure 3: Distribution of citations per paper

few publications receiving very high numbers of citations.[7] Figure 3 demonstrates that this is also true for publications using ESS data. About one-third of all papers in the dataset were cited five times or less. The histogram shows that the number of papers in each bin decreases as the citation count increases. Only very few papers accumulated 100 citations or more. Additionally, the boxplot in Figure 3 shows which of the outlier papers, regarding their citation count, included Austrian data (black dots) and which did not (white dots). The figure shows that a large majority of the papers that were cited 200 times or more included Austrian data.

Figure 3 prompts an obvious question: which ones are these highly influential papers at the end of the spectrum? Table 3 provides an answer to this question by listing the 5 most cited papers. With 589 citations, the paper receiving the most citations is titled "Flourishing Across Europe"[8], published in the journal Social Indicators Research. The authors of the paper develop a multi-dimensional framework of well-being and apply their concept to data from the third ESS round and 23 countries (including Austria). Also associated to health-related questions is the paper by Van de Velde, Bracke

7 E.g. Brzezinski, Michal: Power Laws in Citation Distribution: Evidence from Scopus, in: Scientometrics 103 (2015), pp. 213–228.

8 Huppert, Felicia A./So, Timothy T.C.: Flourishing Across Europe. Application of a New Conceptual Framework for Defining Well-Being. In: Social Indicators Research 110 (2013), pp. 837–861.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

and Levecque[9], with 379 citations the fifth most cited paper. Drawing on the same dataset as Huppert and So[10], they investigate cross-national differences of depression among women and men. The three other papers in Table 3 all address (a variation of) the question of what shapes individual's attitudes toward immigration. Using the same dataset, namely the first-round data of the ESS, and published within two years, they all come to the same conclusion: cultural identities seem to trump economic interests when it comes to public opinion formation on immigration.

Ranking publications by the total number of citations (TC) has an important limitation: it does not consider that older publications simply had more time to accumulate citations. Thus, Table 4 additionally lists the top 5 papers according to the year-normalized citation count (NTC). This measurement compares the number of citations by any given publication with the average number of citations received by papers published in the same year. We can see that this indicator also allows younger publications to rank highly.

The only paper that performs exceptionally well with both indicators is Huppert and So's[11] research on well-being. Another highly influential paper, according to the NTC, is Poortinga and colleagues'[12] research on climate change perceptions. They used data from ESS round eight to demonstrate that the effects of various individual-level characteristics on climate change perceptions differ cross-nationally. The other three papers emphasize methods-related questions. Williams[13], for example, draws on ESS round 6 data from Great Britain to illustrate the application and interpretation of generalized ordered logit models. Heisig and Schaeffer[14] use ESS round 6 data to empirically substantiate their argument that omission of random slopes in mixed-effects multilevel models can be highly consequential. Solely the paper by Davidov et al.[15] (2014) does not actively use data from the European Social Survey, but reviews different cross-national surveys, including the ESS, and their potential measurement non-equivalence across countries.

---

9 Van de Velde, Sarah/Bracke, Piet/Levecque, Katia: Gender Differences in Depression in 23 European Countries. Cross-National Variation in the Gender Gap in Depression, in: Social Science & Medicine, 71/2 (2010), pp. 305–313.

10 Huppert/So 2013.

11 Huppert/So 2013.

12 Poortinga, Wouter et al.: Climate Change Perceptions and their Individual-Level Determinants. A Cross-European Analysis, in: Global Environmental Change 55 (2019), pp. 25–35.

13 Williams, Richard: Understanding and Interpreting Generalized Ordered Logit Models, in: Journal of Mathematical Sociology 40/1 (2016), pp. 7–20.

14 Heisig, Jan Paul/Schaeffer, Merlin: Why You Should Always Include a Random Slope for the Lower-Level Variable Involved in a Cross-Level Interaction, in: European Sociological Review 35/2 (2019), pp. 258–279.

15 Davidov, Eldad et al.: Measurement Equivalence in Cross-National Research, in: Annual Review of Sociology 40 (2014), pp. 55–75.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Table 3: Top 5 cited publications – total citations

Author(s)	Year	Title	Journal	Total Citations
Huppert, F.A.; So, T.T.C.	2013	Flourishing Across Europe. Application of a New Conceptual Framework for Defining Well-Being	Social Indicators Research	589
Sides, J.; Citrin, J.	2007	European Opinion about Immigration. The Role of Identities, Interests and Information	British Journal of Political Science	575
Hainmueller, J.; Hiscox, M.J.	2007	Educated Preferences. Explaining Attitudes toward Immigration in Europe	International Organization	521
Schneider, S.L.	2008	Anti-Immigrant Attitudes in Europe. Outgroup Size and Perceived Ethnic Threat	European Sociological Review	404
Van de Velde, S.; Bracke, P.; Levecque, K.	2010	Gender Differences in Depression in 23 European Countries. Cross-National Variation in the Gender Gap in Depression	Social Science & Medicine	379

Table 4: Top 5 cited publications – year-normalized citations

Author(s)	Year	Title	Journal	NTC
Williams, R.	2016	Understanding and Interpreting Generalized Ordered Logit Models	Journal of Mathematical Sociology	20.95
Huppert, F.A.; So, T.T.C.	2013	Flourishing Across Europe. Application of a New Conceptual Framework for Defining Well-Being	Social Indicators Research	18.69
Poortinga, W.; Whitmarsh, L.; Steg, L.; Bohm, G.; Fisher, S.	2019	Climate Change Perceptions and their Individual-Level Determinants. A Cross-European Aalysis	Global Environmental Change – Human and Policy Dimensions	15.09
Heisig, J.P.; Schaeffer, M.	2019	Why You Should Always Include a Random Slope for the Lower-Level Variable Involved in a Cross-Level Interaction	European Sociological Review	13.36
Davidov, E.; Meuleman, B.; Cieciuch, J.; Schmidt, P.; Billiet, J.	2014	Measurement Equivalence in Cross-National Research	Annual Review of Sociology	12.39

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

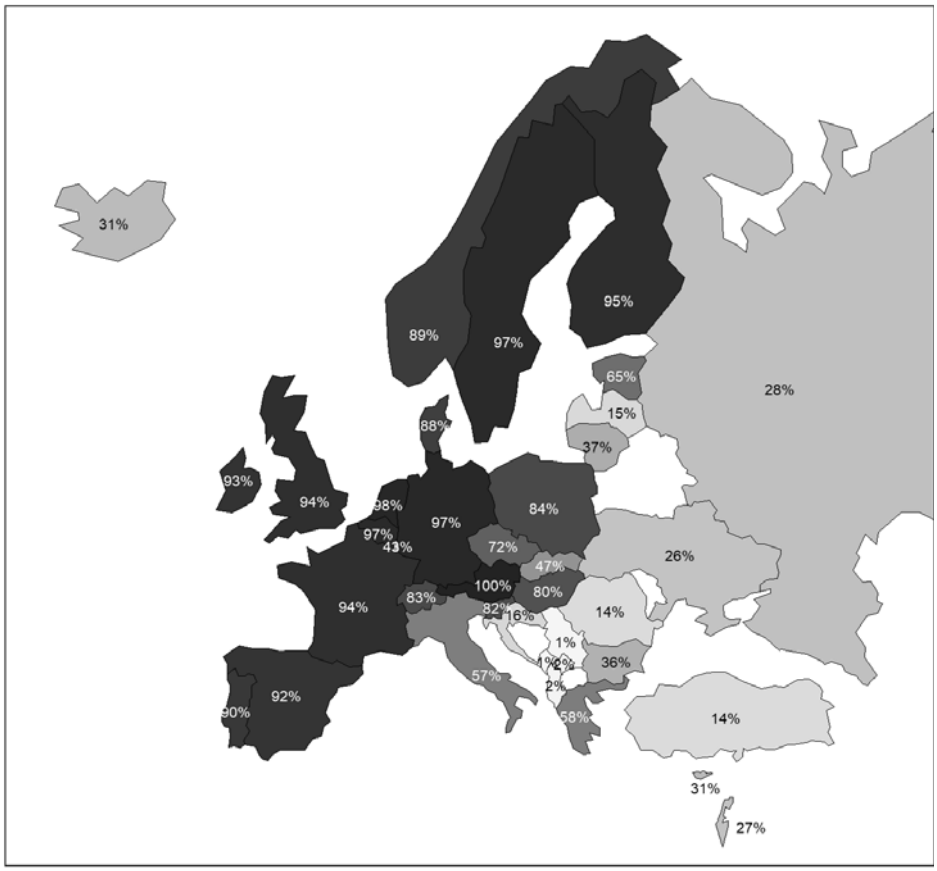


Figure 4: Percentage of analyses of Austrian data also including the respective country

According to the boxplot in Figure 3 most highly cited papers include Austrian data, and the top 5 papers in Table 3 and 4 predominantly included multiple countries in their analyses. Subsequently, Figure 4 illustrates how often Austrian data is analyzed together with data from other countries. The shade of the country mirrors the percentage indicated in each country; the higher the percentage, the darker the shade. A higher percentage means that data from this country were more often analyzed together with Austrian data. For example, in 97 % of the papers that included Austrian data, German data was also part of the analysis. The map clearly shows that Austrian data were more often studied in the context of Western European countries; a fact primarily associated with data availability. Western European countries tend to have been part of the ESS for longer. However, looking at countries like Switzerland and Hungary, both countries have been part of the ESS since the very beginning, there seem to be addi-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

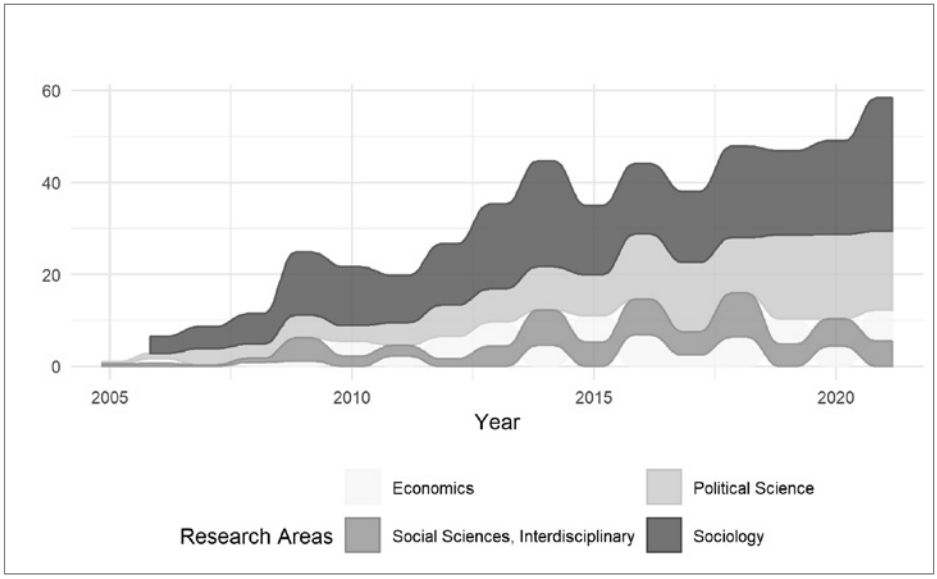


Figure 5: Development of research areas

tional patterns of co-analysis. For one, it seems to reflect researchers' classification of cultural spheres; in some papers the author(s) assign countries to clusters, such as West and East European or according to welfare regimes, in other cases they explicitly limit their analyses to one of those clusters. Hungary, Poland and Slovenia have all taken part in every ESS round, but compared to Germany or France, they were not as often analyzed together with Austrian data. Another pattern seems to be the European Union; some papers' research design focus specifically on EU member states, thus, excluding countries typically classified as Western European, like Switzerland.

Next, I investigate in which research areas ESS-related publications are published most often and how it developed. In total, the Web of Science research area schema consists of over 250 categories. WoS research areas are classified at the journal level, that is, journals are assigned to a research area based on a combination of citation analysis and informed judgment.[16] Individual papers are categorized according to the research area to which the journal belongs.

According to Figure 5, the most common research areas for ESS-related publications are sociology, political science, economics and interdisciplinary social sciences. While the very first papers were published in political science as well as interdisciplinary social sciences journals, sociology became the dominant research area early on.

16 Szomszor, Martin et al.: Global Research Report – Data categorization: Understanding Choices and Outcomes. London/Philadelphia 2021.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

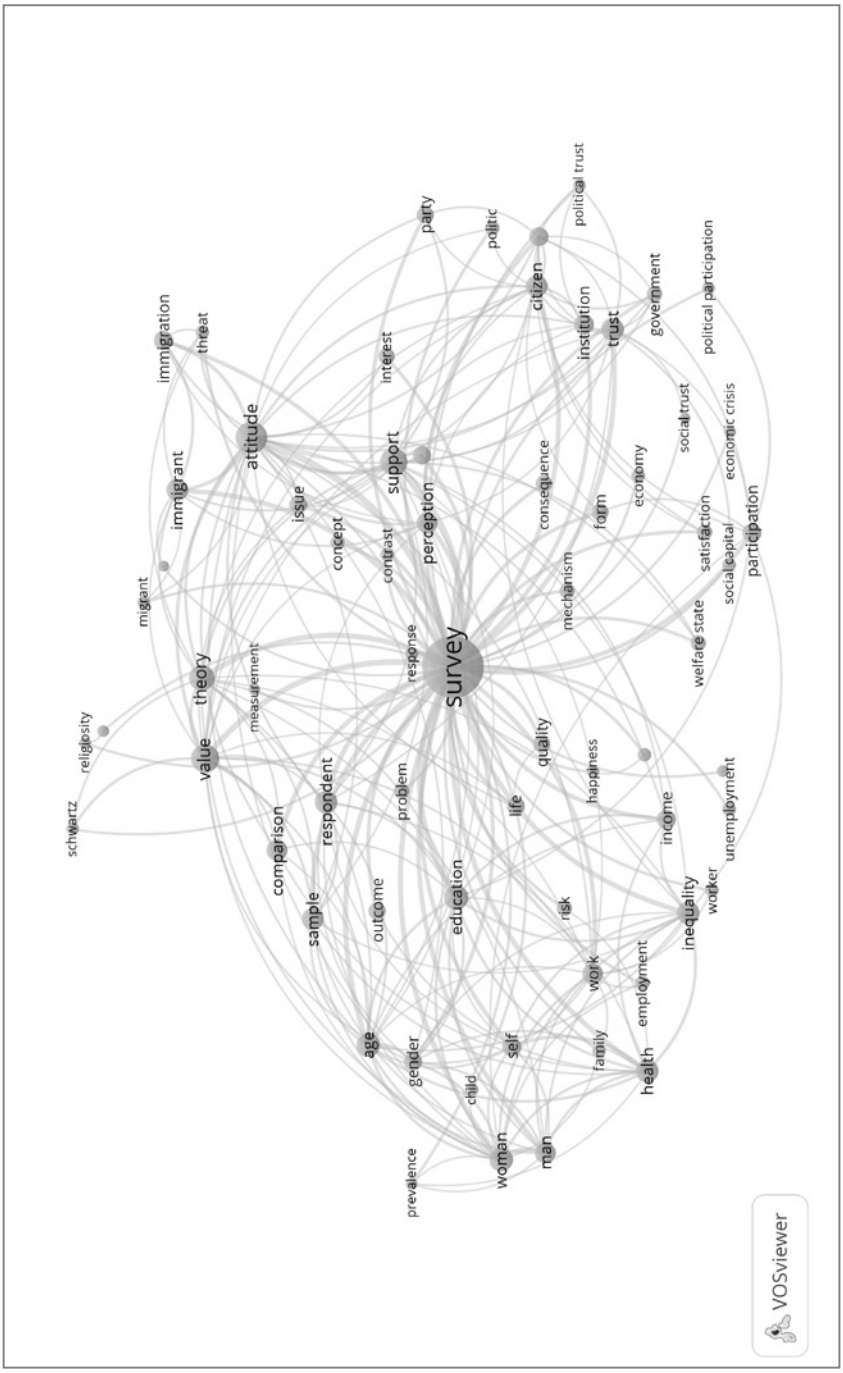


Figure 6: Term map

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

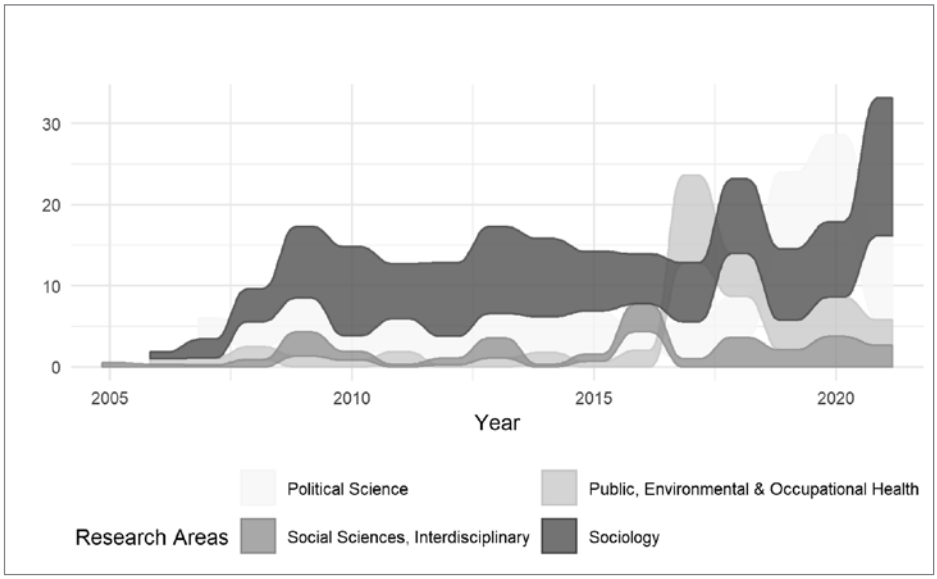


Figure 7: Development of research areas – Austrian data

The development of papers published in the top 4 research areas is fairly constant; only economics and interdisciplinary social sciences go back and forth between the third and fourth biggest research field. Figure 5 also mirrors the increase in publication output over time, as seen in Figure 2.

Building on the research areas, the term map in Figure 6[17] provides a more detailed look at the topics that were studied using ESS data. The term map is based on the occurrence of words in the titles and abstracts[18]. The bigger the circle, the more papers used this particular word in the title or abstract; the closer two words are on the map, the stronger their relatedness. Unsurprisingly, "survey" was the most common word in the dataset. More interestingly, the map and the terms therein closely resemble the research areas identified in Figure 5. On the right, terms such as citizens, party, government and trust indicate a political science cluster; in this field, researchers seem to use ESS data extensively to determine what influences citizens' trust towards political actors. On the bottom, we find terms related to economics. The cross-country aspect of the ESS presents an opportunity to study the impact of different welfare state systems,

17 The term map as well as the scientific collaboration network graphs (Figure 9 & 10) were created using the software tool VOSviewer. See Van Eck, Nees Jan/Waltman, Ludo: Software Survey: VOSviewer, a Computer Program for Bibliometric Mapping, in: Scientometrics 84 (2010), pp. 523–538.

18 I excluded terms related to country and region names (e.g. Germany, European Union, Western Europe) as well as terms related to specific methodologies (e.g. multilevel analysis, empirical analysis, association).

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

while the ESS' two-year interval lends itself well to studying the effects of economic crises (e.g. in 2008). On the left, a more sociologically-oriented research agenda becomes apparent. Inequality, education and gender provide insight into the main research topics in this area. At the top, we can discern two more clusters that can be understood as more interdisciplinary. One focusing on questions of immigration and religion and one primarily concerned with methodological questions, as suggested by the terms sample, respondent and comparison.

In comparison, Figure 7 shows the research areas of publications that analyzed Austrian data. Similar to the overall pattern, sociology and political science are the two most prominent research areas; the interdisciplinary social sciences are also among the top 4. However, we can see that Austrian data seem to play a bigger role in the field of public, environmental & occupational health compared to all publications using ESS data, especially after 2016. I refrain from presenting the corresponding term map, as the results are almost identical to Figure 6.

3.2 Austrian Researchers

In total, 35 papers were (co-)authored by one of 50 Austrian researchers, who published in a paper using ESS data in the Web of Science. Compared to the 2,798 individual researchers who (co-)authored 1,911 publications, Austrian researchers thus account for 1.8 %. While the average number of authors on papers (co-)authored by Austrian researchers is only slightly higher compared to the overall average, they seem to be particularly open to international collaborations. More than half of the publications by Austrian researchers were co-authored by researchers from other countries. In contrast, the average for international collaboration in the context of publications using ESS data lies at 30 %. Table 5 also shows that Austrian researchers heavily rely on Austrian data. Three out of four papers from Austrian authors include data from Austria.

Table 5: Descriptive overview – researchers

	All	Austrian researchers
# of documents	1,911	35
% of international collab.	29.9 %	57.1 %
Avg. number of (co-) authors	2.35	2.69
# (%) of papers using Austrian data	901 (47.1 %)	26 (74.3 %)
# of individual authors	2,798	50

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

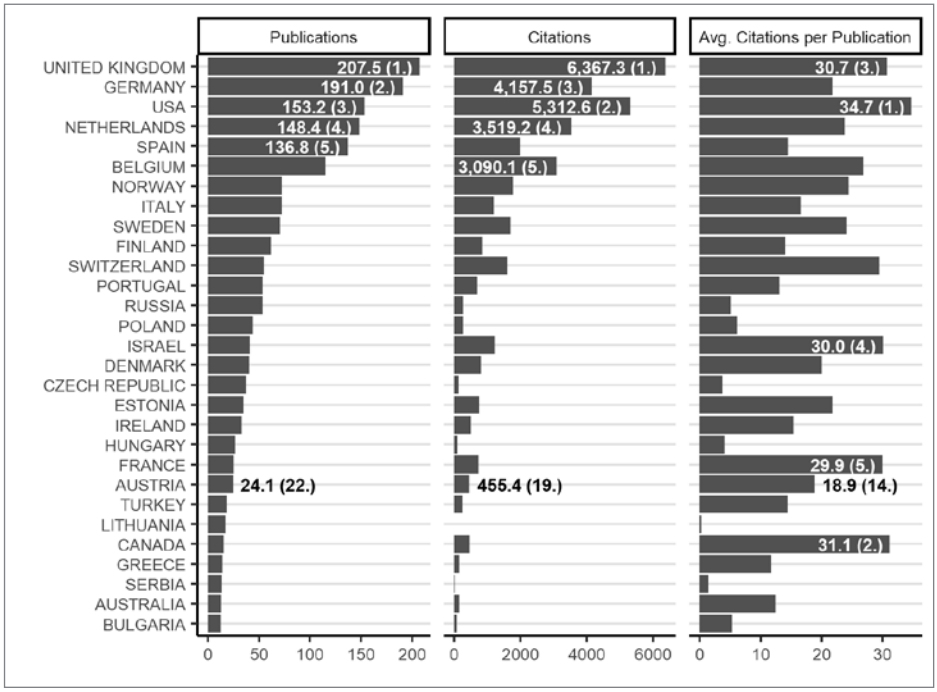


Figure 8: Ranking of countries' publications and citations

Figure 8 visualizes the publication output and impact per country. To measure the number of publications and citations per country, I used address-level fractionalization, that is, equal weight is given to each address listed on a paper.[19] Subsequently, for each address the corresponding country has been extracted. Based on this approach, the United Kingdom was the most productive country, followed by Germany; 207.5 publications could be attributed to the UK, 191 to Germany. In third place is the USA, whose researchers, although the country itself is not part of the ESS, frequently use the data source. Austria contributed just over 24 publications, putting it in 22nd place. In the second column, Figure 8 shows the fractionalized number of citations per country. Again, the United Kingdom performs best, with a total of 6,367.3 citations. The United States of America receive the second-highest number of citations, and Germany follows on the third place. Austria's ranking improves slightly, to 19th place, with a total of 455.4 citations.

Finally, the bar chart in the third column ranks countries according to the average number of citations per paper. While the order in the first two columns is quite stable,

19 Waltman, Ludo/Van Eck, Nees Jan: Field-Normalized Citation Impact Indicators and the Choice of an Appropriate Counting Method, in: Journal of Informetrics 9/4 (2015), pp. 872–894.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

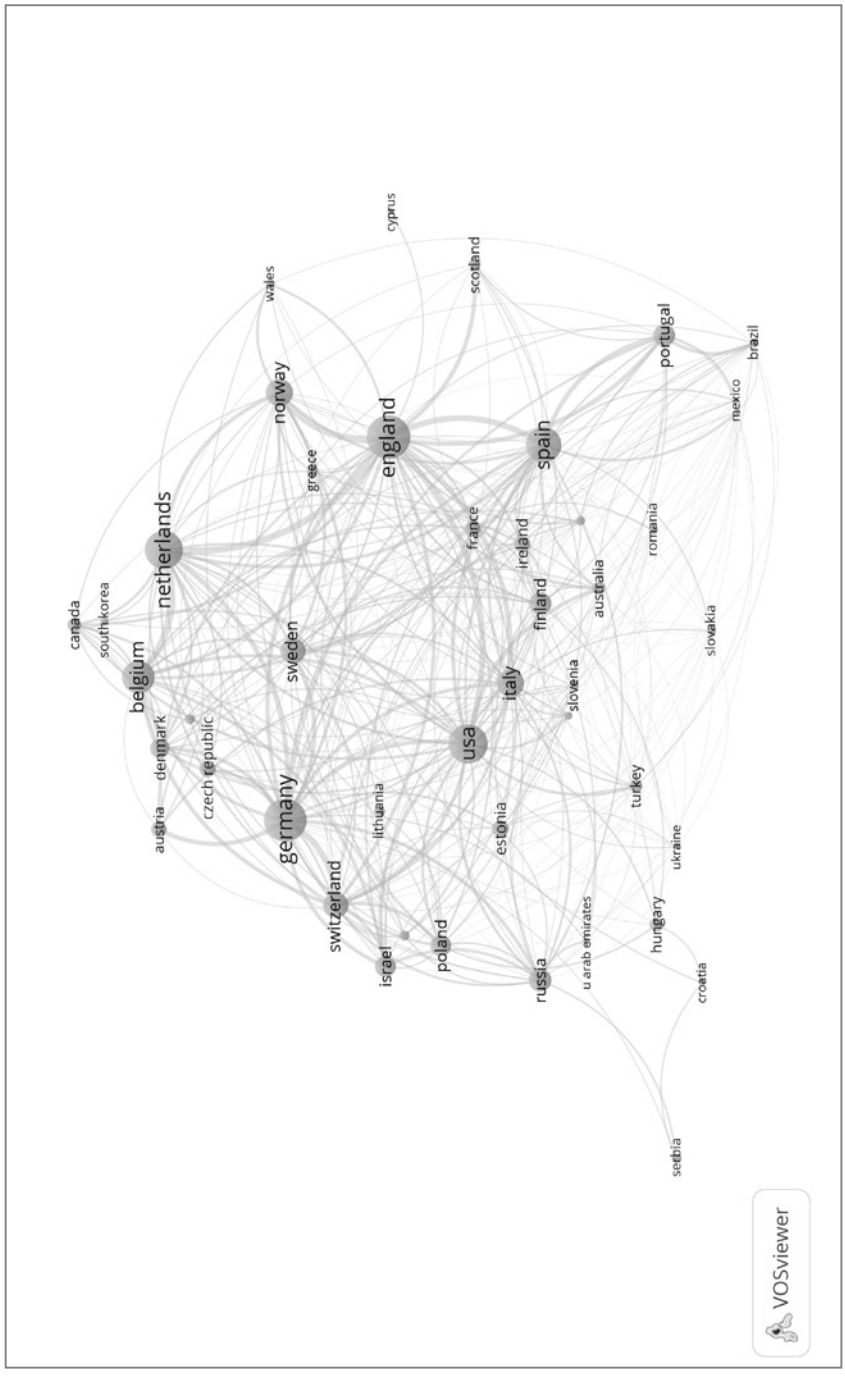


Figure 9: Scientific collaboration – countries

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

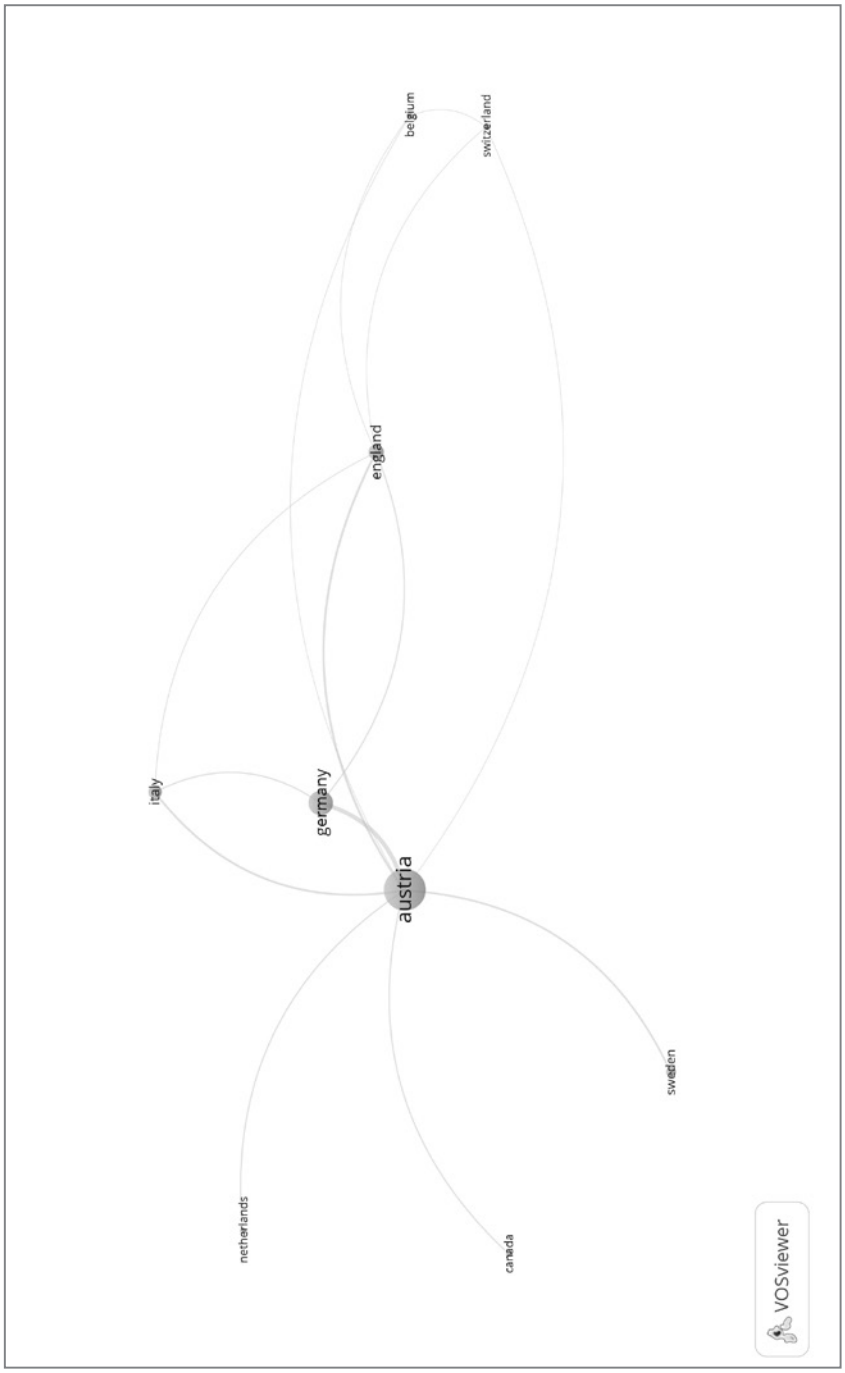


Figure 10: Scientific collaboration – Austria

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

this indicator shows a different pattern. Here the two best performing countries are both not part of the ESS. On average a paper from the USA receives 34.7 citations, whereas a Canadian publication receives 31.1. The United Kingdom, Israel and France rank third, fourth and fifth, respectively. Austria climbs to 14th place, with an average citation count per paper of 18.9.

Next, I investigate how these countries collaborate. Figure 9 shows a network graph displaying the scientific collaboration among all countries that published at least 5 papers. The size of the bubbles indicates the total number of publications per country. As in Figure 8, we see that the United Kingdom, Germany, USA, Netherlands and Spain were the most productive countries. The size of the lines connecting two countries indicates how often they have collaborated. There, for example, we see frequent cooperation between the United Kingdom and Norway. Austria is at the top left of the chart; its strongest link is with Germany.

To better see the country collaboration of Austria, Figure 10 limits the network graph to publications with Austrian participation. Here the lines connecting Austria to other countries can more easily be distinguished. We see that besides Germany, Austrian researchers most frequently collaborate with researchers from the United Kingdom. Other international collaborators are affiliated with institutions in Italy, Belgium, Switzerland, Sweden, Canada and Netherlands.

4 Discussion and Conclusions

The aim of this chapter was to provide an overview of how researchers have utilized data from the European Social Survey in publications indexed in the Web of Science. The results are evidence that the ESS has become an invaluable data source, leading to a wide variety of high-quality research in the social sciences.

Three years after the ESS data collection efforts started in 2002, the first research papers were published in WoS journals. Since then, the annual publication output has grown; by 2021 almost 2,000 papers were published in a WoS journal. The analysis also shows that researchers especially make use of ESS data for cross-national comparisons as well as longitudinal research designs, including multiple rounds. The average publication draws on data from 2.37 rounds and includes 18 countries in its analysis.

As for the ESS data of Austrian respondents, it can be noted that they are also widely used, especially for cross-country comparisons. However, the results suggest that deviation from the target fieldwork period should be avoided. Since this leads to an omission in the integrated data file provided by the European Social Survey, it considerably decreases the uses of a country's data. This applies not only to publications examining

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

data from that particular round, but also to longitudinal studies. However, the increase in publication output and citations of publications using Austrian data after 2016 indicate that it was the right decision to skip round 6 in 2012 and to resynchronize with the target fieldwork period from 2014 onwards. While ESS data are generally used primarily in sociology, political science and economics, Austrian data additionally find wide use in health-related research.

At the researcher level, it becomes evident that the ESS data are also used in Austria. In total, 50 individual researchers affiliated with Austrian research institutions contributed to 35 papers. Two findings stand out here: First, Austrian researchers include data from Austria in their analyses disproportionately often (three out of four times). Second, Austrian researchers are well connected and focus strongly on international cooperation. They most frequently collaborate with international partners from Germany and the United Kingdom. And while Austria ranks 22nd in the number of publications, the average number of citations per paper is the 14th highest.

It is important to note that the results of this study are limited to a specific subgroup of scientific knowledge production. Namely, I only consider publications indexed in the Web of Science. For one, the Web of Science's coverage of publications differs from other publication databases (e.g. Scopus), limiting the comparability.[20] Second, non-English publications, books and book chapters are to a large degree not covered in WoS. The same is true for non-scientific areas, such as policy reports or data journalism, in which ESS data may also be used. Third, even within the Web of Science, the confinement of the search string to the title, abstract and keywords of an article most likely underestimated the actual publication output.

References

Birkle, Caroline/Pendlebury, David A./Schnell, Joshua/Adams, Jonathan: Web of Science as a Data Source for Research on Scientific and Scholarly Activity. in: Quantitative Science Studies 1/1 (2020), pp. 363–376.

Bornmann, Lutz/Mutz, Ruediger: Growth Rates of Modern Science. A Bibliometric Analysis Based on the Number of Publications and Cited References, in: Journal of the Association for Information Science and Technology 66/11 (2015), pp. 2215–2222.

Brzezinski, Michal: Power Laws in Citation Distribution: Evidence from Scopus, in: Scientometrics 103 (2015), pp. 213–228.

20 Visser, Martijn/Van Eck, Nees Jan/Waltman, Ludo: Large-Scale Comparison of Bibliographic Data Sources: Scopus, Web of Science, Dimensions, Crossref, and Microsoft Academic, in: Quantitative Science Studies 2/1 (2021), pp. 20–41.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Davidov, Eldad/Meuleman, Bart/Cieciuch, Jan/Schmidt, Peter/Billiet, Jaak: Measurement Equivalence in Cross-National Research, in: Annual Review of Sociology 40 (2014), pp. 55–75.

Fitzgerald, Rory: Foreword, in: Prospectus. European Social Survey – European Research Infrastructure Consortium London 2017.

Hainmueller, Jens/Hiscox, Michael J.: Educated Preferences. Explaining Attitudes Toward Immigration in Europe, in: International Organization 61/2 (2007), pp. 399–442.

Heibi, Ivan/Peroni, Silvio/Shotton, David: Software Review: COCI, the OpenCitations Index of Crossref open DOI-to-DOI citation, in: Scientometrics 121 (2019), pp. 1213–1228.

Heisig, Jan Paul/Schaeffer, Merlin: Why You Should Always Include a Random Slope for the Lower-Level Variable Involved in a Cross-Level Interaction, in: European Sociological Review 35/2 (2019), pp. 258–279.

Huppert, Felicia A./So, Timothy T.C.: Flourishing Across Europe. Application of a New Conceptual Framework for Defining Well-Being. In: Social Indicators Research 110 (2013), pp. 837–861.

Poortinga, Wouter/Whitmarsh, Lorraine/Steg, Linda/Böhm, Gisela/Fisher, Stephen: Climate Change Perceptions and their Individual-Level Determinants. A Cross-European Analysis, in: Global Environmental Change 55 (2019), pp. 25–35.

Schneider, Silke, L. (2008): Anti-Immigrant Attitudes in Europe: Outgroup Size and Perceived Ethnic Threat. In: European Sociological Review 24(1), 53–67.

Sides, John/Citrin, Jack: European Opinion about Immigration. The Role of Identities, Interests and Information, in: British Journal of Political Science 37/3 (2007), pp. 477–504.

Szomszor, Martin/Adams, Jonathan/Pendlebury, David A./Rogers, Gordon: Global Research Report – Data categorization: Understanding Choices and Outcomes. London/Philadelphia 2021.

Van de Velde, Sarah/Bracke, Piet/Levecque, Katia: Gender Differences in Depression in 23 European Countries. Cross-National Variation in the Gender Gap in Depression, in: Social Science & Medicine, 71/2 (2010), pp. 305–313.

Van Eck, Nees Jan/Waltman, Ludo: Software Survey: VOSviewer, a Computer Program for Bibliometric Mapping, in: Scientometrics 84 (2010), pp. 523–538.

Visser, Martijn/Van Eck, Nees Jan/Waltman, Ludo: Large-Scale Comparison of Bibliographic Data Sources: Scopus, Web of Science, Dimensions, Crossref, and Microsoft Academic, in: Quantitative Science Studies 2/1 (2021), pp. 20–41.

Waltman, Ludo/Van Eck, Nees Jan: Field-Normalized Citation Impact Indicators and the Choice of an Appropriate Counting Method, in: Journal of Informetrics 9/4 (2015), pp. 872–894.

Williams, Richard: Understanding and Interpreting Generalized Ordered Logit Models, in: Journal of Mathematical Sociology 40/1 (2016), pp. 7–20.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Autorenverzeichnis

Martin Dolezal ist Politikwissenschafter (Promotion Universität Wien, Habilitation Universität München). Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am FB Politikwissenschaft der Universität Salzburg und am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz sowie Fellow am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. In seiner Forschung beschäftigt er sich vor allem mit politischer Partizipation sowie mit Fragen des Parteienwettbewerbs.

Marcel Fink ist Politikwissenschafter und Senior Researcher am Institut für Höhere Studien. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der Entwicklung und den Folgen von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, mit der Veränderung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, mit Fragen sozialer Teilhabe und mit Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat.

Julia Hofmann ist Soziologin und arbeitet in der Arbeiterkammer Wien sowie als Lektorin an der Universität Wien und der FH Campus Wien. Sie ist Mitbegründerin der Sektion Soziale Ungleichheit und im wissenschaftlichen Beirat der Armutskonferenz. Ihre Schwerpunkte umfassen soziale Ungleichheit sowie Arbeit/Arbeitsbeziehungen.

Peter Grand hat Politikwissenschaft studiert und ist Senior Researcher am Institut für Höhere Studien. Seit 2013 leitet Dr. Peter Grand die Umsetzung der österreichischen Teilstudie des Europäischen Sozialsurveys. Er beschäftigt sich besonders mit Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat, Wähler:innenverhalten und methodischen Aspekten der Umfrageforschung.

Dennis Hilgers ist Universitätsprofessor und Leiter des Instituts für Public und Nonprofit Management an der Johannes Kepler Universität Linz. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich Open Government, Open Innovation und Performance Management. Er befasst sich zudem mit Reformen des öffentlichen Rechnungswesen und Rechnungslegungsstandards im öffentlichen Sektor.

Markus Marterbauer ist Chefökonom der Arbeiterkammer Wien und Lektor an der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien. Er arbeitet zu gesamtwirt-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

schaftlichen Fragestellungen mit Schwerpunkt auf Budget-, Beschäftigungs- und Verteilungspolitik.

Manuel Mayrl ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und Mitglied des Doktoratskollegs „Politik, Macht und Sprache". Seine Forschungsinteressen umfassen das Verhältnis zwischen Medien und Politik, politischen Journalismus, Umfragen/öffentliche Meinung sowie die quantitative Textanalyse.

Zoe Lefkofridi ist Universitätsprofessorin für Politik & Geschlecht, Diversität & Gleichheit im Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg und konzentriert sich in ihrer Forschung und Lehre auf Demokratie und Repräsentation, Diversität und Gleichheit. Ihre Publikationen erscheinen in international führenden Fachzeitschriften wie West European Politics, European Union Politics und Politics & Gender.

Matthias Reiter-Pázmándy studierte Soziologie an der Universität Wien. Er ist stellvertretender Leiter der Abteilung für Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften BMBWF. Er vertritt Österreich in unterschiedlichen forschungspolitischen Gremien in Europa, u. a. war er Delegierter in der Generalversammlung des ESS. Aktuell ist er stellvertretender Vorsitzender der Generalversammlung von CESSDA.

Marie Lisa Sailer studiert im Master Volkswirtschaftslehre und Philosophie an der Universität Wien. Sie hatte Studienaufenthalte in Granada, Kopenhagen und Frankfurt. Seit 2019 ist Marie Sailer als studentische Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien.

Lisa Schmidthuber ist Assistenzprofessorin am Institut für Public Management und Governance an der WU Wien. Sie absolvierte Forschungsaufenthalte an der Stanford University, Suffolk University Boston und Universität Mannheim. Ihre Forschungsinteressen umfassen u. a. Digital Government, digitale Bürgerbeteiligung und Vertrauen in das politisch-administrative System.

Matthias Schnetzer ist Ökonom in der Arbeiterkammer Wien und Lektor für Wirtschaftspolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er leitet die Redaktion der Fachzeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft" und forscht vorrangig zu Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Guido Tiemann ist Politikwissenschafter. Er arbeitet am Institut für Höhere Studien in Wien und an der Universität Klagenfurt. Forschungsschwerpunkte sind Handlungs-

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

und Entscheidungstheorie, politisches Verhalten, Wahlforschung und Methoden der empirischen Sozialforschung.

Julia Trautendorfer ist Universitätsassistentin am Institut für Public und Nonprofit Management an der Johannes Kepler Universität Linz. Sie studierte International Business an der Universität Wien, der WU Wien und der University of South Carolina. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit Regierungstransparenz, Informationsfreiheit und Bürger-Staat-Interaktion.

Nadine Zwiener-Collins ist Postdoktorandin im Bereich Politik und Geschlecht, Diversität und Gleichheit am FB Politikwissenschaft der Universität Salzburg, die sich mit den Auswirkungen von Ungleichheiten auf das politische Verhalten und die Einstellungen von Bürger:innen und Politiker:innen beschäftigt. Zuvor war sie als Dozentin (Lecturer) am University College London (UCL) tätig. Sie hat an der City University of London promoviert.

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Informativ und kurzweilig:
Die österreichische Geschichte knapp gefasst.

Ernst Bruckmüller

Geschichte kompakt: Österreich

978-3-205-21312-3
2021. 323 Seiten. Broschur
€ 26,00 (Ö)
Auch als e-book erhältlich

Was vom historischen Erbe zählt zu den Grundlagen des heutigen Österreich? Entlang dieser Frage erzählt Ernst Bruckmüller die österreichische Geschichte in einem knapp gefassten Überblick: Alles, was man wissen muss, von der Urgeschichte bis zur Gegenwart.
Ernst Bruckmüller schafft mit diesem kleinen Buch einen Einstieg in die Österreichische Geschichte und will Neugier auf mehr Wissen ermöglichen. Beim Freilegen der Fundamente des heutigen Österreich in der Geschichte sind die vergangenen Zeiten keineswegs auf die Rolle von Vorläufern des Hier und Heute reduziert. Es geht dabei um Kulturdenkmäler aber auch um jene Leistungen vergangener Generationen, die strukturelle Bedingungen geschaffen haben, in denen wir, meist unbewusst, noch heute leben: Landschaften, Institutionen, das immaterielle Erbe (Musik, Sprache, Literatur), Mentalitäten.

BRILL böhlau

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0